

Stadt – Raum – Natur

Die Metropolregion als politisch konstruierter Raum

herausgegeben von

E. Martin Döring, Gunther H. Engelhardt, Peter H. Feindt
und Jürgen Oßenbrügge



Universität Hamburg

Stadt – Raum – Natur

Die Metropolregion als politisch konstruierter Raum

herausgegeben von

E. Martin Döring
Gunther H. Engelhardt
Peter H. Feindt
Jürgen Oßenbrügge

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Stadt - Raum - Natur : die Metropolregion als politisch konstruierter Raum /
[Universität Hamburg]. Hrsg. von E. Martin Döring ... - Hamburg : Hamburg
Univ. Pr., 2003

ISBN 3-9808223-2-X

© 2003 Hamburg University Press, Hamburg
<http://hup.rz.uni-hamburg.de>
Rechtsträger: Universität Hamburg

Produktion: Elbe-Werkstätten GmbH Hamburg, www.ew-gmbh.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
<i>von E. Martin Döring, Gunther H. Engelhardt, Peter H. Feindt und Jürgen Oßenbrügge</i>	
Globale Bedingungen und lokale Perspektiven für Wettbewerbs- und Kooperationsformen in Metropolregionen	17
<i>von Rainer Danielzyk und Jürgen Oßenbrügge</i>	
„Metropolregion Hamburg“ – Anmerkungen zu einer politischen Konstruktion von Raum	39
<i>von Peter H. Feindt</i>	
Global discourse, local struggle. Die Rekonstruktion des Lokalen durch Lokale-Agenda-21-Prozesse	53
<i>von Angela Oels</i>	
Raumerfahrung und Perspektiven räumlicher Entwicklung. Kommentar zu den Beiträgen von Angela Oels und Peter H. Feindt	69
<i>von Ingrid Breckner</i>	
Regional- und umweltökonomische Aspekte der hafenzentrierten Zukunftsorientierung der Metropolregion Hamburg	79
<i>von Heiner Hautau</i>	
Der Streit um das Mühlenberger Loch – ein Beispiel für die politische Konstruktion der Wissensgrundlage ökonomischer Politikempfehlungen	95
<i>von Horst Hegmann</i>	

Der mögliche Beitrag der Sozioökonomie zur Entschärfung von Naturschutzkonflikten	113
<i>von Ingrid Wilkens</i>	
Zwischen Globalismus und Populismus: Die Debatte um die Anmeldung des Wattenmeers als UNESCO- Welterbe	133
<i>von Werner Krauß und E. Martin Döring</i>	
Stadt, Land und Medien – Ansichten von Natur und Nordsee im Wandel kultureller Praxis	149
<i>von Wolfgang Settekorn</i>	
Stadt als erlebter und gelebter Raum – kein Sein ohne Handeln?	171
<i>von Jürgen Hasse</i>	
Metropolregion Hamburg – Perspektiven der Kooperation über Ländergrenzen	201
<i>von Jörg Knieling und Helmut Körner</i>	
Schluss-Statement und Einschätzung wichtiger Ergebnisse des Workshops „Stadt – Raum – Natur: Die Metropole als politisch konstruierter Raum“	213
<i>von Klaus Müller</i>	
Adressen der Autorinnen und Autoren	217

Vorwort

Die Kategorie Raum hat in den letzten Jahren im wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs zunehmend Beachtung gefunden. Es scheint eine lineare Abhängigkeit vorzuliegen: Je weniger ortsgebunden die Handlungssequenzen der Individuen, Haushalte, Unternehmen und Organisationen werden, d. h. je stärker Globalisierungsprozesse wirken und damit räumliche Entgrenzungseffekte hervorrufen, desto wichtiger wird die Frage, welche Bedeutung räumliche Beziehungen für die Einzelnen und für die Gesellschaft generell haben und besonders, welche Rolle der territorialen Integration sozialer Beziehungen und Praktiken heute zukommt.

Dieser Grundfrage haben sich Autoren und Herausgeber des vorliegenden Bandes in pragmatischer Weise genähert. Im Mittelpunkt stehen spezifische Konstruktionen von Raum als Stadt, Wirtschaftsraum, Metropolregion, Freizeit- und Naturraum. Ausgehend von unterschiedlichen fachwissenschaftlichen Disziplinen gehen die Beiträge in diesem Band der Frage nach, welche Formen der Repräsentation für materielle und symbolische Aspekte der räumlichen Umwelt genutzt werden, um Vorstellungen über unsere „Welt“ zu erzeugen. Da die denkbaren Varianten extrem vielfältig sind, ist der Bezug zur Diskussion um die Metropolregion Hamburg als weiterer gemeinsamer Gesichtspunkt gewählt worden. Diese Konkretisierung erleichtert den interdisziplinären Austausch über Raumkonstruktionen und erlaubt gleichzeitig eine kontroverse Argumentation über die Sinnhaftigkeit und Zweckmäßigkeit derartiger Begriffe in der politischen Debatte, in denen Inhalte und Grenzen der Raumkonstruktionen stets neu verhandelt werden.

Die Beiträge stellen nicht nur ein Angebot zum reflexiven Umgang mit Raummetaphern dar, um diese zu differenzieren und Missverständnisse zu klären, sondern es geht auch um die kritische Begleitung politischer Prozesse. Denn in diesen werden fortwährend Räume konstruiert, häufig nur sehr oberflächlich begründet und über Stereotypen vermittelt. Gleichzeitig dienen sie aber zur Herstellung einer territorialen Handlungsbasis und können somit institutionelle Praktiken verändern, die letztlich in die Alltagswelt der Bewohner eingreifen. Daher sind Raumkonstruktionen und regionale Zukunftsprojektionen an sich ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Debatte.

Ausgangspunkt dieser Publikation ist ein öffentlicher Workshop im Juni 2001 gewesen, den die Herausgeber organisiert haben. Die Kooperation zwischen den Vertretern unterschiedlicher Disziplinen wie Sprach- und Medienwissenschaft, Politologie, Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsgeographie geht unter anderem auf eine Initiative der Hamburger Hochschulen und der Wissenschaftsbe-

hörde zurück, übergreifende Forschungsverbände zu Themen der nachhaltigen Entwicklung und der Lokalen Agenda 21 aufzubauen. Während auf dem Workshop noch eine fachwissenschaftliche Gliederung der Vorträge in den Vordergrund gestellt wurde, um die disziplinären Unterschiede herauszuarbeiten, ist sie für die Publikation weitgehend aufgegeben worden. Dieses erfolgte aufgrund der vielfachen Überschneidungen und leicht zu verbindenden Akzentuierungen, die sich auf dem Workshop zeigten. Sie haben zu einer eher integrativen Gliederung in diesem Sammelband in drei Teilen geführt.

Im ersten Teil stehen Beiträge im Vordergrund, die auf politisch-planerische Prozesse in Metropolregionen abzielen. Damit treten Fragen in den Vordergrund, die das Entstehen der Kategorie Metropolregion im wissenschaftlichen und regionalpolitischen Kontext aufnehmen sowie Verfahren diskutieren, die Ansätze nachhaltiger Entwicklung in die Praxis umzusetzen versuchen. Damit wird die bewusste, rationale Praxis in der Stadt- und Regionalentwicklung einschließlich ihrer Begründungszusammenhänge und ihrer konkreten Ausprägungen im Hamburger Kontext thematisiert.

Zu Beginn nimmt der Beitrag von *Rainer Danielzyk* und *Jürgen Oßenbrügge* die gegenwärtige Debatte über Metropolregionen zum Anlass, die Bedeutung von Städten und stadtreionalen Kooperationsbeziehungen vor dem Hintergrund der Globalisierungsprozesse einzuschätzen. Gleichzeitig werden aktuelle Formen der Kooperation in Deutschland diskutiert und das Regionale Entwicklungskonzept der Metropolregion Hamburg evaluiert. Herausgestellt wird besonders das Motiv der gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit, das gegenwärtig als Hauptgrund für die Aufnahme von Kooperationsbeziehungen in deutschen Metropolen vorzufinden ist. Obwohl dieses zweifellos eine wichtige Reaktion auf die zunehmende Mobilitätsfähigkeit der Unternehmen darstellt, wird in dem Beitrag auf eine aktive Auseinandersetzung lokaler Akteure mit den entgrenzenden Wirkungen der sich intensivierenden weltweiten Interaktionen hingewiesen.

Vor dem Hintergrund der Diskussion über eine nachhaltige Entwicklung ist in den vergangenen Jahren zunehmend die Frage aufgeworfen worden, wie räumliche und sachliche Verflechtungen in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen abgebildet werden können, die gleichzeitig zügig und sachgerecht zu Ergebnissen kommen. Im Bereich der kooperativen Politikgestaltung sind vor diesem Hintergrund vielfältige diskursive Beteiligungsverfahren zur Anwendung gekommen, an die sich zum Teil große Hoffnungen knüpfen, politische Prozesse sozial zu öffnen und die Problemlösungsfähigkeit der Politik zu erhöhen.

Angela Oels zeigt am Fallbeispiel einer Zukunftskonferenz im Rahmen des Lokale-Agenda-21-Prozesses der Gemeinde Olching bei München, auf welche Weise in einem partizipativen Verfahren und in den Institutionen, die sich von seiner Tätigkeit betroffen fühlen, Globalisierungs- und Nachhaltigkeitsdiskurse auf verschiedene Weise reproduziert und reinterpretiert werden. Im Mittelpunkt

steht dabei die Frage, welche praktischen Schlussfolgerungen aus dem Deutungsmuster „Globalisierung“ gezogen werden sollen. Partizipatorische und repräsentative Demokratievorstellungen, Umwelt- und Wachstumsinteressen stehen hier gegeneinander. Im Ergebnis sind in Olching Lerneffekte auf beiden Seiten zu beobachten: eine erhöhte Aufmerksamkeit der Agenda-Aktivist*innen für die Anschlussfähigkeit ihrer Arbeit an die Tätigkeit formaler Institutionen und eine Öffnung der repräsentativen Gremien für stärker partizipative Arbeitsformen. Auf der inhaltlichen Ebene, dies zeigt der Olchinger Fall deutlich, geraten aber ohne entsprechende Vorkehrungen wesentliche Aspekte der Nachhaltigkeitsthematik aus dem Blickpunkt.

Peter H. Feindt nähert sich diesem Problem aus Sicht einer zugleich institutionalistischen und diskursanalytischen Politikforschung am Beispiel des regionalen Entwicklungskonzepts der administrativ zersplitterten „Metropolregion Hamburg“. Er zeigt, wie die drei beteiligten Landesbehörden unter Rückgriff auf den Globalisierungs- und den Regionalismuskurs zu einer Neuinterpretation der Situation ansetzen, die ihnen die Entdeckung gemeinsamer Interessen und die Überwindung von räumlichen Verteilungskonflikten ermöglichen soll. Während im Diskurs der „Metropolregion“ die symbolischen Raumbezüge des Globalisierungs- und des Regionalismuskurses und die funktionalen Raumbezüge eines regionalen Wachstumsmanagements im Vordergrund stehen, bleibt jedoch auf der institutionellen Ebene der territorial orientierte Raumbezug politisch-administrativer Akteure bestimmend – als Koordinationsmechanismus wird die Form eines Netzwerks gewählt, der die Handlungsautonomie der beteiligten Gebietskörperschaften unangetastet lässt. Umso bedeutsamer werden die informellen Regeln. Daher sollen kooperative Problemlösungen durch Schaffung einer regionalen „Identität“ mittels Schlüsselprojekten erleichtert werden – die sind allerdings bis zur juristischen Auseinandersetzung umstritten. Wachstums- und Umweltinteressen werden durch den Leitbegriff nachhaltiger Entwicklung symbolisch vermittelt, dessen Präzisierung im Rahmen des REK-Prozesses jedoch handverlesenen Akteuren vorbehalten bleibt. Verfahren und Ergebnis der REK-Entwicklung mögen daher der Netzwerk- und Vertrauensbildung unter den beteiligten Verwaltungen, Verbandsvertretern und Politikern dienen, unter dem Gesichtspunkt der präventiven Konfliktregelung erscheint eher Skepsis angebracht.

Hier setzt der kritische Kommentar von *Ingrid Breckner* an. Sie weist darauf hin, dass die Vielfältigkeit von Raumkonzeptionen es erfordere, zunächst die sachlichen, zeitlichen und sozialen Bezüge genau zu benennen, die in lokalen oder regionalen Partizipationsprozessen bearbeitet werden sollen, und mahnt insbesondere eine geschlechtersensible Untersuchungsperspektive an. Den in Prozessen des *region-building* häufig zu beobachtenden Rekurs auf traditionale Identitätskonzepte problematisiert sie ebenso wie den Rückgriff auf unhinterfragte Naturbilder in Agenda-Prozessen. Eine rein aufs Prozedurale ausgerichtete Un-

tersuchungsperspektive greife notwendigerweise zu kurz, weil schon ein wechselseitiges Verstehen der Akteure in Agenda-Prozessen, das die Vorbedingung für Lernprozesse wie für Verhandeln darstelle, eine Analyse der Probleminhalte wie der lokalen Praktiken voraussetze. Die geringe inhaltliche Präzision des Konzepts nachhaltiger Entwicklung erfordere eine Konkretisierung auf der Ebene von Projekten, erlaube aber zugleich eine Instrumentalisierung von Bürgerengagement für unterschiedlichste machtstrategische Ziele. Nur eine umfassende Einbeziehung der verschiedenen fachlichen Raumkonzepte und bürgerschaftlichen Raumerfahrungen, die sich einer vorschnellen Konsensorientierung entziehe, die Austragung vorhandener Konflikte ermögliche und auf die Aspekte von Macht, Hierarchie und Herrschaft achte, könne die produktive Kraft inhaltlicher Konflikte erschließen.

Der zweite Teil ist durch die Bandbreite wirtschaftswissenschaftlicher Beiträge zu konfliktträchtigen Fragen der Raumnutzung und Regionalentwicklung charakterisiert. Besonders ist hier der unterschiedliche methodologische Zugriff herauszustellen, der zum Teil eine Weiterführung der im ersten Teil ausgesprochenen (kontextbezogenen und diskursiven) Verfahren darstellt. Dabei orientiert sich *Heiner Hautau* in seinem Beitrag an den traditionellen wohlfahrtsökonomischen Denkmustern. Diese gehen von der Vorstellung objektiv möglicher Nutzen- und Kostenkalkulationen des Einsatzes alternativer raumordnungs- und regionalpolitischer Maßnahmen aus, wie hier am Beispiel der Diskussion um den Standort des neuen Tiefseehafens an der Nordseeküste aufgezeigt. Potentielle Interessensgegensätze zwischen verschiedenen wirtschafts-, umwelt- und/oder generell gesellschaftspolitischen Akteuren werden – wie der politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozess schlechthin – als exogene Faktoren aus der ökonomischen Analyse ausgeblendet. Das geschieht durch die in dieser Theorierichtung übliche, wenngleich meist nur implizit verwendete Metapher vom „weisen und wohlwollenden Diktator“, d. h. einem allwissenden, frei von Eigeninteressen nur dem Gemeinwohl verpflichteten zentralen Planer und Entscheider, der seine Handlungen auf eine von allen akzeptierte „gesellschaftliche Wohlfahrtsfunktion“ gründet. Mit dieser Fiktion erweckt die wirtschaftspolitische Beratung tendenziell den Eindruck, solchermaßen ökonomisch begründete Kosten-Nutzen-Erwägungen lieferten ähnlich ingenieurwissenschaftlichen Erkenntnissen objektive und wertfreie Maßstäbe für sachgerechte Entscheidungen, von denen die politische Praxis nur dann legitimerweise abweichen sollte, wenn sie andere, damit aber „außerökonomische“ Erwägungen höher gewichten wolle.

Den Gegenpol zu einer derartigen Position liefern neue politisch- und institutionenökonomische Ansätze, wie sie *Horst Hegmann* an der jüngsten Kontroverse um die (Teil-)Zuschüttung des Mühlenberger Lochs zugunsten der DASA-Werkserweiterung auf der Elbinsel Hamburg-Finkenwerder anschaulich demonstriert. Dabei wird angenommen, dass Nutzen-Kosten-Abwägungen auf der Ebene individueller Akteure angesiedelt sind, die sie aufgrund ihrer jeweils sub-

jektiven eigenen Wohlfahrtsvorstellungen vornehmen und dabei auch nur beschränkt rationaler Kalkulation unterziehen. Die Prämisse beschränkter, statt vollkommener Rationalität ergibt sich dabei aus dem in der Realität immer nur unvollkommenen Wissen und/oder auch asymmetrisch zwischen verschiedenen Akteuren verteilten Informationen, der ebenso realistischen Annahme von im Verhältnis zu den zu erwartenden individuellen Nutzen möglicherweise (zu) hohen Kosten der Informationsgewinnung und -verarbeitung sowie ebenso aufwendiger Kosten der Konsensfindung zwischen grundsätzlich als eigeninteressiert unterstellten Akteuren. Wirtschaftswissenschaftliche Beratung kann unter diesen Umständen niemals auf „objektivem“ ökonomischem Wissen über substantielle wirtschaftliche Sachzusammenhänge beruhen, sondern stets nur auf der Verfahrensebene einer (ihrerseits begrenzt rationalen) Entscheidungslogik des Abwägens zwischen kontroversen, aber prinzipiell gleichermaßen legitimen Politikentwürfen verschiedener Akteure angesiedelt sein – eine Vorstellung, die derartige Ansätze in die Nähe diskurstheoretischer sozialwissenschaftlicher Vorstellungen und auf ihrer Basis entwickelter Mediationsverfahren rückt.

Der Beitrag von *Ingrid Wilkens* enthält Elemente beider, zuvor gleichsam als Pole auf einem Kontinuum charakterisierter Positionen. Konflikte, die durch die Unterschutzstellung von Naturräumen entstehen, so lautet die Kernthese der Autorin, kann die wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung sicher nicht lösen. Am Beispiel der Auseinandersetzungen um die Gründung des Nationalparks Unteres Odertal versucht sie jedoch Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sich verschiedene sozioökonomische Ansätze gewinnbringend heranziehen lassen, um die Konflikte zu analysieren und abzubilden, indem die Interessen der darin verwickelten Personen ermittelt und bewertet werden. Dies schaffe, so die Hoffnung der Autorin, immerhin eine Grundlage für die Versachlichung der oft durch hohe Emotionalität gekennzeichneten Auseinandersetzungen im Umweltbereich.

Im dritten Teil des vorliegenden Bandes werden kultur-, sprach- und medienwissenschaftliche Konstruktionen von Raum und Natur in den Mittelpunkt der Untersuchung gerückt. Während im ersten Teil sozio-technologische Bestimmungen von Regionen als notwendige territoriale Entscheidungsgrundlage für politische und administrative Prozesse im Vordergrund stehen und der zweite Teil sehr unterschiedliche Möglichkeiten der wirtschaftswissenschaftlichen Einflussnahme auf solche Prozesse aufzeigt, werden die Aspekte der vorherigen Abschnitte im dritten Teil des Bandes entweder grundsätzlich hinterfragt, mit anderen Vorgehensweisen kontrastiert oder um kulturwissenschaftliche Ansätze ergänzt. Grundsätzlicher Bezugspunkt für eine Kritik ist der Umstand, dass der Rolle kultureller und medialer Konstruktionen von Raum und Natur im politischen Meinungsfindungsprozess bisher kaum oder zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Beide Kategorien sind umkämpfte Bereiche und Projektionsflächen lokaler, regionaler, nationaler und globaler Diskurse, in denen es nicht selten um so einfache, aber grundlegende Dinge wie „Macht“, „Identität“, „Ge-

schlecht“ und „Heimat“ geht: Eine globale und machtvolle Rhetorik der UNESCO wie „Das Wattenmeer als Weltnaturerbe – eine globale Auszeichnung“ trifft auf eine lokale wie „Gott schuf das Meer, der Friese die Küste“. Konflikte erscheinen hier unvermeidlich, und besonders in Verbindung mit Globalisierungsprozessen entzünden sich Auseinandersetzungen zwischen Verwaltung und Bevölkerung an Planungsvorgaben oder -richtlinien. Der lokale Widerstand richtet sich gegen diese „Kolonisierung“ von außen – eine gängige und oft anzutreffende Metapher: Man will in Nordfriesland eben nicht in einem „Naturschutz-Reservat“ leben. Solche Ansichten stellen Politik und Verwaltung vor schier unlösbare Aufgaben, denen auch mit noch so objektiven und sachlichen, sprich wissenschaftlich fundierten, Argumenten nicht beizukommen ist. Die so genannte „Glokalisierung“ scheitert nicht selten trotz immenser Anstrengungen auf ihrem Weg im letzten Glied der Kette an der banalen Einsicht, dass der Mensch eben nicht rational und dass gegen seinen Willen nur schwer etwas durchzusetzen ist – die Konflikte um die Einrichtung und die Erweiterung des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer haben dies nur allzu deutlich gezeigt. Rhetorische Kniffe und moderierte Informationsveranstaltungen versprechen hier Abhilfe zu schaffen, doch auch diese Bemühungen um Verständigung und Konsensfindung stellen nicht wirklich eine Lösung des schwelenden Konflikts dar.

Genau an diesem Punkt setzen *E. Martin Döring* als Sprachwissenschaftler und *Werner Krauß* als Ethnologe in ihrem interdisziplinären Beitrag an. Ausgehend vom Versuch der „Trilateralen Wattenmeerkooperation“, das Wattenmeer als UNESCO-Weltnaturerbe anzumelden, werden die rhetorischen und diskursiven Merkmale dieses *heritage*-Diskurses aufgespürt und auf ihrem Weg von den offiziellen Hochglanzbroschüren und Stellungnahmen über moderierte Informationsveranstaltungen bis in die lokalen Entscheidungsprozesse verfolgt. Der symbolische Akt, also die Integration des Wattenmeeres in die Reihe des Weltnaturerbes, bemüht eine sinnstiftende Sprache verschiedenster Akteure im Rahmen eines *policy acts*, mit der die Region an eine transnationale Gemeinschaft angeschlossen werden soll. Der Beitrag bietet dabei einen Einblick in aktuelle und anhaltende Politik- und Diskursstrategien von „Regierung“, „staatlichem Naturschutz“ und „Bevölkerung“, mit denen eine gemeinsame und mühevoll Konsensfindung auf demokratischem Weg angestrebt wird. Fester Bestandteil dieses gemeinsamen Bemühens ist der Konflikt, der nicht befriedet oder gar gesteuert werden kann, sondern als identitätsbildendes Element ausgetragen werden muss: Denn hier konstituiert sich Gesellschaft. Dass dabei nicht selten das „naturschützerische Auge weint, das demokratische aber lacht“, ist unausweichlich, denn das Wattenmeer ist eben eine umkämpfte Natur- und Kulturlandschaft. Gleichzeitig geschieht aber noch etwas Zweites: Der globale Diskurs von „Nachhaltigkeit“ und „Welterbe“, der zur Festigung und Stabilisierung der Umweltadministration dient, bringt einen regionalen Populismus hervor. Spätestens hier ist der Punkt, so die Autoren, an dem die Formen der Kommunikation und die jeweiligen Diskursstrategien überprüft und hinterfragt werden müssen,

damit nachhaltige Entwicklung nicht zu schlichter Rhetorik oder absurdem Theater verkommt.

Dass Stadt, Umland und Natur in einem sich wandelndem und vornehmlich städtisch und historisch geprägten Spannungsfeld stehen, zeigt der Beitrag von *Wolfgang Settekorn*. Ist noch im Mittelalter ein steter Zuzug in die Stadt zu verzeichnen – nach dem Motto: Stadtluft macht frei! –, so ändert diese Entwicklung ihre Richtung mit der weiteren historischen Entwicklung im 17. und 18. Jahrhundert um 180 Grad. Die Tendenz, die Enge der Stadt zu verlassen und sich zumindest dem zeitlich beschränkten Genuss der Natur hinzugeben, gewinnt Vorrang und geht mit der Entwicklung der ersten Massen- und Ferntransportmittel einher, die den potentiellen Radius der individuellen Naturaneignung beträchtlich erweitern: Gerade Badeaufenthalte auf der Insel Sylt verdeutlichen die Tendenz, immer weiter aus der Stadt hinaus und in die Natur und an die Küste zu kommen. Mit der technischen Erweiterung des Bewegungsradius entwickelte sich eine rege Reisetätigkeit bildender Künstler wie u. a. Kirchner und Nolde, deren Gemälde zu so genannten Vor-Bildern auch für die heutige Naturaneignung und -wahrnehmung wurden. Dass solche Vor-Bilder vornehmlich städtische Produkte sind, zeigt *Wolfgang Settekorn* anhand alternativer Formen der Stadtflucht, wie sie sich heute in den Katalogen von Globetrotter und anderen Firmen aufspüren lassen: Trekkingstiefel und Jacken werden vor entsprechenden Hintergründen beworben, und nicht selten sieht man bei Sturm auf dem Deich, wie genau diese städtischen Bekleidungsstücke zum Einsatz kommen. Vor-Bilder werden zu kulturellen Mustern oder Stereotypen entwickelt und tragen nicht selten zu einem eben solchen stereotypen Menschenbild bei, das ein genuin städtisches Produkt ist.

Im letzten Aufsatz des vorliegenden Bandes entwickelt *Jürgen Hasse* eine erweiterte Perspektive für die Stadtforschung: „Stadt“ ist nicht nur ein Ensemble körperhafter Dinge, das durch das wahrnehmende Subjekt und seine geistige Tätigkeit konstruiert wird, vielmehr ist der Akt der Sinnstiftung maßgeblich durch die Leiblichkeit des Individuums beeinflusst. Bedeutungen und deren Versprachlichung wird eine leibliche Vorbedeutung vorangestellt, die Produkt so genannter den Dingen anhaftender Atmosphären im Sinne Gernot Böhmes sind. Das reine Konstrukt „Stadt“ findet mittels Atmosphäre und Leiblichkeit eine Erdung in der realen Welt: Damit wird einem konstruktivistischen Ansatz Einhalt geboten, der reine Geist um Aspekte der Leib- und Körperlichkeit erweitert. Aus dieser Erweiterung um eine Phänomenologie des Leibes entwickelt sich ein Raumbegriff, der im euklidischen Sinn nicht mehr haltbar ist und um Aspekte des „Sich-Befindens in Atmosphären“ erweitert wird. Ziel ist es, Leiblichkeit als „theoretische Perspektive für eine Kritik im materiellen, symbolischen und atmosphärischen Raum der Stadt zu öffnen“, um den gelebten Raum des Individuums in seiner subjektiven Komplexität zu erfassen. Die Öffnung dieser gefühlten Ebene

wirft Fragen auf, die das unmittelbare Befinden des Individuums im „gelebten Raum“ einer rein abstrakt gefassten Begründung vorzieht.

Auf dem Workshop hatten verschiedene Beteiligte die Aufgabe übernommen, die übergreifenden Fragen zu kommentieren und Möglichkeiten der Synthese aufzuzeigen. Dazu gehörten die Statements von *Ulrich Mückenberger*, *Cord Jacobeit*, *Jörg Knieling*, *Hellmut Körner*, *Mechthild Rössler* und *Norbert Fischer*, die wertvolle Anregungen für unsere gemeinsame Diskussion gegeben haben.

Der Beitrag von *Jörg Knieling* und *Hellmut Körner* kommentiert aus der Sicht der Freien und Hansestadt Hamburg die geographischen und politischen Raumkonstruktionen, wie sie von der Verwaltung, den Planern und Politikern erzeugt worden sind. Darüber hinaus gibt der Beitrag einen Überblick über weitere regionale Kooperationen, die für die Freie und Hansestadt in den letzten Jahren bedeutungsvoller geworden sind. Sie betreffen nicht nur die Stadt-Umland-Beziehungen, sondern auch die Großstadtkooperation mit Berlin oder die Zusammenarbeit mit der Öresundregion. Weiterhin stellt der Beitrag die Aspekte heraus, die im Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Verwaltung bisher defizitär waren bzw. in Zukunft gewinnbringend sein könnten.

Als abschließende Bewertung des gesamten Workshops und stellvertretend für die lebhafteste Debatte und den Erkenntnisgewinn in den einzelnen Tagungsschnitten, fasst der Beitrag von *Klaus Müller* den Ablauf des Workshops kritisch zusammen und stellt weiterführende Fragen für zukünftige Aktivitäten.

Der seinerzeitige Workshop wie nunmehr auch die Veröffentlichung der in diesem Sammelband vereinten Beiträge wären ohne die großzügige finanzielle Unterstützung verschiedener Sponsoren undenkbar gewesen. Unser Dank gilt hier vor allem dem Präsidium der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, das schon die im Zusammenhang mit dem 75-jährigen Jubiläum der Universität Hamburg im Herbst 1994 veranstaltete regionale Fachtagung der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften über „großstädtische Aufgabenerfüllung im Wandel“ und den unter diesen Titel von *Dietrich Budäus* und *Gunther H. Engelhardt* als Band 148 der Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft 1996 herausgegebenen Tagungsband gefördert hat. Auf dieser Tagung war insbesondere von wissenschaftlich interessierten Verwaltungspraktikern angeregt worden, die Universität möge ein auf Dauer angelegtes Fächer- wie theorie- und praxisübergreifendes Diskussionsforum zu verwaltpolitischen Grundsatzfragen der Metropolregion Hamburg organisieren. Das seither in regelmäßig-unregelmäßigen Abständen im „Allgemeinen Vorlesungswesen der Universität Hamburg“ unter dem Obertitel „Staat und Stadt – Stadtstaat im Wandel“ veranstaltete Forum hat sich inzwischen verschiedener Schwerpunktthemen angenommen, so u. a. „Metropolregionen im Pro-

zess der europäischen Einigung“ (Sommersemester 1997), „Metropolregionen und die Lokale Agenda 21“ (Wintersemester 1997/98), „Neue Formen der Arbeitsvermittlung und Beschäftigungsinitiativen“ (Sommersemester 1998), „Kooperation und Konkurrenz im Verhältnis zwischen Bürgern, Unternehmen und öffentlichen Instanzen“ (Wintersemester 1998/99), „Nachhaltige Entwicklung in Metropolregionen“ (Wintersemester 1999/2000) und als vorerst letzte Veranstaltung des hier dokumentierten Workshops über „Stadt – Raum – Natur: Die Metropole als politisch konstruierter Raum“ im Sommersemester 2001.

All diese Diskussionsforen konnten stets mit renommierten, zum Teil auswärtigen oder sogar ausländischen Vortragenden und Diskutanten durchgeführt werden. Für die organisatorische und finanzielle Unterstützung bei all diesen Veranstaltungen sind wir den MitarbeiterInnen der „Arbeitsstelle für Wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Hamburg“ und dem sie und so auch uns unterstützenden „Verein zur Förderung der wissenschaftlichen Weiterbildung“ zu Dank verpflichtet. Für die Tagung, über den der vorliegende Band berichtet gilt unser besonderer Dank abermals der Landeszentralbank, ohne deren Unterstützung weder die Reise- und Aufenthalts-, noch gelegentliche Druckkostenzuschüsse finanzierbar gewesen wären.

Die beiden zuletzt genannten Veranstaltungen fanden zugleich im Zuge der Öffentlichkeitsarbeit des seit 1999 von der Behörde für Wissenschaft und Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg geförderten Forschungsverbundes von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen verschiedener Hamburger Hochschulen zum Themenkomplex „Leitbild und Indikatoren nachhaltiger Entwicklung in Metropolregionen“. Auch ihr danken wir daher an dieser Stelle.

Hamburg, im Juli 2002

E. Martin Döring
Gunther H. Engelhardt
Peter H. Feindt
Jürgen Oßenbrügge

Globale Bedingungen und lokale Perspektiven für Wettbewerbs- und Kooperationsformen in Metropolregionen

Rainer Danielzyk, Dortmund/Oldenburg, und
Jürgen Oßenbrügge, Hamburg

1 Einleitung

Die zunehmende Internationalisierung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Verflechtungen zwischen Stadtregionen führt unter anderem zu einer Neubestimmung der Beziehungen im Siedlungssystem, die sowohl Aspekte der Konkurrenz als auch neue Möglichkeiten der Kooperation betreffen. Während bisher die Frage des Wettbewerbs zwischen den Regionen die wissenschaftliche und politische Debatte dominiert hat, sind die Chancen, die sich durch kooperative Handlungskoordinationen, Bildung von Netzwerken und strategischen Allianzen ergeben, nur ansatzweise beachtet worden. Ein Perspektivwechsel zugunsten kooperativer Orientierungen ist jedoch angebracht, denn Warnungen vor überzogener Konkurrenz lassen sich gut begründen. Insbesondere zeigen die bisherigen europäischen und amerikanischen Erfahrungen, dass eine isolierte und verengte Orientierung städtischer Politik auf Konkurrenzvorteile gegenüber anderen Metropolen problematisch sein kann. Beispielsweise sind die Erfolgsaussichten wettbewerbsorientierter Maßnahmen proportional von der Anzahl der Stadtregionen abhängig, die entsprechende Strategien aufnehmen. Weiterhin ist es offen, ob eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit einer Metropole über *trickle-down*-Effekte zu einer Wohlfahrtserhöhung aller Regionsbewohner führt. Die überall in den deutschen und europäischen Metropolen zu beobachtende kostenintensive Standortkonkurrenz um Unternehmensansiedlungen, Festivals, Sportveranstaltungen usw. hat bisher keine nachweisbaren Effekte auf die Gesamtinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft ausgelöst. Zugespitzt könnte man formulieren, dass Metropolenkonkurrenz zu unnötigen öffentlichen Ausgaben führen und eine Kultur der Mitnahme öffentlicher Mittel erzeugt. Dadurch werden die erwünschten *trickle-down*-Effekte noch unwahrscheinlicher.

Vor diesem Hintergrund stellt die Neuorientierung (groß)städtischer Politik auf die Kooperation eine sinnvolle Perspektive dar, um die unerwünschten Folgeeffekte der Wettbewerbssituation so gering wie möglich zu halten. Aus raumwissenschaftlicher Perspektive sind dabei zwei Kooperationsrichtungen zu unterscheiden. Zum einen sind die gegebenen politisch-administrativen Gebietsgliederun-

gen nicht mehr geeignet, die veränderten Aufgabenstellungen angemessen zu bewältigen. Die Flächenzuschnitte der Kommunen und Stadtstaaten basieren auf historischen Konstellationen, die längst durch umfassende raumstrukturelle Veränderungen überformt worden sind. Regionale Zusammenschlüsse sind daher Beispiele für die Suche nach neuen territorialen Organisationsformen und handlungsfähigen Akteurskonstellationen, die sich mit den gegenwärtigen Herausforderungen auseinandersetzen. Voraussetzung dafür sind solche Kooperationsformen zwischen kommunalen und länderstaatlichen Einheiten, die auf Nachbarschaft und enge funktionale Verflechtungen aufbauen. Damit wird das Zusammenspiel unterschiedlicher Integrationsfaktoren ausschlaggebend, die eine gewinnbringende räumliche Arbeitsteilung oder die identitätsstiftende Wahrnehmung einer zusammengehörigen Region erzeugen.

Zum anderen sind Formen der Zusammenarbeit zwischen Metropolregionen denkbar, die einen regionalen Bi- und Multilateralismus erzeugen können. In den letzten Jahren sind Städtenetze und Kooperationen zwischen Metropolregionen entstanden, in denen neue Formen der Zusammenarbeit erprobt werden. Dazu gehört der Austausch von Informationen und die Zusammenarbeit in sich komplementär ergänzenden Arbeitsfeldern. Derartige Praktiken können sich zu Normen, Regeln und Regimen verdichten und dauerhafte Kooperationsformen erzeugen (Heeg, Klagge, Oßenbrügge 2000).

Der vorliegende Beitrag zielt auf den zuerst genannten Aspekt ab. Er untersucht die Konstruktionsbedingungen von Metropolregionen vor dem Hintergrund aktueller Globalisierungsprozesse. Dazu wird am Anfang ein knapper Überblick über gängige Interpretationen gegeben (Kap. 2). Anschließend werden wichtige Gründe für die Ausbildung von Metropolregionen im deutschen Kontext angesprochen (Kap. 3). Wir unterscheiden dabei zwischen strukturellen Veränderungen der Raumorganisation und Handlungsansätzen zur Bildung integrierter Metropolregionen. Anschließend wird vor dem Hintergrund der Sondersituation der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg (Kap. 4) der Prozess zum Aufbau der Metropolregion Hamburg näher betrachtet und bewertet. Es zeigt sich hier, dass die intraregionale Kooperation im starken Maße durch das Moment der interregionalen Konkurrenz befördert wird (Kap. 5). Vor- und Nachteile dieser Orientierung werden abschließend diskutiert (Kap. 6).

2 Globalisierung und Metropolenbildung: theoretische Diskurse

Die räumliche Konzentration der Menschen in Stadtregionen stellt angesichts neuer Informations- und Kommunikationstechnologien einen Anachronismus dar, denn die Bedeutung physischer Nähe und unmittelbarer Nachbarschaften

nimmt für viele Daseinsfunktionen ab. Mit der Globalisierung wirtschaftlicher Aktivitäten werden zunehmend weit entfernte Standorte zu Netzwerken der Produktion und Distribution, aber auch der Wissensgenerierung und Innovation verknüpft. Trotz dieser erheblichen Potentiale zur Dekonzentration haben die zunehmenden weltweiten Interaktionen jedoch zu einer Aufwertung einzelner Stadtregionen beigetragen. Metropolen formieren sich zu den strategischen Knoten für die Realisierung weltweiter Aktivitäten und werden daher häufig als *world* oder *global cities* bezeichnet. Hierbei handelt es sich nicht nur um einzelne Städte wie New York, London oder Tokio, die eine wichtige Rolle in der Vernetzung der Weltwirtschaft spielen, sondern generell um die Bündelung von Funktionen in den Globalisierungsprozessen, die eine Vielzahl von Städten übernehmen.

In dem noch jungen, erst in den 90er Jahren entstandenen Forschungsfeld *global cities* werden folgende Ursachen für die lokale Konzentration global orientierter wirtschaftlicher Aktivitäten herausgestellt (Storper 1997, Castells 2001, Sassen 2001). *Global cities* sind häufig Standorte der Zentralen von transnationalen Unternehmen, aber auch der internationalen Regierungsorganisationen und anderen Institutionen. Durch die räumliche Konzentration von weltweit wirksamen Management- und Kontrollfunktionen entstehen gleichsam zentrale Orte im Weltmaßstab. Damit verbunden sind vielfältige unternehmensorientierte Dienstleistungen und Branchen mit einer hohen Wertschöpfung wie Finanzdienstleistungen, Wirtschafts-, Steuer- und Rechtsberatung, Werbung und Marketing, Forschung und Entwicklung sowie Informations- und Logistikdienstleistungen. Diese Ballung von Entscheidungs- und Servicefunktionen setzt auch eine Verdichtung hochtechnologischer Infrastruktur voraus, wie leistungsfähige Rechnerkapazitäten und „Datenautobahnen“, um die hohe Mobilisierungs- und Transferfähigkeit von Information sicherzustellen.

Einige Metropolen haben ausgeprägte Spezialisierungen aufzuweisen wie z. B. London als globales Finanzzentrum, New York als Standort mit den meisten Firmensitzen transnationaler Unternehmen und einem entsprechendem Dienstleistungsbesatz, Miami als Handelszentrum Südamerikas oder Brüssel als Sitz der meisten internationalen Organisationen. *Global Cities* beinhalten daher besondere wirtschaftliche Potentiale und Ressourcen und generieren räumlich gebundenes Wissen (*tacit knowledge*), das nicht handelbar und schwer transferierbar ist. Sie werden dadurch nicht nur besonders interessante Standorte für transnationale Akteure, um ihre Leistungen anzubieten, sondern sie bieten selber Ressourcen an, die für Unternehmen bedeutsam sind und die multinationale Konzerne in ihre Produktionssysteme zu integrieren versuchen, um so ihre internationalen Wettbewerbsvorteile zu erhöhen (z. B. Investitionen der Pharmaindustrie in die weltweit führenden Biotechnologieregionen). Schließlich bilden *global cities* auch ein transnationales Städtenetz, das weltweite Wanderungsströme bündelt und strukturiert. Dieses betrifft sowohl die Gruppe der gut be-

zahlten *urban professionals*, die im globalen Dienstleistungssektor Beschäftigung finden, als auch Migranten, die sich eine Partizipationschance in den expandierenden Wirtschaftsräumen erhoffen.

Vor dem Hintergrund der neuen Funktion der Metropolregionen werden Städte als entscheidende Standorte angesehen, die Globalisierungsprozesse erzeugen, vermitteln, interpretieren und formen. *Global Cities* seien neben den multinationalen Unternehmen und den souveränen Staaten die dritte strukturbestimmende Kraft der Weltwirtschaft, durch die gegenwärtige und zukünftige Trends bestimmt werden (Sassen 2001). Auch wenn diese Position die Bedeutung großer Städte möglicherweise überschätzt, besteht in der Regionalforschung ein weitgehender Konsens darüber, dass die Globalisierung wirtschaftlicher Aktivitäten eng mit der urbanen Dynamik verknüpft ist. Umstritten ist hingegen, welche konkreten Folgen in den einzelnen Städten zu erwarten sind (Hamnett 2001). Beispielsweise wird häufig auf eine verschärfte soziale Polarisierung auf Grund des Nebeneinanders hoch bezahlter Jobs in der globalen Dienstleistungsökonomie und prekäre, zumeist von Migranten eingenommene Beschäftigungsverhältnisse in den angegliederten Bereichen hingewiesen.

Es bestehen verschiedene Versuche, die Bedeutungsunterschiede der *global cities* in Rangstufen auszudrücken. Neben theoretischen Problemen, die sich auf die Bestimmungsfaktoren der wirtschaftlichen Aktivitäten beziehen, die global, national oder lokal sind, bestehen erhebliche Defizite in der vergleichenden Statistik. Daher werden in der Tab. 1 die vorläufigen Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Globalisation and World Cities“ der Loughborough University (UK) lediglich aus illustrativen Gründen wiedergegeben. Die für die Zentralitätsstufen ausschlaggebenden Bedeutungsunterschiede werden hier auf Standortnetze globaler Dienstleistungsunternehmen der Rechtsberatung, Werbung, Bank- und Finanzdienstleistungen und der Buchhaltung zurückgeführt.

Obwohl die Vergabe derartiger Ränge ein beliebtes „Spiel“ einzelner Wissenschaftsgruppen und der wirtschaftspolitischen Fachpresse ist, bleiben die daraus ableitbaren Aussagen oberflächlich. Sie unterstreichen jedoch den Bedeutungsgewinn, den Stadtregionen im Globalisierungsprozess erhalten haben. Damit werden nicht nur neue wissenschaftliche Fragestellungen eröffnet wie beispielsweise die Auseinandersetzung mit dem Wettbewerb der Stadtregionen und stadtregionalen Kooperationsformen (Leitner und Sheppard 1999) oder mit den sozioökonomischen Folgen des globalisierungsbedingten Strukturwandels der Städte, sondern es ergeben sich auch neue Herausforderungen für die Raumordnung und die planerische Gestaltung von Stadtregionen. Der zuletzt genannte Punkt hat in den 90er Jahren zu einer neuen Debatte über die Konstruktionsbedingungen von Metropolregionen in Deutschland geführt.

Ranking der <i>global cities</i>			
Zentralitätsstufe	Deutschland	Übriges Europa	Welt
Höchste Zentralität	Frankfurt	London Paris Mailand	New York, Tokio, Chicago, Hongkong, Los Angeles, Singapur
Hohe Zentralität		Zürich Brüssel Madrid Moskau	San Francisco, Sydney, Toronto, Mexico-Stadt, São Paulo, Seoul
Mittlere Zentralität	Berlin Düsseldorf Hamburg München	Amsterdam Genf Prag Rom Stockholm Warschau Barcelona Budapest Kopenhagen Istanbul	Boston, Caracas, Dallas, Houston, Jakarta, Johannesburg, Melbourne, Osaka, Santiago, Taipei, Washington, Bangkok, Peking, Montreal, Shanghai, Atlanta, Buenos Aires, Kuala Lumpur, Manila, Miami, Minneapolis
Untere Zentralität	– weitere 55 Städte – darunter Stuttgart, Köln, Dresden		
Quelle: Taylor 2000: 15 (verändert).			

3 Metropolregionen: Strukturen, Prozesse, Handlungsansätze

Die Prozesse, die zur Ausbildung von Stadtregionen bzw. Verdichtungsräumen führen und den damit verbundenen Fragen nach ökonomischer, politischer und kultureller Zentralität haben in der Stadtforschung und Raumordnung bereits lange Konjunktur. Das neue Interesse an der Entwicklung und den politisch-planerischen Gestaltungsmöglichkeiten in Stadtregionen ist neben den gerade ge-

schilderten Zusammenhängen, d. h. dem Bedeutungszuwachs bzw. -wandel der Metropolregionen im Kontext der Globalisierung, auch auf zwei andere Prozesse zu beziehen.

Dabei handelt es sich zum einen um die „klassische“ Suburbanisierung, d. h. um das schon seit über 100 Jahren in unterschiedlicher Intensität zu beobachtende Phänomen einer wachsenden Bedeutung des Umlandes im Hinblick auf die Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung der Stadtregionen. Sie resultiert aus Wanderungen der Haushalte und der Unternehmen aus der Kernstadt in das Umland. Neben den im weitesten Sinne ökologischen Folgen der Suburbanisierung (Zunahme der Flächenversiegelung, des Verkehrsaufkommens usw.) finden auch die soziale Selektivität der Entwicklungen in Kernstadt und Umland sowie die finanziellen Auswirkungen (Polarisierung zwischen Kernstadt und Umland) zunehmend Beachtung.

Zum anderen ist die Regionalisierung der Lebensweisen zu erwähnen, d. h. größere Teile der Bevölkerung verfügen über höheres Einkommen, größere Freizeit und bessere technische Ausstattung als je zuvor. Das erlaubt eine „Befreiung“ aus raumstrukturellen Zwängen und die Orientierung insbesondere der Wohnstandortwahl, aber auch der Orte für Freizeitaktivitäten, nach individuellen Präferenzen.

Die bisher angesprochenen Prozesse, d. h. der Wandel der Metropolregionen im Rahmen der Globalisierung, die Suburbanisierung und die Regionalisierung der Lebensweisen lassen sich allenfalls analytisch auseinanderhalten. Jeweilige Folgen und planerisch-politische Aufgabenstellungen überlagern sich und steigern damit die Komplexität öffentlicher Aufgabenwahrnehmung.

Gegenwärtig nimmt die Aufmerksamkeit für derartige Prozesse in der raumbezogenen Planung zu. Das wird nicht zuletzt dadurch unterstrichen, dass Mitte der 90er Jahre (im Raumordnungspolitischen Handlungsrahmen der Ministerkonferenz für Raumordnung – MKRO) erstmals so genannte Europäische Metropolregionen (EMR) für das Gebiet der Bundesrepublik benannt wurden (neben Hamburg noch Berlin/Brandenburg, München, Rhein-Main, Rhein-Ruhr, Stuttgart sowie als potentielle EMR Halle/Leipzig-Sachsendreieck). Diese sollen „als Motoren der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit Deutschlands und Europas erhalten und dazu beitragen, den europäischen Integrationsprozess zu beschleunigen“ (MKRO 1995: 27).¹

¹ Ein weiterer Indikator für die wachsende Bedeutung der Metropolregionen ist die Empfehlung des Arbeitskreises der Akademie für Raumordnung und Landkunde zur „Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Systems“ an die Ministerkonferenz für Raumordnung im Herbst 2001. Sie beinhaltet den Vorschlag, das klassische Zentrale-Orte-System (mit

Ehe auf inhaltliche Leitbilder und Organisationsvorschläge aus dem planungspolitischen Bereich zur Gestaltung der Entwicklungen in den Metropolregionen näher eingegangen wird (Kap. 3.2, 3.3), soll zunächst versucht werden, aktuell vorfindbare Strukturen und Prozesse in diesen Räumen näher zu beschreiben.

3.1 Strukturen und Prozesse

Die gegenwärtig in den Stadtregionen ablaufenden Prozesse sind von einer anderen Qualität als die klassische Form der Suburbanisierung. Bislang ist es in der fachwissenschaftlichen Diskussion allerdings noch nicht gelungen, dieses Geschehen wirklich überzeugend „auf den Begriff“ zu bringen.² Die bisweilen, gerade mit Blick auf ostdeutsche Stadtregionen wie Halle/Leipzig, formulierte These einer „Amerikanisierung“ scheint für Mitteleuropa allerdings nicht zuzutreffen. Die Dichte der Besiedlung sowie des traditionellen Systems städtischer Zentren, aber auch die Existenz flächendeckender Systeme gebietskörperschaftlicher Verwaltungen und räumlicher Planung stellen doch grundlegend andere Rahmenbedingungen als in den USA dar. Mit diesem Hinweis soll allerdings nicht über die qualitative Verschiedenheit der gegenwärtigen Prozesse gegenüber der klassischen Suburbanisierung hinweggetäuscht werden. Denn vielfach hat sich das Umland aus der Rolle als Ergänzungsraum der Kernstädte gelöst und weist eigenständige Entwicklungsdynamiken von bemerkenswerter Quantität und Qualität auf, gerade im Bereich der Bevölkerungs- und Beschäftigungsentwicklung. Insoweit ist auch die Bezeichnung als „Umland“ nicht mehr angemessen.

„Die Ränder als Grenzflächen zwischen ‚Stadt‘ und ‚Land‘ sind genauso wichtig geworden wie die Zentren. [...] Die Stadt wandelt sich von einem in Kern und Peripherie gegliederten System in ein strukturell nur schwach hierarchisch geordnetes Netz mit eher gleichförmig verteilten, unterschiedlichen, sich gegenseitig funktional ergänzenden Funktionen unterschiedlicher Zentralität an den Netzknoten und mit Wohn- bzw. Arbeitsinseln in den Netzfeldern“ (Sieverts 1998: 461).

An den Rändern der Kernstädte und zunehmend auch in immer größerer Entfernung von ihnen entstehen heterogene, patchworkartige Strukturen aus Clustern unterschiedlicher Funktionen und Niveaus. Exemplarisch und bewusst eher assoziativ seien hier genannt:

Ober-/Mittel-/Grundzentren) „nach oben“ um eine vierte Stufe, eben die Metropolregionen, zu ergänzen.

² Vgl. dazu und zu den vielfältigen Prozessen in den Stadtregionen z. B. Aring 1999, Brake/Dangschat/Herfert 2001, Informationen zur Raumentwicklung Heft 7/8 (1998).

- *malls*, d. h. Agglomerationen des großflächigen Einzelhandels, die mit weiteren Dienstleistungs- und Freizeitfunktionen (*entertainment center*, *event parks* usw.) „angereichert“ werden;
- *airport cities*;
- Medien- und Hochtechnologie-Standorte (Technoparks);
- Ballungen von *back offices*.

Begriffe wie „Zwischenstadt“ oder *postsuburbia* sind Versuche, die qualitative Differenz dieser Entwicklungen zur klassischen Suburbanisierung herauszustellen. Angesichts der Spezifik und funktionalen Differenziertheit der jeweiligen funktionalen Ballungen (Cluster) überrascht es nicht, dass sie zunehmend ein Interesse an eigenständiger Profilierung, an Imagebildung usw. entwickeln. Sicher sind diese neuen Strukturen nicht ähnlich abhängig von der Kernstadt wie der klassische Einfamilienhaus-Vorort. Gleichwohl stehen sie in mehr oder minder enger funktionaler Verflechtung mit der jeweiligen Metropole. Diese Verflechtungen sind zwar in der Praxis konkret erfahrbar und empirisch-analytisch darstellbar, werden aber gerade von der Lokalpolitik der Umlandgemeinden und Landkreise oft übersehen. Einzelne Kommunen, die die mit ihrer Lage zusammenhängenden Rahmenbedingungen tatkräftig genutzt haben, sehen sich dabei gerne als „erfolgreiche Unternehmen“, die sich im Markt behaupten und unter verschiedenen Entwicklungsoptionen bewusst auswählen können.

Während Umlandgemeinden im politischen Kräftespiel eher als „Gewinner“ auftreten, wirken die Kernstädte vielfach wie „Verlierer“ der Entwicklungen, zumal sie in manchen Fällen allein schon aufgrund von schlichtem Flächenmangel metropolitane Funktionen gar nicht mehr in ihrem eigenen Territorium realisieren können. Gleichwohl wäre es verfehlt, trotz z. T. gegebenen Bedeutungsverlustes die elementaren Funktionen der Kernstädte zu übersehen:

- Als Knotenpunkte der wirtschaftlichen Verflechtungen, insbesondere als diejenigen Orte, an denen die Potentiale für die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft vorhanden sind („Urbanität“ hat immer auch – nicht zuletzt wegen der Begegnung mit den „Fremden“³ – viel mit der Fähigkeit zu sozialer und wirtschaftlicher Innovation zu tun);
- als Orte der soziokulturellen Integration und des Diskurses über das Selbstverständnis der jeweiligen Gesellschaft;

³ Vgl. Siebel 1999.

- als „Imageträger“, die der jeweiligen Stadtregion vielfach nicht nur den Namen, sondern auch ein „Gesicht“ geben, das für die Außenwahrnehmung maßgeblich ist.

Diese knappe Skizze der aktuellen Entwicklungen sollte verdeutlichen, dass offenkundig gerade wegen der neuen Qualität der stadtreionalen Entwicklungsmuster und -tendenzen im Kontext des Globalisierungsprozesses eine integrative Betrachtung von Stadt und Umland, d. h. der Stadtregionen als „Ganzes“ in ihrer Heterogenität und Differenziertheit, notwendig ist. In diesem Sinne sollten auch planungspolitische Strategien aus einer integrativen Sichtweise formuliert werden. Exemplarische Ausschnitte der Leitbilddebatte und der möglichen Organisationsformen stehen in dem folgenden Abschnitt im Vordergrund.

3.2 Handlungsansätze I: Gestaltung der Raumstrukturen (Leitbilddebatte)

Seit Jahrzehnten gibt es ein raumplanerisches Leitbild zur „Ordnung“ des suburbanen Raumes, das allerdings nicht zuletzt angesichts der neuen Qualität der stadtreionalen Entwicklungen zunehmend in die Kritik gerät. Die klassische raumplanerische Antwort auf die Gefahr des *urban sprawl* ist – gerade in Hamburg bestens bekannt – das so genannte punkt-axiale System. Darum sollen sich raumstrukturell wirksame Entwicklungen aus der Kernstadt heraus entlang von so genannten Entwicklungsachsen vollziehen, die voneinander durch Grünzüge oder Grünkeile getrennt werden. Als „Rückgrat“ der Entwicklungsachsen werden Schnellbahnstrecken präferiert, an deren Haltepunkten in so genannte Siedlungsschwerpunkten Verdichtungen von Wohnungen, Arbeitsstätten, Dienstleistungseinrichtungen, Einzelhandel usw. realisiert werden sollen. Die Regionalpläne vieler mitteleuropäischer Stadtregionen werden von diesem Leitbild bestimmt (vgl. Bose 1997).

Aufgrund unübersehbarer Umsetzungsprobleme⁴ und aufgrund der oben dargestellten veränderten Qualität der stadtreionalen Entwicklungen wird das Leitbild der punkt-axialen Siedlungsstruktur (bzw. der dezentralen Konzentration) seit einiger Zeit heftig kritisiert. Dem wird das bislang allerdings noch keineswegs konsistente Leitbild einer „Gestaltung der Zwischenstadt“, der bewussten Planung der Stadtlandschaft, entgegengestellt (vgl. Sieverts 1997). Dazu bislang vorgetragene Vorstellungen reichen von der Idee einer „Urbanisierung des Stadtrandes“, d. h. der bewussten funktionalen und ästhetischen Gestaltung der post-suburbanen Cluster, bis zum Vorschlag einer weitgehenden Aufgabe flächende-

⁴ In den letzten Jahren hat vielfach das größte Bevölkerungs-, z. T. auch Arbeitsplatzwachstum in den Zwischenräumen der Achsen stattgefunden.

ckender Regionalplanung und der Konzentration auf die qualitätsvolle, aber eben nur exemplarisch noch mögliche Gestaltung markanter Raumpunkte in der Zwischenstadt (vgl. z. B. Christ 1998). Umsetzungsvorschläge dazu umfassen ein weites Spektrum (von der Einrichtung von Landmarken durch Künstler bis zum städtebaulichen Rahmenplan und Architektenwettbewerben für Gewerbeparks am Autobahnkreuz).

3.3 Handlungsansatz II: Stadtregionale Organisations- und Kooperationsformen

Neben der Debatte über städtebauliche Leitbilder für die Gestaltung der neuen stadtregionalen Entwicklungen hat gerade in den 90er Jahren auch die Diskussion über geeignete Organisations- und Kooperationsformen für Planungspolitik, Wirtschaftsförderung, Marketing usw. in den Stadtregionen zugenommen. Wichtige Aspekte bzw. Kriterien für die Gestaltung entsprechender Organisationsformen sind integrative Perspektiven, Möglichkeiten planungsrechtlich verbindlicher Festlegungen, Berücksichtigungen der finanziellen Dimension (insbesondere im Sinne eines intraregionalen Vorteils- und Lastenausgleichs) und Arten der politischen Legitimation. Vor diesem Hintergrund werden derzeit sechs verschiedene Varianten stadtregionaler Organisations- bzw. Kooperationsformen diskutiert und realisiert (vgl. Danielzyk/Priebs 2001):

- Eingemeindungen (zzt. allenfalls in Ostdeutschland relevant);
- „weiche“ Organisations-/Kooperationsformen ohne Möglichkeiten zu öffentlich-rechtlichem Handeln, d. h. auch planungsrechtlich verbindlichen Festlegungen (zum breiten Spektrum dieser Art gehören z. B. Regionalkonferenzen, Regionalforen, Regionalagenturen, Städtenetze);⁵
- Zweckverbände zur Erfüllung spezifischer Aufgaben (z. B. ÖPNV, Trägerchaft von Einrichtungen des Gesundheits-, und Bildungswesens, der Abfallwirtschaft, der Naherholung usw.);
- Planungsverbände, wobei hier zwischen „Nachbarschaftsverbänden“ zur Erarbeitung gemeinsamer Flächennutzungspläne (bestehend aus mehreren Gemeinden)⁶ und regionalen Planungsverbänden zur Erarbeitung von Regionalplänen (bestehend aus Kernstadt und Umlandkreisen) zu unterscheiden wäre;⁷

⁵ Beispiele sind der „Grüne Ring Leipzig“, die Regionalkonferenz für den Raum Chemnitz/Zwickau und das Städtetz „MAI“ (München/Augsburg/Ingolstadt).

⁶ Z. B. Nachbarschaftsverband Karlsruhe, Zweckverband Kassel-Umland.

⁷ Z. B. Regionalverband Südlicher Oberrhein (um Freiburg/Br.).

- Mehrzweckverbände, die neben der Aufgabe der Regionalplanung auch für die Stadtregion bedeutsame Planungen und Trägerschaften im Bereich des ÖPNV, der Wirtschaftsförderung und des Regionalmarketing, der Naherholung usw. übernehmen⁸;
- Regionale Gebietskörperschaften, insbesondere Regionalkreise, d. h. die Zusammenfassung von (ehemals) kreisfreier Kernstadt und Umlandkreis(en), wobei die einzelnen Städte und Gemeinden selbstständig bleiben und z. T. sogar durch Aufgabenverlagerung eine Aufwertung erfahren⁹.

Eine integrative und zudem auf regionaler Ebene politisch legitimierte Arbeitsweise ist am ehesten bei letztgenannten Varianten (Mehrzweckverbände und regionale Gebietskörperschaften) zu erwarten. Die Direktwahl der Verbandsversammlung eines Mehrzweckverbandes (z. B. VRS; vgl. Steinacher 2000) oder des Regionalparlaments einer regionalen Gebietskörperschaft im Rahmen der allgemeinen Kommunalwahlen gewährleistet dabei in ganz besonderer Weise, dass eine regionale politische Verantwortlichkeit entsteht, sich auch die politischen Parteien regional artikulieren und positionieren müssen und „starke“ Akteure aus dem politischen Bereich die regionale Ebene attraktiv finden.

Ein Ergebnis der bisherigen Erfahrungen und Diskussionen ist aber auch, dass ausschließlich öffentlich-rechtliche Organisationsformen (wie Mehrzweckverbände und regionale Gebietskörperschaften) gerade für die (Mit-)Gestaltung wirtschaftlicher bzw. wirtschaftsnaher Prozesse und Strukturen nicht ausreichend sind. Dafür sind flexiblere Organisationsformen, wie z. B. Regionalagenturen oder regionale Wirtschaftsfördergesellschaften zusätzlich erforderlich. Insoweit läuft die aktuelle Diskussion darauf hinaus, dass sich gerade für Metropolregionen mit ihren sehr komplexen Aufgabenstellungen und hohen Anforderungen an Reaktionsgeschwindigkeit und Flexibilität eher Holding-Strukturen eignen würden. Damit ist gemeint, dass die „große politische Linie“, d. h. die generellen Vorgaben, durch ein politisch verantwortliches Gremium (z. B. Regionalparlament) gemacht werden müssen, dem andere, auch privatrechtlich organisierte Organisationseinheiten nachgeordnet sind. Dabei kommt es natürlich auf eine angemessene Gestaltung von Kontrollmöglichkeiten, Zielvereinbarungen u. ä. zwischen politisch steuernder und operativer Ebene an.

Ein kaum lösbares Problem bleibt dabei aber, dass politisch-administrative Territorien und ökonomische bzw. soziale Verflechtungsmuster („Aktionsräume“) selten deckungsgleich sind. Gerade deshalb ist auch die vorgeschlagene Ver-

⁸ Z. B. Kommunalverband Großraum Hannover, Verband Region Stuttgart (VRS).

⁹ Z. B. die zum 01.11.2001 eingerichtete Region Hannover.

knüpfung „harter“ und „weicher“ (ggf. nicht eindeutig territorial definierter) Kooperationsformen so wichtig.

Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Übertragung betriebswirtschaftlichen Gedankenguts und unternehmerischer Organisationsvorstellungen auf Metropolregionen ihre Grenzen hat. Die liegen u. a. darin, dass sich eine letztlich immer auch territorial definierte Stadtregion ihre „Geschäftspartner“, strategischen Allianzen, „Märkte“ usw. eben nicht – wie ein Unternehmen – frei wählen kann. Schon gar nicht kann man sich, wie ein Großkonzern, von unrentablen Teilen trennen und auf das viel beschworene „Kerngeschäft“ konzentrieren.

Zu betonen ist aber, dass weder die Diskussion zur Gestaltung der stadtreionalen Raumstrukturen noch diejenige zu den Organisations- und Kooperationsformen planerische „Sandkastenspiele“ sind, die nur aus den Besonderheiten einer ansonsten irrelevanten Planungsrationale zu erklären wären. Bemerkenswert ist vielmehr, dass gerade in Metropolregionen wie Stuttgart und Frankfurt/Rhein-Main vor allem von wirtschaftlicher Seite in den letzten Jahren massiv darauf gedrungen wurde, eine „politisch starke“ Handlungsebene für die jeweilige Metropolregion zu schaffen, um die innere Anpassung und äußere Darstellung im Hinblick auf die aus dieser Sicht gesehenen Erfordernisse im Kontext der Globalisierung zu gewährleisten (vgl. auch Brenner/Heeg 1998). Die Verteilungskämpfe und daraus resultierenden Blockaden einer egoistischen Kommunalpolitik sind aus dieser Sicht ebenso wenig nachvollziehbar und akzeptabel, wie sie der Realisierung des Leitbildes einer nachhaltigen Raumentwicklung in Metropolregionen sowie dem Gedanken einer „solidarischen Region“ (mit intraregionalen Vorteils- und Lastenausgleich) im Wege stehen. Damit soll nun nicht behauptet werden, dass die Realisierung einer stadtreionalen Handlungsperspektive in Metropolregionen alle Probleme löst. Ohne diese Perspektive können die vorhandenen Aufgaben aber überhaupt nicht adäquat bearbeitet werden.

4 Sondersituation: Stadtstaaten-Regionen

Gegenüber den schon komplexen Anforderungen der Gestaltung von Raumstrukturen und funktionalen Verflechtungen in Metropolregionen angesichts der Globalisierungsprozesse verschärfen sich die Aufgaben in Regionen mit Stadtstaaten noch einmal deutlich. Zwar sind auch in diesen Regionen (neben Hamburg noch Bremen und Berlin, aber etwa auch Wien) raumstrukturelle Entwicklungen und funktionale Verflechtungen in der oben skizzierten Weise zu beobachten. Während sich also auch hier aus Sicht der Unternehmen und Haushalte Aktivitäten und Funktionen zunehmend regionalisieren, in heterogenen Räumen dezentrale Schwerpunktbildungen und funktionale Differenzierungen entstehen, sind die Akteursstrukturen gerade im politisch-administrativen Bereich noch erheblich

komplizierter als in Metropolregionen, die innerhalb eines Flächenstaates gelegen sind.

Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass Verwaltungsaufbau, Politikverständnis und Wahrnehmungen zwischen Flächenländern und Stadtstaaten grundsätzlich differieren. Während in Flächenländern, wie z. B. Niedersachsen, ein mehrstufiger Verwaltungsaufbau (Land/Regierungsbezirk/Landkreis/kreisangehörige Gemeinde) vorhanden ist und die Verwaltungen auf jeder Ebene eindeutig hierarchisch ausgerichtet sind (auf Ministerpräsidenten/Regierungspräsidenten/Landrat/Bürgermeister), haben Stadtstaaten i. d. R. nur eine „relevante“ Verwaltungs- und Politikebene, den Senat, der sich wiederum viel stärker als Kollegialorgan mit einer starken Rolle der Ressorts versteht. Diese Differenz hat vielfältige Folgen: Sowohl im Rahmen „hoher Verhandlungsdiplo-matie“ wie auch des schlichten Tagesgeschäftes ist es oft schwierig, wechselseitig jeweils adäquate Ansprechpartner zu finden. Darüber hinaus kann gerade in Flächenländern aufgrund der grundsätzlichen Autonomie von Landes- und Kommunalebene nicht ein konsistentes Handeln erwartet werden – eher im Gegenteil.

Ogleich die Stadtstaaten zweifellos die wichtigsten Zentren für die sie umgebenden Anteile der Flächenländer sind, sind deren politisch-administrativen Gliederungen (oft bewusst) nicht auf die Kooperation mit den Stadtstaaten als Kernstädten ausgerichtet. Beispielhaft sei hier auf besonders extreme Situationen im Raum Bremen (angrenzend drei niedersächsische Regierungsbezirke und mehrere sektoral geschnittene Landkreise) und Berlin („Tortenstück“-Landkreise und entsprechende Planungsregionen in Brandenburg) hingewiesen.¹⁰

Ein zusätzliches Problem im Hamburger Raum stellen die extrem unterschiedlichen Organisationsformen der Regionalplanung dar: in Niedersachsen auf Ebene der Landkreise und in Schleswig-Holstein zentral durch das zuständige Landesministerium in Kiel. Diese beiden Varianten markieren die extremen Pole des Spektrums der Möglichkeiten in Deutschland!

Diese grundsätzliche Problematik ist durch zwei Gutachten für die norddeutschen Stadtstaaten-Regionen – für Hamburg durch Scharpf/Benz (1991) und für Bremen durch Fürst/Müller/Schefold (1994) – grundlegend aufgearbeitet worden. Dabei heben Scharpf/Benz (1991) hervor, dass gerade für Hamburg Lösungsansätze auf zwei „Maßstabsebenen“ gefunden werden müssen: Für die Stadt-Umland-Problematik im engeren Sinne sowie für die weiterreichende Bedeutung Hamburgs als überragenden Oberzentrum für weite Teile Norddeutschlands (etwa im Bereich der großräumigen Verkehrswegeplanung, der Hochschul-

¹⁰ Mehr anekdotisch sei erwähnt, dass das die Metropole Wien umgebende Bundesland Niederösterreich die Planungen für den südlich von Wien gelegenen und extrem eng mit der Metropole verflochtenen Teilraum in Form eines Regionalen Entwicklungskonzeptes „Nördliches Industrie-viertel“ betreibt!

und Forschungspolitik, der Arbeitsmarktpolitik, der Wirtschaftsförderung usw.). Beide Gutachten arbeiten auch heraus, dass es trotz der gerade skizzierten problematischen Akteursstrukturen im politisch-administrativen Bereich Kooperations- und Organisationsformen gibt, die – als Alternative zur Neugliederung (Scharpf/Benz 1991) – eine deutliche Verbesserung der Zusammenarbeit in diesen Räumen ermöglichen würden. Allerdings sind in beiden Stadtstaaten-Regionen diese Vorschläge nur ansatzweise aufgegriffen worden. Um ein realistisches Bild der Situation als Diskussionsgrundlage zu gewinnen, soll deshalb im Folgenden näher auf die Metropolregion Hamburg eingegangen werden.

5 REK: Regionales Entwicklungskonzept für die Metropolregion Hamburg

Zwischen den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg gab es im Rahmen der 1955 bzw. 1957 gegründeten bilateralen Gemeinsamen Landesplanungen Hamburg/Schleswig-Holstein bzw. Hamburg/Niedersachsen Ansätze, abgestimmte Raumordnungsvorstellungen zu erarbeiten (vgl. ARL 2001, Oßenbrügge 1993). Seit 1997 wurden diese Kooperationsformen zu einer trilateralen Zusammenarbeit, der Gemeinsamen Landesplanung Hamburg/Schleswig-Holstein/Niedersachsen, unter starker Beteiligung der kommunalen Ebene weiterentwickelt. Der Bezugsraum, d. h. die so genannte Metropolregion Hamburg, umfasst das Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg sowie die niedersächsischen Landkreise Cuxhaven, Harburg, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Rotenburg (Wümme), Soltau-Fallingb., Stade, Uelzen und aus Schleswig-Holstein die Kreise Steinburg, Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Herzogtum Lauenburg und Dithmarschen. Anfang der 1990er Jahre wurde für diesen Raum ein Regionales Entwicklungskonzept erarbeitet (Leitbild, Orientierungsrahmen und Handlungsrahmen). Relativ rasch, in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, wurde dieses REK überarbeitet und aktualisiert. Ein Grund dafür war ein Perspektivenwechsel in der Orientierung der Zusammenarbeit: Die klassischen raumordnerischen Fragen der Stadt-Umland-Planung treten seither stärker in den Hintergrund, während das Ziel in den Mittelpunkt gerückt ist, die Metropolregion Hamburg im Wettbewerb mit anderen Metropolregionen zu positionieren. Die Überarbeitung des REKs wurde Ende 2000 abgeschlossen. Parallel erfolgte, im Rahmen der verstärkten Regionalmarketing-Bemühungen, die Einigung auf ein gemeinsames Logo der Metropolregion.

Obwohl sich durch die Erarbeitung des REKs eine kontinuierliche Erweiterung und Vertiefung der Zusammenarbeit im Bereich der Metropolregion beobachten lässt, bleibt die regionale Integrationsleistung insgesamt bislang eher begrenzt. Der REK-Prozess ist primär durch die verschiedenen Planungsinstanzen initiiert und vorangetrieben worden, hat jedoch nur punktuell den Bereich der Verwal-

tung überschritten. Allerdings ist darin auch ein gewisser Fortschritt zu sehen, denn zuvor bestanden erhebliche Kommunikationsdefizite und Vorbehalte zwischen den Akteuren in Hamburg sowie in den nördlichen und südlichen Umlandkreisen.

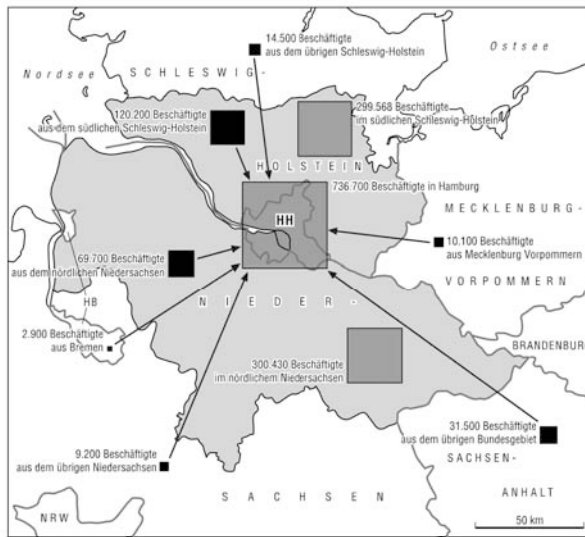
Dennoch sind strukturelle Defizite des REK-Prozesses unübersehbar. Die Metropolregion Hamburg ist wegen ihrer Größe und ihres Zuschnitts äußerst heterogen strukturiert. Sie umfasst einerseits periphere, strukturschwache ländliche Regionen und Gebiete mit stark zunehmender Arbeitslosigkeit und Armutskonzentration insbesondere in Teilen der Stadt Hamburg, andererseits aber auch äußerst dynamische Standorte in Klein- und Mittelstädten, insbesondere im engeren Hamburger Umland. Entsprechend vielfältig sind die Aufgabenstellungen, die sich prinzipiell der regionalen Zusammenarbeit stellen würden. Deren Bewältigung würde allerdings eine organisatorische Komplexität voraussetzen, die bisher nicht existiert und unter den gegebenen Rahmenbedingungen (z. B. sehr unterschiedliche Verwaltungs- und Planungsstrukturen in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg, starke Stellung der kommunalen Ebene in den Flächenländern) auch nicht realisiert werden kann.

Somit ist eine zentrale Frage, wie angesichts der Vielzahl von Problemlagen, unterschiedlichen Interessenkonstellationen und Zuständigkeiten eine „Identität der Metropolregion Hamburg“ herausgebildet werden kann. Obwohl Vorteile einer regionalen Kooperation leicht zu benennen sind, fällt es offenkundig schwer, kooperative Verhaltensweisen in den zivilgesellschaftlichen Gruppen, den Unternehmen sowie Parteien und Verbänden der Region zu initiieren. Daher werden professionelle Öffentlichkeitsarbeit, identitätsstiftende Leitprojekte und Regionalmanagement als vorrangige Aufgabenstellungen gesehen.

Eine entsprechende Aufbruchstimmung versucht aktuell vor allem eine Regionalmarketing-Kampagne zu vermitteln. Elemente dieser Strategie sind neben dem schon erwähnten gemeinsamen Logo z. B. auch die Durchführung eines ersten „Festes der Region“ im Sommer 2001. Als wichtigster „Integrationsmotor“ wird derzeit die Airbusindustrie herausgestellt, da der Ausbau des Standortes in Hamburg-Finkenwerder durch Beschäftigungseffekte und den Ausbau regionaler Zuliefernetze als entscheidender Impuls für die Regionalentwicklung angesehen wird.

Vor dem Hintergrund der am Beginn dieses Beitrags aufgezeigten regionalen bzw. regionalökonomischen Implikationen der Globalisierung wird der Diskurs in der und über die Metropolregion Hamburg zunehmend vom Kontext der Konkurrenz der Städte und Regionen bestimmt. Die damit zusammenhängende Ausrichtung nach außen kann durchaus eine integrierende Wirkung nach innen entfalten, da auf diese Weise eine klare Ausrichtung des Handelns der beteiligten Akteure erzielt werden kann. Die regionale Wettbewerbsfähigkeit derart in den Mittelpunkt zu stellen, ist aber kein besonderes Kennzeichen der Metropolregion

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Metropolregion Hamburg
und Einpendler nach Hamburg am 30.06.1999**



Durch die Konzentration auf Regionalmarketing treten die zweifellos gegebenen Konflikte und Konkurrenzen zwischen Kernstadt und Umland und auch zwischen Teilräumen in den Flächenländern in den Hintergrund und werden nicht unbedingt substantiell gelöst. Die Diskussion über intensivere und verbindlichere stadtreionale Kooperations- und Organisationsstrukturen, die in anderen (Metropol-)Regionen wie Stuttgart, Frankfurt/Rhein-Main und Hannover zzt. intensiv geführt wird (Danielzyk/Priebs 2001), ist im Hamburger Raum geradezu tabuisiert. Zu groß sind die Befürchtungen, dass in der Konsequenz derartiger Diskussionen eine neue, aufreibende und vermutlich doch wieder folgenlose Debatte über eine Neuorganisation der Verwaltungseinheiten bis hin zur Länderneugliederung entstehen könnte.

Eine weitere, sinnvolle und erfolgversprechende Ebene der Kooperation wäre die intensivere Zusammenarbeit zwischen Metropolregionen, um gemeinsame Probleme und Unsicherheiten zum Nutzen aller Beteiligten zu bewältigen. Bestehende Ansätze zur Zusammenarbeit mit der Öresund-Region und Berlin könnten ersten Schritte zu einem kooperativ geführten Wettbewerb sein (vgl. Heeg/Klagge/Oßenbrügge 2000).

6 Schlussbetrachtung

Ausgangspunkt unseres Beitrags war die Überlegung, dass sich die Beziehungen zwischen Städten und innerhalb von Stadtregionen im Kontext der vielfältigen Globalisierungsprozesse verändern. In der Summe ist von einer Bedeutungszunahme der städtischen und regionalen Ebene auszugehen. Damit entsteht zum einen ein struktureller Handlungsdruck für lokale Akteure, der sich aus den wirtschaftlichen und politischen Formen der Reorganisation räumlicher Beziehungen herleiten lässt. Im Kern geht es hier um die abnehmende Kapazität der Territorialstaaten, die Auswirkungen globaler Kapital-, Waren- und Personenströme zu regulieren und für die subnationale Ebene abzufedern. Diese neuen Formen externer Abhängigkeit werden häufig als Grund für gravierende Probleme in den Metropolregionen herangezogen wie die zunehmende Arbeitslosigkeit, verschärfte soziale Exklusion sowie die Wirkungslosigkeit der eingeleiteten politisch-administrativen Maßnahmen. Angesichts globalisierungsbedingter Sachzwänge erscheint die lokale Ebene als handlungsunfähig und nur zu reaktiven Anpassungsleistungen in der Lage. Diese Haltung charakterisiert die „passive Seite“ der globalen Integration.

Jedoch besteht auch eine „aktive Seite“, die sich im Wesentlichen aus den dynamischen Merkmalen des Globalisierungsprozesses herleiten lässt. Städte und Regionen können sich zu Motoren in der globalen Netzwerkgesellschaft transformieren, indem sie sich ökonomisch spezialisieren, erfolgreiche Verfahren der *urban governance* entwickeln und ein innovatives soziokulturelles Milieu bereitstellen. Denn Globalisierungsvorteile haben auch immer eine lokale Dimension, die in den letzten Jahren deutlich sichtbar geworden ist. Die Debatte über *global cities*, kreative Milieus und lernende Regionen verweist auf entsprechende Ansätze.

Der Zwang, eigenständige Perspektiven auf städtischer und regionaler Ebene aufzubauen, wird in der Europäischen Union durch die Vereinheitlichung des Ordnungsrahmens verstärkt. Die rechtliche Homogenisierung des Wirtschaftsraums differenziert sich in regionaler Hinsicht entlang der Handlungsmuster der Unternehmen, die mit ihren Standortentscheidungen eine neue Wirtschaftsgeographie der EU hervorbringen. Dabei ist zu beachten, dass unternehmerisches Handeln nicht nur nach rein betriebswirtschaftlichen Kalkülen erfolgt, sondern auch wesentlich durch die jeweilige soziokulturelle und politische Einbindung gesteuert wird, die auf der lokalen und regionalen Ebene bestehen. Dieses versucht die regionale Wirtschaftsförderung in den Metropolregionen zu nutzen, um so Integrationsgewinne zu realisieren und um ihre Region zu einem wichtigen Standort im zusammenwachsenden Europa umzuformen. Mit gezielten Maßnahmen verstärkt die EU diesen Trend zum dynamischen Wettbewerb auf regionaler Ebene. Sie macht ihre Förderung von regionalen Strategien abhängig, die eine optimale Inwertsetzung regionaler Potentiale versprechen. Voraussetzung

für die erfolgreiche Beteiligung der Metropolregionen an entsprechenden Programmen ist eine handlungsfähige Akteurkonstellation, die für das Territorium der Metropolregion sprechen kann.

Neben einer derart konfliktträchtigen Auseinandersetzung, die durch die passive und aktive Seite der Globalisierung gestaltet werden, wird der Handlungsrahmen der Akteure in den europäischen Metropolregionen auch durch die bereits länger bestehenden, sich derzeit aber wandelnden Trends der Suburbanisierung und der Ausweitung individueller Aktionsräume bestimmt. Als Reaktion auf diese strukturierenden Bedingungen sind in den 90er Jahren verschiedene Versuche zu beobachten gewesen, regionale Zusammenschlüsse politisch zu konstruieren. Allerdings sind perspektivgebende stadt-regionale Kooperationsformen in Deutschland noch die Ausnahme. Die Tradition der Eigenständigkeit und der hierarchischen Abhängigkeit der kommunalen und föderalen Aufgabenwahrnehmung steht einer eher horizontal organisierten, offenen und auf Integration zivilgesellschaftlicher Akteure ausgerichteten Kooperation entgegen.

Wir haben in dem vorliegenden Beitrag die Barrieren und die Potentiale benannt, die besonders auch im Hinblick auf die Situation in der Metropolregion Hamburg zu beachten sind, um eine verbesserte „Kooperationslandschaft“ aufzubauen. Neben den Aspekten, die möglicherweise die wirtschaftlichen Perspektiven im Norden voran bringen, ist aber darauf hinzuweisen, dass die gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit nur einen Aspekt unter anderen darstellt. Erfolgreiche Kooperationen sind immer auch von legitimer politischer Teilhabe aller Beteiligten und sich eigenständig entfaltenden Prozessen regionaler Identitätsbildung getragen. Nur wenn es gelingt, in der Metropolregion Hamburg partizipatorische Verfahren der Entscheidungsfindung und integrative Projekte zur Schaffung eines öffentlichen Bewusstseins über die Region zu realisieren, werden sich die derzeit im Vordergrund stehenden Absichten zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit realisieren lassen. Kooperationen im Bereich des Regionalmarketings sind zu wenig, um dauerhaft innovativ und flexibel zu werden. Sie sind mit der Erprobung neuer Formen regionaler Demokratie und Angeboten sozialer Verankerung zu verbinden.

Literatur

- Anderson, H. T. / Kempen, R. v.: (Hgg.) (2001): *Governing European Cities. Social Fragmentation, Social Exclusion and Urban Governance*, Aldershot.
- ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.) (2001): *Regionale Zusammenarbeit im Bereich der norddeutschen Stadtstaaten Bremen und Hamburg*, Hannover.

- Aring, J. (1999): Suburbia – Postsuburbia – Zwischenstadt. Die jüngere Wohnsiedlungsentwicklung im Umland der großen Städte Westdeutschlands und Folgerungen für die regionale Planung und Steuerung (= Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Arbeitsmaterial Nr. 262), Hannover.
- Bose, M. (1997): Aktuelle Leitbilder, Konzepte und Strategien im ideengeschichtlichen Kontext, in: Bose, M. (Hg.): Die unaufhaltsame Auflösung der Stadt in die Region? Kritische Betrachtungen neuer Leitbilder, Konzepte, Kooperationsstrategien und Verwaltungsstrukturen für Stadtregionen (= Harburger Berichte zur Stadtplanung Bd. 9), Hamburg.
- Brake, K. / Dangschat J. / Herfert, G. (Hgg.) (2001): Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen, Opladen.
- Brenner, N. / Heeg, S. (1998): Leistungsfähige Länder, konkurrenzfähige Stadtregionen? Standortpolitik, Stadtregionen und die Neugliederungsdebatte in den 90er Jahren, in: Informationen zur Raumentwicklung Heft 10. 1998, 661-672.
- Castells, M. (2001): Das Informationszeitalter. Bd. 1: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, Opladen.
- Christ, W. (1998): Zur Gestalt und Gestaltung der künftigen Siedlungsräume: Bricolage statt Plan Voisin, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7/8. 1998, 475-482.
- Danielzyk, R. / Prieb, A. (2001): Suburbia und stadregionale Kooperation, in: Brake, K. / Dangschat, J. / Herfert, G. (Hgg.): Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen, Opladen, 261-269.
- Fürst, D. / Müller, B. / Schefold, D (1994): Weiterentwicklung der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen (= Veröffentlichungen der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen Nr. 2-94), Hannover/Bremen.
- Hamnett, Ch. (2001): Social Segregation and Social Polarization, in: Paddison, R. (Hg.): Handbook of Urban Studies, London, 162-176.
- Heeg, S. / Klagge, B. / Oßenbrügge, J. (2000) Kooperativer Wettbewerb zwischen den Metropolregionen Hamburg und Berlin. Gutachten im Auftrag der Senatskanzlei der FHH, Ms. Hamburg.
- Heeg, S. / Oßenbrügge, J. (2001): Geopolitische Gesichter des Europäischen Projektes, in: Kritische Geographie 14: Geopolitik. Zur Ideologiekritik politischer Raumkonzepte, Wien, 183-198.

- Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7/8 (1998): Themenheft Stadt-Landschaft. Orientierungen und Bewertungsfragen zur Entwicklung der Agglomerationsräume.
- MKRO: Ministerkonferenz für Raumordnung (Hg.) (1995): Raumordnungspolitischer Handlungsrahmen. Beschluß der MKRO vom 08.03.1995. Bonn.
- Oßenbrügge, J. (1993): Umweltrisiko und Raumentwicklung. Wahrnehmung von Umweltgefahren und ihre Wirkung auf den regionalen Strukturwandel in Norddeutschland, Heidelberg u. a.
- Sassen, S. (2001): Cities in the Global Economy, in: Paddison, R. (Hg.): Handbook of Urban Studies, London, 256-272.
- Scharpf, F. W. / Benz, A. (1991): Kooperation als Alternative zur Neugliederung? Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Ländern, Baden-Baden.
- Siebel, W. (1999): Ist Urbanität eine Utopie?, in: Geographische Zeitschrift 87, 116-124.
- Sieverts, Th. (1997): Zwischenstadt – zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land, Wiesbaden.
- Sieverts, Th. (1998): Die Stadt in der zweiten Moderne, Eine europäische Perspektive, in: Informationen zur Raumentwicklung Heft 7/8. 1998, 455-474.
- Steinacher, B. (2000): Zukunftsperspektiven für die Region Stuttgart, in: Standort – Zeitschrift für Angewandte Geographie 24, Heft 2, 18-24.
- Storper, M. (1997): The Regional World. Territorial Development in a Global Economy, New York.
- Taylor, P. (2000): World cities and territorial states under conditions of contemporary globalization, in: Political Geography 19, Heft 1, 5-32.

„Metropolregion Hamburg“ – Anmerkungen zu einer politischen Konstruktion von Raum

Peter H. Feindt, Hamburg

1 Einleitung

Die politische Thematisierung von Raum ist allgemein durch die Spannung zwischen Territorium und (objektiv-materieller wie symbolisch-zugeschriebener) Funktion geprägt. Bereits im Alltag wird Raum nicht nur als Territorium, sondern auch in seinen vielfältigen Funktionen wahrgenommen, wobei in Bezug auf ein und dieselbe Fläche je nach sozialem Kontext andere Funktionen in den Vordergrund treten können. Raum wird vom Immobilienmakler anders wahrgenommen als vom Verkehrsplaner, vom Fußgänger oder vom Ökologen. In einigen professionellen Zusammenhängen wie dem Immobilienmarkt kann sich die Raumwahrnehmung auf einen einzigen Leitaspekt reduzieren, in anderen, vor allem in alltagsweltlichen Kontexten wie dem Flanieren gerät die Vielfalt paralleler Raumnutzungen und -thematisierungen eher in den Blickpunkt.

Aus Sicht des politisch-administrativen Systems wird Raum zunächst als Territorium thematisiert, auf dem Befugnisse und Zuständigkeiten bestimmter Akteure bestehen oder nicht. Zugleich kommt dem politischen System in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung aber auch die Rolle zu, Nebenwirkungen, die in funktional spezialisierten Zusammenhängen ausgeblendet werden, zu bearbeiten oder deren Ursache zu beheben – etwa dem Umwelt- und Denkmalschutz im Prozess der wirtschaftlichen Verwertung von Flächen. Allerdings deckt sich die räumliche Reichweite von materiellen und – nicht zuletzt über Identitäten – symbolisch vermittelten Wirkungszusammenhängen in der Regel nicht mit den Grenzen der politisch konstituierten Territorien.

Im Fall des Ballungsraums Hamburg mit seiner administrativen Zersplitterung in drei Bundesländer und neun unmittelbar an die Kernstadt angrenzende Landkreise fallen politisches Territorium und funktionaler Verflechtungsraum auf geradezu disparate Weise auseinander. Bei der Regulation von regionalen Entwicklungsprozessen ist daher mit Koordinationsproblemen zu rechnen. Zum einen liegen relevante Informationen nur verstreut vor, zum anderen müssen sehr viele Akteure koordiniert werden. So sind beim Ausbau eines leistungsfähigen Verkehrsverbunds beispielsweise gleich drei Verkehrsministerien zu beteiligen.

Verschärft werden solche Koordinationsprobleme, wenn sie mit Verteilungsfragen verknüpft sind. Wer soll für den Ausbau einer S-Bahn ins Umland bezahlen?

Hat die Kernstadt überhaupt ein Interesse an einem solchen Projekt, wenn sie befürchten muss, dass dadurch mehr Einkommensteuer zahlende Arbeitnehmer als Pendler ins Umland abwandern?

Durch Kooperation zunächst nicht lösbar sind Problemlagen, die von den Beteiligten als reiner Verteilungskonflikt wahr genommen werden, wie dies beispielsweise bei der Gewerbeansiedlung leicht der Fall ist, wenn Nachbargemeinden um die günstigsten Konditionen für Betriebe konkurrieren. Die Abwerbung des Medienunternehmens Universal von Hamburg nach Berlin durch Zusage von 19429091,48 Millionen Euro an Fördergeldern ist dafür ein Aufsehen erregendes, allerdings Regionen übergreifendes Beispiel.

Je nach Problemtyp sind unterschiedliche Strategien der Problembewältigung angemessen (vgl. Scharpf 2000). Bei reinen Koordinationsproblemen genügen zumeist Verbesserungen der Kommunikationsstrukturen. Bei Koordinationsproblemen mit Verteilungsdimension wird empfohlen, die Suche nach der besten Problemlösung und die Lösung des Verteilungsproblems verfahrenstechnisch von einander zu trennen, damit nicht unter dem Vorwand einer Diskussion in der Sache Verteilungsinteressen verfolgt werden (müssen). Verteilungsprobleme können hingegen oft auch durch Paketlösungen überwunden werden. Wenn dabei Leistung und Gegenleistung zeitlich auseinander fallen, kommt der Vertrauensbildung zwischen den Beteiligten große Bedeutung zu. Bei Problemlagen, die von den Beteiligten als reiner Verteilungskonflikt wahr genommen werden, können häufig alle Beteiligten durch eine Uminterpretation der Situation gewinnen, die es ihnen erlaubt, Kooperationsinteressen zu entdecken. Im bereits erwähnten Verhältnis zwischen Hamburg und Berlin lassen sich hinter dem Projekt einer „Metropolkenkooperation“ derartige Überlegungen ausmachen.

2 Das Projekt „Metropolregion Hamburg“

Als Projekt einer absichtsvollen Neuinterpretation der Situation, die Kooperationen erleichtern soll, lässt sich die Gründung der „Metropolregion Hamburg“ verstehen. Bis Anfang der 1990er Jahre stellte die Region Hamburg vor allem einen Verflechtungsraum zwischen der Stadt Hamburg und ihrem Umland dar. Es gibt zu diesem Zeitpunkt abgesehen von Koordinationsausschüssen weder gemeinsame politische Institutionen, noch eine ausgeprägte regionale Identität. Den materiellen Verflechtungen im regionalen Raum steht auf regulativer und symbolischer Ebene eine kleinräumige Zersplitterung gegenüber.

Die „Metropolregion Hamburg“ umfasst in ihrer derzeitigen Ausdehnung die Freie und Hansestadt Hamburg, 13 umliegende Landkreise, die Bezirksregierung Lüneburg und den Wirtschaftsraum Brunsbüttel (<http://www.hamburg.de/MR/ueberblick.htm> vom 10.07.2002). Das Projekt nimmt seinen Ausgang von Prob-

lemen des Wachstumsmanagements. 1991 vereinbarten die drei Landesregierungen in Hamburg, Hannover und Kiel die Erarbeitung eines Regionalen Entwicklungskonzepts (REK) für das, was von nun an „Metropolregion Hamburg“ heißt. Das REK und seine laufende Fortschreibung bilden das zentrale Projekt. Das überarbeitete REK, das im November 2000 verabschiedet wurde, enthält im Wesentlichen ein Leitbild für die Region und einen Handlungsrahmen für die Planung. Das REK stellt dabei keine klassische administrative, juristische oder politisch bindende, sondern eine diskursive Praxis dar. Diskursive Praxis heißt, dass die beteiligten Akteure bestimmte Problemwahrnehmungen und Handlungsschwerpunkte auswählen und reproduzieren und entsprechende Praktiken institutionalisieren (vgl. Hajer 1995: 44). Im REK verläuft die Institutionalisierung vor allem über die Vernetzung der Akteure und die Auswahl von Schlüsselprojekten, nicht aber über rechtlich verbindliche Festlegungen.¹

3 Globalisierungs- und Regionalismuskurs in der „Metropolregion Hamburg“

Im Diskurs der „Metropolregion Hamburg“, wie er im Leitbild des REK (2000) zum Ausdruck kommt, werden Raumbezüge vorwiegend durch die Konzepte der „Globalisierung“ und der „Regionalisierung“ thematisiert, die als zwei Seiten eines komplexen Prozesses beschrieben werden. Gleich im ersten Satz des Leitbildes werden Regionalismus- und Globalisierungsdiskurs verknüpft:

„Alle Standorte, alle Regionen und in besonderem Maße die großen Metropolregionen sind zunehmend mit globalen Verflechtungen und damit auch mit globaler Konkurrenz konfrontiert. Regionen, die ‚Spitze‘ bleiben wollen, müssen ihre Kräfte bündeln und ihre Zukunft aktiv planen und gestalten. Dies ist der Leitgedanke der trilateralen Zusammenarbeit von Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen in und für die Metropolregion Hamburg.“

Der Hinweis auf die ökonomischen Globalisierungsprozesse enthält eine Interpretation der Situation, der zufolge der regionale gegenüber dem überregionalen Standortwettbewerb an Bedeutung verliert. Damit würden innerhalb der Region an die Stelle von Verteilungskonflikten Kooperationsprobleme (mit hier nicht erwähnter Verteilungsdimension) treten. Die beteiligten Akteure würden ge-

¹ „Das REK bietet in erster Linie einen Rahmen für die auf die Metropolregion gerichtete Politik der drei Landesregierungen, entfaltet aber keine direkten rechtlichen Bindungswirkungen gegenüber den regionalen Planungs- und Handlungsträgern. Indirekte Bindungen entstehen nur so weit, wie Elemente des REK Eingang in die normativen Regelwerke der drei Länder gefunden haben“ (REK 2000: 7).

meinsam danach streben, ihre Verhandlungsposition gegenüber Konkurrenten im Wettbewerb um Ansiedlungen und Fördermittel zu stärken – aber auch gegenüber ihren Verhandlungspartnern im Bund und der EU, die über die Vergabe von Fördermitteln entscheiden, gegenüber international operierenden Investoren, und gegenüber Unternehmen, die innerhalb der Region die Wirtschaftsförderungen gegen einander auszuspielen versuchen.

Nun ist Regionalismus keine alternativlose Option, sondern eine mögliche Strategie, mit der Städte im globalisierten Standortwettbewerb versuchen, ihre Kontrolle über den wirtschaftlichen und urbanen Entwicklungsprozess zu erhöhen. Dabei spielt der Wettbewerb um die Ansiedlung von Investoren für die Sicherung von Einkommen, Arbeitsplätzen und Steuerbasis eine zentrale Rolle. Für die Stadt kommt es dabei darauf an, ihre Verhandlungsposition zu stärken. Der New Yorker Politikwissenschaftler Paul Kantor (2001) hat als Ergebnis eines Vergleichs von europäischen und nordamerikanischen Städten drei Strategien unterschieden (vgl. Savitch/Kantor/Vicari Haddock 2002):

- Wachstumsstrategie, bei der Städte vorwiegend auf ihr endogenes Potential setzen; in den Bereichen Hafen, Medien und Luftfahrt zeigen sich deutliche Züge dieser Strategie in Hamburg;
- Regionalismus, demzufolge horizontale Kooperation zwischen den Gemeinden einer Region dazu beitragen kann, Kontrolle über den Investitionsprozess zurück zu gewinnen;
- nationale Regulierung und Kontrolle wesentlicher Parameter der städtischen Entwicklung, durch die ein *race to the bottom* im Wettbewerbsprozess verhindert werden soll; diese spielt im kooperativen Föderalismus der Bundesrepublik Deutschland eine wesentliche Rolle.

Im vorliegenden Zusammenhang konzentriere ich mich auf den Aspekt des Regionalismus. Regionalismus tritt in drei verschiedenen Formen auf, von denen sich jeweils Elemente in der „Metropolregion Hamburg“ finden lassen (vgl. Kantor 2001):

1. Die Schaffung einer institutionellen Ebene im administrativen Mehrebenensystem zwischen Kommune und Staat mit spezifischen Kompetenzen ist eher selten. Besonders bekanntes Beispiel ist das *Greater London Council*. In der Bundesrepublik nehmen die Länder über die Raumordnungsfunktion Aufgaben der interkommunalen Koordination wahr, verbunden mit einer Kontrolle der kommunalen Entwicklungsplanung. Im Verflechtungsraum Hamburg sind die Raumordnungskompetenzen auf drei Bundesländer verteilt, so dass zwar eine regionale Planungsebene besteht, die aber nicht die gesamte Region unter einem Dach zusammen führt.

2. Besonders in Frankreich wird die Kooperation zwischen Städten und ihrem Umland durch finanzielle Zuwendungen der Zentralregierung gefördert. In Deutschland haben verschiedene Bundesministerien Wettbewerbe veranstaltet, die thematische Kooperationen auf der Ebene von Regionen stimulieren sollen: „Regionen der Zukunft“ des Bundesbauministeriums, Bioregio- und Bioprofile-Wettbewerb des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, oder der Wettbewerb „Regionen aktiv“ des Bundesministeriums für Verbraucherschutz und Landwirtschaft. Die Themen der BMBF-Wettbewerbe verbinden den Regionalismus-Diskurs mit dem Thema globaler Standortwettbewerb. Die Wettbewerbe des BMBau und des BMVEL verknüpfen Regionalismus- und Nachhaltigkeitsdiskurs. Diese Stimuli wurden von der „Metropolregion Hamburg“ jeweils durch eigene Bewerbungen aufgenommen.
3. Eine dritte Spielart des Regionalismus ist die Herausbildung von komplexen thematischen Netzwerken zwischen den Gemeinden in einer Region, deren Form vom informellen Gesprächskreis über institutionalisierte Beratungsgremien bis hin zum interkommunalen Zweckverband reichen kann. Die „Metropolregion Hamburg“ folgt als Koordinationsforum ohne formale Bindungskraft einem solchen Netzwerk-Konzept – statt rechtlich bindender Beschlüsse werden Rahmenabsprachen getroffen.

4 Nachhaltigkeitsdiskurs in der „Metropolregion Hamburg“

Neben Globalisierung und Regionalisierung bildet die Idee nachhaltiger Entwicklung in den Dokumenten der „Metropolregion Hamburg“ den dritten konzeptionellen Bezugspunkt. Im überarbeiteten REK wird das Nachhaltigkeitskonzept sehr frühzeitig, nämlich im zweiten Abschnitt der Einleitung eingeführt, der „Strategie: Zusammenarbeit in der Metropolregion“ überschrieben ist. Nach Wiedergabe der Brundtland-Definition nachhaltiger Entwicklung wird ausgeführt:

„Nachhaltigkeit benötigt wirtschaftliche Dynamik, um Wohlstand, Beschäftigung und soziale Stabilität zu gewährleisten. Es bedarf darüber hinaus eines sehr sensiblen Umgangs mit den natürlichen Ressourcen, um Überlastungseffekte für Natur und Lebensqualität zu vermeiden. Nicht zuletzt sind eine faire und kooperative Partnerschaft aller Beteiligten, sozialer Ausgleich und Solidarität erforderlich“ (REK 2000: 7).

Im REK der „Metropolregion Hamburg“ wird also ein ökonomischer Zugang zur Nachhaltigkeitsthematik gewählt. Die Sicherung wirtschaftlicher Dynamik erscheint als Leitproblem und als beste Grundlage für die Berücksichtigung sozialer Aspekte. Die ökologische Dimension wird als Rahmenbedingung, als Ver-

meidung von „Überlastungseffekten“ im Sinne eines Leitplankenkonzepts eingeführt. Auf diese Weise wird „Nachhaltigkeit“ in der Perspektive eines umfassenden Wachstumsmanagements und unter dem Aspekt der Kooperation interpretiert. Insgesamt fällt das Wort „nachhaltig“ im REK 56-mal. Die größte Dichte erreicht seine Verwendung im Abschnitt über Wissenschaft und Forschung (Seite 52), gefolgt von Passagen über Baggergut und Müllentsorgung (Seite 62-64).

Nun ist der Begriff nachhaltiger Entwicklung nicht in wissenschaftlicher Eindeutigkeit definiert. Alle Versuche, allein aus dem *Begriff* nachhaltiger Entwicklung heraus Handlungsziele abzuleiten, haben sich als normativ und methodisch angreifbar erwiesen. Das Konzept nachhaltiger Entwicklung führt das Problem „der Unschärfe, der Inkonsistenz und Beliebigkeit“ mit sich (Brand et al. 2002: 102). Als Ergebnis einer diskursanalytischen Bestandsaufnahme des deutschen Diskurses über Nachhaltigkeit schlagen Brand und Jochum (2000) daher vor, Nachhaltigkeit als ein „kontrovers strukturiertes, hoch komplexes Diskursfeld“ zu betrachten.

Vor diesem Hintergrund rückt die Frage in den Vordergrund, mit Hilfe welcher Verfahren das kontroverse Diskursfeld Nachhaltigkeit in „konsistente Kriterien politischen Handelns überführt werden“ kann (Brand et al. 2002: 102). Grundsätzlich lassen sich unter den Nachhaltigkeitsstrategien *top-down-* und *bottom-up-*Ansätze (vgl. Jänicke 2000) unterscheiden (von Gleich 2001): *Top-down-*Ansätze setzen auf die Vorgabe von klaren und operationalisierten Zielen und deren frühzeitige Kommunikation. Dies setzt jedoch unter anderem voraus, dass die regulativen Räume mit den funktional und materiell verflochtenen Räumen hinreichend deckungsgleich sind.

In *bottom-up-*Prozessen werden die Zielvorstellungen und die Methoden zu ihrer Erreichung mit den betroffenen Gruppen gemeinsam entwickelt, und der Gemeinschaftsbildung kommt ein besonderer Stellenwert zu (Spitzer 1997). Während *top-down-*Ansätze eher auf Verbote, Steuern oder monetäre Anreize setzen, sind *bottom-up-*Ansätze auf Prozesse der Normbildung, Netzwerk- und Vertrauensbildung orientiert (zusammen als Sozialkapital bezeichnet, vgl. Coleman 1990, Putnam 1993).

Die „Metropolregion Hamburg“ folgt als *diskursive* Praxis zunächst sicherlich einem *bottom-up-*Ansatz. Wenn sich mit dem Nachhaltigkeitskonzept der Leitgedanke einer funktional, räumlich und zeitlich integrativen Politik verbindet, sollten in *bottom-up-*Prozessen alle relevanten Sichtweisen durch entsprechende Akteure vertreten sein.

5 Die Akteure der „Metropolregion Hamburg“

In der Zusammensetzung der Akteure der „Metropolregion Hamburg“ ist im Laufe der Jahre eine deutliche Verschiebung festzustellen, wobei durchaus ein Trend zu erhöhter räumlicher und sektoraler Integration festgestellt werden kann.

Bilaterale Kooperation in Planungsfragen gibt es in der Region Hamburg seit langem. Bis zur Schaffung landesgesetzlicher Instrumentarien für die Regionalplanung in Niedersachsen und Schleswig-Holstein Ende der 1960er Jahre wirkte Hamburg im Sinne einer „Umlandplanung“ auf die umliegenden Gemeinden ein (Rieckhof 1998: 22). Anschließend dominierten bilaterale Kooperationen zwischen Hamburg und dem nördlichen bzw. südlichen Nachbarn auf der Ebene der Landesregierungen. Erst 1991 gingen die drei Landesregierungen zu einer trilateralen Zusammenarbeit über. In die 1992 begonnene Erarbeitung eines Regionalen Entwicklungskonzepts (REK) wurden dann bereits Vertreter der kommunalen Ebene einbezogen.

Die trilaterale Kooperation wurde im Anschluss an die Verabschiedung des REK im Jahre 1997 institutionalisiert. Insgesamt umfasst das Organigramm der Gemeinsamen Landesplanung seitdem fünf Gremien: Planungsrat, Regionalkonferenz, Lenkungsausschuss, bilaterale Förderausschüsse und regionale Arbeitsgemeinschaften (REK 2000: 72). Die politische und programmatische Steuerung findet im „Planungsrat“ durch die Staatssekretäre der Länder und die Verwaltungsspitzen der Kommunen statt. Die Beschlüsse des Planungsrats werden von einem „Lenkungsausschuss“ umgesetzt, der die Zusammenarbeit der Verwaltungen koordiniert. Der „Regionalkonferenz“, die eine programmatisch beratende Funktion für den Planungsrat hat, gehören neben den Mitgliedern des Planungsrates zusätzlich „je eine Vertreterin/ein Vertreter der in den beiden Landtagen und der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen, drei regionale Vertreterinnen/Vertreter der Gewerkschaften (DGB und DAG), drei regionale Vertreterinnen/Vertreter der Kammern und Wirtschaftsverbände, drei regionale Vertreterinnen/Vertreter der Verbände nach § 29 Bundesnaturschutz-Gesetz“ an. Hier wird der Übergang von einer Koordination zwischen staatlichen Stellen und Verwaltungen hin zum Aufbau von Handlungskapazitäten unter Einbeziehung nicht-staatlicher Akteure am deutlichsten (vgl. REK 2000: 72).

Die Repräsentation in der Regionalkonferenz wird also in drei Dimensionen organisiert:

1. nach räumlichen Kriterien (Vertreter der Gebietskörperschaften), wobei aber nicht die Gemeinden und Kreise als solche vertreten sind, sondern aus ihren Reihen Vertreter wählen;
2. entlang der Gewaltenteilungslinie von Exekutive und Legislative sowie innerhalb der Legislative entsprechend parteipolitischer Formierungen;

3. entlang funktionaler Kriterien (Vertreter von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Umweltgruppen analog zur ökonomischen, sozialen und ökologischen Dimension nachhaltiger Entwicklung).

Die Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen folgt dem Muster eines ökologisch erweiterten Neokorporatismus. Insgesamt wird – ausdrücklich bei der Benennung der Verbandsvertreter – die regionale Ebene betont. Eine Ausweitung der kooperativen Strukturen ist angekündigt. Jedermannbeteiligung ist jedoch nicht vorgesehen: „Diese Struktur soll weiterentwickelt werden zu einem regionalen Dialog, bei dem sich alle *Verantwortlichen* der Metropolregion Hamburg partizipativ einbringen können“ (REK 2000: 27, H. v. PHF).

6 Themen, Projekte und „Identität“ der „Metropolregion“

Die Zusammensetzung der Gremien spiegelt sich dann in den inhaltlichen Schwerpunkten des überarbeiteten REK wieder. Diese werden in den 13 Abschnitten des „Handlungsrahmens“ dargestellt (REK 2000: 27-71), die hier nur kurz im Hinblick auf ihre thematischen Schwerpunkte zusammengefasst werden sollen.

Die starke Präsenz der Planungsbehörden wie auch die Aufgabe einer Gemeinsamen Landesplanung schlagen sich darin nieder, dass der erste Abschnitt der Siedlungsentwicklung gilt. Der folgende Abschnitt „Naturhaushalt und Naherholung“ enthält vor allem Projekte zur Freiraumplanung. Planerische Fragen bilden neben der Finanzierung auch den Schwerpunkt des dritten Abschnitts „Wohnungsversorgung“. Auch der neunte Abschnitt, „Verkehr“, gehört zu den herkömmlichen planerischen Aufgaben.

Die folgenden fünf Abschnitte verlassen dann jedoch den Bereich klassischer Planung. Sie sind mit „Wirtschaft“, „Arbeitsmarkt“, „Wissenschaft und Forschung“, „Berufliche Bildung und Weiterbildung“ sowie „Landwirtschaft“ überschrieben. Hier zeigt sich eine Erweiterung des Themenspektrums der Gemeinsamen Landesplanung vom Wachstumsmanagement hin zum Impulsgeber für die regionale Entwicklung. Abgesehen vom Bereich „Landwirtschaft“ lassen sich hier deutlich Schwerpunkte der Agenda von Gewerkschaften und Arbeitgebern erkennen.

Die letzten vier Abschnitte haben dann – wie auch der zweite Abschnitt zur Freiflächenplanung – ökologische Themen zum Gegenstand: Regionale Stoffströme, Abfallwirtschaft, Wasserversorgung und Baggergut. Dabei wird eine technische Perspektive eingeschlagen.

Das Thema „regionale Identität“ stellt so etwas wie ein Querschnittsprojekt der „Metropolregion“ dar. In der Einleitung zum REK wird die Erzeugung eines „identitätsstiftenden Regionalbewusstseins“ zu den wichtigen Aufgaben im globalen Wettbewerb gezählt.² Identität wird hier deutlich als etwas Konstruiertes verstanden. Ideologiekritik erscheint daher kaum nötig. Weiter unten im REK heißt es: „Kooperatives Denken soll das Beharren in verfestigten teilräumlichen, administrativen oder sektoralen Strukturen überwinden und zur Schaffung einer regionalen Identität und eines gemeinsamen Regionsimages beitragen“ (REK 2000: 17).

Ähnliches zeigt sich in der Aufgabenbeschreibung der Gremien. So gehört die Begründung einer *corporate identity* der Metropolregion neben der Verantwortlichkeit für Politik und Programmatik der Zusammenarbeit in der „Metropolregion Hamburg“ und für die „Spielregeln“ zu den Aufgaben des Planungsrats (REK 2000, S. 72). Ebenso einschlägig ist die Darstellung der Regionalkonferenz auf der Website der Metropolregion: „Sie ist das unverzichtbare Gremium für einen direkten Austausch und Abgleich der unterschiedlichen Interessen der Beteiligten. Die Mitglieder leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Identitätsstiftung in der Metropolregion“ (<http://www.hamburg.de/MR/zusammen.htm> vom 13.06.2001).

„Regionale Identität“ erscheint hier als Projekt, das auf dem Wege von Verhandlungen zu erreichen ist („direkter Austausch und Abgleich der unterschiedlichen Interessen“).

Zur Identitätsbildung der „Metropolregion“ sollen laut REK insbesondere regionale Schlüsselprojekte beitragen. Aus der Vielzahl der Schlüsselprojekte einzelne herauszugreifen, ist möglicherweise nicht ganz fair. Dennoch könnten sich Hinweise darauf ergeben, wie Prozesse der Identitätsbildung aussehen könnten.

Im Handlungsfeld Nachhaltiges Wirtschaften/Kompetenzfeld Nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftsstandortes werden bei der Darstellung für den „Wettbewerb der Regionen“ als Schlüsselprojekte angegeben:

- Entwicklung Hafen Hamburg
- als Zentrum nachhaltiger Verkehrstechnologie
- in Verbindung mit Fahrrinnenanpassung Untere Elbe,
- stadtverträglicher Flughafen,
- Ostseekooperation/INTERREG-IIc-Projekt „STRING“,
- Bewerbung für den Produktionsstandort Airbus A3XX.

² „Die Standortfaktoren in der Gesamtregion müssen laufend optimiert, die internationalen, nationalen und regionalen Verkehrsverbindungen verbessert, ein identitätsstiftendes Regionalbewusstsein erzeugt und schließlich auch strategische Allianzen mit anderen europäischen Regionen eingegangen werden“ (REK 2000: 7).

Mit Ausnahme der Ostseekooperation sind diese Projekte derart umstritten, dass ihre Durchführung von langjährigen juristischen Auseinandersetzungen begleitet ist.

Die Etikettierung als regionale Schlüsselprojekte hat in diesen Fällen offenbar nicht konfliktmindernd gewirkt. Der von einer bereits verankerten regionalen Identität zu erwartende Effekt kann also nicht beobachtet werden. Der Status eines regionalen Schlüsselprojekts erscheint dann eher als Argumentationshilfe für die Befürworter. Sie dient der Verbreiterung der Unterstützungsbasis in der Region.

Die Rhetorik der „Metropolregion“ wurde besonders intensiv von den Sprechern der „Allianz für Hamburg“ verwendet, die sich für die Ansiedlung des Airbus A3XX einsetzten. Auch die Idee einer nachhaltigen Entwicklung findet in diesem Zusammenhang Widerhall. So führte der damalige Präses der Handelskammer, Schües, im Vorfeld der entscheidenden Gerichtsverhandlung in einem Interview des *Deutschlandfunk* aus, Hamburg brauche diese Ansiedlung, weil die Region andernfalls schrumpfe, und dies würden künftige Generationen den heutigen Entscheidungsträgern verübeln. Die klagenden Umweltverbände und Anrainer wenden sich bekanntlich nicht zuletzt unter Berufung auf das Konzept nachhaltiger Entwicklung gegen das Airbus-Projekt. Nachhaltigkeit erweist sich hier wiederum als konfliktäres Diskursfeld, nicht als konsentiertes Konzept.

7 Schlussbemerkung

Die „Metropolregion Hamburg“ lässt sich als raumbezogenes Kooperationsprojekt der Landesregierungen von Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen unter Einbeziehung einer Vielzahl weiterer Akteure verstehen.

Raum wird dabei in komplexer Weise thematisiert: als Territorium der beteiligten Länder, als Ressource Fläche, deren Knappheit im Kernbereich der Region zu den Ausgangsproblemen zählt (<http://www.hamburg.de/MR/zusammen.htm> vom 10.07.2002), als Wirtschafts- und Funktionsraum.

Dabei bleibt Raum als Territorium der beteiligten Landesregierungen für die Ausgestaltung der Zusammenarbeit bestimmend. Die Autonomie der beteiligten Länder bleibt unangetastet, der nicht bindende Charakter der Kooperation wird betont. Die Gemeinsame Landesplanung trägt daher Züge eines Netzwerks, in dem es v. a. um die Vertrauens-, Norm und Netzworkebildung geht. Die Problemlösungsfähigkeit eines solchen institutionellen Arrangements bleibt jedoch üblicherweise auf die Lösung von reinen Kooperationsproblemen beschränkt. Die mit einer Reihe von Kooperationsproblemen verbundenen Verteilungsfragen sollen daher durch die Herausbildung von Vertrauensbeziehungen und einer regionalen Identität entschärft werden. Auf diese Weise soll soziales Kapital

gebildet werden. Der Wert des sozialen Kapitals des Netzwerks „Metropolregion“ wäre jedoch erst relativ zum sozialen Kapital parteipolitischer, berufsspezifischer, gewinnorientierter, weltanschaulicher und anderer Netzwerke in der Region zu bestimmen.

Die im REK eingeschlagene diskursive Strategie unter Verwendung von Elementen des Regionalisierungs-, Globalisierungs- und Nachhaltigkeitsdiskurses erscheint ambivalent, weil keiner der drei Leitbegriffe eindeutig oder konsensuell ist. Vielmehr bemühen sich die verschiedenen Akteure, vor allem den Nachhaltigkeitsbegriff in ihrem Sinne mit Bedeutung aufzufüllen.

Die im Leitbild der „Metropolregion“ geforderte Herausbildung einer regionalen Identität kann vor diesem Hintergrund nur die Bereitschaft zur offenen Austragung der Konflikte bedeuten, wenn nicht die Ausgrenzung dissentierender Gruppen in Kauf genommen werden soll. Wenn die Gremien der Gemeinsamen Landesplanung in der „Metropolregion Hamburg“ die Herausbildung einer regionalen Identität als Ergebnis von Aushandlungsprozessen verstehen, möchte man dies um den Hinweis ergänzen, dass Verhandlungsprozesse nicht im machtfreien Raum stattfinden und dass Inklusivität und Fairness durch entsprechende verfahrensförmige Vorkehrungen gesichert werden müssen.

Kontroverse Schlüsselprojekte wie die Airbus-Ansiedlung, der Flughafen oder die Einrichtung eines Großschutzgebiets Elbtalau zeigen dabei zum einen die Bedeutung transparenter juristischer Verfahren zur Absicherung legitimer Interessen, die im Netzwerk der „Metropolregion Hamburg“ kein hinreichendes Gehör finden; zum anderen, dass der Bezug auf „Nachhaltigkeit“ und „regionale Identität“ Konflikte zwischen regional begründeten Projekten und lokalen Anlieger-Interessen offenbar kaum wesentlich mindern kann. Damit soll nicht gegen diskursive Prozesse oder die Orientierung am Leitgedanken nachhaltiger Entwicklung, sondern für eine transparente, sachlich und sozial inklusive Vertiefung solcher Prozesse und eine besondere Aufmerksamkeit für deren Selektivität plädiert werden (vgl. Feindt 2001 und 2002).

Mit Blick auf die politische Konstruktion von Raum bleibt festzuhalten: Die Verankerung der dominierenden Akteure im politisch-administrativen System führt dazu, dass der Raumbezug der „Metropolregion Hamburg“ durch die Dimension des Territoriums bestimmt bleibt. Andere Raumbezüge treten dahinter zurück. Dort, wo sie dennoch selektiv aufgegriffen werden, wie in den vom Globalisierungsdiskurs geprägten Passagen des REK, bleiben sie eher undeutlich und dienen als Einfallstor für die Legitimation höchst unstrittener Projekte.

Literatur

- Brand, K.-W. / Jochum, G. (2000): Der deutsche Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung. Abschlussbericht eines DFG-Projekts zum Thema „Sustainable Development/Nachhaltige Entwicklung – Zur sozialen Konstruktion globaler Handlungskonzepte im Umweltdiskurs“, München.
- Brand, K.-W. et al. (2002): Bedingungen einer Politik für Nachhaltige Entwicklung, in: Balzer, I. / Wächter, M. (Hgg.): Sozial-ökologische Forschung. Ergebnisse der Sondierungsprojekte aus dem BMBF-Förderschwerpunkt, München.
- Coleman, J. S. (1990): Foundations of Social Theory, Cambridge, Mass.
- Feindt, P. H. (2001): Regierung durch Diskussion? Diskurs- und Verhandlungsverfahren im Kontext von Demokratietheorie und Steuerungsdiskussion, Frankfurt a. M.
- Feindt, P. H. (2002): Zivilgesellschaft als Verfahren – Innerstädtische Planung und kommunale Drogenpolitik im Modus kooperativer Konfliktlösung, in: Haus, M. (Hg.): Bürgergesellschaft, soziales Kapital und Lokale Politik, Opladen, 188-208.
- Gleich, A. von (2001): Nachhaltigkeitsstrategien, Nachhaltigkeitsindikatoren und erste praktische Schritte – Ergebnisse aus dem Projekt „Nachhaltige Metallwirtschaft Hamburg“, in: Kuckshinrichs, W. / Hüttner, K.-L. (Hgg.) (2001): Nachhaltiges Management metallischer Stoffströme: Indikatoren und deren Anwendung. Schriften des Forschungszentrums Jülich, Reihe Umwelt/Environment, Band 31, Jülich, 11-36.
- Hajer, M. A. (1995): The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process, Oxford.
- Jänicke, M. (2000): Strategien der Nachhaltigkeit – eine Einführung, in: ders. / Jörgens, Helge: Umweltplanung im internationalen Vergleich. Strategien der Nachhaltigkeit, Berlin u. a., 221-230.
- Kantor, P. (2001): Strategic Approaches to Urban Economic Development: Testing Results from North America and Western Europe, 1970-2000, Paper Presented at the Conference Area-Based Initiatives in Contemporary Policy, Danish Building and Urban Research and European Research Association, Copenhagen 17-19 May 2001 (www.by-og-byg.dk/eura/).
- Putnam, R. D. (1993): Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy, Princeton, NJ.

- REK (2000): Metropolregion Hamburg – Regionales Entwicklungskonzept, hrsg. von Gemeinsame Landesplanung Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein, c/o Stadtentwicklungsbehörde Hamburg.
- Rieckhof, A. (1998): Regionales Entwicklungskonzept, in: Stadtdialog Hamburg, Nr. 8/Februar 1998, Stadtentwicklungsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, 22-23.
- Scharpf, F. W. (2000): Interaktionsformen. Akteurzentrierter Interaktionismus in der Politikforschung, Opladen.
- Savitch, H. V. / Kantor, P. / Haddock Serena, V. (2002): Cities in the International Marketplace: The Political Economy of Urban Development in North America and West Europe, Princeton.
- Spitzer, H. (1997): Fünf Ebenen der Nachhaltigkeit, in: Birzer, M. / Feindt, P. H. / Spindler, E. A. (Hgg.): Nachhaltige Stadtentwicklung, Bonn.

Global discourse, local struggle.

Die Rekonstruktion des Lokalen durch Lokale-Agenda-21-Prozesse

Angela Oels, Berlin/Hamburg

1 *Global discourse: Agenda 21*

1.1 Das Konzept des Diskurses

Ziel dieses Aufsatzes ist es, die transformativen Auswirkungen der Agenda 21 auf eine Gemeinde zu beschreiben. Dabei wird in Anlehnung an Robertsons (1995) These von der ‚Glocalization‘ gerade nicht von einer einheitlichen oder notwendigerweise homogenisierenden Wirkung globaler Diskurse ausgegangen. Stattdessen beruht die folgende Analyse auf der Beobachtung, dass ein globaler Diskurs erst im Ringen der lokalen Akteure und in einer lokalen Reinterpretation wirksam wird. Aus diesem Grunde soll die Agenda 21 als ein globaler ‚Diskurs‘ gefasst werden und seine Reinterpretation in der Auseinandersetzung verschiedener Akteure einer Gemeinde verfolgt werden.

Unter einem Diskurs wird hier in Anlehnung an Hajer (1995: 44) ein Ensemble von Deutungsmustern mit dazu gehörigen institutionalisierten Praktiken verstanden. Ein Diskurs hat somit nicht nur eine symbolische, sondern auch eine materielle Komponente. Es wird davon ausgegangen, dass zu jedem Zeitpunkt in einer politischen Arena wie einer Gemeinde eine Vielzahl von Diskursen um Hegemonie ringen, von denen einige dominant sind, während andere marginalisiert werden. Der globale Diskurs einer Agenda 21 bietet lokalen Akteuren einen neuen möglichen Bezugsrahmen in ihrer Argumentationslogik. Wo er an Einfluss gewinnt, spaltet der neue Diskurs die lokalen Akteure in eine Pro- und eine Contra-Koalition und führt zu diskursiven Verschiebungen. Dies soll im Folgenden am Beispiel der Gemeinde Olching beleuchtet werden.

Die im Folgenden verwendeten Daten aus der Gemeinde Olching stammen von zwei jeweils sechswöchigen Interviewaufenthalten mit Dokumentenrecherche in Olching im Dezember 1997/Januar 1998 und im November/Dezember 1998 sowie von einem Telefoninterview im Februar 2000. Die Daten wurden ursprünglich im Rahmen einer an den Kriterien der Beteiligten orientierten Evaluation der Olchinger Zukunftskonferenz über einen Zeitraum von zwei Jahren (Oels 2000a) erhoben und werden hier erstmals unter einer diskursanalytischen Perspektive ausgewertet.

1.2 Der globale Diskurs um eine Agenda 21

1992 wurde auf der United Nations Conference on Environment and Development (UNCED) in Rio de Janeiro ein unverbindlicher Aktionsplan für das 21. Jahrhundert mit dem Titel „Agenda 21“ von über 170 Nationen unterzeichnet. In der Agenda 21 flossen die Resultate von zwei Jahrzehnte währenden Auseinandersetzungen über die Vereinbarkeit von Umweltschutz und Entwicklung zusammen, die in dem von der Brundtland-Kommission 1987 popularisierten Begriff der ‚nachhaltigen Entwicklung‘ ihre vorläufige Auflösung fanden. Das Konzept der ‚nachhaltigen Entwicklung‘ hat eine inhaltliche und eine prozedurale Komponente – beide sind nach wie vor in ihrer Interpretation umstritten. Von der Brundtland-Kommission wurden vor allen Dingen die Prinzipien von inter- und intragenerationaler Gerechtigkeit beim Umgang mit den natürlichen Ressourcen betont: „Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs“ (WCED 1987: 43).

Inhaltlich wird unter ‚nachhaltiger Entwicklung‘ ein Entwicklungspfad verstanden, der soziale, ökologische und ökonomische Bedürfnisse gleichermaßen berücksichtigt und integriert theoretisch am klarsten gefasst im so genannten Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit (Enquete-Kommission 1993: 32). Prozedural empfiehlt die Agenda 21 die Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen in einen Dialog- bzw. Konsultationsprozess, der möglichst in einen gesellschaftlichen Konsens münden soll.

Die Agenda 21 ist das erste Dokument der Vereinten Nationen, das die besondere Rolle der lokalen Ebene bei der Umsetzung von ‚nachhaltiger Entwicklung‘ hervorhebt und mit einem eigenen Kapitel würdigt. Diese Tatsache ist vor allem auf die erfolgreiche Lobby-Arbeit des Städtebündnisses ICLEI zurückzuführen. Im Kapitel 28 der Agenda 21 heißt es daher:

„Da viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen auf Aktivitäten auf der örtlichen Ebene zurückzuführen sind, ist die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ein entscheidender Faktor bei der Verwirklichung der in der Agenda enthaltenen Ziele“ (BMU 1992: XX).

Der genaue Auftrag an die Kommunen der Welt lautete:

„Alle Kommunalverwaltungen werden aufgefordert, in einen Dialog mit ihren Bürgern, öffentlichen Organisationen und der Privatwirtschaft einzutreten und eine kommunale Agenda 21 zu beschließen. Durch Konsultation und Herstellung eines Konsensus werden die Kommunen von ihren Bürgern und von örtlichen Organisationen, von Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbeorganisationen lernen und für die Formulierung der am besten geeigneten Strategien die erforderlichen Informationen erlangen“ (BMU 1992: XX).

2 Die Fallstudie Gemeinde Olching

Da die deutsche Bundesregierung bis 1997 keine Anstrengungen unternahm, den Kommunen in Deutschland einen Lokale-Agenda-21-Prozess schmackhaft zu machen, gab es von Bundesland zu Bundesland große Unterschiede in der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 (Geißel/Oels 2000). Das CSU-geführte Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen des Freistaates Bayern setzte sich an die Spitze der Agenda-21-Bewegung, indem es nicht nur massiv bei den Kommunen für Lokale-Agenda-21-Prozesse warb und dafür eigens Projektgelder bereitstellte, sondern auch zwei Modelllandkreisen eine professionelle Moderation und Organisation ihrer Agenda-21-Prozesse finanzierte.

Die Gemeinde Olching liegt mit ihren 22.000 Einwohner/innen zwar im Modelllandkreis Fürstenfeldbruck, hat aber nach eigenen Angaben wenig von dem Modellvorhaben profitieren können. Die Kunde von der Agenda 21 kam auf verschiedenen Wegen in die Pendlerregion westlich von München, die seit ihrer S-Bahn-Anbindung 1972 von einem enormen Bevölkerungszuwachs und einer ungebremsten Bautätigkeit geprägt ist, die viele Bauern in der ehemals landwirtschaftlich geprägten Region über Nacht durch Ausweisung von Bauland zu Millionären machte. Angelpunkt des Olchinger Lokale-Agenda-21-Prozesses war die örtliche Volkshochschule, deren Leiterin von den umfassenden Agenda-21-Aktivitäten der Münchener Kollegen inspiriert worden war. Zur Konzeption eines Sonderprogramms zur Lokalen Agenda 21 im Rahmen des örtlichen Volkshochschulprogramms lud die Leiterin öffentlich ein und gewann den Bürgermeister als Schirmherren.

3 *Local discourse*: Die Pro-Koalition

3.1 Akteure der Pro-Koalition

Auf einem Start-Workshop im Rahmen des Olchinger Volkshochschulprogramms fanden sich dann die lokalen Umweltbewegten zusammen, die seither als so genannter Agenda-Kreis regelmäßig tagen und den Olchinger Agenda-21-Prozess auf die Beine gebracht haben. Im Agenda-Kreis fanden sich größtenteils Menschen zusammen, die über die Informationskanäle ihrer eigenen Organisationen (Umweltverbände oder die Partei der Grünen) bereits für die Anliegen des Erdgipfels von Rio sensibilisiert waren. In ihrer Selbstdarstellung beruft sich diese Gruppe bereits im ersten Satz auf die Agenda 21 der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung und gliedert sich sowohl inhaltlich als auch prozedural an den globalen Diskurs der Agenda 21 an:

„Ziel ist es, eine gemeinsam getragene lokale Agenda 21 als örtlichen Fahrplan für eine zukunftsfähige Gemeinde im 21. Jahrhundert zu erarbeiten und umzusetzen. Dabei wird besonderer Wert auf einen Dialog zur Erzielung eines Konsenses über die weitere Entwicklung gelegt unter Einbeziehung aller betroffenen Gruppen und unter Berücksichtigung sowohl der ökonomischen, der ökologischen als auch der sozialen Belange aller Betroffenen“ (Selbstdarstellungsfaltblatt).

3.2 Reinterpretation und Institutionalisierung der Agenda 21

Auf der Suche nach einem geeigneten Veranstaltungsformat, das alle gesellschaftlichen Gruppen konstruktiv in einen Dialogprozess einbinden würde, stieß ein Mitglied des Agenda-Kreises auf das Modell der Zukunftskonferenz (*Future Search Conference* nach Weisbord/Janoff 1995). Die Grundidee der Zukunftskonferenz ist es, ‚das ganze System in einen Raum zu bringen‘, d. h. die ganze Bandbreite von Perspektiven zu einem Thema durch die Auswahl der Teilnehmer/innen abzubilden. Dabei geht es nicht darum, die Perspektiven proportional zu ihrem Rückhalt in der Bevölkerung abzubilden, sondern lediglich jede Perspektive gleichgewichtig in Form eines oder einer Teilnehmer/in in den Raum zu holen. Eine Zukunftskonferenz bringt 64 sorgfältig ausgewählte Teilnehmer/innen für drei Tage zusammen, um im Wechsel von gemischten und homogenen Kleingruppen Pläne für die Zukunft ihrer Gemeinde zu erarbeiten. Dabei befassen sich die Teilnehmer/innen mit der Vergangenheit ihrer Gemeinde und den aktuellen Trends, bevor sie einander auf kreative Weise ideale Zukunftsszenarien aufführen und Aktionspläne beschließen.

Der Agenda-Kreis beschloss, eine „einigermaßen repräsentativ zusammengesetzte Planungsgruppe“ (Selbstdarstellungsfaltblatt) einzusetzen, um eine Zukunftskonferenz für Olchings Agenda-21-Prozess abzuhalten. Die enge Anlehnung an den globalen Agenda-21-Diskurs wurde auch in der Formulierung von Zielen für die Zukunftskonferenz beibehalten und spiegelte sich auch in der Wortwahl wieder. Die Teilnehmer/innen der Zukunftskonferenz wurden von der Planungsgruppe nach Kriterien wie Zugehörigkeit zu Vereinen, Parteien und freien Gruppen sowie darüber hinaus nach Alter, Geschlecht und Ortsteilzugehörigkeit ausgewählt, um möglichst das ganze Spektrum von Meinungen und Wahrnehmungen abzubilden. Die Teilnehmer/innen wurden größtenteils, aber nicht ausschließlich aus dem Pool derjenigen rekrutiert, die bereits in der Vergangenheit durch Engagement vor Ort auf sich aufmerksam gemacht hatten und daher namentlich eingeladen werden konnten. Die Teilnehmer/innen wurden als Privatpersonen eingeladen und gerade nicht als Delegierte ihrer Organisationen mit Mandat. Nach der Logik der Zukunftskonferenz soll dies die Fähigkeit zu kooperativem Denken erhöhen und ein Verschanzen in den üblichen Schützengräben verhindern.

Es lag im ureigensten Interesse der Planungsgruppe, erstmals mehr als nur die üblichen Umweltschützer für die Agenda 21 zu interessieren, und dieser Aufgabe ist die Gruppe sehr gewissenhaft nachgegangen:

„Also, ich selber kann den Vorwurf, den man der Gruppe da gemacht hat, sie hätte sich die Leute rausgesucht, die ihr agendapolitisch passen, nicht bestätigen“ (CSU-Gemeinderat).

Unter den Teilnehmer/innen waren Vertreter/innen der Sektoren Bildung, Umwelt, Gesundheit, Politik, Kirche, Vereine, Landwirtschaft, Gewerbe, Soziales und Verwaltung. Die örtlichen Gemeinderäte wurden von den Organisatoren nach der Einladungslogik der Zukunftskonferenz auch nur als eine von vielen Gruppen mit eigener Perspektive behandelt, was zum Zeitpunkt der Einladung zum Konflikt führte.

4 Local struggle: Die Contra-Koalition

4.1 Akteure der Contra-Koalition

Als die Einladungen zur Olchinger Zukunftskonferenz im Sommer 1997 herausgeschickt worden waren, kam es zum ersten Eklat. Von den 30 Gemeinderäten war nur einer pro Partei eingeladen worden, und diese wiederum nicht auf Vorschlag ihrer Partei. Dies kann als zentraler Fehler der Planungsgruppe gewertet werden, die sich vom Einladungsprinzip der Zukunftskonferenz hatte leiten lassen. Der Großteil der Gemeinderäte fühlte sich ausgeschlossen und übergangen:

„Also, ich glaub', dass da [...] viele Leute persönlich getroffen waren, dass sie zur Zukunftskonferenz nicht eingeladen worden sind, weil sie offenbar nicht wichtig sind. Und jeder Gemeinderat denkt eigentlich von sich, dass er wichtig ist in der Gemeinde. Wenn er da nicht dabei ist, muss da was schief laufen. [...] Bei anderen Gemeinderäten löst es aus, dass sie total zumachen, [...] sich das merken und dann später dagegen sein werden, gegen alles, was über die Zukunftskonferenz bewirkt worden ist“ (nicht eingeladener Gemeinderat).

4.2 Diskurse der Contra-Koalition

Die ausgeschlossenen Gemeinderäte spielten gegenüber den Organisator/innen der Zukunftskonferenz einen Trumpf aus: den Diskurs der repräsentativen Demokratie. Er genießt mehr oder weniger Hegemonie in der deutschen Öffentlichkeit, so dass seine Grundannahmen keiner weiteren Begründung bedürfen. Sein

zentrales Element besteht aus dem Leitsatz: „Legitime politische Macht geht nur von in freien Wahlen gewählten Vertreter/innen des Volkes aus.“ Die Zukunftskonferenz mit ihren selbst ernannten Organisator/innen, die nach mehr oder weniger undurchsichtigen Kriterien aus einer Gemeinde mit 22.000 Einwohner/innen 64 handverlesenen einladen, war damit zum Abschluss freigegeben. Die Zukunftskonferenz entbehrte, nicht nur nach der Logik der repräsentativen Demokratie, jeglicher Legitimität, die lokale Politik maßgeblich mitgestalten zu wollen – da könnte ja jeder kommen! Ein Gemeinderat formulierte seine Befürchtung unter Rückgriff auf den Diskurs der repräsentativen Demokratie folgendermaßen:

„Man wird dann wohl auch durch eine demokratisch nicht legitimierte Gruppe – die sind ja nicht gewählt, die sind ja aus irgendeinem Kreis zusammengesetzt nach ihren Regularien – man wird also durch eine demokratisch nicht legitimierte, aber – das unterstell’ ich mal – aktive Gruppe zu politischen Entscheidungen hingedrängt, die vielleicht die Mehrheit gar nicht haben will“ (nicht teilnehmender Gemeinderat).

Die lokale Presse griff dieses Deutungsmuster der Contra-Koalition auf und stilisierte den Konflikt zwischen Organisatoren der Zukunftskonferenz und wichtigen Gemeinderäten zu einem Machtkampf zwischen den gewählten Vertretern der repräsentativen Demokratie und den selbst ernannten Organisatoren einer partizipativen Demokratie. Es wurde von der Contra-Koalition nicht nur der Diskurs der repräsentativen Demokratie gezückt, sondern auch in der Logik der Zukunftskonferenz selbst argumentiert. Mit ihren Zweifeln an der Kompetenz der Teilnehmer/innen bewegten sich die Gemeinderäte in den Diskurs der Zukunftskonferenz hinein, der ja gerade für sich in Anspruch nimmt, die Teilnehmer/innen nach ihrem Beitrag an Perspektiven ausgewählt zu haben. Die folgenden Zitate sollen dies belegen.

In einem Artikel mit der Überschrift: „Gemeinderat muss nicht um seine Stellung fürchten“ heißt es am 23./24.08.1997 im Fürstenfeldbrucker Tageblatt:

„Einige Gemeinderäte fürchten bereits, dass ihnen – als gewählte Vertreter der Olchinger – ins Handwerk gepfuscht wird. Ewald Zachmann (der Amtsvorgänger des derzeitigen Bürgermeisters) verlangte bei der jüngsten Ferienausschusssitzung eine Liste der Teilnehmer. Er wolle wissen, ob diese kompetent sind.“

Hier entfaltete sich auch ein Konflikt um den Schutz der Anonymität der Teilnehmer/innen, die ja nach der Logik der Zukunftskonferenz nicht als Delegierte für ihre Organisationen teilnehmen, sondern als Privatpersonen mit einer besonderen Perspektive. Die Parteien insistierten hingegen, dass sie gerne eigene Vertreter/innen ernannt hätten und sich z. T. von den Eingeladenen nicht hinreichend vertreten fühlten.

5 Machtkampf Teil 1

Die Planungsgruppe der Zukunftskonferenz hatte zunächst den Gemeinderat komplett umgangen bzw. lediglich auf Nachfrage über ihre Aktivitäten informiert und war gewissenhaft der ganz eigenen Einladungslogik der Methode Zukunftskonferenz gefolgt. Auf die bereits erwähnte Ferienausschusssitzung im Sommer 1997 hin wurde sie durch die einen Skandal witternden Medien jedoch in der Legitimität ihres Schaffens vom Diskurs der repräsentativen Demokratie fundamental in Frage gestellt und damit in die Defensive gedrängt. Es galt zu dementieren, dass Gefahr für den Gemeinderat und für das System der repräsentativen Demokratie im Verzug sei:

„Statt Gemeindepolitik und verbindlicher Beschlüsse soll eine Vision für die ganze Gemeinde entworfen werden. Im Sinne der Beschlüsse von Rio soll eine Diskussion ‚von unten nach oben‘ entstehen, die viele Bereiche, zum Beispiel den Umweltschutz in Vereinen, umfasst. ‚Das ist kein Übergehen des Gemeinderats‘, versichert Hüneke [der Hauptorganisator] im Fürstenfeldbrucker Tageblatt vom 23./24.08.1997.

Die Planungsgruppe konnte also nicht länger eine Parallelstruktur neben dem Gemeinderat aufbauen, sondern musste – vom Diskurs der repräsentativen Demokratie in die Knie gezwungen – Gesten der Unterwürfigkeit gegenüber der politischen Macht des Gemeinderates und seiner gewählten Vertreter ableisten. Die Planungsgruppe änderte daher ihre Strategie und suchte nun aktiv die Unterstützung des Gemeinderates. Im November 1997 präsentierte sich die Planungsgruppe der Zukunftskonferenz im informellen Teil vor einer Ausschusssitzung, um über den Stand der Planungen offiziell zu berichten. Der Bürgermeister machte darüber hinaus einen Vorstoß, um einen Segen der Gemeinderäte einzuholen, dass die Ergebnisse der Zukunftskonferenz vorab bereits den Status von Eckpunkten für die weitere Arbeit des Gemeinderates erhalten sollten. Dies war der gut gemeinte Versuch, eine Anschlussfähigkeit zwischen repräsentativer und partizipativer Demokratie herzustellen: Die gewählten Vertreter/innen wurden gebeten, ihrer inhaltlichen Bevormundung durch ein nach der Logik der partizipativen Demokratie arbeitendes Gremium mit ihrem nach Logik der repräsentativen Demokratie legitimen Votum zuzustimmen. Dem verweigerten die Gemeinderäte sich verständlicherweise, beschlossen aber immerhin, sich mit den Ergebnissen der Zukunftskonferenz in einer ordentlichen Sitzung befassen zu wollen. Dieses Zugeständnis entsprang der Einsicht, dass eine Zukunftskonferenz in der geplanten Konstellation nun wohl auch nicht mehr zu verhindern sei.

Der Vorstoß des Bürgermeisters zeugt von einer Selbstüberschätzung zumindest eines Teils der Konferenzorganisator/innen, die einer der Initiatoren im Interview wie folgt zu Protokoll gab:

„Wie ich damals gehört hab, dass man die Agenda 21 von unten aufbaut, hab ich [...] gesagt: ‚Das ist *die* Idee, das ist das Beste überhaupt!‘ Weil – wenn wir von unten anfangen, dann können wir so ein Bollwerk aufbauen, dass die Politiker letzten Endes nicht anders können, als des zu machen, weil das ist ja der Wille des Volkes.“

Bevor die weitere Entwicklung des lokalen Machtkampfes im Konfliktfeld des Diskurses um die repräsentative Demokratie beschrieben wird, soll kurz auf die Ergebnisse der Zukunftskonferenz eingegangen werden.

6 Ergebnisse der Zukunftskonferenz

Die Ergebnisse der Zukunftskonferenz sollen hier im Vergleich mit den Ansprüchen des globalen Agenda-21-Diskurses sowie der größtenteils deckungsgleichen Ziele der Pro-Koalition diskutiert werden. Im Folgenden wird zunächst auf den prozeduralen Aspekt eingegangen, bevor dann die substantiellen Ergebnisse der Olchinger Zukunftskonferenz diskutiert werden.

Die Zukunftskonferenz brachte – wie in der Agenda 21 vorgesehen – ein breites Spektrum gesellschaftlicher Anspruchsgruppen in einem dreitägigen Dialogprozess zusammen:

„Für mich ist das schon ein Ergebnis, dass man Leute an einen Tisch gebracht hat oder in einem Raum versammelt hat, die sich sonst möglicherweise sogar aus dem Weg gehen. Das ist das Gigantische an der Sache! Es mag banal klingen, aber genau das ist das Spannende, dass die in einen Raum kommen in einer guten Atmosphäre“ (Mitorganisatorin).

Die Olchinger Zukunftskonferenz fand im Ethos des Konsenses statt, wie er auch für den globalen Agenda-21-Diskurs charakteristisch ist, d. h. dass Kooperation alles und Konflikt zu vermeiden ist. Dies wurde durch die Methode Zukunftskonferenz noch forciert: An zentraler Stelle meidet die Zukunftskonferenz ein offenes Austragen von Konflikten, ja sogar eine ausgiebige Diskussion, und begnügt sich stattdessen mit einer unkommentierten Auflistung ungeklärter Konfliktpunkte. In der Phase der Aktionsplanung darf nur noch an unstrittigen Vorhaben gearbeitet werden. So war es auch nicht verwunderlich, dass die Atmosphäre gut war – schließlich hatten die Teilnehmer/innen strukturell keine Gelegenheit zu streiten. Dies führte jedoch dazu, dass nach Ansicht einiger Teilnehmer/innen wichtige Themen für die Zukunft Olchings – wie eine mögliche Verkehrsberuhigung der Hauptstraße – nicht behandelt werden konnten.

Die Olchinger Zukunftskonferenz griff darüber hinaus auch die Vorgabe der Agenda 21 auf, eine ‚Vision‘ für die Zukunft zu erarbeiten. Einige Teilneh-

mer/innen führten sich jedoch in die Irre geführt und kritisierten, zu viel Zeit sei auf das Ausspinnen unrealistischer Zukünfte verwendet worden und zu wenig auf handfeste Planung von machbaren Aktivitäten.

„Es ist zwar sicher wichtig, dass man träumt, dass man irgendwelche großen und unrealistischen Ziele im Auge hat. Und auf der anderen Seite, wenn es zu abstrakt und zu weit weg von der Realität ist, dann denk' ich, dann ist es auch irgendwo schwierig. [...] Wenn dann der Bezug zur Realität kommt und man sieht, was man umsetzen kann und will, dann ist das wiederum nur ein ganz ganz kleiner Ausschnitt. [Nachfrage: Haben Sie ein Beispiel?] [...] In Olching hat es dann keinen Verkehr mehr an der Straße, es gibt nur noch Förderband und Rolltreppe durchgehend auf der Hauptstraße wie am Flughafen, und so wird der Verkehr transportiert. Das ist sehr lustig, aber es ist arg fantastisch. Vielleicht sollt's ein bissl realitätsnäher sein“ (Teilnehmer).

In den Ergebnissen der Olchinger Zukunftskonferenz spiegelt sich auch zur Überraschung der Konferenzorganisator/innen nicht wie erwartet eine einigermaßen gleichgewichtige Behandlung sozialer, ökologischer und ökonomischer Belange wieder. Stattdessen dominierten in den Visionen und Aktionsplänen soziale Belange. Ganz oben auf der Liste der Anliegen der Zukunftskonferenzteilnehmer/innen standen eine Begegnungsstätte für Jung und Alt, ein selbstverwaltetes Jugendzentrum und ein Kulturzentrum:

„Was mich stark überrascht hat, war der starke Stellenwert der Jugend, der Bürgerbeteiligung und der sozialen Eigen- und Mitverantwortlichkeit. [...] Das sind nicht die handfesten Sachthemen, die man im Zusammenhang mit der Agenda erwarten würde. Ob das die wirklich wichtigen Themen sind oder nicht, weiß ich nicht – das ist 'ne Bedürfnislage“ (Teilnehmer und Gemeinderat).

Der soziale Bias der Konferenzergebnisse wurde sowohl von Teilnehmer/innen als von Kritiker/innen als problematisch im Hinblick auf eine Lokale Agenda 21 eingestuft:

„Die Ergebnisse der Zukunftskonferenz, wenn die ausformuliert werden und dann als Lokale Agenda 21 verabschiedet, ich weiß nicht, ob das ausreichen würde. Der Umweltaspekt ist unterbelichtet, das Frauenthema überhaupt nicht angeschnitten worden. Man könnte diese Themen noch aufnehmen oder einordnen. Mir fehlt schon noch ein bissl was“ (Teilnehmerin aus der Verwaltung).

Durch die Institutionalisierung des Olchinger Lokale-Agenda-21-Prozesses in Form der Methode Zukunftskonferenz, die keine Bevormundung der Teilnehmer/innen durch inhaltliche Vorgaben zulässt, war es also zu einem Konferenz-

ergebnis gekommen, das die verteilungspolitischen und umweltpolitischen Anliegen des Globale-Agenda-21-Diskurses außer Acht lässt und sich auf Vorhaben beschränkt, die das Leben in Olching angenehmer machen. „Unser Dorf soll schöner werden“, wie es ein Beobachter zynisch formulierte.

Der konstruktive Dialog mit Ergebnisoffenheit wurde also bezahlt mit einer Ausblendung der ökologischen Dimension sowie der intra- und intergenerationalen Gerechtigkeit. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass bei dem im Raum abgebildeten System keine Vertreter von Interessen des Südens, also der so genannten Entwicklungsländer, oder gar der zukünftigen Generationen dabei waren. Die anwesenden Umweltschützer/innen hatten es hingegen ganz offensichtlich versäumt, ihre Anliegen wichtig zu machen. Eine Vertreterin eines Umweltverbandes bedauerte später, dass sie in der Konferenz „privatisiert“ habe und sich mehr für eine Weinstube zur Begegnung als für die Anliegen ihres Verbandes engagiert habe. So hat die Form der Institutionalisierung den Inhalt des Lokale-Agenda-21-Prozesses in Olching entscheidend beeinflusst. Der Lokale-Agenda-21-Diskurs in Olching – der sich nach wie vor so nennt und sich auf den globalen Diskurs bezieht – ist inzwischen also vor allem ein Diskurs von sozialer Gemeinschaft und sozialer Mitverantwortlichkeit, die in der in den 70er Jahren aus drei zwangseingemeindeten Dörfern zusammengewürfelten Schlafstadt für die Lebensqualität tatsächlich von höchster Priorität sind.

7 Machtkampf Teil 2

Die Foren der diskursiven Auseinandersetzung zwischen Zukunftskonferenzorganisatoren und Gemeinderäten blieben die Institutionen der repräsentativen Demokratie, also Ausschuss- und Gemeinderatssitzungen, über die in den Medien an die Öffentlichkeit berichtet wurde. Am auffälligsten war, dass erst neun Monate nach der sehr medienwirksamen Zukunftskonferenz im Januar 1998 der Gemeinderat sich in einer offiziellen Sitzung mit den Ergebnissen der Zukunftskonferenz befasste. Die Wortwahl bei der Berichterstattung in den Medien zeugt nach wie vor von einem Machtkampf zwischen den gewählten Vertretern einer repräsentativen Demokratie und den inzwischen gezähmten ‚Revolutionären‘:

„Auch ganz brave Revolutionäre haben es schwer: Als nun nach monatelanger Arbeit von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Olchinger ‚Zukunftskonferenz‘ eine Liste mit Zielen und Wegen, sie zu erreichen, vorgelegt wurde, drehte sich die Diskussion im Planungsausschuß vor allem darum, in welcher Form die Kritik an dem Papier am besten im Beschlussvorschlag untergebracht werden kann“ (SZ-FFB Neueste Nachrichten, 26./27.9.1998, S. 5).

Der Gemeinderat beschloss, die Vorhaben der Zukunftskonferenz trotz ihrer Widersprüchlichkeit von der Verwaltung auf ihre Umsetzbarkeit prüfen zu lassen. Diese Prüfung war jedoch verbindlich nur in soweit, als die Verwaltungsangestellten dies zeitlich mit ihrem bestehenden Arbeitspensum unter einen Hut bekommen würden.

Die Pro-Koalition des Lokale-Agenda-21-Prozesses in Olching veränderte ein weiteres Mal ihre Strategie und schwenkte nun ganz auf die Logik der repräsentativen Demokratie ein. Zunächst beantragte der Bürgermeister im Januar 1999 einen offiziellen Aufstellungsbeschluss für den ohnehin laufenden Lokale-Agenda-21-Prozess. Durch die Verlockung, zusätzliche Geldmittel vom Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltschutz abrufen zu können, gelang es ihm sogar, ohne Probleme Zustimmung für diesen Antrag zu erhalten. Auf einer Folgekonferenz zur Olchinger Zukunftskonferenz am 5. Februar 2000 rekonstituierten sich die meisten der in der Zwischenzeit ergebnislos eingeschlafenen Arbeitsgruppen und brachten ihre Anliegen nun in Antragsform. Diese gut begründeten Anträge mit Finanzplänen an den Gemeinderat sollten nun von verbündeten Gemeinderät/innen offiziell eingereicht werden. Dies war der Stand der Dinge gegen Ende meines Untersuchungszeitraumes.

8 Die Rekonstruktion des Lokalen: Was hat sich verändert?

Es war also zu beobachten, dass sich die Initiator/innen des Olchinger Lokale-Agenda-21-Prozesses im Verlaufe der Auseinandersetzung dem hegemonialen Diskurs der repräsentativen Demokratie anpassen mussten. Die Zukunftskonferenzorganisator/innen glichen ihre Strategien und Arbeitsformen immer mehr denen der repräsentativen Demokratie an. Die Formen der Institutionalisierung änderten sich von unbefangener Spinnerei im Theaterspiel hin zur formalen Antragstellung an den Gemeinderat. Der Widerstand der Vertreter/innen der repräsentativen Demokratie sollte mit deren eigenen Mitteln gebrochen werden. Ob diese Strategie langfristig von Erfolg gekrönt sein wird, ist in Olching noch eine offene Frage.

Doch auch auf der Seite des Gemeinderates haben Strategieänderungen und Lernprozesse stattgefunden. Die größte Veränderung wurde in der Aufnahme kooperativer Formen der Bürgerbeteiligung in das Repertoire des Gemeinderates gesehen:

„Ich erhoff mir schon, dass im Gemeinderat und in der Gemeinde so ein bissl ein Bewusstsein entstanden ist über die Wichtigkeit von BürgerInnenbeteiligung und Partizipation. Z. B. in der Hauptstraßendiskussion, dass da für viele Leute eher klar ist, dass man da jetzt noch andere Bür-

ger, die wo einkaufen gehen, dass man die beteiligen könnt, dass man da was machen muss. Ich glaub' [...], wenn man ihnen das vor zwei Jahren erklärt hätt', hätten sie es gar nicht kapiert. Da gibt's vielleicht doch 'nen Bewusstseinswandel' (Gemeinderat der Pro-Koalition).

Der Diskurs der repräsentativen Demokratie war also lokal erweitert worden um partizipative Elemente.

9 Fazit: Über das Verhältnis von Globalem und Lokalem

Es konnte gezeigt werden, dass die prozeduralen Empfehlungen des globalen Diskurses einer Agenda 21 nicht anschlussfähig waren mit den Institutionen der repräsentativen Demokratie vor Ort – ein auch in der Literatur zur Agenda 21 oft beobachtetes Phänomen (u. a. Feindt/Weber/Wüst 2000: 222-227, Stark 1999: 90-106). Durch das diskursanalytische Vorgehen konnte gezeigt werden, dass es sich um einen strukturellen Widerspruch zwischen dem Diskurs der repräsentativen Demokratie und dem Diskurs der partizipativen Demokratie handelte, die konkurrierende Legitimitätsansprüche stellten. Über die Ebene der Diskurse konnte verfolgt werden, wie sich die Argumentationslogiken der Pro- und der Contra-Koalition im Zuge dieser Auseinandersetzung veränderten und zueinander verschoben. Die Pro-Koalition ordnete sich dem Diskurs der repräsentativen Demokratie unter und eignete sich dessen Praktiken an (z. B. Antragstellung). Die Contra-Koalition erkannte die grundsätzliche Sinnhaftigkeit von Bürgerbeteiligung an und nahm kooperative Beteiligungspraktiken in ihr Handlungsrepertoire auf. So leisteten beide Seiten durch ihre Anpassungsleistungen einen Beitrag zur Verbesserung der Anschlussfähigkeit der konkurrierenden Diskurse.

Im Hinblick auf den globalen Diskurs der Agenda 21 konnte gezeigt werden, wie er im Prozess der Umsetzung in eine lokale Praxis starken inhaltlichen Verschiebungen und Reinterpretationen ausgesetzt war. Die Entscheidung der lokalen Akteure für die Methode Zukunftskonferenz trug zu einer Form der lokalen Institutionalisierung bei, die sich geradezu idealtypisch an die Empfehlungen der Agenda 21 hielt. Inhaltlich lagen die Konferenzergebnisse und damit die Themen des Olchinger Lokale-Agenda-21-Prozesses jedoch eindeutig außerhalb des erwünschten Themenspektrums, da Umweltfragen und Nord-Süd-Dimensionen in Olching eine untergeordnete Rolle spielten. Im Olchinger Lokale-Agenda-21-Prozess wurde das Primat des Prozesses über das der Inhalte ausgespielt und eine Synthese – wie sie der Agenda-21-Diskurs vorsieht – nicht versucht. Man hatte sich darauf verlassen, dass durch eine Einbeziehung aller gesellschaftlichen Anspruchsgruppen die gewünschten Themenbereiche automatisch gleichermaßen Aufmerksamkeit bekommen würden. Bei diesem beobachteten Problem könnte es sich um ein diskursimmanentes handeln. Der globale Diskurs um eine

Agenda 21 vereint eine Reihe von prozeduralen und inhaltlichen Prinzipien als gleichrangig – nämlich den ergebnisoffenen Dialogprozess einerseits und die gleichrangige Behandlung von ökologischen, ökonomischen und sozialen Belangen sowie die intra- und intergenerationale Gerechtigkeit andererseits. Bei der Übersetzung in lokale Praxis ist es aber oft diese Gleichrangigkeit von Prinzipien, die aus der Balance gerät, weil nicht alle Prinzipien mit gleichem Eifer verfolgt werden und es oft von konkreten Akteurskonstellationen und Zufällen abhängt, welche Inhalte besetzt werden.

Literatur

- Blatter, J. / Ingram, H. / Doughman, P. M. (2001): Emerging Approaches to Comprehend Changing Global Contexts, in: Blatter, Joachim / Ingram, Helen (Hgg.): Reflections on Water. New Approaches to Transboundary Conflicts and Cooperation, Cambridge (Mass.)/London, 3-29.
- Brand, K.-W. / Jochum, G. (2000): Der deutsche Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung, Münchener Projektgruppe für Sozialforschung e. V. (MPS)-Texte 1/2000.
- Browne, D. R. / Keil, R. (2000): Planning Ecology. The Discourse of Environmental Policy Making in Los Angeles, in: Organization and Environment, Vol. 13, No. 2, 158-205.
- Bublitz, H. / Bührmann, A. D. / Hanke, Chr. / Seier, A. (1999): Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults, Frankfurt/New York.
- BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) (o. J.): Umweltpolitik. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Agenda 21, Bonn.
- BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) (1998b): Handbuch Lokale Agenda 21. Wege zur nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen, Bonn/Berlin.
- Eckerberg, K. / Coenen, F. / Lafferty, W. M. (1999): The status of LA 21 in Europe: A comparative overview, in: Lafferty, W. M. (Hg.) (1999): Implementing LA 21 in Europe. New Initiatives for Sustainable Development, Oslo, 241-263.
- Feindt, P. H. / Weber, A. / Wüst, J. (2000): Strukturbildungsprobleme in lokalen und regionalen Agenda-Prozessen, in: Heinelt, H. / Mühlich, E. (Hgg.): Lokale Agenda 21-Prozesse, Opladen, 217-240.

- Geißel, B. / Oels, A. (2000): Exploring the diffusion of Local Agenda 21 initiatives in Germany and in the United Kingdom. Paper presented at the International Workshop of the German Political Science Association Working Group on Environmental Policy, Diffusion of Environmental Policy Innovations, Berlin, 8-9 December 2000.
- Hajer, M. A. (1995): *The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process*, Oxford.
- Keller, R. (1997): Diskursanalyse, in: Hitzler, R. / Honer, A. (Hgg.): *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik*, Opladen, 309-333.
- Keller, R. (2001): Wissenssoziologische Diskursanalyse, in: Keller, R. et al. (Hg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1*, Opladen.
- Litfin, K. T. (1994): *Ozone Discourses. Science and Politics in Global Environmental Cooperation*, New York/Chichester.
- Macnaghten, P. / Urry, J. (1998): *Contested Natures*. London/Thousand Oaks/New Delhi.
- Maier, M. L. (1998): Three images of ideas in political science: conceptual and methodological issues. A paper delivered at the workshop on „Norms and interests in international relations“ of the IR Working Group, EUI, Firenze, November 20-21 1998.
- Maier, M. L. (2000): „Sustainability“ in the European Union: Idea, Interpretation and Institutionalization. Paper delivered at the workshop „Analyses of discourses and ideas in European and international affairs“, European University Institute, Florence, May 12-13, 2000.
- Minsch, J. / Feindt, P. H. / Meister, H.-P. / Schneidewind, U. / Schulz, T. (1998): *Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit*, Berlin.
- Oels, A. (2000a): *The Power of Visioning: An evaluation of community-based Future Search Conferences in England and Germany*. Dissertation. School of Environmental Sciences der University of East Anglia, Norwich, England.
- Oels, A. (2000b): „Let's get together and feel alright!“ Eine kritische Untersuchung von „Agenda 21“-Prozessen in England und Deutschland, in: Heinelt, H. / Mühlich, E. (Hgg.): *Lokale „Agenda 21“-Prozesse*, Opladen, 182-200.
- Oels, A. (2002): Investigating the emotional roller-coaster ride: A case-study-based assessment of the Future Search Conference Design, in: *Systems Research and Behavioral Science. Special Issue: Participatory Planning and Designing*.

- Sharp, E. (1999): *Contesting sustainability: Local policy-making for the global environment*. PhD-thesis. Department of Town and Regional Planning, University of Sheffield, Sheffield.
- Stark, S. (1999): *Implementation der Lokalen Agenda 21 in Verwaltungshandeln am Beispiel Energie*, in: *Wuppertal Spezial 13*. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.
- Weisbord, M. R. and 35 international coauthors (1992): *Discovering common ground. How future search conferences bring people together to achieve breakthrough innovation, empowerment shared vision and collaborative action*, San Francisco.
- Weisbord, M. R. (1996a): *Zukunftskonferenzen 1: Methode und Dynamik*, in: *Organisationsentwicklung 1*, 4-13.
- Weisbord, M. R. (1996b): *Zukunftskonferenzen 2: Ein wirkungsvolles Werkzeug für die Entwicklung gesunder Gemeinden*, in: *Organisationsentwicklung 1*, 14-23.
- Weisbord, M. R. / Janoff, S. (1995): *Future Search*, San Francisco.
- Weisbord, M. R. / Janoff, S. (1996): *Future Search: Finding common ground in organizations and communities*, in: *Systems Practice 9 (1)*, 71-84.
- zur Bosen, M. (1994): *Energiequelle Zukunftskonferenz*, in: *Harvard Business Manager III (3)*, 25-30.

Raumerfahrung und Perspektiven räumlicher Entwicklung

Kommentar zu den Beiträgen von Angela Oels
und Peter H. Feindt

Ingrid Breckner, Hamburg

1 Lokalität im Kontext

Betrachtungsweisen des Lokalen in Agenda-21-Prozessen sowie in Rekonstruktionen regionaler Identitäten im Stadt-Land-Verhältnis basieren – als Gegenstand der zu kommentierenden Beiträge – auf mehr oder minder ausdrücklich benannten Vorstellungen von Lokalität und damit von Raum. Während im ersten Fall das Verhältnis von Globalität und Lokalität den Rahmen für zugrunde liegende Raumvorstellungen abgibt, handelt es sich im zweiten Fall um die Beziehung von städtischen und ländlichen Akteuren in der Metropolregion Hamburg zu eben diesem, lokal und global geprägten räumlichen Kontext. In beiden Beiträgen wird davon ausgegangen, dass globale Herausforderungen einer lokalen Verarbeitung bedürfen. Sie verläuft in Agenda-21-Prozessen jedoch notwendigerweise anders als in der Konstitution von Deutungsmustern des Regionalen bzw. von regionaler Identität, schon weil es sich um globale Einflüsse von unterschiedlicher Qualität und Dimensionierung handelt. Was bedeuten aber in beiden thematischen Kontexten ‚global‘ und ‚lokal‘? Ist es das Wohnumfeld, das Quartier, der Bezirk, der Stadtteil, die Stadt bzw. Gemeinde, das Bundesland, der Nationalstaat, der Kontinent, die Welt oder Teile hiervon in jeweils unterschiedlichen Konstellationen von Wechselwirkungen? Ist es ein programmatisches Fördergebiet, eine ortsspezifische politisch-administrative Kooperationsform oder eine Gemeinschaft thematisch ‚Betroffener‘ mit heterogenen Orts- bzw. Raumbezügen? Welche *policy*-Netzwerke sowie Konzepte und Praktiken von *governance* stehen im analytischen oder handlungspraktischen Blickfeld (vgl. Heinelt 1997)? Welche Strukturierungen des Untersuchungsgegenstandes durch das Geschlechterverhältnis finden Berücksichtigung (vgl. Bauhardt/Wahl 1999 oder Breckner/Sturm 2002)? Welche theoretischen Raumkonzeptionen (vgl. Läßle 1991) und Theorien sozialen Handelns dienen implizit oder explizit der Spezifizierung der jeweiligen Fragestellungen? Diese Fragen umreißen den Reflexionsrahmen, mit dem die zu kommentierenden Beiträge konfrontiert werden. Sie unterstützen die Suche nach einer Antwort auf die in beiden Arbeiten aus je

unterschiedlicher thematischer Perspektive gestellte Frage nach Möglichkeiten einer nachhaltigen Raumentwicklung.

Eine Konzentration auf Vorstellungen des Lokalen eröffnet kaum Zugang zu den oben gestellten Fragen. Die Einigkeit über die Notwendigkeit einer lokalen, kooperativen oder diskursiv-partizipativen Verarbeitung global erzeugter Probleme erweist sich als normative Konstruktion mit geringem Aufklärungsgehalt. Denn die Probleme, um deren Bearbeitung es bei der Agenda 21 in Olching sowie bei der regionalen Kooperation in der Metropolregion Hamburg geht, manifestieren sich in unterschiedlich dimensionierten und strukturierten Lebensräumen einer süddeutschen Gemeinde im Umland von München sowie in der wesentlich stadtstaatlich geprägten Metropolregion Hamburg. Es sind jeweils andere globale Herausforderungen, die in diesen beiden lokalen Kontexten zur Bearbeitung anstehen und unterschiedliche Möglichkeiten, sich der jeweiligen Herausforderung anzunehmen. Letztere unterscheiden sich schon in ihrer sachlichen, sozialen und zeitlichen Qualität und können vor Ort keineswegs mit vergleichbaren Handlungsstrategien und Ressourcen bearbeitet werden. Wenn man aber die globalen Herausforderungen gar nicht explizit benennt und operationalisiert, die im Rahmen regionaler Kooperation in Hamburg bzw. diskursiver Umweltpolitik in Olching bearbeitet werden sollen, verflüssigt sich die Verknüpfung globaler und lokaler Perspektiven zu einem vergleichsweise hohlen normativen Appell. Dann wird zu wenig deutlich, was mit ‚lokal‘ und ‚global‘ in materieller, symbolischer, sozialer und regulativer Hinsicht wirklich gemeint ist (vgl. Läßle 1991). Dadurch bleiben die Gegenstandsbereiche der Kooperation bzw. des Diskurses zu undeutlich, zugunsten einer noch stark deskriptiven Auseinandersetzung mit Zielen und Verfahren neuer politischer Praktiken. Eine ergänzende Fokussierung der Reflexion unter Berücksichtigung des Geschlechterverhältnisses hätte für die materiell-inhaltlichen Lücken der Argumentation sensibilisieren können: Denn die bis heute fortwirkende Verquickung von Weiblichkeit mit Natürlichkeit und Notwendigkeit (vgl. Breckner/Sturm 2002) koppelt materielle Inhalte von den Entwicklungen normativer, symbolischer und regulativer politischer Praktiken in dem vorwiegend männlichen freien Bürgern vorbehaltenen ‚Reich der Freiheit‘ ab (vgl. Arendt 1981). Eine geschlechtersensible Untersuchungsperspektive enthält vor diesem Hintergrund eine theoretische Verpflichtung zur Thematisierung solcher Trennungen und öffnet damit gleichzeitig den Zugang zu einer präziseren und wirklichkeitsadäquateren inhaltlichen Vorstellung von Raum, Ort, Politik und sozialem Handeln in lebensweltlichen und systemischen Kontexten (vgl. Münch 1998). Die politikwissenschaftliche Problemstellung hätte durch eine Konkretisierung der *policy*-Arenen und institutionellen Regimes in den beiden Untersuchungskontexten an Plastizität gewinnen können. Wenn schon nicht die Inhalte, so wären dadurch wenigstens die politisch-administrativen Regulationsspielräume regionaler Kooperation bzw. partizipativer Umweltpolitik auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen leichter zu verdeutlichen gewesen.

2 Identitätstheoretische Fallstricke

Das Thema der regionalen Identität wird in dem Beitrag über Hamburger Kooperationspraktiken unter dem Aspekt der Abwehr von Verunsicherungen infolge des global und digital induzierten gesellschaftlichen Wandels explizit. Feindt weist darauf hin, dass mit dem Regionalen Entwicklungskonzept nach eigener Auskunft eine „Identitätsstiftung für die Metropolregion“ beabsichtigt sei und diese durch „identitätsstiftende Schlüsselprojekte“ sowie Aushandlungsprozesse umzusetzen versucht werde. Beim Rückgriff auf traditionale regionale Identitätsbausteine, die wandlungsresistent und dennoch für regionale Modernisierungsprozesse instrumentalisierbar erscheinen, stellt sich in der Metropolregion Hamburg erstens das praktische Problem der Inkompatibilität weltstädtischer und randstädtischer Traditionsbestände. Hier wäre zu klären, inwiefern festgestellte Unterschiede zwischen geschichtlichen Identitätspotentialen im unabhängigen Stadtstaat Hamburg und seinem Umland die Konstruktion regionaler Identitätsstiftung durch Dialog und Schlüsselprojekte von vornherein zum Scheitern verurteilt. Hinzu kommt zweitens, dass bei der symbolischen Inszenierung identitätsstiftender Schlüsselprojekte u. a. unkritisch auf Metaphern zurückgegriffen wird, die – wie das ‚Tor zur Welt‘ oder die ‚Perlenkette‘ an der Elbe – in der nationalsozialistischen Propaganda demselben modernisierungsstrategischen Zweck dienen. Welches Staats- und Demokratieverständnis wird durch eine unreflektierte Übernahme solcher ‚identitätsstiftender‘ Bilder tradiert? Wer identifiziert sich angeregt durch solche beständigen Symbole womit? Nicht zuletzt zeigt sich, dass die technokratisch beabsichtigte regionale Identitätsstiftung ihre Wirkung spätestens dann verfehlt, wenn damit gleichzeitig eine Minderung der Konflikte in Verbindung mit regionalen Schlüsselprojekten erwartet wird. Legitimation für komplexe Großprojekte mit vielschichtigen – wenn auch nicht beabsichtigten – Folgen lässt sich offensichtlich nicht nach dem Modell eines identitätsbasierten Reiz-Reaktions-Mechanismus erzeugen. Als Störfaktoren in diesem Wirkgefüge erweisen sich neben der Reflexionsfähigkeit von Menschen auch demokratische staatliche Kontrollen von Finanzierungskonzepten, Planfeststellungsverfahren etc. Letztere abzuschaffen, um die Identitätsstiftung zu erleichtern, ist hoffentlich von den politischen Akteuren nicht beabsichtigt, die in ihren Legitimationsstrategien politischen Handelns mit dem Konstrukt der Identität operieren. Sie nutzen es wohl eher unbedacht als symbolische Begleitmusik, als Inszenierung ihrer politischen Praktiken und ersetzen es durch andere Festivalisierungsstrategien (Häußermann/Siebel 1993), sobald sich herausstellt, dass die Identitätssuggestion ihren Zweck verfehlt.

Der analytische Rückgriff auf ein traditionales Identitätskonzept zur Erläuterung der Fallstricke technokratischer regionaler Modernisierungskonzepte setzt sich jedoch selbst der Kritik aus. Eine solche Argumentation verfängt sich in den Bezügen, die sie kritisch hinterfragen will. Sie transportiert ungewollt Illusionen

von Sicherheit, Wandlungsresistenz und Eindeutigkeit, die in Bezug auf nationale, rassische, ethnische oder geschlechtsspezifische Identität in der Geschichte schon so oft ihre vernichtenden Spuren hinterlassen hat und theoretisch wie empirisch als Ideologie nachgewiesen ist (vgl. z. B. Hobsbawm 1991). Die sachliche Auseinandersetzung mit den Inhalten, politischen Umsetzungsstrategien sowie kurz- und längerfristigen Folgen regionaler Modernisierung im globalen Wettbewerb der Regionen kommt bei identitätstheoretischen Reflexionen dieses Gegenstandes eindeutig zu kurz. Fraglich bleibt vor diesem Hintergrund der Erklärungsgehalt, den „regionale Identität“ – sei es als Hoffnungsträger, sei es als Bedrohung – für die Wahrnehmung und Gestaltung von räumlichen Veränderungsprozessen haben soll und kann (vgl. ausführlicher Lindner 1994 und Ipsen 1997).

Eine vergleichbare Problematik wirft – wenn auch eher versteckt – die vorliegende Untersuchung partizipativer Umweltpolitik im lokalen Gemeindealltag auf. Als Illusion des Beständigen wirken hier unhinterfragt traditionale Naturbilder, die den Schutzgedanken gegenüber der Umwelt sowie eine engagierte und unverzichtbare Teilnahme an partizipativen Politikformen zu motivieren versuchen. Auch hier wird mit Bedrohung durch und Angst vor Veränderung Politik gemacht. Dass ‚reine‘ Natur nie existiert hat, sondern spätestens seit Existenz des Menschen nur in ihrer durch Arbeit überformten Gestalt für uns als Umwelt erfahrbar wird, tritt als notwendiger Referenzrahmen für Diskurse in Agenda-21-Prozessen in den Hintergrund. Als Konfliktstruktur tritt nur das ‚Entweder-Oder‘ umweltbewussten Handelns ins analytische Blickfeld. Die jeweilige Genese von Denk- und Handlungsmustern widerstreitender Akteure in der lokalen Umweltpolitik bleibt dabei weitgehend im Dunkeln und damit auch ein Verstehen der Positionen im Streit um Agenda-21-Projekte auf Gemeindeebene. Da gegenseitiges Verstehen aber eine Voraussetzung für Verhandlung ist, verwundert es nicht, dass die Ergebnisse der Untersuchung den prozedural-diskursiven Politikmodus allein als wenig Erfolg versprechend kennzeichnen. Er beinhaltet als reines Verfahren viel zu viele Gelegenheiten interessen- und machtpolitischer Instrumentalisierung und verschließt unter Ausklammerung inhaltlicher Konkretisierung und Differenzierung der lokalen Praktiken sogar Lernprozesse als Basis einer umweltpolitischen Konsensbildung vor Ort (vgl. Hater 1999).

3 Nachhaltige Raumentwicklung: Diskrepanzen zwischen Denkwelten und politischen Praktiken

In der Reflexion der diskursiven Praxis in der Metropolregion Hamburg erkennt Feindt eine strategische Verbindung des Regionalisierungs-, Globalisierungs- und Nachhaltigkeitsdiskurses. Trotz unscharfer Begrifflichkeit und kontroverser Deutungen möglicher Inhalte werde der Begriff im Hamburger Regionalen Ent-

wicklungskonzept 56-mal verwendet und erreiche seine größte Dichte in den Ausführungen zu Wissenschaft, dem Umgang mit ausgebaggertem Elbschlick sowie der Müllentsorgung. Diese Hinführung zum Thema Nachhaltigkeit befindet sich bei Feindt unter der Überschrift „Themen, Projekte und ‚Identität‘ der ‚Metropolregion‘“. Hier wird gezeigt, dass der unbedingte, aber unklar bleibende normative Anspruch von Nachhaltigkeit in Hamburg durch eine Kooperation von Akteuren aus unterschiedlichen (wirtschaftlichen, sozialen und politisch-administrativen) Handlungsfeldern mittels Projekten umzusetzen versucht wird. Die fehlende Operationalisierung von Nachhaltigkeit mache es jedoch schwer, ihre strategische Bedeutung in global geprägten Regionalisierungsprozessen zu beurteilen und ihre Materialisierung im sozialen Handeln aller beteiligten Akteure sowie in den von ihnen getragenen Projekten zu erkennen. Auch bei der Nachhaltigkeit scheint es sich – wie bei Identität und Lokalität – um eine schwer greifbare und vieldeutige Chimäre zu handeln, die in ihrer Diffusität nicht mehr leisten soll als eine symbolische Legitimation politischen (Nicht-)Handelns. Es geht offenbar um eine Symbolisierung von universeller Umweltverantwortung bei allen räumlichen Veränderungsprozessen, deren Verwirklichung sich einer Überprüfung bewusst entzieht.

In Agenda-21-Prozessen ist nachhaltige Raumentwicklung kurz- und längerfristiges Programm. Unterschiedliche Akteure versuchen hier in mehr oder weniger umstrittenen konkreten Projekten vor Ort einen Beitrag zum Schutz der natürlichen Ressourcen zu leisten. Diskursives Handeln im kleineren räumlichen Maßstab einer Gemeinde oder eines Wohnquartiers erhöht die Möglichkeiten der Kontrolle von Folgewirkungen umweltpolitischen Handelns. Hier geschieht es durchaus, dass Menschen aus Umweltgruppen die Wege ihrer gespülten und gesammelten Jogurtbecher und Glasflaschen oder des getrennt entsorgten Altpapiers verfolgen, Erzeuger von angeblich gestünderen Nahrungsmitteln besuchen und kontrollieren sowie politisch Verantwortliche zur Rede stellen, wenn sie merken, dass ihr praktischer und zeitintensiver Beitrag zum Umweltschutz klammheimlich verraten wird. Die Konkretheit der Gegenstände von Auseinandersetzungen in Agenda-21-Prozessen erhöht das Konfliktpotential und verstellt gleichzeitig den Zugang zu den überlokalen systemischen Kontexten, in die die bearbeiteten Fragen eingebettet sind. Vor diesem Hintergrund bleiben alle Fragen nach dem Beitrag eines Agenda-Prozesses für eine mikro-, makro- und mesoräumliche Nachhaltigkeit schwer zu beantworten. Unklare Raumvorstellungen und ein auch hier für praktisches Handeln nicht operationalisierter Begriff von Nachhaltigkeit tragen ihrerseits zu solchen Unschärfen in der Beurteilung der Wirkmächtigkeit des umweltpolitischen Engagements bei. Der gut gemeinte umweltpolitische Handlungswille verflüssigt sich erst recht zu einer moralischen Entlastung von Bedrohungsgefühlen und Ängsten, wenn es bei Diskursen ohne Umsetzung in Projekten bleibt. Lokale Politik hat vor diesem Hintergrund – unabhängig davon, ob sie die Umwelt auf ihre Agenda gesetzt hat – ein leichtes Spiel, solches Engagement von Bürgern so lange positiv oder negativ für ihre

Zwecke zu instrumentalisieren, solange es ihr machstrategisch dienlich erscheint. Interessant ist, dass die inhaltlichen Möglichkeiten einer neuen umweltpolitischen Akzentsetzung in Olching gar nicht zum Tragen gekommen sind, weil sich der Konflikt zwischen Befürwortern und Kritikern des Agenda-21-Prozesses auf das Verfahren reduziert hat. Es ging ausschließlich um die Anschlussfähigkeit partizipativer und repräsentativer Demokratie. Auf diesem Feld stellten sich auch gegenseitige Lernprozesse dergestalt ein, dass sich Agenda-21-Befürworter auf politische Praktiken repräsentativer Demokratie eingelassen haben, während die sich von der neuen Bewegung bedroht fühlenden Vertreter repräsentativer Demokratie nun auch einen partizipativen Politikstil in Betracht ziehen. Was dies längerfristig zur nachhaltigen Raumentwicklung vor Ort und anderswo beitragen kann, bleibt offen, da ihre inhaltliche Seite kaum Gegenstand des Diskurses war. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung könnte man fragen, wen nachhaltige Raumentwicklung überhaupt interessiert. Vielleicht geht es eher um konkretere Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen, deren Inhalte variabel sind. Zugespitzt wäre es durchaus vorstellbar, dass sich populistische Politik-Akteure – wie z. B. die Hamburger ‚Schill-Partei‘ – gegenüber partizipativen Verfahren öffnen und unter Beteiligung von Bürgern jenseits demokratischer Kontrollen nach Prinzipien des *not in my backyard* oder der *zero tolerance* nachhaltige Raumentwicklung eher behindern als befördern. Die Frage der Inhalte in Verbindung mit demokratischen Prozessen in künftiger Forschung zu verfolgen erscheint zwingend. Vielleicht wird dann auch klarer, was Nachhaltigkeit jenseits der abstrakten Forderung nach einer Verbindung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem in welchen miteinander vernetzten Raumbezügen für welche Akteure bedeuten soll.

4 Raumerfahrung als Schlüssel der politischen und fachlichen Raumgestaltung – Forschungsperspektiven

Beide hier kritisch kommentierten Beiträge bleiben in ihren Untersuchungsfragen einer engen – wenn auch unterschiedlichen – politikwissenschaftlichen Perspektive verhaftet. Sie konzentrieren sich auf den Teilbereich prozeduraler Regulierungen politischer Praxis und vernachlässigen die Inhalte, die es politisch und fachlich im Raum zu gestalten gilt. Theoretische Explikation bezieht sich vorwiegend auf die fokussierten Prozeduren der jeweils untersuchten politischen Praxis und weniger auf die getroffenen methodologischen Entscheidungen für eine selektive Bearbeitung des Gegenstandes nachhaltiger Raumentwicklung. Vermisst wird eine interdisziplinäre Perspektive im analytischen Zugang zu den untersuchten Politikprozessen. Sie hätte wenigstens andeuten können, welche Fragen jeweils warum in den Vordergrund gestellt werden und welche Fragen in

dem jeweiligen Kontext nachhaltiger Raumentwicklung wichtig, aber unbearbeitet bleiben. Denn Gegenstände – wie Stadt, Staat und Natur – erfordern aufgrund ihrer Vielschichtigkeit mehrgleisige theoretische und methodische Erschließungswege, die wenigstens skizziert werden müssen, wenn der Verdacht unbegründeter Reduktion von Komplexität vermieden werden soll.

Nachhaltige Entwicklungsperspektiven urbaner Räume, die in dem kommentierten Themenschwerpunkt der Tagung „Staat und Stadt – Stadtstaat im Wandel“ zur Diskussion standen, erfordern eine Bezugnahme auf Raumerfahrungen kollektiver bürgerschaftlicher und professioneller Gestalter räumlicher Strukturen und Prozesse in lebensweltlichen und systemischen Kontexten. Denn es macht einen Unterschied, ob Stadt aus der Perspektive des Bewohnens, des zeitweisen Benutzens oder aus beruflichen bzw. machtpolitischen Motiven gestaltet wird. Wo liegen Überschneidungen dieser Nutzungsmuster urbaner Räume und wie wirken sie sich auf den gedanklichen und praktischen Umgang mit Stadt aus? Welche Auswirkungen haben moderne Mobilitätsmuster auf räumliche Verantwortung und wie verändern sie Perspektiven und Praktiken im Umgang mit urbanem Raum? Welche Grenzen setzt räumliche Mobilität für die Übernahme von Raumverantwortung in politischem, fachlichem und alltäglichem Handeln? Welchen Erklärungsgehalt und welche Handlungsoptionen erwartet wer angesichts zunehmend strukturell erzwungener Mehrörtlichkeit und persönlicher Flexibilität von regionaler Identität? Oder hat sich dieser Begriff bereits – mehr oder weniger hinter dem Rücken seiner Nutzer – auf ein Instrument von Imagekampagnen reduziert? Zu all diesen Fragen finden sich im Spektrum vorliegender wissenschaftlicher Befunde noch kaum erhellende Antworten. Sie markieren einen Forschungsbedarf, der Raumerfahrung ins analytische Blickfeld einbezieht. Erst wenn wir wissen, welche Gruppen städtische Räume zu welchen Zeiten warum wie nutzen, kann Wissenschaft Politik in denjenigen Fragen der Raumgestaltung angemessen beraten, die sich ihr handlungsorientiert und sehr konkret zu bestimmten Zeiten stellen. Dazu müsste die Politik aber in einem ersten Schritt wissenschaftliche Erkundungen in diesen mit mehr Fragen als Antworten gepflasterten Problemfeldern ermöglichen – eine Notwendigkeit, die wiederum nicht allein lokal und regional, sondern mindestens auch national und europäisch zu bewältigen wäre.

Die auf prozedurale Aspekte des politischen Handelns fokussierten Beiträge zeigen eindrücklich, welche hohe Selektivität partizipative wie repräsentative politische Verfahren entfalten können. Dies geschieht mittels diskursiven Methoden, die durch ihr Regelwerk der Artikulation sowie dem gegenseitigen Verstehen sachlicher Positionen und der inhaltlichen Bestimmung von möglichen Kompromisslinien geringeren Stellenwert beimessen, als dem Verfahren der Konsensfindung. Oftmals bleiben erzielte Teilkompromisse zudem in der Umsetzung auf der Strecke. Eine solche Gestaltung von Prozessen erschwert eine offene Analyse von Konfliktstrukturen. Sie wird meist vorschnell abgebrochen,

wodurch die produktive Kraft von inhaltlichen Konflikten für die Suche nach Konfliktlösungen weitgehend unwirksam bleibt. In methodischer Hinsicht wäre deshalb für die Zukunft eine kompetente und eng am Gegenstand der Raumgestaltung ausgerichtete Anwendung solcher methodischer Strategien und Instrumente wünschenswert, die relevantes vorhandenes Wissen aus unterschiedlichen Disziplinen einbeziehen und – falls erforderlich – in den politischen und alltäglichen Handlungsprozessen auch an die Beteiligten vermitteln. Die Qualität der inhaltlichen und methodischen Gestaltung von Konzepten und Praktiken des Umgangs mit Raum entscheidet letztlich über die Vielfalt der Perspektiven, die in der Abwägung räumlicher Gestaltungsoptionen Berücksichtigung finden können und erleichtert zudem fehlerfreundliches politisches Handeln insofern, als ein Bewusstsein für Fehler und mögliche Handlungsalternativen entsteht.

Nicht zuletzt bleibt in gedanklichen und praktischen Prozessen der Raumgestaltung auf die Aspekte von Macht, Hierarchie und Herrschaft zu achten. Ihre Thematisierung ist unabdingbar, wenn wir von den in Räume eingewebten Überwachungs- und Strafmeechanismen wegkommen wollen, die von Michel Foucault (1977) eindrücklich analysiert worden. Sie erweisen sich letztlich weit mehr dafür ausschlaggebend, ob Menschen in Räumen Wohlbefinden erfahren, sich deshalb darin aufhalten und für ihre Entwicklung engagieren als jede Art von stets brüchigen Identifizierungen mit Raumelementen. Sicherheitsdiskurse in den Städten verweisen auf die Brisanz dieser Problematik (vgl. Bauman 2000) und zeigen, wie teuer es werden kann, wenn man sich auf ordnungspolitische Gestaltungsoptionen von urbanen Räumen beschränkt.

Literatur

- Arendt, H. (1981): *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, München.
- Bauhardt, Chr. / von Wahl, A. (Hgg.) (1999): *Gender and Politics. „Geschlecht“ in der feministischen Politikwissenschaft*, Opladen.
- Bauman, Z. (2000): *Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit*, Hamburg.
- Breckner, I. / Sturm, G. (2002): *Kleiderwechsel – Sackgassen und Perspektiven in patriarchalen Öffentlichkeiten*, in: Löw, M. (Hg.): *Differenzierungen des Städtischen*, Opladen.
- Foucault, M. (1977): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt a. M.

- Hater, K. (1999): Gesellschaftliche Lernprozesse im politischen Diskurs. Eine Fallstudie zum Diskurs um das Braunkohlentagebauvorhaben Garzweiler II, Opladen.
- Häußermann, H. / Siebel, W. (1993): Festivalisierung der Stadtpolitik – Stadtentwicklung durch große Projekte, Opladen.
- Heinelt, H. (1997): Die Transformation der Demokratie, in: Schmals, K. M. / Heinelt, H. (Hgg.): Zivile Gesellschaft – Entwicklung, Defizite, Potentiale, Opladen, 323-339.
- Hobsbawm, E. (1991): Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag.
- Ipsen, D. (1997): Raumbilder. Kultur und Ökonomie räumlicher Entwicklung, Pfaffenweiler.
- Läpple, D. (1991): Essay über den Raum, in: Häußermann, H. / Ipsen, D. / Krämer-Badoni, Th. / Läpple, D. / Rodenstein, M. / Siebel, W. (Hgg.): Stadt und Raum – Soziologische Analysen, Pfaffenweiler, 157-207.
- Lindner, R. (Hg.) (1994): Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität, Frankfurt a. M./New York.
- Münch, R. (1998): Globale Dynamik, lokale Lebenswelten. Der schwierige Weg in die Weltgesellschaft, Frankfurt a. M.

Regional- und umweltökonomische Aspekte der hafenzentrierten Zukunftsorientierung der Metropolregion Hamburg

Heiner Hautau, Hamburg

1 Vorbemerkungen

Die Entwicklung der Metropolregion Hamburg ist seit jeher mit der Entwicklung des Hamburger Hafens verbunden, basierend auf den naturgegebenen Potentialen

- der geographischen Lage Hamburgs als international bedeutsamer Überseehafen für die Staaten Skandinaviens, Mittel- und Osteuropas,
- der Erreichbarkeit Hamburgs über die Elbe bis direkt in das Ballungsgebiet, das zugleich größte norddeutsche Drehscheibe des Güterverkehrs ist, und
- der Verfügbarkeit großräumiger Flächen im städtischen Raum als notwendige Voraussetzung für die logistische Abwicklung der Hafenaktivitäten.

Die Fortentwicklung der maritimen Aktivitäten in dieser Region ist einerseits wesentlicher Bestandteil der Hamburger Wirtschaftspolitik, andererseits aber auch Gegenstand einer bereits langjährigen Auseinandersetzung hinsichtlich der ökologischen Folgewirkungen dieser hafенökonomischen Orientierung. Im Folgenden sollen daher die regional- und umweltökonomischen Aspekte der maritimen Zukunftsorientierung Hamburgs im Hinblick auf die daraus resultierenden Zielkonflikte näher untersucht werden.

2 Hafenpolitische Zukunftsorientierung in der Metropolregion Hamburg

2.1 Gegenwärtige Situation

Der Hamburger Hafen umfasst heute ein Gebiet von 80 qkm, von denen 16 qkm Freihafengebiet sind. Er ist unmittelbar als Standort z. B. für die Schifffahrtsindustrie, aber auch aufgrund seines dichten und hochwertigen Netzwerks hafenzugehöriger Dienstleistungen von hoher wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Bedeutung in Hamburg. Er steht – weit über die unmittelbare Wirkung hinaus –

in einer Beziehung wechselseitiger Impulse zu Industrie, Außenhandel und sonstigen Dienstleistungen im Großraum Hamburg. Etwa 250 wöchentliche Abfahrten, Verbindungen zu 800 Häfen in aller Welt, die Funktion als Standort für ca. 3.000 Außenhandelsfirmen, mehr als 300 Überseespediteure, zahlreiche spezialisierte Dienstleister im Finanz- und Beratungsbereich sowie das Vorhandensein von rund 100 konsularischen Vertretungen machen Hamburg zu einem der weltweit führenden Außenwirtschafts- und Logistikstandorte.

Die Bedeutung des Hafenstandortes Hamburg ist seit Jahren an den Steigerungsraten der Umschlagmengen des Hafens zu verfolgen, die in der Spitze der Hamburg-Antwerpen-Range liegen. Dies gilt besonders für den Containerverkehr, der sich von 1990 bis 2000 mehr als verdoppelte. Der Gesamtumschlag steigerte sich in diesem Zeitraum um fast 39 % von 61,4 Mio. t auf 85,2 Mio. t. Der Massengutverkehr erzielte im Jahr 1999 mit 37,3 Mio. t das beste Ergebnis seit 15 Jahren. Der Vergleich der Jahre 1999 und 2000 zeigt für Hamburg mit einer Zunahme der Gesamtumschlagsmenge um 4,2 Mio. t ein anhaltendes hohes Wachstum als bedeutendster deutscher Seehafen der Nordrange.

Diese Ergebnisse sind deshalb bemerkenswert, weil sie trotz vorhandener Restriktionen hinsichtlich der Fahrwassertiefe der Elbe erzielt wurden. (obwohl der Hafen seine Wachstumschancen insoweit nicht in vollem Umfang ausschöpfen konnte, war er nach wie vor in hohem Maße wettbewerbsfähig). Parallel zum Fortschreiten der notwendigen Ausbaumaßnahmen in Unter- und Außenelbe seit Frühjahr 1999 sind die Umschlagzahlen kontinuierlich stärker als zuvor gestiegen, vor allem im Containerverkehr. Dieser Trend setzt sich auch im Jahr 2001 bisher nahtlos fort. Dies zeigt, dass sich die Wettbewerbsposition des Hamburger Hafens deutlich verbessert hat.

2.2 Hafenpolitische Zukunftsorientierung¹

Die zukunftsorientierte Hafenentwicklung verfolgt die Stadt Hamburg vor allem durch eine ausreichende Flächenvorsorge. Die Grundlagen dieser Vorsorge sind in Hamburg im Hafenentwicklungsgesetz geregelt, das zwei Formen der Hafenentwicklung vorsieht: die Hafenerweiterung, also im Wesentlichen die Erschließung neuer Flächen für die Hafennutzung sowie die Weiterentwicklung des vorhandenen Hafens.

¹ Vgl. hierzu Ritzke, H. (2000): Optionen der Entwicklung des Hamburger Hafens, in: DVWG (Hg.): Perspektiven der Schiffsgrößenentwicklung in der Containerschifffahrt – Herausforderung für die deutschen Nordseehäfen? Heft B 231, Bergisch-Gladbach, S. 154-160.

Perspektiven der Hafenerweiterung:

Die Bereitstellung für Hafenzwecke nutzbarer Flächen ist Aufgabe der Freien und Hansestadt Hamburg. Diese hat in ihrem Hafenentwicklungsplan, der zuletzt 1997 aktualisiert wurde, die wesentlichen Grundzüge der Hafenplanung und -entwicklung konkretisiert. Die beschriebenen Maßnahmen werden sukzessive und mit komplementären Investitionen auf Unternehmensebene umgesetzt. Auf Seiten der Stadt liegen Handlungsschwerpunkte vor allem in folgenden Feldern:

Maßnahmen der so genannten „Hafenerweiterung nach innen“:

Hierunter ist die Restrukturierung älterer Hafenteile zu verstehen, z. B. durch das Verfüllen von nicht mehr benötigten Hafenbecken. Frühe Maßnahmen waren beispielsweise die Umnutzung des Roß-Industriegeländes und des Stülckengeländes, die Zuschüttung des Segelschiffhafens sowie Teilzuschüttungen von Grasbrook- und Sandtorhafen. Seit 1987 sind auf diese Weise rund 175 ha Land hafenintern hinzu gewonnen worden. Diese Politik wird fortgesetzt. Die endgültige Verfüllung von Griesenwerder Hafen (Eurogate) und Vulkanhafen (Toller Ort) sind aktuelle Beispiele. Nach Abschluss aller Maßnahmen wird das Gesamtvolumen des Flächengewinns durch Umstrukturierung bei etwa 280 ha liegen.

Maßnahmen der so genannten „Hafenerweiterung nach außen“:

Die absehbaren Entwicklungen im Transportsektor haben schon vor Jahren deutlich erkennen lassen, dass allein die hafeninterne Flächenakquisition nicht ausreichen wird. Die Industrie stellt sich von einer vorratsorientierten Produktion auf bedarfsorientierte Konzepte um. Dies erfordert Maßnahmen in der Transportkette, die den veränderten Anforderungen gerecht werden, zu denen auch eine andere räumliche Zuordnung und Konzentration von Umschlagsbetrieben, Lagerei, (Distributions- und Containerpackbetrieben in so genannten logistischen Zentren) gehört. Höchste Effektivität bei dem Zusammenwirken der unterschiedlichen Einheiten durch kurze Wege und unmittelbaren Anschluss an sämtliche Verkehrsträger sind wesentliche Kriterien bei der Standortwahl für ein logistisches Zentrum.

Häfen sind prädestiniert, aufgrund ihrer Schnittstellenfunktion eine besondere Rolle in diesen Konzepten zu spielen. Ein Bereich, der diesen Anforderungen im Hamburger Hafen in jeder Weise gerecht wird, ist Altenwerder. Hier entsteht auf einem Areal mit einer Gesamtgröße von 215 ha ein modernes vernetztes logistisches Dienstleistungszentrum in unmittelbarer Nähe zu Schiene, Straße und Wasserstraße. Bereits in diesem Jahr soll der erste Liegeplatz des neuen Containerterminals in Betrieb gehen. Im Jahr 2003 wird die Anlage dann vollständig in Betrieb genommen sein.

Mit Abschluss der Ausbaumaßnahmen in Altenwerder, bei Eurogate und am Toller-Ort-Terminal sowie unter Berücksichtigung der Kapazitäten am Burckhardkai und bei Unikai verfügt Hamburg über ausreichend Flächenkapazitäten, um den Mengenzuwachs im Containerverkehr in den nächsten Jahren bewältigen

zu können. Die neue Qualität der Terminallogistik, für die Altenwerder steht, sowie die erhöhte Durchsatzgeschwindigkeit der Container durch Minimierung von Lagerzeiten, werden die Flächenproduktivität zusätzlich verbessern. Auf dieser Basis wird Hamburg auch die erwarteten Umschlagsmengen des Jahres 2010 problemlos abfertigen können. Für später notwendige Erweiterungen des Hafens werden in Moorburg und Francop Hafenerweiterungsflächen in einer Größenordnung von rund 940 ha vorgehalten.

2.3 Zur Problematik weiterer Vertiefungen des Elbfahrwassers

Es ist zu beobachten, dass die Dimensionierung der Containerschiffe in den letzten Jahrzehnten eine enorme Entwicklung genommen hat. Im Jahr 1980 hatte die damalige 2. Generation von Containerschiffen eine Länge von 275 m, eine Breite von 27,5 m und einen Tiefgang von 10 m bei einer Tragfähigkeit von 3.000 TEU. Im Jahr 2000 sind bereits Schiffe der 5. Generation mit 347 m Länge, 42,6 m Breite und 14,5 m Tiefgang bei einer Tragfähigkeit von 8.000 TEU in Fahrt. Unter dem ökonomischen Aspekt der betriebswirtschaftlichen Ausnutzung der so genannten *economies of scale* ist damit zu rechnen, dass Schiffe in absehbarer Zeit mit einer Größenordnung von 12.000 TEU gebaut werden, was von der schiffstechnischen Seite bereits als durchführbar betrachtet wird.

Der Einsatz von Schiffen dieser Größenordnung ist mit erheblichen Problemen verbunden. So gibt es bisher weltweit nur wenige Häfen, die die Voraussetzungen der Erreichbarkeit dieser Jumbo-Schiffe mit einem Tiefgang von mehr als 15 m. Dies gilt insbesondere für eine Vielzahl von Seehäfen in Fernost, aber auch an der südamerikanischen Küste, die vielfach in Flussmündungen liegen. Die Einsetzbarkeit dieser Schiffe beschränkt sich damit auf wenige Relationen.

Die technischen Möglichkeiten im Hamburger Hafen zur Abfertigung von Schiffen mit einer Kapazität von bis zu 7.500 TEU und einem Tiefgang bis zu 14,50 m liegen heute bereits in wesentlichen Hafenbereichen vor. Bei einem weiteren Schiffsgrößenwachstum müssten jedoch völlig neue Produktionssysteme der landseitigen Abfertigung auf dem Terminal entwickelt werden, um hier Engpässe zu vermeiden. Diese Produktionssysteme gibt es gegenwärtig noch nicht.

Für Hamburg stellt sich die Situation deshalb zur Zeit wie folgt dar (Ritzke 2000: 163):

- Die 1999 erfolgte Vertiefung des Elbfahrwassers hat eine deutliche Verbesserung der Wettbewerbsposition gebracht. Diese Anpassung ist für den heute überschaubaren Zeitraum ausreichend, um die Wettbewerbsposition des Hafens unter dem Gesichtspunkt der Erreichbarkeit zu sichern.
- Bei Bestätigung der Tendenz, größere Schiffe mit relativ konstanten Tiefgängen bis zu 14,50 m zu bauen, muss eine weitere Anpassung der Fahrwasserverhältnisse der Elbe in Erwägung gezogen werden.

3 Ökonomische und ökologische Aspekte der maritim-orientierten Regionalentwicklung Hamburgs

Die aufgezeigten Perspektiven der hafenpolitischen Zukunftsorientierung in der Metropolregion Hamburg sollen nunmehr unter ökonomischen und ökologischen Aspekten der Regionalentwicklung systematisiert und einer stärker theoretisch orientierten Analyse unterzogen werden.

3.1 Das maritime Entwicklungspotential der Metropolregion Hamburg

Der Begriff „maritimes Entwicklungspotential“ beinhaltet die in der Region Hamburg vorhandenen Faktoren, mit denen Aktivitäten zur Erzeugung von ökonomischer Wohlfahrt im maritimen Bereich ermöglicht werden. Diese Faktoren erzeugen dabei teils selbst direkten Nutzen (z. B. Wasser, Erholungsflächen), teils müssen sie zuvor in wirtschaftliche Güter und Dienstleistungen umgewandelt werden. Diese verschiedenen Bestandteile des Potentials sollen daher als „Potentialfaktoren“ bezeichnet werden.²

Das Vorhandensein dieser Faktoren ermöglicht eine maritim-orientierte Nutzung dieses Raumes und ist generell positiv zu bewerten. Deshalb kann das maritime Entwicklungspotential auch als spezifische „Begabung“ dieser Region bezeichnet werden. Umgekehrt kann das Fehlen solcher Faktoren aber auch zu einer Behinderung bzw. Verhinderung der maritim-orientierten Regionalentwicklung führen. Deshalb ist jeder Potentialfaktor zugleich ein „möglicher Engpassfaktor“ für die Entwicklung dieser Region.

Zum besseren analytischen Verständnis und zur Darstellung der regional- und umweltpolitischen Konsequenzen des maritimen Entwicklungspotentials ist es angebracht, die einzelnen Potentialfaktoren zu Gruppen zusammenzufassen bzw. das Entwicklungspotential in seine Bestandteile aufzuteilen.

- Das Arbeitskräftepotential,
- das Kapitalpotential und
- das Infrastrukturpotential

² Vgl. hierzu Thoss, R. (1984): Potentialfaktoren als Chance selbstverantworteter Entwicklung der Regionen, in: BfLR (Hg.): Endogene Entwicklungsstrategien? Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1/2, S. 21-24.

können als „anthropogene Potentialfaktoren“ (F_A) zusammengefasst werden, weil sie entweder durch menschliche Arbeit oder durch Investitionstätigkeit entstandene Bestände darstellen.

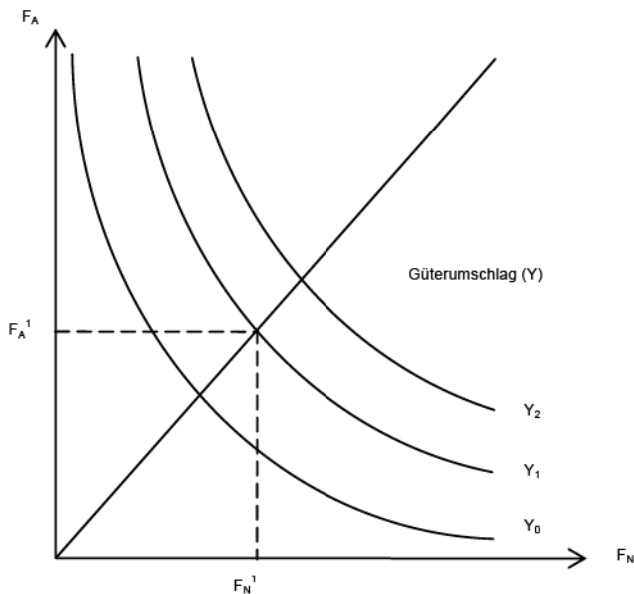
Demgegenüber bilden

- das Umweltpotential,
- das Flächenpotential und
- das (Fluss-)Landschaftspotential/Fahrwasser

die so genannten „natürlichen Potentialfaktoren“ (F_N).

Graphisch kann der produktionstheoretische Zusammenhang des hafengebundenen Güterumschlags zwischen diesen Produktionsfaktoren unter der Annahme einer begrenzten Substituierbarkeit wie folgt dargestellt werden:

Abbildung 1

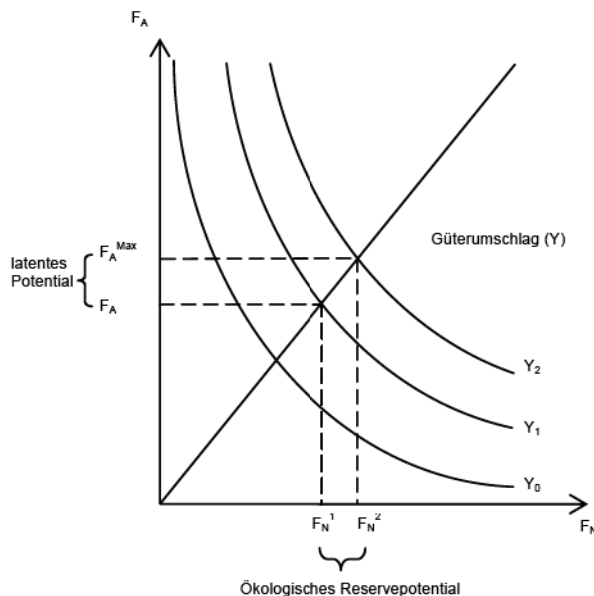


3.2 Maritime Potentialfaktoren und regionale Entwicklung

Die in der Region Hamburg vorhandenen maritimen Potentialfaktoren bestimmen Art und Umfang der maritimen „Nutzungsarten“ oder „Aktivitäten“, die in dieser Region durchgeführt werden können und damit zugleich auch die Höhe

der ökonomischen Wohlfahrt, die mit Hilfe dieser Aktivitäten maximal geschaffen werden kann. Sie beschreiben also ihren möglichen „Reichtum“ in ökonomischer und ökologischer Hinsicht. Je umfangreicher eine Region mit diesen spezifischen Potentialfaktoren ausgestattet ist, desto mehr kann man bei Beseitigung eines Wachstumsengpasses die ökonomische Wohlfahrt der Bevölkerung steigern. Zeitweilig oder dauerhaft nicht genutzte Potentialfaktoren sind als „Überschussfaktoren“ zu betrachten. Anthropogene maritime Potentialfaktoren tragen zur Wohlstandssteigerung dieser Region jedoch nur dann bei, wenn sie wirtschaftlich genutzt, d. h. zur Erzeugung von Gütern und Einkommen verwendet werden. Natürliche Faktoren können dagegen ganz oder teilweise auch dann Nutzen stiften, wenn sie nicht für die Produktion von maritimen Gütern und Dienstleistungen, sondern für ökologische Zwecke genutzt werden. Sie werden dann in anderer Weise in Anspruch genommen (z. B. Freizeit und Erholung) oder für die Zwecke des Umweltschutzes von jeder wirtschaftlichen Nutzung freigehalten. Auch wirtschaftliche „Nichtverwendung“ ist in diesem Sinne als eine „Nutzungsart“ des maritimen Potentials anzusehen. Nicht voll ausgenutzte anthropogene Potentialfaktoren in einer Region bedeuten also immer den unwiederbringlichen Verlust einer an sich möglichen maritimen Produktion von Gütern und Einkommen für ihre Einwohner. Sie stellen insofern ein „latentes“ Potential dar, das durch geeignete Maßnahmen genutzt werden könnte. Das latente Potential ist also der mögliche (jedoch nicht realisierte) Output der Überschussfaktoren, auf den die Bevölkerung wegen des aufgetretenen Engpasses verzichten muss.

Abbildung 2



Da die Ausstattung mit Potentialfaktoren die insgesamt vorhandenen Chancen einer Region determiniert, kann man auch sagen, dass das *latente Potential* ein Indikator für die eventuell vertanen Entwicklungschancen in dieser Region ist.

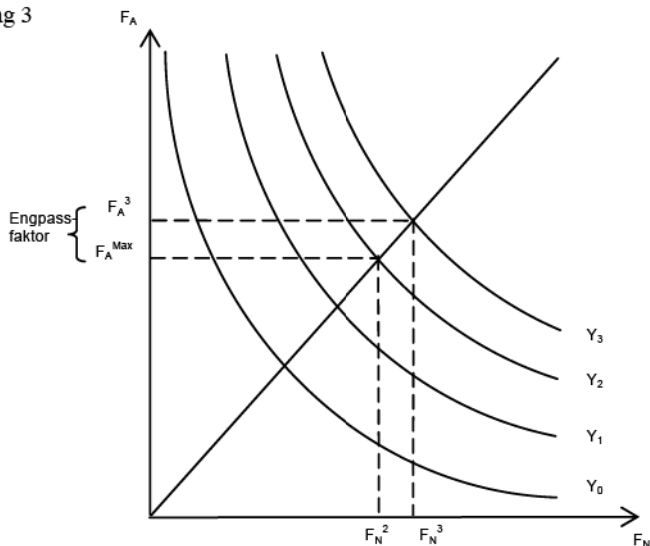
3.3 Potentialfaktoren als regionale Engpassfaktoren

Die in dieser Region vorhandenen maritimen Potentialfaktoren werden für die verschiedenen Nutzungsarten in unterschiedlichen Relationen benötigt. Bis zu einem gewissen Grade lässt sich je nach Nutzungsart das Fehlen eines Faktors durch Mehreinsatz eines anderen Faktors kompensieren. Unbegrenzt besteht diese Substituierbarkeit jedoch nicht.

Jeder Potentialfaktor ist somit zugleich ein „potentieller Engpassfaktor“. Die Bedeutung eines auf diese Weise auftretenden Engpasses besteht darin, dass in einem solchen Falle die Ausnutzung der anderen, reichlich vorhandenen, Potentialfaktoren nicht möglich ist. Sie werden verschwendet, weil es an einem oder mehreren anderen Faktoren mangelt. Ein solcher Engpass kann entweder durch eine Erhöhung der Menge und/oder eine Senkung des spezifischen Verbrauchs (= Produktivitätssteigerung) vermieden werden.

Eine Strategie der Regionalentwicklung muss daher auch immer eine „Strategie gezielter Engpassbeseitigung“ sein. Die Regionalpolitik hat die speziellen Engpässe aufzuspüren, die die zielgerichtete Entwicklung der Region behindern. Sie muss diese Informationen allen Beteiligten nahe bringen und hat selbst alle ihre Instrumente auf die Beseitigung dieser Engpässe auszurichten.

Abbildung 3

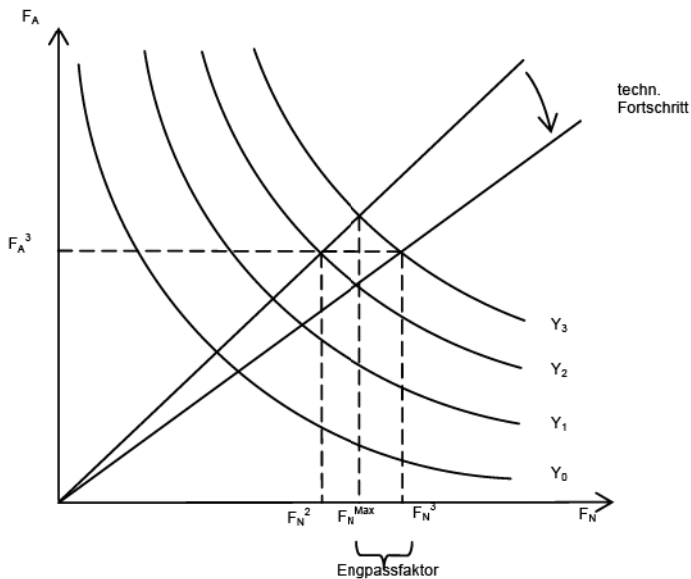


3.4 Technischer Fortschritt und Faktorsubstitution

Bei der bisherigen Analyse wurde unterstellt, dass die Potentialfaktoren für die maritime Nutzung in einem vorgegebenen Faktoreinsatzverhältnis benötigt werden. Diese statische Betrachtungsweise berücksichtigt jedoch nicht die möglichen Auswirkungen des technischen Fortschritts auf die Faktorkombination. Technischer Fortschritt kann grundsätzlich die im Produktionsprozess benötigten Faktormengenproportionen in der Weise verändern, dass der Nutzung eines Faktors relativ zum anderen Faktor stärker zu- oder abnimmt.

Für die hier vorgegebene Fragestellung ist von Bedeutung, wie sich die durch technischen Fortschritt forcierte auf das Einsatzverhältnis der Potenzialfaktoren auswirkt. Es ist hierbei unmittelbar ersichtlich, dass der Einsatz größerer Schiffe einen überproportionalen Bedarf an natürlichen Faktoren bewirkt, da das Landschaftspotential des Flusses durch Vertiefung des Fahrwassers und das Flächenpotential für den Containerumschlag stärker beansprucht werden. Die durch technischen Fortschritt ausgelöste Faktorsubstitution kann dann bewirken, dass die natürlichen Faktoren zum Engpassfaktor der maritimen Regionalentwicklung werden. Die folgende Graphik verdeutlicht diesen Zusammenhang:

Abbildung 4

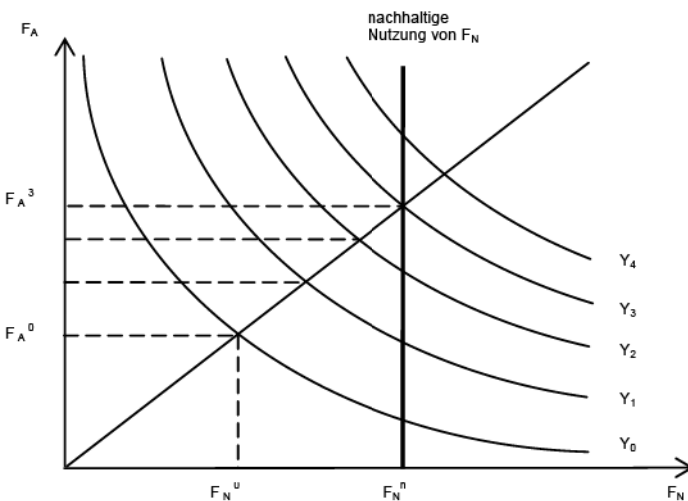


3.5 Faktornutzung und „nachhaltige“ Regionalentwicklung

Ein wichtiger Aspekt, der immer wieder zu Auseinandersetzungen besonders mit Ökologen führt, ist die Definition der nutzbaren Faktorbestände. Wenn von einer „möglichst vollständigen“ Nutzung der Potentialfaktoren gesprochen wird, so befürchten Ökologen hieraus häufig eine radikale Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und eine bedenkenlose Überlastung der Aufnahmemedien (Luft, Wasser, Boden) durch Schadstoffe. Nicht nur aus moralisch-ethischen Gründen, sondern gerade zur Vermeidung von Ertrags- und Nutzen-Einbußen durch schlechtere Umweltqualität sowie zur Erhaltung der Nachhaltigkeit der Nutzung scheidet ein derartiges extremes Verständnis von Potentialnutzung aus.

Wenn man von „voller“ Nutzung z. B. des Umweltpotentials spricht, dann muss dieses nutzbare Potential bereits so definiert sein, dass die Nachhaltigkeit der Nutzung auch für spätere Generationen gewährleistet ist. Auch kann bewusst auf jegliche Nutzung eines Teils des natürlichen Potentials verzichtet werden. Bereits bei der Bilanzierung der natürlichen Faktoren sind also vom Gesamtbestand diejenigen Teile zu subtrahieren, die aus normativen Gründen ungenutzt bleiben sollen (Einhaltung von Standards).

Abbildung 5



3.6 Potentialauslastung und räumliche Arbeitsteilung

Eine „endogene“ Entwicklungsstrategie darf auch nicht als Streben nach regionaler Autarkie missdeutet werden. Ähnlich wie zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen wird es i. d. R. auch zur besseren Potentialauslastung sinnvoll sein, nicht in allen Regionen alle Nutzungsarten vorzusehen, sondern eine teilweise „Spezialisierung“ der Regionen anzustreben. Dies liegt daran, dass sich viele Aktivitäten gegenseitig behindern und im Extremfall sogar völlig ausschließen. Die räumliche Trennung einander störender Tätigkeiten ist also vorteilhaft, wo immer eine solche Behinderung besteht. Denn durch die Spezialisierung der Potentialfaktoren steigt deren Effizienz. Dies gilt sowohl bei wirtschaftlichen Nutzungen als auch bei der Nutzung der natürlichen Faktoren zur Erhaltung funktionsfähiger Ökosysteme (Thoss 1984: 26).

Für Hamburgs maritime Wirtschaft stellt sich dieses Problem der räumlichen Arbeitsteilung im Zusammenhang mit den nur noch begrenzten Möglichkeiten der Fahrwasseranpassung der Elbe und der Errichtung eines Tiefwasserhafens in einer anderen norddeutschen Küstenregion (Wilhelmshaven) mit besseren nautischen Potentialen.

Im Folgenden soll daher aufgezeigt werden, inwieweit die ökologischen Grenzen einer nachhaltigen Nutzung der Elbe für die maritime Wirtschaft eine Revision der hafenpolitischen Zukunftsorientierung erforderlich macht.

4 Technisch-ökologische und ökonomische Aspekte der Elbvertiefung³

4.1 Derzeitiger Ausbauzustand und maßgebliche Verkehre auf der Elbe

Während die Elbe bis in die 70er Jahre ganz überwiegend für den tideabhängigen Verkehr der „Regelfrachtschiffe“ und Massengutschiffe (Tanker, Erzfrachter) ausgebaut wurden, sind als Folge der stürmischen Entwicklung des Containerverkehrs in den letzten Jahren für den weitgehend tideunabhängigen Verkehr von so genannten Pan-Max- bzw. Post-Panmax-Containerschiffen mit Tiefgängen bis zu 12,8 m zu den Terminals in Hamburg entsprechende Vertiefungen vorgenommen worden.

³ Vgl. hierzu Janssen, G. E. (2000): Technische und ökonomische Aspekte der Fahrwasservertiefung, in: DVWG (Hg.): Perspektiven der Schiffsgrößenentwicklung in der Containerschiffahrt – Herausforderung für die deutschen Nordseehäfen? S. 52-91.

Die heute maßgeblichen Verkehre auf der Unter- und Außenelbe bilden einerseits die Stückgutfrachter mit einem Containervisierungsgrad von über 90 % und einem Umschlagsvolumen von 48,7 Mio. t im Hamburger Hafen, andererseits die Massengutschiffe, die allein in Hamburg 36,5 Mio. t im Hafenumschlag erreichen. Dazu kommt noch der Hafenumschlag in Cuxhaven, Brunsbüttel und Stade. Das bedeutet für das Fahrwasser der Elbe, dass es sowohl dem weitgehend tideunabhängigen Containerverkehr, als auch dem tideabhängig fahrenden Massengutverkehr mit bis zu 15,1 m Tiefe gerecht werden muss.

Als Zukunftsperspektive ist hierbei festzustellen, dass der Trend zu schnellen tideunabhängigen Verkehren, wie Fähren, Autotransporter und besonders Containerschiffen, in allen Revieren feststellbar ist und erhöhte Anforderungen an deren Ausbauzustand stellt.

4.2 Möglichkeiten und Grenzen der Elbvertiefung an die wachsenden Verkehrsanforderungen

Für die weitere Vertiefung der Elbe sind deutliche Ansatzpunkte gegeben, die Baggerschwerpunkte, z. B. an der Rhinplate und dem Osteriff durch ein umfassendes Strombaukonzept, wie es für die Weser in der Vergangenheit so wirkungsvoll in Verbindung mit jeder Vertiefungsmaßnahme realisiert wurde und für die Elbe bisher fehlt, zu verbessern. Dies würde andererseits, da die Unter- und Außenelbe noch eine weitgehend natürliche Flusslandschaft mit vielen Inseln, Sänden und Nebenarmen darstellt, stärkere wasserbauliche Eingriffe in den Strom erfordern, so dass hier die erwünschten ökonomischen Verbesserungen gegen die ökologischen Veränderungen sorgfältig gegeneinander abzuwägen sind.

Die zunehmende Forderung nach weitgehend tideunabhängigem Verkehr stellt in jeder Hinsicht die höchsten Anforderungen an den Ausbau der Tideströme, während die Zulassung einer gewissen Tideabhängigkeit von einem Tidefahrplan grundsätzlich eine deutliche Verringerung der Inanspruchnahme von natürlichen, ökologischen und ökonomischen Ressourcen bedeutet.

Wenn man die Tidestromreviere der Nordsee unter diesem Aspekt betrachtet, sind sie im Gegensatz zu Revieren mit etwa konstanten Wasserständen wie die Ostsee für tideabhängige Verkehre prädestiniert, da der Trend zu tideunabhängigen Verkehren die quasi kostenlose natürliche Ressource des Tidehubs/Flutbergs verschenkt und damit zusätzliche Kosten für die durchgängige Vertiefung der Reviere erfordert.

Hiernach wäre es sinnvoll, tideunabhängige Verkehre möglichst mündungsnah abzufertigen und bevorzugt tideabhängig fahrende Verkehre ggf. weiter zu den stromauf liegenden Häfen fahren zu lassen. Da derartige Schiffe in der Regel aber über größere Tiefgänge als z. B. tideabhängig fahrende Containerschiffe verfügen und die Wassertiefen in den Tideströmen stromauf natürlicherweise

abnehmen, können diese voll abgeladen auch nur bis zu den Mündungshäfen (z. B. Cuxhaven) und häufig nur teilabgeladen zu den weiter stromauf liegenden Häfen wie Brunsbüttel, Stade und Hamburg für die Elbe verkehren.

Da einerseits besonders auch in der Containerschiffahrt die Entwicklung zu immer größeren Schiffseinheiten mit Tiefgängen bis zu 15-16 m geht, und andererseits diese Schiffe wegen ihrer hohen Betriebskosten von etwa 0,51 Euro/sec kaum Wartezeiten in Kauf nehmen können, sind Reviere mit großen natürlichen Tiefen unter Niedrigwasser hierfür prädestiniert.

Aufgrund des anhaltenden Größenwachstums bei den Containerschiffen sowie der begrenzten Ausbaumöglichkeit der Untere Elbe ist daher in diesem Frühjahr die Entscheidung für einen deutschen Tiefwasserhafen für den Empfang dieser Schiffe mit Tiefgängen bis etwa 16 m getroffen worden. Hierfür bietet Wilhelmshaven mit dem vorhandenen auf 18,0 m unter SKN ausgebauten Jade-fahrtwasser die besten nautischen Potentiale.

Die Jade, die einerseits die größten Schiffstiefgänge aller Tideströme bis zu 20 m ermöglicht (z. B. Tanker in Tidefahrt), erlaubt gleichzeitig auch ohne weitere Ausbauten tideunabhängig die größten Tiefgänge von ca. 16,5 m. Darüber hinaus verfügt Wilhelmshaven auch noch über genügend Terminal-Entwicklungsflächen, so dass die Jaderegion über die günstigsten Potentialfaktoren für die Errichtung eines solchen Hafens verfügt.

Aber auch Cuxhaven wäre in der Lage, nach entsprechender Anpassung der Außenelbe noch Schiffe mit größeren Tiefgängen als heute abfertigen zu können. Die Tiefen der Außenelbe bis Cuxhaven sind jedoch nur noch für den Preis hoher zusätzlicher Investitions- und Unterhaltungskosten sowie weiterer Eingriffe in das Flussregime und damit auch in die Umwelt steigerbar. Um diese Eingriffe einerseits möglichst gering zu halten und andererseits sowohl tideunabhängigen Containerschiffen bis zu 12,80 m Tiefgang wie auch tideabhängigen Massengutschiffen bis zu 15,1 m Tiefgang einkommend die Fahrt bis Hamburg zu ermöglichen, wurde z. B. in der Elbe eine so genannte „Sockellösung“ realisiert

4.3 Grundsätze der ökologischen Nachhaltigkeit bei der Elbevertiefung

Tideströme sind natürliche Gebilde, keine Kanäle, mit eigenen hydro-morphologischen Gesetzmäßigkeiten und natürlichen Ausbaugrenzen, die, werden jene nicht beachtet oder überschritten, morphologisch unwillig reagieren und dann hohe Baggermengen und -kosten erzeugen. Daraus folgt, dass nicht alles, was aus verkehrlichen oder wirtschaftlichen Gründen für eine Hafenregion wünschenswert erscheint, auch – zumindest mit vertretbarem Aufwand – machbar wäre!

Zur Herstellung und zum Erhalt stabiler unterhaltungsarmer Fahrwasserverhältnisse ist es erforderlich, dass zwischen deren Querschnitt und der ihn durchströmenden Wassermenge möglichst ein Gleichgewichtszustand herrscht; d. h., wenn die Fahrinnenquerschnitte durch Vertiefungen und Verbreiterungen aufgewertet werden, dass auch die im Fluss bewegte Wassermenge gesteigert werden muss.

Dabei stellt die Tidebewegung in der inneren Deutschen Bucht die durch die natürlichen Energien Gravitations- und Erdbeschleunigungskräfte getriebene „Wellenmaschine“ dar, die im Rhythmus von 12 Stunden 25 Minuten einen Flutberg mit anschließendem Ebbetal in die Flußmündungen der Tideströme schiebt. Die ganze Kunst des Tidewasserbaus besteht nun darin, diese natürliche Energiequelle Tide – eine der wenigen an unserer Küste – zur Schaffung und Aufrechterhaltung eines ausreichend tiefen unterhaltungsfreundlichen Fahrwassers optimal zu nutzen.

Wichtige Ausbaugrundsätze hierbei sind (Janssen 2000: 64 f.):

- Das Maß für die Beeinflussbarkeit/Ausbaufähigkeit der Tideströme ist aufgrund ihrer natürlichen Randbedingungen, wie Ästuargeometrie, Tide- und Oberwassermenge etc., unterschiedlich.
- Jeder – auch ein nur abschnittsweiser – Ausbau eines Tidestromes hat Auswirkungen auf das gesamte Tidesystem und kann nur unter Berücksichtigung der Wirkung auf das Gesamtsystem erfolgreich sein.
- Die Flussquerschnitte sollten bei stetig ansteigender Sohle im Flusslauf von der Mündung bis zum oberen Reflexionspunkt proportional zur Tidewassermenge abnehmen (trompetenförmige Verengung), wodurch ein Minimum an Energie zur Tidebewegung benötigt wird und der maximale Tidehub am oberen Ende der Tidestrecke (Hauptreflexionspunkt) auftritt.
- Energie zehrende Hindernisse, Unstetigkeitsstellen und Rauigkeiten im Fluss, wie Stufen, scharfe Krümmungen, häufige Querschnittswechsel, Stromspaltungen etc., sind zur möglichst gleichmäßigen Umsetzung der von See induzierten Tideenergie in Bettreibungsarbeit in der ganzen Ausbaustrecke abzubauen.
- Das Arbeitsvermögen der Tidewelle im Fahrwasser der Hauptrinne ist durch
 - Schaffung einheitlicher tiefer Querschnitte,
 - Anschluss haupttrinnenparalleler Fluträume und
 - Abschluss/Unterdrückung Energie zersplitternder Nebensysteme (Buchten, Nebenflüsse)
 zu fördern. Dabei sind die morphologischen Randbedingungen und -grenzen zu beachten.

Maßgeblich für die erreichten und möglichen Arbeitspotentiale der Tideströme sind neben deren unterschiedlichen Ausbaugrad besonders die Grundrissformen der Ästuar sowie die Reflexionsverhältnisse am oberen Ende der Ausbaustrecke.

Bei der Elbe handelt es sich um ein typisches „Flusssystem“ mit einer gleichmäßig sich verengenden Trompetenmündung. Sie ist im Außenbereich bis etwa Glückstadt dadurch charakterisiert, dass die Abnahme der Wassertiefe nach stromauf größer als die Abnahme der Querschnittsbreite ist, was zu einer Abnahme des Tidehubs führt. Im anschließenden inneren Teil bis etwa „Stader Sand“ verläuft die Abnahme in Breite und Tiefe bei etwa konstantem Tidehub in etwa proportional. Oberhalb davon besteht eine proportional stärkerer Abnahme der Fahrwasserbreite als der Wassertiefe und ansteigendem Tidehub bis St. Pauli. Danach fällt der Tidehub bei stark ansteigender Sohle bis zum Wehr in Geesthacht deutlich ab. So kommt es insgesamt in der Unter- und Außenelbe besonders in den Bereichen mit schwachem Ebbspiegelgefälle wie zwischen km 670 und 680 an der Rhinplate sowie km 700-710 am Osteriff und an anderen Stellen zu den hohen Eintreibungen.

Zum erreichten Ausbaugrad und ggf. zu den noch bestehenden Ausbaureserven der Elbe werden aus wissenschaftlicher und wasserbaulicher Perspektive folgende Aussagen getroffen (Janssen 2000: 78):

- Die Elbe verfügt grundsätzlich noch über natürliche Reserven für weitere Vertiefungen und weist noch einen relativ geringen Ausbaugrad auf.
- Wollte man diese natürlichen Reserven wirtschaftlich nutzen, müssten dafür jedoch umfangreiche wasserbauliche Anstrengungen unternommen werden.
- Diese sind nur mit massiven Eingriffen in das Tideregime, verbunden mit erheblichen Veränderungen der Umweltparameter, zu erreichen (durchgreifende Korrektur!). Sonst ist mit einem weiteren starken Anwachsen der Unterhaltungsbaggerungen zu rechnen.

Es erhebt sich damit die abschließende Fragestellung, ob mit der Durchführung solcher Maßnahmen die ökologische Situation der Elbe in so starkem Maße beeinträchtigt wird, dass die geltenden Grundsätze einer nachhaltigen Regionalentwicklung hierdurch gravierend missachtet werden. Diese Erörterung bedarf einer interdisziplinären Erweiterung der hier vorgetragenen Aspekte durch naturwissenschaftlich-ökologischen Sachverstand.

Literatur

Flügge, G. (2000): Hydrodynamik und Morphologie der Seeschiffahrtsstraßen Jade, Weser und Elbe, in: DVWG (Hg.): Perspektiven der Schiffsgrößenent-

wicklung in der Containerschifffahrt – Herausforderung für die deutschen Nordseehäfen? Heft B 231, Bergisch-Gladbach, 47-51.

Janssen, G. E. (2000): Technische und ökonomische Aspekte der Fahrwasservertiefung, in: DVWG (Hg.): Perspektiven der Schiffsgrößenentwicklung in der Containerschifffahrt – Herausforderung für die deutschen Nordseehäfen? Heft B 231, Bergisch-Gladbach, 52-91.

Ritzke, H. (2000): Optionen der Entwicklung des Hamburger Hafens, in: DVWG (Hg.): Perspektiven der Schiffsgrößenentwicklung in der Containerschifffahrt – Herausforderung für die deutschen Nordseehäfen? Heft B 231, Bergisch-Gladbach, 153-164.

Thoss, R. (1984): Potentialfaktoren als Chance selbstverantworteter Entwicklung der Regionen, in: BfLR (Hg.): Endogene Entwicklungsstrategien? Informationen zur Raumentwicklung, Heft1/2, 21-27.

Der Streit um das Mühlenberger Loch – ein Beispiel für die politische Konstruktion der Wissensgrundlage ökonomischer Politikempfehlungen

Horst Hegmann, Witten/Herdecke

Als der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg 1999 entschied, dass es dem Gemeinwohl diene, für die Erweiterung der DASA-Flugzeugwerft in Hamburg-Finkenwerder einen Teil des so genannten Mühlenberger Lochs zuzuschütten, formierte sich schnell eine Koalition aus Anwohnern und Umweltschützern, die vehement bestritt, dass es im Interesse der Allgemeinheit liegen könne, ein unter Naturschutz stehendes Süßwasserwatt den ökonomischen Interessen eines privaten Industrieunternehmens zu opfern.

Aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive scheint der angemessene Weg zur Beendigung einer solchen Kontroverse auf der Hand zu liegen: Mit Hilfe einer Kosten-Nutzen-Analyse müssen zuerst die Wohlfahrtseffekte der Werkserweiterung für die Region expliziert werden. Wenn bei der Abwägung der volkswirtschaftlichen Kosten und Erträge ein hinreichend großer Nettonutzen ermittelt werden kann, ist das Projekt zumindest aus ökonomischer Sicht zu befürworten, anderenfalls ist es abzulehnen. Wird es befürwortet und anschließend aus politischen Gründen nicht realisiert, können Ökonomen zumindest auf den Nutzenentgang verweisen, der mit der anderen Prioritätensetzung verbunden ist.

Dass der Konflikt um das Mühlenberger Loch auf diese Weise nicht beizulegen war, hat sich im Folgenden gezeigt (Prognos 2000; Marggraf 2001; Prügel, M./Westphal, U. 2001). Der Grund dafür ist vor allem in der Tatsache zu suchen, dass die eben skizzierte Rolle der Ökonomik, die bei solchen Projekten übrigens in der Regel von Befürwortern und Gegnern gleichermaßen unterstellt wird, auf einer falschen Vorstellung vom Verhältnis der Ökonomik zu anderen gesellschaftlich relevanten Interaktionszusammenhängen beruht. Statt einen genuin ökonomischen Standpunkt vortragen zu können, so die im Folgenden vertretene These, ist wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung in einer sehr viel grundsätzlicheren Weise auf fachfremdes Wissen bezogen, als dies in der Regel wahrgenommen wird. Nicht nur, dass die Rahmendaten der ökonomischen Analyse normalerweise von außen kommen, selbst ihre Kernelemente ruhen durch und durch auf außerökonomischen Fundamenten.

Um das zeigen zu können, muss das Folgende im Streit um das Mühlenberger Loch gar keine Position beziehen. Vielmehr ist gerade das Gegenteil angebracht, da demonstriert werden soll, dass sich die Einschätzungen der Kontrahenten jeweils mühelos in einander ausschließende Kosten-Nutzen-Analysen fassen lassen. Die Frontlinie zwischen den Parteien wird nicht notwendigerweise durch ökonomischen Sachverstand auf der einen und außerökonomischen Faktoren auf der anderen Seite bestimmt. Vielmehr lässt sich, je nach zugrunde gelegter Situationsbeschreibung, einmal die eine und einmal die andere Position als ökonomisch sinnvoll ausweisen. Dabei divergieren ökonomische Politikempfehlungen möglicherweise nicht nur, weil ihre Protagonisten jeweils andere Bürgerpräferenzen annehmen, auch unterschiedliche Vorstellungen von der Sachlage und den Möglichkeiten zu ihrer Veränderung können maßgeblich ihre jeweilige Situationsbeschreibung und damit ihre Empfehlungen beeinflussen.

Dass wirtschaftswissenschaftlich fundierte Politikempfehlungen in der Öffentlichkeit trotz ihrer vollständigen Abhängigkeit von außerökonomischen Faktoren oft als Ausdruck besonderen Sachverstands akzeptiert werden, verweist darauf, dass die ihnen zugrunde gelegten Wissensbestände häufig auch von ihren Adressaten geteilt werden. Wo alle Beteiligten ganz selbstverständlich auf derselben Wissensbasis argumentieren, werden sie ohne Problematisierung dieses Basis für Vorschläge aufgeschlossen sein, die ihnen sagen können, wie die allseits geteilten Ziele in einer übereinstimmend wahrgenommenen Umwelt bestmöglich realisiert werden können.

Innerökonomisch betrachtet ist der Ausgangspunkt des Folgenden die angewandte Wohlfahrtökonomik. Bei der Demonstration der meist implizit bleibenden Voraussetzungen wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung wird sich aber zeigen, dass die Ergebnisse der Analyse auch für eine neo-paretianische Wohlfahrtökonomik gelten, obwohl speziell diese mit dem Anspruch auftritt, bei der Politikberatung auf das Konstrukt einer sozialen Wohlfahrtsfunktion ganz verzichten zu können (Buchanan 1960).

1 Von individuellen Präferenzen zum Gemeinwillen

Wenn die moderne Ökonomik wirtschafts- und finanzpolitische Empfehlungen abgibt, orientiert sie sich in normativer Hinsicht weitgehend am Ideal der Konsumentensouveränität, womit die Vorstellung gemeint ist, dass es in letzter Instanz die Individuen selber sein müssen, die darüber entscheiden, welches kollektive Arrangement in ihrem Interesse liegt und welches nicht. Inhaltliche Vorgaben darüber, was sie wollen sollen, werden nach Möglichkeit vermieden. Eine aus dieser Sicht tragfähige Legitimation der DASA-Erweiterung, bzw. der Verteidigung von Umweltschutzziele wäre also der Nachweis, dass die Bürge-

rinnen und Bürger dies so wollen. So allgemein formuliert bietet die Vorgehensweise normativer Ökonomen wenig Anlass zur Kritik, aber der Teufel steckt, wie so oft, im Detail. Zum einen muss im konkreten Falle gezeigt werden können, welche Präferenzen welcher Individuen überhaupt in die Beurteilung eingehen sollen und zum anderen muss ein Modus gefunden werden, nach dem die zugelassenen Präferenzen zu einem Gemeinwillen integriert werden können. Beides soll im Folgenden nacheinander untersucht werden.

Die Übertragung der Idee der Konsumentensouveränität auf kollektives Handeln wird in Analogie zum methodologischen als normativer Individualismus gefasst (Buchanan 1991). Während mit dem ersteren die Überzeugung gemeint ist, dass soziale Prozesse grundsätzlich auf das Handeln von Individuen zurückgeführt werden sollten (Kirchgässner/Pommerehne 1988), fordert der zweite, dass die betroffenen Individuen auch die letzte Instanz bei der Bewertung von Kollektiventscheidungen sein sollen. Auch wenn die verschiedenen Spielarten der normativen Ökonomik diesem Ideal nie bis ins Letzte gerecht werden können, stellt es doch so etwas wie eine regulative Idee dar, einen Leitstern, dem so weit als möglich gefolgt werden soll. Welche Präferenzen die Individuen konkret haben und woher diese kommen, wird ganz im Sinne der modernen Mikroökonomik schlicht offen gelassen (siehe etwa Varian 1984: 111 ff.). Gegeben die Individuen wollen dies oder das, so lautet die Argumentation, schlagen wir ihnen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse dieses oder jenes Arrangement vor.

Aus einer solchen Perspektive ist die ausgeprägte Präferenz für den Schutz eines seltenen Biotops nicht irrationaler als diejenige für ein ruhiges Wohnquartier oder einen sicheren Arbeitsplatz. Natürlich besteht ein guter Teil der Arbeit von Ökonomen darin, auf mögliche Zielkonflikte hinzuweisen. Welchem dieser Ziele dann aber der Vorrang einzuräumen ist, sollte zumindest im Prinzip den Individuen selbst überlassen bleiben und ist aus ökonomischer Sicht nicht weiter zu kritisieren. Dass diese Position nirgendwo radikal durchgehalten wird, zeigt sich freilich schon daran, dass aller Konsumentensouveränität zum Trotz niemand ernsthaft eine Präferenz für eine möglichst unwirtliche oder verschmutzte Umwelt im kollektiven Meinungs- und Willensbildungsprozess berücksichtigen würde. Immer schon findet eine implizite oder explizite Vorauswahl der prinzipiell zugelassenen Präferenzen statt, eine Vorauswahl, die sowohl von Kultur zu Kultur als auch über den Zeitverlauf ganz unterschiedlich ausfallen kann (Hegmann 1998a).

Beispielsweise zeigt die Diskussion um die Haltung der Bush-Administration zum Kyoto-Protokoll deutlich, dass Umweltschutz zumindest in Texas ein anderes Prestige genießt als etwa in Europa. Aber auch hierzulande galten ökologische Anliegen bis in die siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hinein noch weitgehend als Angelegenheit romantischer Spinner. Erst im Laufe der Zeit haben sie sich zu einer höchst respektablen Anstrengung zur Verteidigung langfristiger Interessen der Menschheit entwickelt.

Aber selbst wenn ganz bewusst der Anspruch erhoben würde, einzig die tatsächlichen Präferenzen der Menschen zur Grundlage kollektiven Handelns zu machen, wäre eine solche Politik nicht dauerhaft durchzuhalten. Zumindest solange es keine verlässliche Möglichkeit gibt, individuelle Präferenzen fälschungssicher zu ermitteln, würde eine entsprechende Politik denjenigen Tür und Tor öffnen, die ihre Präferenzen systematisch falsch darstellen oder an bestimmten Stellen überbetonen, um so im kollektiven Meinungs- und Willensbildung Sonderprofite zu realisieren (Hegmann 1998a). Wenn also im Rahmen einer politischen Kultur nicht bestimmte Präferenzen als legitim ausgewiesen bzw. andere als illegitim ausgegrenzt sind, müssen entsprechende Kataloge eigens vereinbart werden, um sinnvoll über zweckmäßiges kollektives Handeln diskutieren zu können (Hegmann 2001b: 216 ff.).

Weil die so zustande kommende Grenzziehung je nach Gemeinschaft ganz unterschiedlich ausfallen kann, wird es in einer modernen kulturell fragmentierten Gesellschaft immer unterschiedliche Gruppen geben, deren diesbezügliche Ansichten sich z. T. radikal voneinander unterscheiden (Hegmann 1998b). Während es etwa für Umweltschützer selbstverständlich sein wird, dass eine starke Präferenz für einzelne vom Aussterben bedrohte Arten nicht nur legitim ist, sondern möglicherweise auch schmerzhaftes Opfer rechtfertigt, mögen andere mit der gleichen Selbstverständlichkeit ganz andere Präferenzen ein- oder ausschließen.

Welche Annahmen über die individuellen Präferenzen bezüglich des Mühlenberger Lochs legen nun die Befürworter und Gegner der DASA-Erweiterung zugrunde? Auf die schlichteste Formel gebracht halten die Befürworter der Erweiterung Umweltschutz für ein Luxusgut, das erst bereitgestellt werden sollte, wenn das in Geld ausgedrückte Wohlergehen der Region bereits gesichert ist. Die Gegner sehen umgekehrt eine intakte Umwelt als Voraussetzung für ein gutes Leben an. Keine dieser beiden Annahmen versteht sich von selbst und jede lässt sich empirisch nur belegen, wenn die Menschen etwa mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung oder per Referendum konkret zu ihren Präferenzen befragt werden.

Aber selbst wenn sich intersubjektiv konsensfähig festlegen ließe, welche Präferenzen prinzipiell in den kollektiven Meinungs- und Willensbildungsprozess einfließen dürfen, wäre noch eine weitere Frage offen, diejenige nämlich, wessen Präferenzen überhaupt zu berücksichtigt sind. Gemäß der ökonomischen Theorie des Föderalismus (für die klassischen Texte siehe Kirsch 1977) scheint die Antwort einfach zu sein. Es sollten die Präferenzen all jener Menschen berücksichtigt werden, die in der entsprechenden Jurisdiktion leben. Bei dieser Setzung wird freilich in aller Regel davon ausgegangen, dass die relevanten Kollektive in irgendeiner Weise schon gegeben sind und von allen Betroffenen auf die gleiche Weise wahrgenommen werden.

Auch das muss allerdings nicht notwendigerweise so sein. Was die am kollektiven Meinungs- und Willensbildungsprozess Beteiligten wollen, hängt schließlich nicht nur von den Effekten ab, die sie am eigenen Leibe spüren. So mag ein Bürger von Blankenese individuell durchaus einen Verlust an Lebensqualität konstatieren, wenn die erweiterte Flugzeugwerft am anderen Elbufer sein Panorama verdirbt oder mehr Fluglärm mit sich bringt. Nichtsdestoweniger mag er der Erweiterung zustimmen, wenn er zu der Überzeugung gelangt, dass damit dem Gemeinwohl gedient sei. Ökonomen diskutieren ein solches Kalkül unter dem Begriff der interdependenten Nutzenfunktion (Henderson/Quandt 1980: 297 ff.), womit sie nicht anderes meinen, als dass unter bestimmten Umständen auch der Nutzen der Mitmenschen in der eigenen Nutzenkalkulation berücksichtigt wird.

Liest man in diesem Sinne die Stellungnahmen im Konflikt um das Mühlenberger Loch, lassen sich eine ganze Reihe unterschiedlicher relevanter Kollektive identifizieren. Aus der Perspektive des Hamburger Senats etwa sind es im Wesentlichen die ökonomisch interpretierten Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger der Freien und Hansestadt Hamburg, die im Vordergrund des Interesses stehen oder doch stehen sollten, eventuell ergänzt um diejenigen der Menschen des Umlandes, die im Zusammenhang einer regionalen Kooperation der relevanten Gebietskörperschaften zu berücksichtigen sind. Andere Akteure, wie die Obstbauern des Alten Landes (Verein zum Schutz von Hamburgs Elbregion e. V. [o. J.]), die Bewohner der Elbvororte (Sass 1998), die Naturschützer (Westphal 2001) oder die Freunde der durch den Ausbau der Flugzeugwerft bedrohten Schnitger Orgel in Neuenfelde (Wilson 2001) werden sich jeweils ganz anderen Kollektiven zurechnen.

Aus diesem Grunde muss man die konkreten Loyalitäten zumindest der Bürgerinnen und Bürger des in Frage stehenden Kollektivs kennen, um sagen zu können, ob sie sich im fraglichen Falle als Bürger Blankeneses fühlen, als Freunde der Löffelente oder als Verteidiger der Schnitger-Orgel. In diesen Fällen werden sie dem Ausbau vermutlich eher feindlich gesonnen sein und das aus einem schwer vorherzusagenden Gemisch aus eher „egoistischen“ und eher „altruistischen“ Motiven. Den Ausbau werden sie dagegen wollen, wenn sie sich als leidenschaftliche Technikfreaks empfinden, als *hardnosed economists* oder als Hamburger oder Flugzeugbauer, denen sowohl aus eigennütigen Erwägungen als auch aus Loyalitätsempfindungen an einer prosperierenden Heimatstadt bzw. einem prosperierenden Unternehmen gelegen ist. Auch diese Stellungnahmen werden in der Regel durch ein ganzes Gemisch aus unterschiedlichen Interessen bestimmt sein.

Damit ist das Problem deutlich komplizierter, als es die ökonomische Analyse des Föderalismus gemeinhin nahe legt. Wenn die relevanten Kollektive nicht, wie es dort üblich ist, als gegeben hingenommen und von allen Betroffenen auf die gleiche Weise wahrgenommen werden, dann lassen sie sich, etwa im Sinne von Benedict Anderson (1988) einem subjektiven Zusammengehörigkeitsgefühl

von Gruppen entsprungen denken, was es grundsätzlich unmöglich macht, in diesem Zusammenhang von wie immer auch gearteten objektiven Determinanten auszugehen. Wessen Nutzen also letztlich in die kollektive Entscheidung eingeht, ist von vielfältigen der ökonomischen Analyse vorgelagerten Faktoren abhängig. Auch die Frage, wessen Interessen der wohlfahrtsökonomischen Analyse zugrunde gelegt werden sollen, muss politisch schon entschieden sein, bevor die Ökonomen ihre Arbeit aufnehmen können.

Aber selbst wenn es einen Konsens darüber gäbe, welche Individuen mit welchen Präferenzen bei der Kosten-Nutzen-Analyse zu berücksichtigen sind, wäre immer noch die Frage, wie diese Präferenzen zu aggregieren sind, um eine konsensfähige kollektive Rangfolge möglicher Weltzustände zu ermöglichen. Die traditionelle Wohlfahrtsökonomik (Külp 1975: 1 ff.) geht davon aus, dass im politischen Willensbildungsprozess eine soziale Wohlfahrtsfunktion hervorgebracht wird, die eben diesem Zweck dient. Damit konzipiert sie die kollektive Willensbildung analog zur individuellen Nutzenmaximierung und setzt an die Stelle der individuellen Nutzenfunktion ihr kollektives Pendant: die soziale Wohlfahrtsfunktion. Willensbildungsprozesse innerhalb des Kollektivs bleiben dabei erst einmal unberücksichtigt.

Erst seit sich die Ökonomische Analyse der Politik (für einen Überblick siehe Mueller 1991; für einen Einstieg Kirsch 1997) diesen Prozessen zugewandt, rückt die gesamtgesellschaftliche Zielbestimmung ihrerseits zunehmend in den Mittelpunkt des Interesses. War es hier zu Beginn noch die Frage, ob die politischen Repräsentanten der Bürger überhaupt einen Anreiz haben, ein eventuelles Marktversagen zu beheben (zu dieser Verwendung der Ökonomischen Analyse der Politik in der Finanzwissenschaft siehe etwa Rosen/Windisch/Oberdieck 1992: 182 ff.), trat zunehmend die Frage in den Vordergrund, ob die gesamtgesellschaftliche Zielbestimmung nicht selbst durch den politischen Prozess verzerrt wird, so dass die Bürgerinnen und Bürger besser daran tun, statt einer sozialen Wohlfahrtsfunktion individuelle Freiheitsräume zu maximieren (Buchanan/Tullock: 1965).

Die aus solchen Überlegungen hervorgegangene neo-paretianische Wohlfahrtsökonomik kommt aber, allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz, ihrerseits nicht ohne eine soziale Wohlfahrtsfunktion aus (Hegmann 1998a). Allenfalls formuliert sie diese in der Regel nicht positiv als utilitaristisches Nutzenkalkül, sondern negativ als weitest mögliche Vermeidung von kollektivem Zwang. Dies aber impliziert wiederum die Annahme, dass den Individuen der Schutz vor staatlicher Bevormundung wichtiger ist als die Bereitstellung sonstiger öffentlicher Güter. Wo dies der Fall ist, mag ein rechtsliberaler Minimalstaat den Interessen der Bürgerinnen und Bürger in der Tat entsprechen. Werten diese aber andere Güter höher, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Sicherheit oder Verteilungsgerechtigkeit etwa, lassen sich auch ganz andere Ergebnisse denken.

Dass es zum einvernehmlichen Beschluss über eine gemeinwohlorientierte Politik hilfreich ist, nicht über diskretionäre Schritte zu entscheiden, sondern über allgemeine Regeln, weil dies jeweils die Identifikation von Nutznießern und Benachteiligten erschwert, ist eine alte politiktheoretische Einsicht, an die Ordnungsökonominnen m. E. (Buchanan 1985: 31) zu Recht immer wieder erinnern. Diese Einsicht führt im Einzelfall aber auch nicht notwendig zu intersubjektiv konsensfähigen Regeln. Von real vorfindbaren Präferenzen unabhängig könnte ein konkretes Regelsystem nur dann als vorteilhaft ausgewiesen werden, wenn sich eine objektive Begründung denken ließe, die für alle möglichen Präferenzkonstellationen dasselbe System empfiehlt.

Weil ein solches Regelwerk angesichts der unendlichen Vielzahl logisch möglicher Präferenzen nicht konstruiert werden kann, muss zumindest jede dem normativen Individualismus verpflichtete ökonomische Analyse die Präferenzen der Individuen auf die eine oder andere Weise integrieren, um so einen Maßstab an die Hand zu bekommen, die verschiedenen Alternativen kollektiven Handelns oder Unterlassens miteinander zu vergleichen. Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger einer spezifischen Gesellschaft über einen solchen Maßstab verfügen, sind sie in der Lage, die mit einem bestimmten kollektiven Handeln verbundenen Kosten und Nutzen gegeneinander aufzurechnen und diejenige Alternative als ökonomisch geboten auszuweisen, die den höchsten Nettotonutzen verspricht.

Dass auch bei Vorliegen einer sozialen Wohlfahrtsfunktion der Weg für die als unpolitisch sich verstehenden wirtschaftswissenschaftlichen Experten noch nicht frei ist, zeigt die inzwischen sehr umfangreiche Literatur zu den verschiedenen Ansätzen der Kosten Nutzen-Analyse (für einen Einstieg siehe Hanusch 1994; für den Versuch, die Kosten des Umweltschutzes für eine Metropolregion zu bestimmen siehe auch Hampicke 1985). Das Grundproblem solcher Analysen wird in einer Geschichte deutlich, die der Umweltökonom Hans Christoph Binswanger gern erzählt. Dabei geht es um die Begegnung eines engagierten Naturschützers mit einem badischen Finanzminister in den 50er Jahren. Auf den Protest des Naturschützers, der ein Staudammprojekt verhindern will, erwidert der Finanzminister: „*Sie* sehen hier fließendes Wasser, *ich* sehe davonlaufendes Geld“ (Binswanger 1994: 7). Was Binswanger mit seiner Anekdote veranschaulichen will, ist der Umstand, dass Kosten und Nutzen in der Regel nur dann in die Analyse eingehen, wenn sie sich in Geldeinheiten ausdrücken lassen.

Zwar hat die Forschung inzwischen eine Vielfalt von Ansätzen hervorgebracht, mit denen über Hilfsgrößen auch Preise für nicht marktfähige Güter erhoben werden können (für einen Einstieg in solche Techniken siehe etwa Mackscheidt/Störmann 1994), das Problem aber bleibt und wird in der Kosten-Nutzen-Analyse über die Kategorie der so genannten intangiblen Kosten bzw. Nutzen (Rosen/Windisch/Oberdieck 1992: 492) handhabbar gemacht. All diejenigen Wohlfahrtseffekte, die nicht mit Preisen zu versehen sind, sind einem politischen

Abwägungsprozess unterworfen, was freilich nur ein weiteres Einfallstor für „außerökonomische“ Erwägungen schafft.

Auf unser Beispiel bezogen, lassen sich neben der offensichtlichen Analogie zum Nutzen des durch den Werftausbau bedrohten Biotops ganz vielfältige nur schwer in Geldeinheiten auszudrückenden Kosten und Nutzen denken. So ließe sich die Symbolwirkung des Großraumflugzeugs A3XX für die Innovationsfähigkeit der Region in Anschlag bringen oder seine Bedeutung als Signal an das Hamburger Umland, dass sich die Metropole im Zweifel nicht allzu sehr um die Belange der Umlandgemeinden kümmert. Wo solche Wirkungen noch in erwartbare Stimmenverluste und -gewinne bei den nächsten Wahlen übersetzt werden können, mögen sie noch durch eine von der ökonomischen Analyse der Demokratie beeinflussten Wahlforschung traktierbar sein. Wo sie freilich das politische Klima langfristig beeinflussen, dürften entsprechende Kosten-Nutzen-Überlegungen mit einer im engeren Sinne ökonomischen Analyse nicht mehr viel gemein haben.

2 Vom geteilten Wissen zu gemeinwohlorientierter Politik

Aber auch wenn sich die normative Seite des Problems einvernehmlich regeln ließe, bliebe noch genug Raum für Dissens auf der Ebene des Faktenwissens. Bestes Beispiel dafür war und ist die Diskussion um die Kernenergie. Auch wenn angenommen werden könnte, dass Befürworter und Gegner der Kernenergie dasselbe Ziel anstreben, nämlich möglichst kostengünstig und umweltverträglich Energie zu produzieren, werden sie solange nicht zu einem Konsens finden, wie sie hinsichtlich der Sicherheit von Kernkraftwerken, hinsichtlich einer Faktenfrage also, radikal unterschiedlicher Ansicht sind.

Lange Zeit war die Einsicht, dass die für kollektives Handeln relevanten Wissensbestände nicht an einer zentralen Stelle konzentriert und somit nicht ohne weiteres für die kollektive Willensbildung nutzbar gemacht werden können, sondern vielmehr über die ganze Gesellschaft verstreut sind, das Privileg der Österreichischen Schule der Nationalökonomie (Hayek 1952). Zwar hat seither auch die konventionelle Mikroökonomik die Bedeutung von Wissen und Informationsasymmetrien erkannt (für einen Überblick siehe Eatwell/Milgate/Newman 1989) und über die institutionenökonomisch unterfütterte neuere Ordnungsökonomik schließlich auch die politische Ökonomie für das Problem sensibilisiert (Tietzel 1985), dabei wurde das Informationsproblem aber meist in einer folgenreichen Weise verkürzt:

Die Österreicher waren sich noch bewusst, dass es nicht nur darum gehen kann, mit einer im Wesentlichen bekannten Lage umzugehen, in der allenfalls einige Wirtschaftssubjekte mehr oder weniger fest umrissene Wissenslücken haben.

Vielmehr sahen sie, dass die in einer Gesellschaft koexistierenden Interpretationen der Wirklichkeit einander unvermittelt gegenüberstehen. Sie erkannten, dass es keine objektive Wirklichkeit gibt, mit Hilfe derer sich die verschiedenen Interpretationen der Lage auf ihre relative Zuverlässigkeit hin überprüfen lassen. Erst langsam gewinnt diese Sicht auch in der wirtschaftswissenschaftlichen Orthodoxie an Einfluss. So sprechen Denzau und North (1994) inzwischen von *shared mental models*, die den Angehörigen eines Interaktionszusammenhangs eine bestimmte Situationsbeschreibung nahe legen, auf die sich diese bei ihren Entscheidungen über kollektives Handeln stützen können.

Innerhalb einer Gruppe kann auf der Grundlage dieser Interpretation möglicherweise übereinstimmend ein optimales kollektives Handeln errechnet werden, zwischen verschiedenen Gruppen aber wird man sich vermutlich nicht einmal über grundlegende Aspekte der Situationsbeschreibung einig werden. Innerhalb einer Gruppe lässt sich also durchaus ein Konsens erwarten, wenn eine allseits anerkannte soziale Wohlfahrtsfunktion der von allen übereinstimmend wahrgenommenen Realität gegenübergestellt wird. Wo sich verschiedene Gemeinschaften innerhalb einer Gesellschaft aber auf eine je andere Realität beziehen, werden sie auch dann zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, wenn sie alle dieselbe Wohlfahrtsfunktion als Maßstab anlegen.

Überhaupt kann die Grundlage der kollektiven Willensbildung nie die Sachlage als solche sein, weil diese in der Regel so viele Spezialgebiete berührt, dass schon ein einzelner sie nicht überblicken kann, geschweige denn, dass sie als Wissensbasis für gesamtgesellschaftliche Beratungen und Verhandlungen taugen könnte (Hegmann 2001: 155 ff.). In einer einigermaßen komplexen Gesellschaft werden die Fakten überdies so unterschiedlich oder gar widersprüchlich interpretiert werden, dass bei der Konsensfindung nur ein sehr vereinfachtes, holzschnittartiges Bild der Welt eine Chance hat, bei der kollektiven Meinungs- und Willensbildung allgemein Anerkennung zu finden. Dann aber geht es aber nicht mehr darum, ob Kernkraftwerke in der Tat sicher ist, sondern nur noch darum, wer mit welchem Gewicht an der Schaffung eines adäquaten Bildes von Kernkraftwerken beteiligt wird.

Was eine Gesellschaft dann als öffentliches Gut oder als externen Effekt identifiziert, ist also nicht durch objektive Gegebenheiten bestimmt, sondern durch ein kollektiv hervorgebrachte Bild dieser Gegebenheiten (Hegmann 1997, Callon 1998). Wie dieses Bild konkret aussieht, hängt maßgeblich von der partikularen Geschichte der in Frage stehenden Gesellschaft ab, vom Prestige bestimmter Akteure etwa oder von den Vorstellungen hinsichtlich vergangener adäquater Problemlösungen. Es kann deshalb auch dann von Gesellschaft zu Gesellschaft unterschiedlich ausfallen, wenn die äußeren Bedingungen ganz ähnlich sind. Damit ist das für die Meinungs- und Willensbildung relevante Bild der Lage stärker von der Anschlussfähigkeit an frühere Bilder und der Sichtbarkeit der Themen in der Öffentlichkeit bestimmt als von tatsächlichen Gegebenheiten.

Führt man Wissen als für die kollektive Meinungs- und Willensbildung bedeutsam in die Analyse ein, geht es nicht mehr nur um Verhandlungsmacht, wie etwa in der spieltheoretisch informierten Mikroökonomik (Harsanyi 1989). Dann ist vielmehr auch und vor allem die Definitionsmacht über die Situation wichtig, die Frage also, wer bestimmen kann, welches Kollektiv relevant ist, welche Interessen als legitim zu berücksichtigen sind und in welcher Umwelt sich das ganze abspielt. Im Ergebnis ist dann weniger eine wohlfahrts- oder politökonomische Analyse gefragt, sondern eine wissenspolitologische (Nullmeier 1994), eine Analyse also, die zwar Aspekte rationalen Handelns mit umfasst, sich aber nicht auf diese beschränkt.

Geht man so vor, gewinnt etwa die Frage, welchen Einfluss Politikberater verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen mitbringen, eine ganz neue Bedeutung. Auch kann man erst jetzt fragen, ob bestimmte Politikempfehlungen nur deshalb nicht gehört werden, weil diejenigen, die sie vorbringen, keine Macht oder keine machtvollen Verbündeten haben. Ob, um auf unser Beispiel zurückzukommen, die Ökologen auf die Unersetzlichkeit des Mühlenberger Lochs verweisen oder Regionalökonomien auf die positiven Effekte einer Expansion der Luftfahrtindustrie für die Region, immer stellt sich von außen die Frage, wie weit welchen Experten zugetraut wird, dass sie beispielsweise „nur“ Fakten schildern und sich in ihrer Präsentation nicht schon durch partikuläre Interessen beeinflussen lassen. Da sich in einem ständig expandierenden Gutachterwesen immer Gegenexperten der gleichen Disziplin finden lassen, wird es überdies zunehmend leichter, nur denjenigen Experten zu vertrauen, die der eigenen Position zumindest nicht feindlich gegenüberstehen.

Auch in dieser schwierig zu überblickenden Situation kann der Rückzug auf den Minimalstaat oder gar auf ein libertäres Laissez-faire das Kollektiv zwar von den Problemen gemeinsamer Meinungs- und Willensbildung entlasten, aber auch hier ist das entsprechende Votum nicht in irgendeinem Sinne objektiv vernünftiger als das Plädoyer zugunsten einer stärker diskretionären Politik. Vielmehr liegen beiden Voten gleichermaßen kontingente Wissensbestände zugrunde, über die Einigkeit bestehen muss, bevor die Ökonomen sagen, können, was, gegeben diese Daten, geboten ist. Diese Bedingtheit ökonomischer Analyse wird häufig nur deshalb nicht wahrgenommen, weil in der jeweiligen *epistemic community* (Haas 1992) das entsprechende Wissen unbestritten ist.

Wenn etwa eine nach wie vor einflussreiche rechtsliberale wirtschaftspolitische Doktrin postuliert (Hayek 1960/1976; Friedman 2001), dass politische Entscheider weniger als funktionierende Märkte in der Lage sind, das in der Gesellschaft verstreute Wissen zum Wohle des Ganzen nutzbar zu machen, setzen ihre Protagonisten bei diesem Urteil schon voraus, dass sie selbst in genügendem Maße über das für dieses Urteil relevante Wissen verfügen (vgl. auch Streissler 1995). Nur so können sie nämlich im konkreten Fall sagen, wo genau die optimale politische Eingriffstiefe erreicht ist. Anderenfalls könnten sie nicht davon ausgehen,

dass der Schaden fehlbarer Kollektiventscheidungen ihren möglichen Nutzen überkompensiere. Wer von einer anderen Wissensgrundlage ausgeht, kann also mit derselben ordnungsökonomischen Maxime im Hinterkopf ein u. U. sogar sehr dichtes Regelwerk mit vielen Spielräumen für diskretionäre Politik begründen. Zwar ist das bei der in aller Regel rechtsliberalen Ausrichtung der Ordnungsökonomien kaum zu erwarten. Diese Ausrichtung aber hat eher wissenschaftssoziologische Ursachen, als dass sie sich wirklich rein ökonomisch begründen ließe.

Entsprechende Überlegungen gelten auch und sogar ganz besonders für den Umweltschutz. Zwar bleibt hier im Prinzip ebenfalls richtig, dass eventuelle Konflikte zwischen Vermögensgewinnen und Umweltschutz möglichst auf der Regelebene entschieden werden sollten (Renner 1998). Was aber möglich ist, bleibt wiederum von kontingenten Wissensbeständen abhängig, die von Fall zu Fall ganz unterschiedliche politische Entscheidungen nahe legen können. Politiker, die mehr Handlungsspielräume wollen, müssen nur glaubhaft nachweisen, dass die Wahl wenig treffgenauer politischer Instrumente immer noch bessere Resultate erwarten lässt, als bewusste Abstinenz. Wenn Umweltökonomien also zu der Überzeugung gelangen, dass die riskierten Schäden so gravierend sind, dass Verbote auch dann gerechtfertigt sind, wenn die entsprechenden Erlasse nur wenig Erfolg versprechen, können sie allem Steuerungspessimismus zum Trotz einer sehr rigiden Umweltschutzgesetzgebung das Wort reden (Hegmann 1998b). Auch hier weist also ein Rückzug auf die Ordnungsökonomik die minimalistische Position nicht notwendig als besonders „ökonomisch“ aus und auch hier hängt seine Begründbarkeit vollständig von dem der Entscheidung zugrunde gelegten Wissensbestand ab.

Die kollektive Meinungs- und Willensbildung wird zusätzlich kompliziert, dass die individuellen Präferenzen und das dem Handeln zugrunde gelegte Faktenwissen nicht unabhängig voneinander sind. Wer beispielsweise lernen muss, dass agrarindustriell produziertes Rindfleisch möglicherweise gesundheitsschädlich ist, mag eine Präferenz für Öko-Fleisch oder vegetarische Ernährung entwickeln und wem an einer ökologischen Lebensweise gelegen ist, mag gezielt nach pflanzlichen Ersatzstoffen suchen, die es ihm ermöglichen, diesen Präferenzen entsprechend zu leben. Für viele Spezialfragen ist es zwar durchaus zweckmäßig, eine Wert- von einer Sachebene zu trennen. Gerade in der ordnungsökonomischen Politikberatung (Frey/Kirchgässner 1993; Cassel 1998) setzt sich aber immer mehr die Einsicht durch, dass individuelles wie kollektives Lernen zur Umsetzung individueller Präferenzen in kollektives Handeln notwendigerweise dazugehört und es somit nicht reicht, bei gegebenen Wissensbeständen und gegebenen Präferenzen aus individuellen Interessen möglichst verschwendungsfrei eine Strategie kollektiven Handelns abzuleiten, sondern dass es vor allem darum gehen muss, Individuum und Kollektiv in die Lage zu versetzen, neues Wissen aufzunehmen und zu verarbeiten (Hegmann 2001a).

Wenn, um auf unser Beispiel zurückzukommen, die Umweltschützer zeigen können, dass das Mühlenberger Loch in seiner Art unersetzbar ist, werden vielleicht mehr Menschen den für seine Erhaltung zu zahlenden Preis akzeptabel finden. Wenn andererseits die Befürworter des Werftausbaus die Sicht durchsetzen können, dass es sich bei dem Loch ohnehin nur um ein verkehrstechnisches Artefakt aus dem Dritten Reich handelt, mag diese Wertschätzung wieder abnehmen. Ob die Verfechter der Erweiterung darauf verweisen, dass gerade ein Drittel des Terrains verloren geht, oder ob die Umweltschützer darauf entgegnen, dass es gerade der bedrohte Teil des Watts sei, der den Kern des schützenswerten Geländes ausmache, immer sind es Auseinandersetzungen um Faktenfragen, die maßgeblich über die individuell wahrgenommenen Kosten und Nutzen einer jeden Maßnahme mitbestimmen und damit über die Haltung einzelner Bürgerinnen und Bürger zu einer bestimmten Politik.

Wenn Faktenwissen in Frage gestellt wird, ändert das also unter Umständen die Präferenzen: Der Flugzeugbauer lernt möglicherweise die Weltansicht des Naturfreundes zu würdigen und dieser sieht vielleicht ein, dass das geopferne Biotop durch die Schaffung von Arbeitsplätzen mehr als aufgewogen wird. Was im Falle eines Konsenses in die der kollektiven Willensbildung letztlich zugrunde gelegten Situationsbeschreibung eingeht, ist sowohl im Hinblick auf den Sachverhalt als auch im Hinblick auf die mit ihm verbundenen Wertungen ein ausgehandeltes Bild der Lage, das die Bedeutung des Biotops für die Allgemeinheit ebenso umfasst wie die Chancen der Erweiterung für Hamburg als Wirtschaftsstandort und die als legitim akzeptierten Präferenzen der am Prozess Beteiligten.

3 Abschließende Bemerkungen zur Rolle der Ökonomik im Prozess kollektiver Meinungs- und Willensbildung

Während im ersten Teil dieses Aufsatzes deutlich werden sollte, dass sich weder die einer Kollektiventscheidung zugrunde zu legenden Präferenzen aus ökonomischer Sicht von selbst verstehen noch die Art und Weise, in der sie zu einem Gesamtwillen integriert werden, wollte der zweite Teil zeigen, dass auch die hinzugezogenen Bestände an Faktenwissen alles andere als objektiv gegeben sind. Was als korrekte Beschreibung eines Sachverhalts gelten soll und wem dabei in welchem Maße Gehör zu schenken ist, lässt sich nicht vorab eindeutig festlegen und ist vielmehr Sache des politischen Prozesses. Dieser Prozess wiederum beeinflusst die individuellen Präferenzen und Wissensbestände der Bürgerinnen und Bürger. Erst wenn die Beratungen zu einem einvernehmlichen Ergebnis geführt haben, lässt sich erwarten, dass alle Beteiligten sich in der dann durchzuführenden Kosten-Nutzen-Analyse auch wiederfinden.

Die Inhalte des ökonomischen Kalküls kommen also allesamt weitgehend von außerhalb der Wirtschaftswissenschaften. Faktoren, die von der Politikwissenschaft, der Soziologie oder der Medienwissenschaft untersucht werden, tragen ebenso zur letztlich ausschlaggebenden Situationsbeschreibung bei, wie Erkenntnisse aus Natur- oder Rechtswissenschaft. Erst wo diese Aspekte unter den Betroffenen unstrittig sind, kann eine im eigentlichen Sinne ökonomische Analyse beginnen und mit seinen Resultaten auf die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger hoffen, da sie sich nur dort auf das beschränkt, was sie kann: auf die Minimierung der von allen auf die gleiche Weise wahrgenommenen Kosten. Dass auf die solcher Grundlage erarbeiteten Politikempfehlungen alles andere als in einem universalen Sinne gültig sind, dürfte deutlich geworden sein.

Umgekehrt werden ökonomische Experten immer dann als kompetente Fachleute wahrgenommen, wenn sie sich bei ihren Analysen auf unkontroverse Wissensbestände stützen. Das gilt auch für andere Expertengremien, für die Bundesbank etwa oder das Bundesverfassungsgericht. Auch die Rechnungshöfe sind ein Beispiel für die Strategie, sich im Zweifel auf allgemein geteilte Wissensbestände zurückzuziehen. Nur wenn Prüfer sich auf eine prinzipiell unumstrittene Sicht der Lage beziehen, können sie dem Vorwurf entgehen, dass sie sich mit ihren eigenen nicht demokratisch legitimierten Überzeugungen an die Stelle derer setzen wollen, die von der Bevölkerung eigens zur stellvertretenden Wahrnehmung ihrer Interessen gewählt wurden (Engelhardt/Hegmann 1993).

Wenn über eine bestimmte Expertenanalyse nicht gestritten wird, heißt das also nur, dass die Bürgerinnen und Bürger mit der dort präsentierten Situationsbeschreibung in positiver wie normativer Hinsicht weitgehend übereinstimmen. Wo eine solche unbestrittene Grundlage nicht zur Verfügung steht, müssen sich normative Ökonomen aufgrund ausserökonomischer Erwägungen für eine der konfligierenden Positionen entscheiden, um Empfehlungen abgeben zu können. Mit ihrer Analyse werden sie dann allerdings auch nur diejenigen erreichen, die mit der gewählten Situationsbeschreibung übereinstimmen. Die anderen werden zwar möglicherweise nicht die Berechnung selbst anzweifeln, wohl aber die ihr zugrunde gelegten Annahmen.

Wollen normative Ökonomen nicht derart Partei ergreifen, können sie nur ein inhaltsleeres Schema anbieten, einen Rahmen, der es den am politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess Beteiligten erlaubt, ihre Auseinandersetzung mit dem Ziel einvernehmlichen kollektiven Handelns zu strukturieren. Gunther Engelhardt hat die Begrifflichkeit speziell der Institutionenökonomik in diesem Sinne einmal mit einer Kommode verglichen, die nicht deshalb nutzlos sei, weil sich in ihren Schubladen noch nichts befinde. Die Kommode böte vielmehr die Möglichkeit, wichtige Dinge zu ordnen und jederzeit verfügbar zu haben. „Der u. E. einzig ernstzunehmenden Gefahr“, so fährt er fort, „dass die Kommode zum Prokrustesbett werden könnte, wird man durch hinreichende erkenntnistheoretische Sensibilität, die Bereitschaft zum offenen Dialog mit Vertretern alterna-

tiver Analyseansätze und vor allem auch im Zuge permanenter Weiterentwicklung der überkommenen institutionenökonomischen Konzepte angesichts unerwarteter und damit bislang inkompatibler Forschungsergebnisse zu wehren wissen“ (Engelhardt 1996: 7 f.; siehe auch ders. 1989).

So gesehen funktioniert die normative Ökonomik wie ein organisatorisches Hilfsmittel, das den Inhalten eine zweckmäßige Ordnung gibt, bevor die ökonomische Kalkulation im engeren Sinne sinnvoll angegangen und erfolgreich durchgeführt werden kann. Auf unser Beispiel bezogen heißt das: Solange unterschiedliche Einschätzungen über den Wert und damit verknüpft über die Einzigartigkeit des Biotops „Mühlenberger Loch“ bestehen bleiben, werden Wirtschaftswissenschaftler nie aus rein ökonomischen Erwägungen sagen können, ob die Zuschüttung der Gemeinwohl dient oder nicht. Was sie aus ökonomischer Sicht empfehlen können, hängt vielmehr ganz davon ab, welche Sachargumente und Wertentscheidungen sie sich zuvor zu eigen machen. Gegründet auf ihre spezifische Ausbildung mögen sie einen besonders scharfen Blick für bestimmte Aspekte des Problems haben. Wenn sie ihr diesbezügliches Spezialwissen in den demokratischen Meinungs- und Willensbildungsprozess einspeisen, wirken sie freilich nur als gleichberechtigte Gesprächsteilnehmer an der Konstruktion eines adäquaten Bild der Lage mit. In dieser Rolle sind sie ihren Mitmenschen mit lokalem Spezialwissen oder einer naturwissenschaftlichen, soziologischen oder juristischen Ausbildung nicht überlegen sondern gleichgestellt.

Literatur

- Anderson, B. (1988): Die Erfindung der Nation, Frankfurt a. M./New York.
- Binswanger, H. C. / Flotow, P. v. (1994): Geld und Wachstum: Zur Philosophie des Geldes, Stuttgart.
- Buchanan, J. M. (1960): Positive Economics, Welfare Economics, and Political Economy, in: Buchanan, J. M.: Fiscal Theory and Political Economy. Chapel Hill, 105-124.
- Buchanan, J. M. (1985): Political Economy and Social Philosophy, in: Koslowski, P. (Hg.): Economics and Philosophy, Tübingen, 19-32.
- Buchanan, J. M. / Tullock, G. (1965): The Calculus of Consent, Ann Arbor.
- Buchanan, J. M. (1987): Opportunity Costs, in: Eatwell, J. / Milgate M. / Newman, P. (Hgg.): The New Palgrave, Vol. 3, London, 718-721.

- Buchanan, J. M. (1991): *The Foundations of Normative Individualism*, in: ders.: *The Economics and the Ethics of Constitutional Order*, Ann Arbor, 221-229.
- Callon, M. (1998): *An Essay on Framing and Overflowing: Economic Externalities Revisited by Sociology*, in: ders.: *The Laws of the Markets*, London, 244-269.
- Cassel, S. (1998): *Direkte Demokratie, Bürgerpräferenzen und die Rolle von Politikberatung*, in: Renner, A. / Hinterberger, F. (Hgg.): *Zukunftsfähigkeit und Neoliberalismus*, Baden-Baden.
- Denzau, A. / North, D. C. (1994): *Shared Mental Models: Ideologies and Institutions*, in: *Kyklos* 47/1, 3-31.
- Eatwell, J. / Milgate, M. / Newman, P. (1989): *Allocation, Information and Markets* (Subject-Volume with reprints from *The New Palgrave*), New York.
- Engelhardt, G. (1989): *Imperialismus der Ökonomie*, in: Schäfer, H.-B. / Wehrt, K. (Hgg.): *Ökonomisierung der Sozialwissenschaften – Sechs Wortmeldungen*. Frankfurt a. M., 19-49.
- Engelhardt, G. (1996): *TRANSFORM. Forschungsschwerpunkte und Kooperationsinteressen im Arbeitsbereich ‚Finanzpolitik‘ des IFW*. Hamburg: *Diskussionschriften aus dem Institut für Finanzwissenschaft der Universität Hamburg*.
- Engelhardt, G. / Hegmann, H. (1993): *Finanzkontrolle durch die Rechnungshöfe: Eine institutionenökonomische Interpretationsskizze zur Einführung*, in: Engelhardt, G. / Schulze H. / Thieme, W. (Hgg.): *Stellung und Funktion der Rechnungshöfe im Wandel*, Baden-Baden.
- Frey, B. / Kirchgässner, G. (1993): *Diskursethik, Politische Ökonomie und Volksabstimmung*, in: *Analyse und Kritik* 15, 129-149.
- Friedman, M. (2001): *Ich hoffe, dass ich mich irre*, in: *Die Zeit*, Nr. 26 (21. 6.), 19.
- Haas, P. H. (1992): *Introduction: Epistemic Communities and International Policy Coordination*, in: *International Organization* 46/1, 1-35.
- Hampicke, U. (1985): *Die volkswirtschaftlichen Kosten des Naturschutzes in Berlin*, Technische Universität, *Landschaftsentwicklung und Umweltforschung* Nr. 35, Berlin.
- Hanusch, H. (1994): *Kosten-Nutzen-Analyse*, München.

- Harsanyi, J. C. (1989): Bargaining, in: Eatwell, J. / Milgate, M. / Newman, P. (1989): *Game Theory* (Subject-Volume with reprints from *The New Palgrave*), New York.
- Hayek, F. A. von (1960/1976): *The Constitution of Liberty*, London/Henley.
- Hayek, F. A. von (1952): *Wirtschaftstheorie und Wissen* in ders.: *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*, Erlenbach, Zürich, 49-78.
- Hegmann, H. (1997): Differing World Views and Collective Action – The Case of Research, in: *Constitutional Political Economy*, 8/3, 179-194.
- Hegmann, H. (1998a): Normativer Individualismus, konstitutioneller Fortschritt und die Rolle der Kultur, in: Panther, S. / Grözinger, G. (Hgg.): *Konstitutionelle Politische Ökonomie*, Marburg, 251-278.
- Hegmann, H. (1998b): Wissenssoziologische Aspekte der Verfassungsökonomik – Das Beispiel der Nachhaltigkeitsdebatte, in: Renner, A. / Hinterberger, F. (Hgg.): *Zukunftsfähigkeit und Neoliberalismus. Zur Vereinbarkeit von Umweltschutz und Wettbewerbswirtschaft*. Baden-Baden, 175-195.
- Hegmann, H. (2001a): Die Konsequenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die normative Demokratietheorie, in: Martinsen, R. / Saretzki, Th. / Simonis, G. (Hgg.): *PVS-Sonderheft Politik und Technik*, Opladen, 19-33.
- Hegmann, H. (2001b): Die Verfassung der kulturell fragmentierten Gesellschaft – Zur wissenssoziologischen Grundlegung eines verfassungsökonomisch formulierten Sozialvertrags. Marburg: Metropolis.
- Henderson, J. M. / Quandt, R. E. (1980): *Microeconomic Theory*, New York.
- Kirchgässner, G. / Pommerehne, W. W. (1988): Das ökonomische Modell individuellen Verhaltens: Implikationen für die Beurteilung staatlichen Handelns, in: *Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft* 3, 230-250.
- Kirsch, G. (1997): *Neue Politische Ökonomie* (4. Aufl.), Düsseldorf.
- Kirsch, G. (Hg.) (1977): *Föderalismus*, Stuttgart.
- Koppl, R. / Langlois, R. N. (1994): When do ideas matter? A study in the natural selection of social games, in: *Advances in Austrian Economics* 1, 81-104.
- Külp, B. (1975): *Wohlfahrtsökonomik I*, Tübingen.
- Mackscheidt, K. / Störmann, W. (1994): Anreizverträgliche Mechanismen zur Ermittlung der Nachfrage nach öffentlichen Gütern, in: *WISU* 2, 151-160.

- Marggraf, R. (2001): Gutachterliche Stellungnahme zur Ermittlung der regionalwirtschaftlichen Wirkungen des A3XX durch die PROGNOSE GmbH, in: Blankenese.de Magazin 2/2001 (<http://www.blankenese.de/cms/default.asp?idArtikel=1123&rubrik=Westendstory&Pfad=2/200102/Gutachter.htm>).
- Mueller, D. (1991): Public Choice II, Cambridge.
- Nullmeier F. (1994): Wissen und Policy Forschung. Wissenpolitologie und rhetorisch-dialektisches Handlungsmodell, in: Héritier, A. (Hg.): Policy-Analyse (PVS-Sonderheft 24), Opladen, 175-196.
- Prognos (2000): Gutachten über die regionalwirtschaftlichen Wirkungen des A3XX (A380) an die Freie und Hansestadt Hamburg, Wirtschaftsbehörde vom 27.12.2000.
- Prügel, M. / Westphal, U. (2000): Der Schutz des Mühlenberger Lochs ist gemeinnützig. Zahlen – Daten – Fakten rund ums Mühlenberger Loch, in: Nabu Hintergrund. Naturschutzbund Deutschland, Landesverband Hamburg e. V. (<http://www.nabu-hamburg.de>).
- Renner, A.: ‚Zukunftsfähiges Deutschland‘ und Ordoliberalismus der Freiburger Schule – zwei gegensätzliche Welten?, in: Renner, A. / Hinterberger, F. (Hgg.): Zukunftsfähigkeit und Neoliberalismus. Zur Vereinbarkeit von Umweltschutz und Wettbewerbswirtschaft. Baden-Baden: Nomos, 93-116.
- Rosen, H. S. / Windisch, R. / Oberdieck, E. (1992): Finanzwissenschaft I, München.
- Sass, R. (1998): DASA und Mühlenberger Loch, in: Blankenese.de Magazin (<http://www.blankenese.de/Blankenese/Buergerverein/Nachrichten/Loch3.htm>).
- Streissler, E. (1995): Friedrich August von Hayek als wirtschaftswissenschaftlicher Informationstheoretiker, in: Francke, H.-H. (Hg.): Ökonomischer Individualismus und freiheitliche Verfassung, Freiburg, 15-50.
- Tietzel, M. (1985): Wirtschaftstheorie und Wissen, Tübingen.
- Varian, H. R. (1984): Microeconomic Analysis, New York.
- Verein zum Schutz von Hamburgs Elbregion e. V. (o. J.): <http://www.obstbauschule.de/files/pdf/allgemein/hahnoef.pdf>.
- Westphal, U. (2001): Mühlenberger Loch in Not, in: Naturschutz heute, 1/01 vom 26. Januar 2001 (<http://www.nabu.de/nh/101/airbus101.htm>).
- Wilson, P. N. (2001): Gefährdetes Kulturdenkmal. Schnitger-Orgel von Airbus-Werk-Erweiterung bedroht, in: Neue Zürcher Zeitung vom 08.04.2001.

Der mögliche Beitrag der Sozioökonomie zur Entschärfung von Naturschutzkonflikten

Ingrid Wilkens, Göttingen

Die Realität des Naturschutzes ist durch das Paradox gekennzeichnet, dass trotz des in Umfragen ermittelten hohen Umweltbewusstseins der Bevölkerung die Ausweisung gerade von Großschutzgebieten¹ immer wieder massiv bekämpft wird. Hierfür gibt es zahlreiche prominente Beispiele wie die Verhinderung des Nationalparks Elbtalauen, den durch Bevölkerungsentscheid gescheiterten Nationalpark Kellerwald, die Konflikte um den Nationalpark Unteres Odertal oder die Gründung des Bundesverbandes der Nationalpark-Betroffenen.

Mit Hilfe der ökonomischen Theorie können Konflikte, die durch die Unterschutzstellung von Naturräumen entstehen, sicher nicht gelöst werden. Möglicherweise lassen sich aber verschiedene sozioökonomische Ansätze gewinnbringend heranziehen, um die Konflikte zu analysieren und abzubilden, indem die Interessen der darin verwickelten Personen ermittelt und bewertet werden. Dies schafft eine Grundlage für die Versachlichung der oft durch hohe Emotionalität gekennzeichneten Auseinandersetzungen im Umweltbereich. – In diesem Beitrag werden zunächst die Spezifika der Umweltprobleme aus ökonomischer Sicht beleuchtet. Darauf aufbauend wird mit Elementen der so genannten Kosten-Nutzen-Analyse, die generell der Bewertung öffentlicher Projekte dient, und anhand des Beispiels Nationalpark Unteres Odertal aufgezeigt, wie sich die Interessen der von Naturschutzmaßnahmen positiv oder negativ Betroffenen erfassen und bewerten lassen. Diese Methode weist jedoch Grenzen auf, die abschließend diskutiert werden sollen.

¹ Ein „Schutzgebiet“ ist ein „geographisch festgelegtes Gebiet, das im Hinblick auf die Verwirklichung bestimmter Erhaltungsziele ausgewiesen ist oder geregelt und verwaltet wird“ (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit). Dabei ist zwischen Schutzgebieten (Natur- und Landschaftsschutzgebiete) sowie Großschutzgebieten (Naturparke, Biosphärenreservate und Nationalparke) zu unterscheiden. Momentan ist im Naturschutz der Trend zu beobachten, eher großflächige Schutzgebiete einzurichten.

1 Die Entstehung von Naturschutzkonflikten aus ökonomischer Sicht

Die ökonomische Theorie geht von rational handelnden Individuen aus, die versuchen, unter Einsatz der ihnen zur Verfügung stehenden knappen Ressourcen ihre persönlichen Ziele zu erreichen, die sie aus der Kenntnis ihrer Bedürfnisse ableiten. Dabei vergleichen sie mehrere Alternativen des Ressourceneinsatzes in bezug auf deren Kosten und Nutzen und wählen diejenige aus, die ihnen den größten Nettonutzen verspricht. Eine staatliche Maßnahme – wie die Unterschutzstellung eines Gebietes – wird immer für einige Wirtschaftssubjekte Vorteile bringen, für andere aber mit Nachteilen verbunden sein; im ökonomischen Sprachgebrauch wird also das Nutzenniveau der einen in Folge der Maßnahme erhöht, während die anderen ein niedrigeres Nutzenniveau als vorher erreichen. Diese Konstellation birgt natürlich ein Konfliktpotential.

In dem Moment, in dem die Schlechtergestellten die neue (oder erwartete) Situation nicht akzeptieren, sondern gegen die staatliche Maßnahme angehen, die Bessergestellten aber ihr neues (oder erwartetes) Nutzenniveau verteidigen, kommt es zum offenen Konflikt, für den der Beitrag von Döring und Krauß in diesem Band anschauliche Beispiele liefert.

Worin liegt die eigentliche Ursache von Naturschutzkonflikten in ökonomischer Sicht begründet? Bei der Natur handelt es sich um ein Gut, das gravierende Unterschiede zu vielen anderen Gütern – z. B. Privatgärten, Autos o. ä. – aufweist. Beim Haus- oder Autokauf kann jeder Interessent entscheiden, ob er das Gut zu dem verlangten Preis erwerben möchte. Eine Person ist für etwas, von dem sie sich hohen Nutzen verspricht, mehr zu zahlen bereit als für etwas, von dem sie nur geringen Nutzen erwartet; der Preis spiegelt also ihre Wertschätzung des Gutes wider. Entscheidet sie sich für den Kauf, so erwartet sie, dass das Gut ihr einen Nutzen stiftet, der den entgangenen Nutzen aus alternativen Verwendungen des dafür verlangten Geldes überwiegt (Opportunitätskostenprinzip). Zahlt die Person den Preis nicht, kann sie das Gut nicht erwerben und darf es auch nicht nutzen (Ausschlussprinzip). Erwirbt sie das Gut, könnte ihre Nutzung durch die Nutzung einer anderen Person beeinträchtigt werden (Rivalität im Konsum). Der Käufer darf daher anderen die Nutzung seines Gutes verweigern, und sein Alleinnutzungsrecht wird durch Gesetze geschützt (vgl. die Gesetzgebung zu Diebstahl, Hausfriedensbruch etc.).

Anders als bei diesen als „privat“ bezeichneten Gütern war die Nutzung der Natur lange Zeit nicht rival. Vor allem kann jemand, der für die Nutzung des Gutes „Natur“ nicht zu zahlen bereit ist, nicht vom Konsum ausgeschlossen werden; das Ausschlussprinzip gilt also nicht. Güter, die solche Merkmale aufweisen, werden als „öffentliche Güter“ bezeichnet. Im Falle der Natur fördert der offene Zugang eine Übernutzung: Die Möglichkeit, die Natur kostenfrei als Res-

source für Produktionszwecke, als Aufnahmemedium für gewerblichen oder privaten Müll, zur Errichtung und Verbesserung der Infrastruktur oder aber auch für Freizeitgestaltung und Erholung zu nutzen, führt aus ökonomischer Sicht zu bekannten Problemen wie Umweltverschmutzung, Vernichtung idyllischer Landschaften, Zerstörung des Lebensraumes einer einstmals vielfältigen Flora und Fauna, Artensterben, Gesundheitsprobleme der Bevölkerung oder Klimaveränderung.

Da jeder rational Handelnde in der Regel nicht bereit sein wird, sein Verhalten zu ändern, sondern weiterhin als *free rider* oder „Schwarzfahrer“ die Natur nutzen möchte, ohne sich an den Kosten für ihre Wiederherstellung zu beteiligen, kann dieses „Allmendeproblem“ nur durch eine Regulierung der Naturnutzung umgangen werden. Diese erfolgt in aller Regel durch staatliche Eingriffe wie Naturschutzgesetze oder die Ausweisung von Naturschutzgebieten.

Während der Naturliebhaber diese Maßnahmen begrüßen mag, weil sie den Bestand der Natur seinen Nutzenvorstellungen entsprechend sichern helfen, lehnt derjenige, für den aus der Beschränkung seiner Nutzung überwiegend Kosten resultieren – beispielsweise indem er Produktionsabwässer nicht mehr ungeklärt in Flüsse leiten darf oder indem er ein Gebiet nicht mehr in gewohntem Maße für seine Freizeitgestaltung nutzen kann – sie tendenziell ab.

Art und Ausmaß des sich abzeichnenden, aus der Neuverteilung von Kosten und Nutzen resultierenden Konfliktes hängen von vielen Faktoren ab: von der Anzahl der Gegner und Befürworter der Naturschutzmaßnahme, der jeweiligen Empfindung der Stärke der Beeinträchtigung oder der Besserstellung, der Struktur des Konfliktes (Nullsummenspiel oder Nichtnullsummenspiel), der Beteiligung auch von Organisationen, der Kompromissbereitschaft der Akteure, den Möglichkeiten zur Kompensation der Geschädigten, der Identifikation der Akteure mit der Region, der Stellungnahme der Medien etc. Viele dieser Aspekte entziehen sich einer ökonomischen Analyse. Doch kann mit Hilfe des sozioökonomischen Instrumentariums versucht werden, die Höhe des durch die Naturschutzmaßnahme entstehenden Nutzens bzw. der Beeinträchtigung in verschiedenen Bevölkerungs- und Unternehmensgruppen zu erfassen und gegeneinander abzuwägen. Diese Vorgehensweise basiert auf der Methodik der Kosten-Nutzen-Analyse, die im nächsten Abschnitt vorgestellt werden soll.

2 Theoretische Grundzüge der Kosten-Nutzen-Analyse als Basis der Bewertung konfligierender Interessen bei öffentlichen Projekten

Eine öffentliche Maßnahme ist dann effizient – macht aus Sicht der ökonomischen Theorie also dann Sinn –, wenn die Gesamtheit der bei den Individuen in einer Gesellschaft anfallenden Nutzen die Gesamtheit der entstehenden Kosten

übersteigt. Um dies zu überprüfen, werden vor der Umsetzung öffentlicher Vorhaben – vor allem im Infrastrukturbereich – häufig so genannte Kosten-Nutzen-Analysen (auch Nutzen-Kosten-Analysen oder Cost-Benefit-Analysen) durchgeführt. Statt einer solchen Ex-ante-Analyse kann auch eine Ex-post-Analyse erstellt werden, die den Stellenwert eines Evaluationsinstrumentes für ein öffentliches Projekt hat.

Die Kosten-Nutzen-Analyse kann als praxisbezogene Weiterentwicklung der Wohlfahrtsökonomie gelten (vgl. Hofmann 1981: 19). Ihr liegt der Gedanke zugrunde, dass „staatliches“ Handeln der Erhöhung der gesellschaftlichen Wohlfahrt dienen soll, also mit öffentlichen Maßnahmen das Ziel verfolgt wird, diese zu steigern bzw. das Konsumniveau oder die Bedürfnisbefriedigung der Bürger zu erhöhen. Die Wohlfahrt der Gesellschaft wird durch eine Maßnahme heraufgesetzt, wenn durch sie mindestens ein Mitglied besser und kein anderes Mitglied schlechter gestellt wird („Pareto-Kriterium“; vgl. dazu Mühlenkamp 1994: 73 f.). Dass öffentliche Projekte normalerweise nicht nur Vor-, sondern auch Nachteile für die betroffenen Bürger, d. h. Zuwächse und Einbußen an Nutzen, verursachen, lässt sich mit dem Pareto-Kriterium nicht erfassen. Das „Kaldor-Hicks-Kriterium“ erweitert das Pareto-Kriterium um die Möglichkeit der Kompensation: Wenn die Nutznießer in der Lage sind, die Schlechtergestellten zu entschädigen („zu kompensieren“), und trotzdem noch besser dastehen als vor Durchführung der Maßnahme, ist diese positiv zu bewerten.² Also muss die durch ein öffentliches Projekt verursachte Veränderung der individuellen Bedürfnisbefriedigung aller Bürger gemessen werden. Entsprechend dem Gedanken der Konsumentensouveränität wird unterstellt, dass nur die betroffenen Individuen einschätzen können, ob die Wirkungen der Maßnahme für sie vorteilhaft sind oder nicht. Kosten und Nutzen der Effekte sind also auf der mikroökonomischen Ebene aus dem Präferenzsystem der einzelnen Gesellschaftsmitglieder zu ermitteln. Alle die Bürger tangierenden, d. h. ihr Nutzenniveau beeinflussenden Wirkungen müssen erfasst und bewertet werden. Materielle Aspekte der Bedürfnisbefriedigung sollten ebenso in das Entscheidungskalkül einbezogen werden wie immaterielle oder ideelle Gesichtspunkte (*psychic incomes*; vgl. Hofmann 1981: 20). Nach heute herrschender Meinung wird eine kardinale Nutzenmessung in Nutzeinheiten und die interpersonelle Nutzen-Vergleichbarkeit verworfen. Nutzen wird also nur als ordinal messbar angenommen (vgl. z. B. Külp/Knappe 1984: 103; zur Kosten-Nutzen-Analyse für Naturschutzprojekte s. a. Marggraf 1999: 194 ff.).

² Dabei ist nebensächlich, ob die Kompensation tatsächlich vorgenommen wird; wichtig ist allein die Tatsache, dass sie durchführbar ist (vgl. z. B. Mishan 1975: 12).

Die Beurteilung der Maßnahme wird abschließend auf der Basis der über die Gesellschaftsmitglieder aggregierten Kosten und Nutzen vorgenommen.³ Ein Projekt ist dann durch- bzw. weiterzuführen, wenn es einen positiven Nettonutzen erwarten lässt, d. h. wenn die der Gesellschaft entstehenden Nutzen die Kosten übersteigen. Stehen mehrere Maßnahmealternativen zur Auswahl, so ist die zu realisieren, die den höchsten Nettonutzen verspricht. Die Verteilung der Kosten und Nutzen auf die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen – also die distributiven Wirkungen der Maßnahme(n) – wird im Allgemeinen nicht berücksichtigt.⁴

Der letzte Arbeitsschritt ist entbehrlich, wenn nicht die Effizienz eines öffentlichen Projektes beurteilt werden muss. Sollen wie hier vorgeschlagen die Verteilungseffekte untersucht werden, sind Kosten und Nutzen der Betroffenen nicht zu verrechnen, sondern einander gegenüberzustellen.

Die Umsetzung der theoretisch einfachen Zusammenhänge in die praktische Anwendung ist nicht unproblematisch. Es stellt sich vor allem die Frage, wie Kosten und Nutzen identifiziert und gemessen werden sollen. Um Kosten und Nutzen einander gegenüberstellen oder gar verrechnen zu können, ist eine Bewertung in einer einheitlichen Dimension – in der Regel Geldeinheiten – notwendig. Bei marktfähigen oder privaten Gütern ist die Nutzenmessung vergleichsweise einfach, da die Wertschätzung der Konsumenten durch den Preis widerspiegelt wird. Anders ist dies im Falle öffentlicher Güter. Da das Ausschlussprinzip nicht gilt, also jeder das Gut nutzen kann, ohne zu bezahlen, ist der Nutzen nicht aus einem Marktpreis ableitbar. Um wenigstens Schätzwerte über den Nutzen, den die Bürger empfinden, zu erhalten, wurden in der ökonomischen Theorie verschiedene Verfahren entwickelt, die sich in indirekte und direkte unterscheiden lassen. Zu den indirekten Verfahren zählen im Wesentlichen die Aufwandmethode (z. B. die Ermittlung von Reisekosten) und die Marktpreismethode, die wichtigste direkte Methode ist die Befragung von Bürgern (vgl. dazu Pommerehne 1987; s. a. Musgrave/Musgrave/Kullmer 1975: 242 ff.). Die Umweltökonomie verwendet für dieses Verfahren den Begriff „Kontingente Bewertung“.

³ Dabei ist der zeitliche Aspekt zu berücksichtigen. Dass Kosten und Nutzen zu unterschiedlichen Zeitpunkten anfallen können, lässt sich durch eine Auf- oder Abzinsung mit einem geeigneten Diskontierungsfaktor erfassen (vgl. dazu z. B. Mishan 1975: 95 ff.)

⁴ Die Beurteilung bzw. der Ausgleich der Umverteilungswirkungen, die die Maßnahmen nach sich ziehen, wird der Politik überlassen. Eine Einbeziehung der Verteilungswirkungen in die Theorie wurde später durch Little vorgenommen, der das Kriterium der politischen Erwünschtheit der mit einer Maßnahme verbundenen Umverteilung einführte (vgl. Külp/Knappe 1984: 107 f.).

Mit Hilfe der *Aufwandmethode* kann der Nutzen für jedes Individuum über die Kosten, die es für die Nutzung des öffentlichen Gutes aufwenden muss (Einsatz von Ressourcen wie Zeit, Geld für An- und Rückfahrt etc.), ermittelt werden.

Mit der *Marktpreismethode* wird die Wertschätzung aus den Wertänderungen von Besitzrechten an Gütern in der Umgebung des öffentlichen Projektes ermittelt. Beispielsweise kann man erfassen, ob und in welchem Maße die Immobilienpreise in Abhängigkeit von der Nähe zum öffentlichen Gut steigen oder fallen.

Die *Kontingente Bewertung* basiert auf einer Befragung unter bestimmten, exakt vorgegebenen Bedingungen. Auf diese Weise wird versucht, die Nachfrage der (potentiellen) Konsumenten für den Fall, dass ein öffentliches Gut an einem (hypothetischen) Markt angeboten würde, zu erhalten und den Preis zu ermitteln, den der einzelne zu zahlen bereit ist („Zahlungsbereitschaft“).⁵ Die Methode kann auch zur Erhebung der empfundenen Kosten herangezogen werden, indem „Kompensationsforderungen“ erfragt werden. Ferner erlaubt die Befragung die Erfassung nutzungsunabhängiger Werte, die ein öffentliches Gut neben den beim Konsum anfallenden Nutzen haben kann und die unter Umständen beträchtlich sind.

3 Vorgehensweise bei der Erfassung konfligierender Interessen bei Naturschutzprojekten, dargestellt am Beispiel Nationalpark Unteres Odertal

Am Anfang einer auf Elementen der Kosten-Nutzen-Analyse basierenden Konfliktanalyse muss die Frage stehen, welche Streitigkeiten bereits aufgetreten oder zu erwarten sind und welche Wirtschaftssubjekte überwiegend Vor- bzw. Nachteile durch das betreffende Naturschutzprojekt empfinden oder empfinden können. Zweckmäßigerweise werden die Begünstigten oder Betroffenen zu Gruppen aggregiert.

Als Beispiel soll die Ausweisung des Nationalparks Unteres Odertal (1995) dienen.⁶ Dieser Nationalpark⁷ liegt nordöstlich von Berlin im Bundesland Bran-

⁵ Oben wurde bereits darauf hingewiesen, dass der Nutzen nur ordinal gemessen werden kann. Geldeinheiten sollten daher nicht mit kardinalen Nutzenwerten gleichgesetzt, sondern als kardinale Näherungsgrößen für den Nutzen interpretiert werden. Den Befragten wird eine bestimmte Summe Geldes jeweils unterschiedlichen Nutzen stiften.

⁶ Für dieses Großschutzgebiet wird zzt. am Institut für Agrarökonomie der Universität Göttingen eine Kosten-Nutzen-Analyse durchgeführt, die mit Mitteln der DFG gefördert wird.

⁷ „Nationalparke sind großräumige, naturnahe Landschaften, die vom Menschen nur wenig beeinflusst sind oder Landschaften, die dazu entwickelt werden sollen. Hier sollen

denburg, direkt an der polnischen Grenze.⁸ Im Nationalpark wird eine der letzten naturbelassenen Flussauenlandschaften Europas geschützt;⁹ zudem gilt er als Region mit hoher Biodiversität, also großer Artenvielfalt (vgl. Vössing 1999: 432, Mönnighoff 1997: 31 ff.). Im Nationalpark leben viele Tier- und Pflanzenarten, die in Deutschland auf der Roten Liste stehen.¹⁰ Zu dem aus anderen Großschutzgebieten bekannten Problem, dass viele Anwohner die Ausweisung ablehnen, tritt verschärfend hinzu, dass die Nationalparkregion mit erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Die Einwohnerzahl der Industriestadt Schwedt beispielsweise, die direkt am Nationalpark liegt, ist im Laufe der letzten 10 Jahre um etwa 20% gesunken; die Arbeitslosenrate liegt zur Zeit bei knapp 25 %. Die Industrie hat viele Arbeitskräfte freigesetzt, und auch in der Land- und Forstwirtschaft der Umgebung wurde im Zuge der Umstrukturierung nach der Wende ein großer Teil der Arbeitsplätze abgebaut. Um die Wirtschaft in der Region zu beleben sind verschiedene infrastrukturelle Maßnahmen geplant, die nicht immer mit dem Naturschutz im Einklang stehen.

Bezogen auf den Nationalpark können verschiedene Interessengruppen unterschieden werden: Bei der ortsansässigen Bevölkerung lassen sich verschiedene Interessen beobachten. Einerseits können viele Anwohner den Nationalpark in ihrer Freizeit als Naherholungsgebiet nutzen – was allerdings von der Schutzgebietsausweisung unabhängig ist –, andererseits werden durch die Gesetzgebung viele Personen in ihrer bisherigen Nutzung des Gebietes beschränkt. Im Unteren Odertal gilt dies vor allem für die vielen Angler, die ihrem Hobby nicht mehr wie früher nachgehen und ihre Angelplätze nicht mehr mit dem Auto anfahren können. Auch Reiten, Baden oder Sportbootfahren ist im Nationalpark untersagt. Die Akzeptanz des Nationalparks wurde daher in den ersten Jahren auch aus diesen Gründen als relativ gering eingeschätzt (vgl. z. B. Gille 1999: 43; Vössing 1999: 431 ff.). Hinzu kommt, dass in den Augen der Anwohner der Nationalpark nichts zur Lösung der gravierenden Probleme in der Region beiträgt, so dass der empfundene Nutzen vermutlich eher niedrig oder bei einigen Personen sogar negativ ist.

Ökosysteme mit ihren heimischen Tier- und Pflanzenarten geschützt und eine natürliche Entwicklungsdynamik zugelassen werden. In einem großen Teil des Nationalparks soll die Natur sich daher selbst überlassen bleiben. Erholung und Umweltbildung sind aber ausdrücklich erwünscht“ (Nationalpark Unteres Odertal).

⁸ Genau genommen handelt es sich um ein grenzüberschreitendes Schutzgebiet; auf der polnischen Seite ist ein Landschaftspark ausgewiesen.

⁹ Flussauen sind Landschaften, die regelmäßig überflutet werden.

¹⁰ Dies betrifft 19 % der Tiere in den bisher untersuchten Artengruppen und 15 % der Pflanzenarten. Zu den beobachteten Tierarten s. Vössing (1994: 227 ff.).

Wie die Erfahrungen mit anderen Nationalparks gezeigt haben, ist die Akzeptanz in unmittelbarer Nähe zum Schutzgebiet im Allgemeinen nicht sehr hoch, steigt aber mit zunehmender Distanz deutlich an. Nach einer Emnid-Studie halten 95 % der befragten Deutschen Nationalparke für wichtig, 64 % schätzen sie sogar als sehr wichtig ein. 70 % wünschen sich, dass noch mehr Flächen als Nationalparke ausgewiesen werden (vgl. MOZ vom 28.7.98).¹¹ Für das Untere Odertal wäre es daher plausibel, dass sowohl die Besucher als auch die Gesamtheit der Bundesbürger, die die Region nicht besuchen, die Ausweisung der Region als Schutzgebiet von nationaler Bedeutung tendenziell befürworten. Dabei spielt es nicht zwangsläufig eine Rolle, ob sie dem Nationalpark tatsächlich einen Besuch abstaten oder sich diese Möglichkeit offen halten wollen, sie also einen so genannten Erlebnis- oder Optionsnutzen empfinden; eventuell ist für viele Bürger nur die Kenntnis wichtig, dass bestimmte Tiere, Pflanzen und ein einmaliges Landschaftsbild existieren (Existenzwert) und/oder für die Nachwelt erhalten bleiben (Vermächtniswert).

Hinsichtlich der regionalen Wirtschaft ist zu vermuten, dass die von den Schutzmaßnahmen besonders Betroffenen die Betriebe im primären Sektor – und hier vor allem in der Landwirtschaft – sind. Im Nationalpark gibt es Bewirtschaftungseinschränkungen, die zu Ertrags- und Einkommensverlusten führen können. Eine völlige Aufgabe der Nutzung – wie für einige Flächen im Nationalpark angestrebt – könnte zum Verlust von Subventionseinnahmen führen (vgl. Vössing 1999: 436). Auch den Fischereibetrieben können massive Kosten entstehen, wenn sie durch die Nutzungsbeschränkungen in ihrer unternehmerischen Tätigkeit behindert werden. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass die Schaffung des Nationalparks keine Arbeitsplätze im primären Sektor gekostet habe (vgl. Vössing 1999: 433).

Spezifisch für das Untere Odertal ist die Interessengruppe „Wasserwirtschaft“. Die Gegend ist durch ein von der Eindeichung geschaffenes Poldersystem geprägt, das im Winter geflutet und im Frühjahr durch Abfließen und Abpumpen des Wassers trockengelegt wird. Dieses alte, vorrangig der Landwirtschaft dienende Wasserregime ist nicht nur sehr kostenintensiv, es wird auch aus naturschutzfachlicher Sicht als verheerend angesehen (vgl. Dohle/Weigmann/Schröder 1999: 8). Die Frage, ob die Wasserregulierung weitergeführt oder ob das Gebiet der natürlichen Überflutung überlassen werden soll, ist allerdings noch nicht abschließend geklärt, so dass durch die Nationalparkausweisung für diese Interessengruppe noch keine Kosten oder Nutzen identifizierbar sind.

¹¹ Dies sollte auch vor dem Hintergrund gesehen werden, dass im europäischen Vergleich in Deutschland ein besonders hoher Anteil einheimischer Arten gefährdet ist; vgl. OECD (1995): 136 ff.

Für die ansässigen Industriebetriebe (sekundärer Sektor) können sich aus der Nationalparkausweisung Vor- und Nachteile ergeben. Zum einen kann es dazu kommen, dass Naturschützer höhere als die gesetzlichen Umweltauflagen für die Industrie fordern (so für das Untere Odertal Vössing 1994: 234), woraus unter Umständen imageschädigende Konflikte entstehen. Möglich ist zum anderen, dass die Industriebetriebe Investitionen tätigen möchten oder infrastrukturelle Maßnahmen wünschen, die mit dem Naturschutz nicht oder nur bedingt in Einklang zu bringen sind und daher möglicherweise nicht durchgeführt werden können. Von Nutzen kann sein, dass ein Nationalpark als „weicher Standortfaktor“ eine gewisse Anziehungskraft auf Arbeitnehmer mit den benötigten Qualifikationen ausübt. Im Unteren Odertal scheinen sich die Konflikte zwischen Industrie und Vertretern des Nationalparks in Grenzen zu halten (vgl. Vössing 1999: 440 f.).

Viele Unternehmen des tertiären Sektors, also des Dienstleistungsbereichs, dürfen längerfristig von der Nationalparkeinrichtung profitieren. Im Unteren Odertal wird für die letzten Jahre im Tourismus ein positiver Trend, aber kein Boom, festgestellt; die dadurch in die Region fließenden Gelder wurden für 1997 auf 5,4 bis 3885818,29 Mio. Euro geschätzt. Doch ist der Tourismus noch lange kein Haupterwerbszweig. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass im Gastgewerbe bereits etliche Arbeitsplätze entstanden sind.¹²

Als weitere Interessengruppe kann der öffentliche Sektor bzw. die öffentliche Verwaltung angesehen werden. Dabei ist es sinnvoll, für den Naturschutz zuständige öffentliche Einrichtungen (im Falle des Unteren Odertals Nationalparkverwaltung, Landesanstalt für Großschutzgebiete, Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg), regionale Verwaltung und andere Behörden (z. B. die Untere Jagdbehörde, das Landesumweltamt oder das Bundesverkehrsministerium) zu trennen. Für die Mitarbeiter der Nationalparkverwaltung und übergeordnete Behörden, die die gesetzlichen Naturschutzvorgaben umzusetzen versuchen, kann angenommen werden, dass sie Nutzen aus der Existenz des Schutzgebietes ziehen, nicht zuletzt, weil es ihnen eine interessante Beschäftigungsmöglichkeit bietet. Die Entscheidungsträger in den regionalen Ämtern werden jedoch andere Zielprioritäten haben wie Sicherung des Wirtschaftsstandortes Schwedt, Senkung der Arbeitslosigkeit, Verhinderung der Abwanderung, Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe etc. Die Existenz des Nationalparks kann diese Akteure bei ihrer Arbeit

¹² Beispielsweise sind in der Gemeinde Mescherin im Norden des Nationalparks 30 Personen im Gastgewerbe und Tourismus beschäftigt – 10 % der Einwohner. Auch im öffentlichen Dienstleistungsbereich bzw. im Nonprofit-Sektor – Nationalparkverwaltung, Naturwacht und Verein der Freunde des Nationalparks – sind unbefristete Stellen (ca. 30) entstanden, hinzu kommen die im Laufe der Zeit geschaffenen, inzwischen allerdings fast alle ausgelaufenen zahlreichen ABM.

behindern und damit Kosten verursachen.¹³ Beispielsweise hat es in den letzten Jahren Unstimmigkeiten zwischen der Stadt Schwedt und der Nationalparkverwaltung bezüglich einer infrastrukturellen Maßnahme, dem Bau einer Straße durch einen besonders wertvollen Polder des Nationalparks zur polnischen Grenze (wo eine neuer Grenzübergang angestrebt wird) gegeben. Diese lassen sich auf die konfligierenden Ziele der Verwaltungsangestellten und die entsprechend unterschiedlichen Auffassungen zu Kosten und Nutzen dieses Projektes zurückführen. Bemerkenswert sind auch die Streitigkeiten zwischen den inzwischen zusammengelegten brandenburgischen Ministerien für Landwirtschaft und Umweltschutz um den Nationalpark in den frühen 90er Jahren (vgl. z. B. Vössing 1999: 436).¹⁴

Weitere Interessengruppen sind verschiedene Nonprofit-Organisationen, wobei im Unteren Odertal zwei Vereine besondere Bedeutung haben: der Verein der Freunde des Deutsch-Polnischen Europa-Nationalparks „Unteres Odertal“ e. V. und die Interessengemeinschaft zum Schutz des Unteren Odertals e. V. Ferner existiert eine Stiftung privaten Rechts sowie eine Internationalpark-GmbH (ausführlicher dazu Berg/Pötter/Vössing 2001: 89 f.). Die Naturwacht im Nationalpark wird von der Stiftung Naturschutzfonds Brandenburg finanziert.

Dem Verein der Freunde kommt bei der Nationalparkerrichtung neben der Nationalparkverwaltung eine besondere Rolle zu.¹⁵ Er wurde von der Bundes- sowie Landesregierung mit der Durchführung des Gewässerrandstreifenprojektes beauftragt, das die finanzielle Basis für die Nationalparkerrichtung bot. Seine Aufgaben sind entsprechend dem Zuwendungsbescheid v. a. Erwerb der Flächen im Gebiet für den Naturschutz, Erstellung und Abstimmung eines Pflege- und Entwicklungsplanes (PEPl) als Handlungskonzept¹⁶ sowie die Bewirtschaftung der Flächen entsprechend diesem Plan. Die strenge Naturschutzorientierung des Vereins bei seinem Vorgehen rief starken Widerstand in der Region hervor. In

¹³ Das Verhalten von Politikern und Verwaltungsangestellten kann mit Hilfe der Modelle von Downs (1968) und Niskanen (1979) erklärt werden.

¹⁴ Diese äußerten sich u. a. in der Fördermittelkonkurrenz: „Kaum hatte der Umweltminister [...] den Landwirten ein [...] Angebot für Ausgleichszahlungen für freiwillige, naturschutzrelevante Nutzungseinschränkungen für das Jahr 1993 unterbreitet“ (in Höhe von 178,95 Euro pro Jahr und Hektar), „da bot der Landwirtschaftsminister für die [...] (Fläche des, I. W.) Naßpolders Subventionen [...] an, die den Landwirten ohne schwerwiegende Nutzungseinschränkungen eine Subvention von 153,38 Euro pro Jahr und Hektar für fünf Jahre garantierte“ (Vössing 1994: 232).

¹⁵ Die Einbeziehung einer privaten Nonprofit-Organisation in derartige Projekte ist in Deutschland ungewöhnlich (vgl. Berg/Pötter/Vössing 2001).

¹⁶ PEP sollen auch die Einbeziehung der Bürger in die Planung ermöglichen; vgl. dazu Landesanstalt für Großschutzgebiete (1998).

dessen Verlauf gründete sich die 2.000 Mitglieder umfassende Interessengemeinschaft zum Schutz des Unteren Odertals, in der sich Persönlichkeiten aus der Stadtverwaltung, Angler und Landwirte – also aus verschiedenen der genannten Interessengruppen – organisierten. Der Konflikt zwischen vielen Akteuren und dem Verein hat sich in den letzten Jahren immer weiter zugespitzt und führte letztlich dazu, dass die öffentliche Hand die Zuschüsse im Rahmen des Gewässerrandstreifenprogramms stoppte. Diese Entwicklung kann hier nicht im Einzelnen nachgezeichnet werden, ist aber vor allem in der regionalen Presse nachlesbar.

Nach der Hypothesenbildung über die Interessen der verschiedenen Gruppen können diese in Experteninterviews und durch die Analyse von Sekundärquellen wie Statistiken, Zeitungsberichten etc. einer ersten Überprüfung unterzogen werden. Expertengespräche sind problemzentrierte Interviews, die zunächst der Exploration und später der Vertiefung der bisherigen Erkenntnisse sowie der Vorbereitung von stärker strukturierten Befragungen dienen. Die Interviews stützen sich auf Leitfäden, die der Funktion des jeweiligen Gesprächspartners angepasst sind. Diese Phase ist zwar langwierig, doch entsteht in ihrem Verlauf ein detailliertes Bild der Rahmenbedingungen des Naturschutzprojektes sowie der aus seiner Planung oder Umsetzung resultierenden Interessenkonstellation. Im Idealfall liefern die Interviews weitere Anhaltspunkte für aus dem Projekt entstehende Kosten und Nutzen sowie ihre Größenordnung. In dieser Phase des Analyseprozesses können sich also ganz neue Aspekte ergeben, die bei der Quantifizierung von Kosten und Nutzen zu berücksichtigen sind.

Die aus den Expertengesprächen gewonnenen Erkenntnisse werden in der nächsten Analysephase durch Befragungen der verschiedenen Interessengruppen ergänzt, die vor allem der Bewertung der aus dem Naturschutzprojekt resultierenden Vor- und Nachteile dienen.

4 Versuch der Quantifizierung der Vor- und Nachteile von Naturschutzprojekten, dargestellt am Beispiel der Befragung von Besuchern des Nationalparks Unteres Odertal

Die Quantifizierung der Vor- und Nachteile, also die Erfassung der Kosten und Nutzen aus einer Umweltschutzmaßnahme in Geldeinheiten, wird für jede Gruppe separat durchgeführt. Ein wesentliches Problem ist darin zu sehen, dass aus Kostengründen die jeweiligen Grundgesamtheiten nicht vollständig befragt werden können, sondern die Untersuchung auf Stichproben beschränkt bleiben muss. Das Postulat, Kosten und Nutzen aller von der öffentlichen Maßnahme Betroffenen zu erfassen, kann also nicht erfüllt werden; stattdessen sind sie näherungs-

weise über eine Hochrechnung zu bestimmen. Bei dem Odertalprojekt wurde mit der Befragung der Bürger – und zwar der Untergruppe der Besucher – begonnen. Die Vorgehensweise soll hier exemplarisch vorgestellt werden. Als Verfahren wurden die Kontingente Bewertung sowie die Reisekostenmethode herangezogen. Beide Verfahren setzen standardisierte Befragungen voraus. Bei dem üblicherweise gewählten Signifikanzniveau von 95 % und einem Stichprobenfehler von 5 Prozentpunkten sollte bei einer geschätzten Besucherzahl von 100.000 pro Jahr¹⁷ die Stichprobengröße etwa $n = 400$ betragen.

Der Fragebogen für die Besucherbefragung enthielt neben einem Einleitungsmodul, das das Interesse der Befragten wecken sollte, und Fragen zur allgemeinen Wertschätzung des Gebietes vor allem die Fragen, die die Monetarisierung des persönlich empfundenen Nutzens ermöglichen. Weiterhin wurde nach den Bestimmungsgründen für die Höhe der geäußerten Zahlungsbereitschaft gefragt. Zusätzlich enthielt der Fragebogen Module zur Erfassung der persönlichen Merkmale sowie des Umweltbewusstseins, um die interne Konsistenz sowie die externe Validität überprüfen zu können (vgl. Hampicke 1991: 511 f., 531 f.; Pommerehne 1987: 249 ff.). Für die Ermittlung der Reisekosten waren außerdem noch das für die Anreise gewählte Verkehrsmittel, gefahrene Kilometer, Fahrtkosten für die Bahn, Übernachtungskosten und Fahrtzeit zu erheben.

Die Fragen nach Zahlungsbereitschaft bzw. Kompensationsforderung sind für die Konfliktanalyse zentral. Sie können offen oder geschlossen formuliert werden; im ersten Fall muss der Befragte selbst einen Wert nennen, im zweiten Fall muss er die Wahl zwischen zwei oder mehreren vorgegebenen Werten treffen. Geschlossene Fragen haben den Nachteil, dass die Antwort möglicherweise durch die genannten Alternativen beeinflusst wird. Andererseits haben vergleichende Studien ergeben, dass die Zahlungsbereitschaft bei offenen Fragen geringer ausfällt (vgl. Endres/Müller-Holm 1998: 110). Sowohl die Befragung von Nationalparkbesuchern nach einem hypothetischen Eintrittspreis als auch eigene frühere Erfahrungen (vgl. Wilkens 2001) haben gezeigt, dass bei einer offenen Frage überwiegend als plausibel einschätzbare Zahlungsbereitschaften geäußert werden. Die geringe Schwankungsbreite der Werte lässt jedoch den Verdacht aufkommen, dass die Befragten sich möglicherweise an für vergleichbare Attraktionen üblicherweise verlangten Preisen orientieren, so dass die geäußerte Zahlungsbereitschaft die Präferenzen nur bedingt wiedergibt bzw. der Nutzen tendenziell unterschätzt wird.

In der Literatur werden Erfordernisse formuliert, die bei Befragung nach dem Ansatz der Kontingenten Bewertung zu berücksichtigen sind (vgl. Roemer 1991, Arrow et al. 1993). So sind bei der Frage nach der Zahlungsbereitschaft das

¹⁷ 1999 kamen nach Auskunft der Umwelt- und Landwirtschaftsministers etwa 100.000 auswärtige Besucher in den Nationalpark (vgl. Die Welt vom 18.01.2001).

öffentliche Gut und die hypothetische Marktsituation genau zu definieren bzw. ist detailliert anzugeben, für welchen Zweck die Zahlung geleistet werden soll. Ferner soll das Zahlungsinstrument bzw. der Zahlungsmodus genannt werden (Spende, Erhöhung einer Steuer, Einführung einer so genannten Naturtaxe etc.), denn „Preise, die vor allem die Verursacher treffen, Steuern, die alle unabhängig von ihrer Verursachung treffen, und Spenden, die nur von denen gezahlt werden, die guten Willens sind“, werden den Befragten zu unterschiedlich hohen Zahlungsbereitschaften motivieren (Endres/Müller-Holm 1998: 107). Untersuchungen haben gezeigt, dass auch der Zahlungsempfänger einen Einfluss auf die geäußerte Zahlungsbereitschaft ausübt. So wird eine Zahlung an private Nonprofit-Organisationen (Stiftungen) einer Zahlung an eine Bundesbehörde vorgezogen (vgl. Hampicke et al. 1991: 518, 537).

Oft werden bei Befragungen im Rahmen der Kontingenten Bewertung Frageformulierungen wie die folgende verwendet (Endres/Müller-Holm 1998: 71 f.):

„Sie sind Besucher eines bestimmten Badesees. Es ist geplant, in der Nähe eine Fabrik zu errichten, die wie auf dem Foto (wird gezeigt) dargestellt, vom See aus zu sehen sein wird. Eine Bürgerinitiative möchte mit Hilfe von Eintrittsgeldern die Pacht für alle Grundstücke um den See finanzieren und so die Ansiedlung der Fabrik ausschließen. Die BI möchte wissen, ob Sie den See weiterhin besuchen würden, wenn ein Eintrittsgeld von 1,02 Euro verlangt würde. Alle Besucher werden denselben Preis zahlen. Das zu erwartende Aufkommen wird errechnet, indem der Eintrittspreis mit der Zahl der Befragten, die bereit sind diesen Preis zu entrichten, multipliziert wird. Der Eintritt wird nur erhoben, wenn das zu erwartende Aufkommen ausreicht, um die veranschlagten Kosten aufzubringen. Bei eventuellen Überschüssen würden die Preise gesenkt und die überschüssigen Mittel ökologisch sinnvoll verwendet. (Wie wäre es, wenn 1,53 Euro verlangt würden? Hinweis für den Interviewer: So lange um 0,51 Euro erhöhen, bis die Frage verneint wird, dann solange um 12 Cent senken, bis wieder Zustimmung erfolgt.)“

Solche Fragen stehen allerdings in teilweise diametralem Gegensatz zu den Regeln der Frageformulierung, die in der Empirischen Sozialforschung aufgestellt werden (vgl. z. B. Diekmann 1997: 410 ff.). Es darf auch nicht vernachlässigt werden, dass Befragte unter Umständen weder lesegeübt noch in der Lage sind, sich das geschilderte Szenario hinreichend vorzustellen. Doch ist bei der Beurteilung der Vor- und Nachteile von Naturschutzgebieten die Wertschätzung der Angehörigen aller Bevölkerungsschichten und nicht nur der mit höherem Bildungsniveau wichtig. Frageformulierungen wie die genannten lassen befürchten, dass die Verweigerungsquote oder die Beliebigkeit der Antwort bei dieser zentralen Frage besonders hoch sein wird, was angesichts der Tatsache, dass Personen mit niedrigerem Schulabschluss sowieso häufiger die Teilnahme an Befra-

gungen ablehnen oder Fragebögen nicht vollständig ausfüllen, die Verzerrung zugunsten der besser Ausgebildeten noch erhöht.

Bei der Befragung der Nationalparkbesucher wurde daher mit einer kurzen Frage zu ermitteln versucht, welchen „Eintrittspreis“ die Befragten pro Person und Tag zu zahlen bereit wären. Er sollte laut Fragestellung erhoben werden, um die Kosten der Pflegemaßnahmen zu decken. Dieses Zahlungsinstrument wurde gewählt, weil ihm eine hohe Akzeptanz zugeschrieben wird, denn jeder Bürger wird in Abhängigkeit von der Intensität seiner Nutzung zur Kasse gebeten. Außerdem ist diese hypothetische Marktsituation nicht ganz unrealistisch, da nach Auskunft der Nationalparkverwaltung tatsächlich schon die Erhebung eines „Eintrittspreises“ diskutiert, dann aber verworfen wurde.

Der Pretest der Befragung von Besuchern im Nationalpark zeigte, dass die geäußerte Zahlungsbereitschaft nicht zwangsläufig die maximale ist, weswegen in der Hauptuntersuchung explizit in einer zweiten Frage nach der maximalen Zahlungsbereitschaft gefragt wurde. Außerdem wies der Fragetext darauf hin, dass die Preise für alternative Attraktionen in die Abwägung der Zahlungsbereitschaft mit einfließen sollten. In einer dritten Frage wurde nachgefasst, ob auch das Doppelte des als „maximal“ angegebenen Betrages noch gezahlt würde.

Augenblicklich liegen vorläufige, doch bereits aussagefähige Ergebnisse der Untersuchung vor. Die bis zur Fertigstellung des Manuskriptes 338 Befragten haben Zahlungsbereitschaften zwischen 0,51 Euro und 12,78 Euro geäußert. In der Frage nach der „maximalen“ Zahlungsbereitschaft wurden Beträge zwischen 1,02 Euro und 15,33 Euro genannt. „Ausreißer“ (25,56 Euro) bildeten die Ausnahme. 100 Personen (knapp 30 %) verweigerten die Zahlung, wobei 65 % angaben, der Nationalpark solle aus Steuermitteln erhalten werden. 16 % äußerten Skepsis, ob die Gelder tatsächlich dem Erhalt des Nationalparks zugute kämen, 5 % meinten, sich eine solche zusätzliche Ausgabe nicht leisten zu können. Es ergibt sich eine durchschnittliche „maximale“ Zahlungsbereitschaft von knapp 4,8 Euro pro Person und Tag (Zahlungsverweigerer sind nicht berücksichtigt). Interessanterweise waren aufgrund der Nachfrage dann noch einmal etwa 13 % der Zahlungswilligen bereit, auch das Doppelte des von ihnen genannten Eintrittspreises zu entrichten, so dass die durchschnittliche Zahlungsbereitschaft letztlich bei 5,41 Euro pro Person und Tag liegt.

Nun ist noch zu berücksichtigen, dass den Besuchern Kosten für An- und Abreise entstehen. Diese werden anhand der Reisekostenmethode ermittelt, doch sind die entsprechenden Daten noch nicht ausgewertet. Zahlungsbereitschaft und Reisekosten ergeben den Mindest-Erlebniszutzen des einzelnen wieder, d. h. der Besuch stiftet ihm mindestens einen Nutzen in Höhe dieses Betrages. Der „wahre“ Nutzen kann aber erheblich höher liegen.

Die Befragung der Besucher wird im Spätsommer 2001 abgeschlossen sein. Dann sollen die durchschnittliche Zahlungsbereitschaft und die Reisekosten auf

die Gesamtheit der auswärtigen Besucher dieses Jahres hochgerechnet werden. Der Betrag gibt dann die aggregierte Mindest-Wertschätzung von Auswärtigen für den Besuch wieder. Anschließend soll eine Erhebung der Wertschätzung von Ortsansässigen (Bewohner der Stadt Schwedt und der Dörfer in der Nationalparkregion) durchgeführt werden. Es ist geplant, sie zu ihrem Nutzungsverhalten und zu ihrer Zahlungsbereitschaft für die Nutzung und den Erhalt des Nationalparks zu befragen. Um Vergleichbarkeit zur Besucherbefragung herzustellen, soll dasselbe Zahlungsinstrument verwendet werden. Da davon auszugehen ist, dass die Anwohner aufgrund der Nutzungsbeschränkungen auch Kosten aus der Existenz des Nationalparks empfinden, müssen ebenfalls etwaige Kompensationsforderungen ermittelt werden. Die Frage wird in etwa lauten, welcher Betrag dem Befragten mindestens gezahlt werden müsste, damit er für die Nutzungsbeschränkungen entschädigt würde. Zahlungsbereitschaft und Kompensationsforderungen werden miteinander verrechnet.

Auf die repräsentative Befragung von Bundesbürgern muss aus Kostengründen verzichtet werden. Es lässt sich jedoch auf die Ergebnisse der bereits erwähnten Emnid-Studie aus dem Jahre 1998 zurückgreifen, in der festgestellt wurde, dass 81 % der Bundesbürger die Einführung einer Art „Naturtaxe“ begrüßen würden und von diesen 43 % bereit wären, mindestens 0,51 Euro pro Person und Tag für ihren Besuch zu entrichten (vgl. MOZ vom 28.07.98).

Parallel wurde bei der Untersuchung im Unteren Odertal damit begonnen, Kosten und Nutzen der in der Region angesiedelten Betriebe zu erfassen. Sie lassen sich bei Ex-post-Analysen in Expertengesprächen unter Rückgriff auf die Unternehmensrechnungen ermitteln. Zu fragen ist hier nach Gewinneinbußen oder -zuwächsen infolge der Naturschutzmaßnahme. Im Falle des Nationalparks Unteres Odertal ist dieses jedoch schwierig, da der Aufbau mit dem Prozess der wirtschaftlichen Umstrukturierung zeitlich weitgehend parallel lief, so dass nicht hinreichend identifiziert werden kann, welche Gewinnänderungen auf die Existenz des Nationalparks zurückzuführen sind. Auch die oben vorgestellte Marktpreismethode lässt sich heranziehen, indem die Wertänderung von Grundstücken aufgrund der Nationalparkausweisung erhoben wird. Zunächst wurde jedoch in den bereits geführten Gesprächen mit Unternehmensvertretern nur herauszufinden versucht, ob Kosten oder Nutzen für den jeweiligen Betrieb überwiegen.

Für das Gastgewerbe wird als erster Schritt zur Zeit zu erheben versucht, wie viele Übernachtungen auf Personen entfallen, die den Nationalpark besuchen wollen.

Wenn die Konfliktdanalyse abgeschlossen ist, müssen die Ergebnisse für die einzelnen Betroffenengruppen einander gegenübergestellt werden. (Für die Kosten-Nutzen-Analyse sind die Ergebnisse noch miteinander zu verrechnen, wobei zu berücksichtigen ist, dass für die Interessengruppen unterschiedliche methodische Ansätze verwendet wurden.) Anhand der erhobenen Daten kann gezeigt werden,

welche Gruppen sich durch das Projekt besonders begünstigt oder benachteiligt fühlen. In Verhandlungen kann dann versucht werden, Ausgleichsmaßnahmen für die in besonderem Maße Betroffenen zu finden und ihren Umfang festzulegen; im Idealfall würden Transferzahlungen von den Begünstigten an die Geschädigten vereinbart.

5 Grenzen des Ansatzes bei der Analyse und Entschärfung von Naturschutzkonflikten

Mit dem vorgestellten Ansatz ist es möglich, die sozialen Aspekte einer Naturschutzmaßnahme oder anderer öffentlicher Projekte zu erfassen. Dazu werden Elemente der ökonomischen Kosten-Nutzen-Analyse mit qualitativen und vor allem quantitativen Methoden der empirischen Sozialforschung kombiniert. Der Ansatz ist entsprechend dem Untersuchungsanliegen der Ökonomie, aber auch der Sozialwissenschaften anthropozentrisch, d. h. an den Interessen der Menschen orientiert; dass Natur einen intrinsischen Wert haben kann, wird hier nicht berücksichtigt (vgl. dazu Marggraf/Streb 1997: 231 ff.).

Theoretisches Fundament der Kosten-Nutzen-Analyse ist die Wohlfahrtstheorie, der zum Teil sehr restriktive Annahmen zugrundeliegen. (Viele gängige Argumente gegen die ökonomische Herangehensweise entkräftet Marggraf 1999: 199 ff.) So geht sie von der Verhaltensannahme des in anderen wissenschaftlichen Disziplinen stark kritisierten „Homo oeconomicus“ aus. Der hier vorgestellte Ansatz lässt sich aber ebenfalls mit einem neueren, dem auch zum Teil in den Sozialwissenschaften diskutierten REMM (*resourceful, evaluating, maximizing man*) verbinden, der eingeschränkter Rationalität unterliegt und eine gegenüber dem Homo oeconomicus erweiterte Nutzenfunktion hat (vgl. dazu Engelhardt 1989). Das theoretische Fundament des Ansatzes wird dann „realitätsnäher“.

Die Unterteilung aller Bürger in Interessengruppen ist für eine Konfliktanalyse unerlässlich, da sie Komplexitätsreduzierend wirkt. Sie kann aber bei den Befragungen zu Doppelerfassungen führen. So ist der Angler, aber auch der Landwirt oder Hotelier gleichzeitig Anwohner des Schutzgebietes. Mit der Wahl ausreichend großer Stichproben dürfte dieses Problem jedoch zu umgehen sein.

Sämtliche Schwierigkeiten, die mit der Bewertung öffentlicher Güter bekanntlich verbunden sind, finden sich auch in diesem Ansatz wieder. Wesentliche Aspekte sind die Gefahr der Manipulation, die bei der Formulierung von Fragen gegeben ist, sowie die Möglichkeit strategischen Verhaltens bei den Befragten. Sie haben Anlass zu der Befürchtung, dass sie eines Tages tatsächlich im Ausmaß ihres Nutzens zur Finanzierung des Schutzgebietes herangezogen werden und geben daher möglicherweise eine geringe Zahlungsbereitschaft an. Im umgekehrten Fall könnten sie die empfundenen Nachteile übertreiben, um eine möglichst hohe

Entschädigung zu erhalten. Dieses Strategieproblem dürfte sich aber mit zunehmender Größe der Stichprobe tendenziell verkleinern, wenn die Stichprobengröße den Befragten bekannt ist und sie den Einfluss ihrer Antwort auf das Ergebnis abschätzen können. Die Zahlungsbereitschaft kann auch aus anderen Gründen verzerrt sein (s. dazu Roemer 1991: 418 ff.). Das Problem, dass in den standardisierten Befragungen manche Probanden das Szenario als zu realitätsfern empfinden und keine ernst gemeinte Antwort abgeben, lässt sich dagegen durch eine sorgfältige Frageformulierung lösen. Auch die Tatsache, dass die Zahlungsfähigkeit die Zahlungsbereitschaft determiniert, erscheint nicht bedenklich, da es sich bei den Eintrittspreisen um kleine Beträge handelt, so dass die Zahlungsbereitschaft bei Tagesbesuchen, aber auch bei längeren Aufenthalten im Nationalpark durch das Einkommen nicht wesentlich beeinflusst werden dürfte. Die Reisekostenmethode liefert bei Befragten, die zum ersten Mal in der Region sind, Hinweise auf den erwarteten (nicht den tatsächlichen) Erlebnissenutzen und ist damit abhängig von der Werbung, der Berichterstattung über das Gebiet in den Medien etc.

Generell ist davon auszugehen, dass Nutzen und Kosten weder durch direkte noch indirekte Verfahren präzise ermittelt werden können. Die erhobenen Werte sollten daher nur als „Tendenz“ interpretiert werden.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass die Befragungen „Momentaufnahmen“ sind, d. h. sie erfassen die augenblicklichen Präferenzen, und diese dürften Schwankungen unterworfen sein. Da die Handlungsträger in Verwaltung und Naturschutz ständig verschiedene Aktivitäten ausüben, die die öffentliche Meinung stark beeinflussen können, sollten die Erhebungen zeitlich dicht aufeinander folgen.

Entsprechend dem anthropozentrischen Ansatz werden nur soziale Konflikte erfasst und Beeinträchtigungen der Natur durch Akteure (Touristen, Industriebetriebe etc.) nicht berücksichtigt. Solche Effekte zu erfassen kann auch nicht Aufgabe der Sozioökonomie sein, sondern muss an die Naturschutzbehörden verwiesen werden.

Mit dem hier verfolgten Ansatz soll – anders als mit einer vollständigen Kosten-Nutzen-Analyse – die ökonomische Sinnhaftigkeit eines öffentlichen Projektes nicht hinterfragt werden. Es geht also im Beispielfall nicht darum, für oder gegen den Nationalpark Position zu beziehen. Stattdessen soll die Aufmerksamkeit darauf gelenkt werden, dass die Lautstärke des geäußerten Beifalls bzw. Protestes keinen Aufschluss über die in den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen empfundenen Nutzen oder Kosten liefert. Dabei „wird nicht zwischen gerechtfertigten und ungerechtfertigten Interessen unterschieden“ (vgl. Marggraf 1999: 212) – wer sollte auch darüber entscheiden, welche Anliegen gerechtfertigt sind und welche nicht? Naturschutz kann aus sozioökonomischer Sicht nicht losgelöst von menschlichen Interessen betrachtet werden. Von neutralen Instanzen vorgenommene Schätzungen über das tatsächliche Ausmaß von

Nutzen oder Beeinträchtigungen ermöglichen eine Versachlichung der Diskussionen im Naturschutz und sind die Voraussetzung für eine wirksame Kompensation der Geschädigten, auch wenn die integrierten ökonomischen und sozialwissenschaftlichen Verfahren sicherlich diverse Kritikpunkte aufweisen. In diesen Disziplinen liegen augenblicklich allenfalls sehr wenige Ansätze vor, die sich für die Analyse der aus der Bereitstellung öffentlicher Güter resultierenden Probleme besser bewährt hätten.

Literatur

- Arrow, K. J. et al. (1993): Report of the NOAA Panel on Contingent Valuation. 58 Fed. Reg. 4601 Jan. 15, Washington D.C.
- Berg, T. / Pötter, K. / Vössing, A. (2001): Die drei Säulen des privatrechtlichen Naturschutzes im Nationalpark Unteres Odertal, in: Natur und Landschaft, 76. Jg., H. 2, 88-90.
- Diekmann, A. (1997): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Reinbek (bei Hamburg).
- Dohle, W. (1999): Die Auen des Unteren Odertals, in: Dohle, W. / Bornkamm, R. / Weigmann, G. (Hgg.), 13-22.
- Dohle, W. / Bornkamm, R. / Weigmann, G. (Hgg.) (1999): Das Untere Odertal. Auswirkungen der periodischen Überschwemmungen auf Biozönosen und Arten, Stuttgart.
- Dohle, W. / Weigmann, G. / Schröder, T. (1999): Das Untere Odertal – Charakterisierung des Untersuchungsgebietes, in: Dohle, W. / Bornkamm, R. / Weigmann, G. (Hgg.), 1-12.
- Downs, A. (1968): Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen.
- Endres, A. (1982): Ökonomische Grundprobleme der Messung sozialer Kosten, in: List-Forum 11, Heft 4, 129-144.
- Endres, A. / Holm-Müller, K. (1998): Die Bewertung von Umweltschäden. Theorie und Praxis sozioökonomischer Verfahren, Stuttgart u. a.
- Engelhardt, G. (1989): Imperialismus der Ökonomie?, in: Schäfer, H.-B. / Wehrt, K. (Hgg.): Die Ökonomisierung der Sozialwissenschaften – 6 Wortmeldungen, Frankfurt a. M., 19-49.

- Gille, H. (1999): Geschichte und Stand des Naturschutzes im Unteren Odertal, in: Dohle, W. / Bornkamm, R. / Weigmann, G. (Hgg.), 39-44.
- Hampicke, U. et al. (1991): Kosten und Wertschätzung des Arten- und Biotop-schutzes, Berichte Umweltbundesamt 3, Berlin.
- Hofmann, J. (1981): Erweiterte Nutzen-Kosten-Analyse. Zur Bewertung und Auswahl öffentlicher Projekte, Göttingen.
- Külp, B. / Knappe, E. (1984): Wohlfahrtsökonomik I – Die Wohlfahrtskriterien, Düsseldorf u. a.
- Landesanstalt für Großschutzgebiete (1998): Die Pflege- und Entwicklungsplanung in den Biosphärenreservaten, Natur- und Nationalparks des Landes Brandenburg, Eberswalde.
- Männighoff, W. (1997). Deutsche Nationalparks: Unteres Odertal. Kennenlernen und Erleben. Edition Commerzbank, Berlin.
- Marggraf, R. (1999): Monetäre Bewertung der Natur aus Sicht der neoklassischen Ökonomie, in: Jahrbuch Ökologische Ökonomik 1: Zwei Sichtweisen auf das Umweltproblem. Neoklassische Umweltökonomik versus Ökologische Ökonomik, Marburg, 189-218.
- Marggraf, R. / Streb, S. (1997): Ökonomische Bewertung der natürlichen Umwelt. Theorie, politische Bedeutung, ethische Diskussion, Heidelberg u. a.
- MOZ (Märkische Oder-Zeitung, 1998): Bundesweit geliebt – vor Ort bekriegt? Förderverein des Nationalparks zur Situation an der Oder, 28.07.
- Mühlenkamp, H. (1994): Kosten-Nutzen-Analyse, München.
- Musgrave, R. A. / Musgrave, P. B./ Kullmer, L. (1990): Die öffentlichen Finanzen in Theorie und Praxis, Bd. 1, Tübingen.
- Niskanen, W. A. (1979): Ein ökonomisches Modell der Bürokratie, in: Pommerehne, W. W. / Frey, B. S. (Hgg.): Ökonomische Theorie der Politik, Berlin, 349-368.
- OECD (1995): Environmental Data. Kompendium. Paris.
- Pommerehne, W. W. (1987): Präferenzen für öffentliche Güter. Ansätze zu ihrer Erfassung, Tübingen.
- Roemer, A. U. (1991): Der kontingente Bewertungsansatz, in: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht 14, 411-456.

Vössing, A. (1994): Nationalpark Unteres Odertal, in: Der Falke, Monatsschrift für Ornithologie und Umweltschutz, 41. Jg., H. 7, 220-251.

ders. (1999): Konflikt und Konsens im Nationalpark Unteres Odertal, in: Dohle, W. / Bornkamm, R. / Weigmann, G. (Hgg.), 431-442.

Die Welt (2001): Ausweisung von Naturschutzgebieten ist nach 10 Jahren fast abgeschlossen, 18.01.

Wilkens, I. (2001): Kosten und Nutzen der öffentlichen Selbsthilfeförderung. Eine Fallstudie am Beispiel der Selbsthilfeförderung der Stadt Göttingen. Abschlussbericht über das DFG-Forschungsprojekt. Unveröffentlichtes Manuskript.

Zwischen Globalismus und Populismus: Die Debatte um die Anmeldung des Wattenmeers als UNESCO-Welterbe

Werner Krauß und E. Martin Döring, Hamburg

1 Einleitung

Globalisierung ist ein ebenso allgegenwärtiger wie abstrakter Prozess, der nur selten konkret greifbar ist. Dies gilt auch für die Region Nordfriesland, deren Geschicke längst mit der Lage auf dem Weltmarkt oder mit der Agrar- und Umweltpolitik der Europäischen Union verbunden sind. Exemplarisch steht hierfür der Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer: Hier sind es die zentralen Kategorien und Begriffe eines globalen ökologischen Diskurses, mit denen die regionale Besonderheit Wattenmeer sprachlich erfasst, der Nationalpark begründet und legitimiert wird.¹ Diese der Institution Nationalpark innewohnenden transnationalen Aspekte treten an einem derzeit in der gesamten Wattenmeerregion diskutierten Anliegen deutlich hervor: Auf Initiative der trilateralen Wattenmeerkooperation zwischen den Niederlanden, Dänemark und Deutschland soll das Wattenmeer bei der UNESCO als ein Welterbe angemeldet und damit in eine Reihe mit dem Tadsch Mahal, dem Great Barrier Reef und dem Grand Canyon gestellt werden. Voraussetzung hierfür ist die Zustimmung der Bevölkerung in den Küstenregionen, so auch in Nordfriesland.²

In unserem Artikel werden wir diesen „ökologischen“ Globalisierungsprozess am Beispiel der Diskussion in Nordfriesland näher beleuchten und zugleich kritisch hinterfragen. Wir zeigen, wie eine solche globale Frage zur Diskussion gestellt wird, welche Praktiken und politischen sowie rhetorischen Strategien zum Einsatz kommen. Wir fokussieren dabei insbesondere das politische Ritual der Informationsveranstaltung, wo Vertreter der UNESCO und der staatlichen Umweltadministration die Bevölkerung über das Welterbe und seine Vorzüge aufklären. Dabei fiel uns von Anfang an auf, dass diese Form der öffentlichen

¹ Zur Konzeption des ökologischen Diskurses siehe Krauß (2001: 42 ff.).

² Bisher halten sich in der Wattenmeerregion Ablehnung und Zustimmung die Waage: Auf internationaler Ebene hat Dänemark abgelehnt, die Niederlande hingegen scheinen dem Anliegen wohlwollend gegenüberzustehen. Während Dithmarschen unter gewissen Vorbehalten und Hamburg zugestimmt haben, ist die Diskussion in Nordfriesland noch offen.

Kommunikation keinesfalls einen rationalen Dialog (im Sinne von Habermas) hervorbringt, in dem Vor- und Nachteile abgewägt werden, sondern dass ein hegemonialer Diskurs (das Welterbe) einen regionalen Diskurs provoziert, die sich weitgehend unversöhnlich gegenüberstehen. Es entsteht eine verhärtete Konfliktkonstellation, ein sich Verzahnen der jeweiligen diskursiven Strategien – eine Dynamik, die vielen Gruppenprozessen innewohnt, jedoch nur selten mit Globalisierung in Zusammenhang gebracht wird. Diese Inszenierung, die in manchen Momenten an absurdes Theater gemahnt, bringt etwas Neues, Drittes hervor: Es entstehen Gruppenidentitäten und politische Konfigurationen in dem zweifelhaften Spannungsfeld zwischen administrativer Willkür und regionaler Ohnmacht, zwischen Globalismus und Populismus. Wenn Diskurse in einer Sackgasse enden, so unsere These, wird es Zeit, Globalisierung als diskursiven Prozess einmal genauer unter die Lupe zu nehmen.

1.1 Hintergrund und Methode

Aus kulturwissenschaftlicher Sicht ist Nordfriesland eine durch und durch politische Landschaft (Warnke 1992), ein vielgestaltiger und polysemer Raum (Krauß 2001: 53). Die Vielfalt der Perspektiven und fließenden Übergänge zwischen Natur und Kultur, der das Wattenmeer umfassende Nationalpark und die Küstenregion sowie die Marschen können am besten mit dem Begriff *contested natures* (Macnaghten/Urry 1998) umschrieben und analytisch gefasst werden.

Die Landschaft vor oder hinter dem Deich ist historisch gesehen immer auch Resultat erbitterter Konflikte um Landgewinnung, Entwässerung und Küstenschutz, die mit der Einrichtung des Nationalparks eine neue, nun ökologische Dimension gewannen und in der Novellierung des Nationalparkgesetzes Ende der 90er Jahre kulminierten.³ Erst mit dem Abflauen dieser letzten großen Protestwelle wurde das Welterbe tatsächlich zur Diskussion gestellt, und der derzeitige schleswig-holsteinische Umweltminister Müller gab das Versprechen, das Wattenmeer nicht ohne Zustimmung der Bevölkerung bei der UNESCO anzumelden – ohne allerdings genau zu definieren, was unter dem Begriff Zustimmung der Bevölkerung zu verstehen sei.

Die beabsichtigte Ernennung eines Gebietes zum UNESCO-Welterbe ist eine globale diskursive Praxis, bei der ausgewählte Kultur- und Naturstätten im Rahmen eines völkerrechtlich verbindlichen Abkommens als gemeinsames Erbe der gesamten Menschheit definiert und in dessen Bestand aufgenommen werden. Es reiht sich somit in eine lange Abfolge von Prozessen der „Ökologisierung“ von Politik und Verwaltung in dieser Region ein. Die andauernden gesellschaftlichen Konflikte unter ökologischen Vorzeichen haben für die Region Nordfriesland

³ Zur kulturellen Dynamik in der Wattenmeerregion siehe Krauß (2002).

spezifische Diskurskonstellationen hervorgebracht: Küstenschutz versus Naturschutz, Natur- versus Kulturlandschaft, Landnutzung versus sich selbst überlassener Natur etc. Allen diesen Oppositionen liegt die Dichotomie von Natur und Kultur zugrunde, sie ist die zentrale Diskurskonstellation, mittels derer der gesellschaftliche Wandel sprachlich gefasst und der Raum gestaltet wird. Dies wird auch an der Unsicherheit der Initiatoren des Welterbes deutlich, ob allein der Status eines Weltnaturerbes oder auch der eines Weltkulturerbes beantragt werden soll – wegen der antizipierten Empfindlichkeit der Bevölkerung in diesen Fragen wurde letzteres erst einmal zurückgestellt.

Der Rahmen, in dem das Welterbe zur Debatte gestellt wird, ist die Informationsveranstaltung oder auch die „öffentliche Anhörung“. Diese Veranstaltungen und die dort geführten Diskussionen über den Naturschutz bzw. den Nationalpark kennzeichnen die politische Kultur Nordfrieslands seit nunmehr über einem Jahrzehnt. Im Verlauf der Debatte um die Gründung des Nationalparks sowie die Novellierung des Nationalparkgesetzes Ende der 90er Jahre wurden hunderte solcher Veranstaltungen durchgeführt. Diese ritualisierten politischen Inszenierungen geben den verschiedenen Interessengruppen die Möglichkeit sich zu konstituieren, ihre Angelegenheiten zu definieren und Sachthemen zu vertreten. Dabei entwickelte sich besonders im Rahmen der letzten Gesetzesnovelle eine Konfliktkonstellation mit einer spezifischen Eigendynamik: Naturschutzvertreter und Teile der Bevölkerung standen sich unversöhnlich gegenüber. Das Ergebnis waren charakteristische diskursive und politische Strategien, auf der einen Seite repräsentiert durch den formalen Diskurs von Wissenschaft und Administration und auf der anderen, der Bevölkerung, durch eine „friesische“, sprich „ethnische“ und lebensweltlich orientierte Argumentation: „Gott schuf das Meer und die Friesen die Küste.“

Es geht in solchen Debatten somit immer um mehr als nur um die reinen Sachthemen: Im Sinne eines indirekten Sprechaktes (Austin 1962: 118-119, Searle 1969) werden über das Thema Naturschutz hinaus das Verhältnis von „Bevölkerung“ und „Obrigkeit“, von regionaler Identität und politischer Verwaltung, von Autonomie und Abhängigkeit verhandelt.

Die für die Analyse notwendigen Daten haben wir als Mitarbeiter des VW-Forschungsprojekts „Natur im Konflikt“ im Verlauf einer einjährigen Beobachtung (2001/2002) des Anmeldeverfahrens gesammelt. Es handelt sich dabei um Mitschriften und Protokolle, die wir beim Besuch von Informationsveranstaltungen anfertigten. Wir haben Interviews mit beteiligten Akteuren geführt, offizielle Informationsbroschüren, Stellungnahmen der Gemeinden und Verbände sowie Flugblätter und Zeitungsartikel zusammengetragen und analysiert. Aus dieser interdisziplinären Zusammenarbeit eines Ethnologen und eines Linguisten resultiert auch der theoretische Zugriff auf den Gegenstand des vorliegenden Beitrags. Wir verstehen Landschaft bzw. Region in Abgrenzung zu essentialistischen Konzepten als dynamisches, umkämpftes und diskursives Konzept und betrach-

ten transnationale Naturschutz- und Denkmalschutzmaßnahmen als Politikstrategien und Regierungstechniken, die nicht nur Ziele und Sachzwänge verfolgen, sondern gleichzeitig auch sinnstiftend wirken. In dieser Hinsicht richtet sich unsere Aufmerksamkeit insbesondere auf die sprachlichen und diskursiven Strategien, mit denen der *greenspeak* (Harré et al.1999) sowohl die Wahrnehmung der Welt als bedroht und zugleich Institutionen zu ihrem Schutz hervorbringt. Es geht also um die Beziehung von Sprache und Macht (Fairclough 1989), von Diskurs und Praxis, wenn wir an diesem Beispiel das Globale und das Regionale als wechselseitigen, wenn auch ungleichgewichtigen Prozess darstellen.

In den folgenden Kapiteln werden wir nun das Setting und die diskursiven Strategien der Akteure bei den Informationsveranstaltungen zum Welterbe in Husum am 06.06.2001 und Oldenswort am 11.03.2002 analysieren. Zuerst geben wir einen Einblick in die Organisation der Informationsveranstaltung und die jeweiligen diskursiven Strategien und Praktiken. Im zweiten Teil gehen wir an konkreten Beispielen auf einzelne charakteristische Texte ein und betrachten sie aus diskursanalytischer Perspektive. Danach zeigen wir am Beispiel eines versuchten Dialogs zwischen Umweltadministration und Bevölkerung anlässlich einer kommunalen Informationsveranstaltung, warum die Welterbe-Diskussion – zu welchen Ergebnissen sie letztlich auch führen mag – zielstrebig in eine Sackgasse steuert.

2 Globalismus und Populismus

Der Landrat des Kreises Nordfriesland hatte zur Informationsveranstaltung nach Husum geladen, es erschienen Repräsentanten der UNESCO und von Welterbestätten in Deutschland, Vertreter vom schleswig-holsteinischen Ministerium für Umwelt, Forsten und Natur und ca. 100 interessierte Bürger. „Die Bevölkerung“ war jedoch noch ganz anders vertreten, unübersehbar. Das Foyer vor dem Versammlungssaal war über und über mit Protestplakaten behängt:

„Ökos essen unser Brot
und machen unsre Wirtschaft tot!“

„Scherer will Vertrauen schaffen,
dabei ist er nur am Raffen“

„Wo bleibt der Mensch an der Küste?
Ganz oben auf der ‚roten Liste‘ “

„Vertrauen weg für immer?
Mit Müller wird’s noch schlimmer“

„Eine Erbschaft kann man ablehnen“

„Welterbe, schön und gut,
noch ein Diktat ‚von oben‘
bringt uns in Wut!“

„Verwildertes Vorland, Erosion im Watt,
Nationalpark macht die Küste platt!“

„Kommt der Küstenschutz zu kurz,
bleibt uns ‚Welterbe‘ völlig schnurz“

„I.E.K. fordert eine ‚machbare‘ Umweltpolitik
mit den Menschen vor Ort!“

Auf den Stuhlreihen lagen zudem grüne Flugblätter der I.E.K. (Initiative Eiderstedter Kulturlandschaft) aus. Während der ganzen Veranstaltung blieb dieser Protest stumm, es gab keine Zwischenrufe, niemand argumentierte in diese Richtung oder mit dieser Schärfe. Das lag zuvorderst daran, dass auch die Gegenseite sich vorbereitet hatte. Die Veranstaltung war in die Hände eines professionellen Konfliktmoderators gelegt und mit einem entsprechenden Design versehen worden, das sich – zumindest was die Konfliktvermeidungsstrategie anbetrifft – als sehr erfolgreich erwies. Im Folgenden werden wir nun die jeweiligen Strategien einer genaueren Betrachtung unterziehen.

2.1 Konfliktmanagement

Das vierstündige Programm folgte einem vorher genau festgelegten Ablauf, der auch weitgehend eingehalten wurde. Im ersten Block hielten nach der Begrüßung durch die Vertreterin des Umweltministeriums und durch den Landrat der deutsche UNESCO-Repräsentant und Vertreterinnen deutscher Welterbestätten Kurzreferate. Nachdem dieser Block abgeschlossen war, wurden, „um möglichst viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einen konstruktiven Diskussionsprozess einzubinden“ (Stretzky 2002), drei Arbeitsgruppen angeboten, in denen folgende Fragen zum Welterbe diskutiert werden sollten:

1. Welche Chancen, Vorteile und Möglichkeiten entstehen?
2. Was sind die Fragen, Themen und Probleme, die wir sehen?
3. Welche Lösungsideen und Lösungsansätze haben wir?“

Betrachtet man die oben zitierten Fragen aus sprachwissenschaftlicher Sicht etwas genauer, so fällt zuerst einmal auf, dass zweimal das Personalpronomen „wir“ in den Fragen anzutreffen ist, mit denen die Heterogenität der Teilnehmer homogenisiert wird (Mühlhäusler/Harré 1991: 168 ff.). Diese Einbindung unter-

läuft präventiv das Argument, dass es sich beim Welterbe um eine Maßnahme „von oben“ handeln könnte. Interessant ist zudem die durchdachte Abfolge der Fragen: „Chancen“, „Vorteile“ und „Möglichkeiten“ sind grundsätzlich positiv konnotierte Begriffe. Zusammen mit den in Frage drei aufgeführten Komposita um „Lösung-“ wird so der in die Mitte gerückte neuralgische Punkt der „Probleme“ in der zweiten Frage gerahmt. Die Last der Probleme wird zudem durch das folgende „wir“ entpersonalisiert und der referenzielle Fokus auf alle Beteiligten erweitert. Das Ziel dieser Vorgehensweise, hinter der sich offensichtlich eine intensive und zielgerichtete Vorbereitungsarbeit verbirgt, ist klar: Durch den Sprachgebrauch soll kritisches Potential im Keim neutralisiert und für die Arbeit in den Arbeitsgruppen kanalisiert werden.

Die Partizipation in den Arbeitsgruppen sah dann so aus, dass die jeweils Beteiligten vorab Kommentare zu den Fragen auf bunte Karten schreiben konnten, die von den jeweiligen Leitern ansatzweise diskutiert und später geclustert in das abschließende Plenum eingebracht und dort erörtert wurden. Diese Vorstrukturierung machte es schwierig, pauschalen Protest in den Arbeitsgruppen vorzubringen, zumal in diesen neben „normalen“ Bürgern auch Experten saßen, die rhetorisch überlegen sind.

In der Dokumentation (Stretzky 2002) der Veranstaltung werden auf mehreren Seiten Fragen der „Bevölkerung“ und Antworten der „Experten“ dargestellt. Hier fällt besonders auf, dass vorhandene Bedenken, Zweifel, Unsicherheit und Ablehnung konsequent zerstreut werden. Bedenken z. B. wegen der Einrichtung von Pufferzonen und der damit einhergehenden Nutzungsbeschränkung durch das Welterbe werden ebenso verneint wie die Sorge, dass eine Anmeldung zu einem unüberschaubaren Bürokratismus führen könne. Es gibt auf alle möglichen Einwände gegen das Welterbe eine angemessene Antwort, so die implizite Botschaft.

Diese Informationsstrategie erwies sich als weitgehend erfolgreich, die wohlbekannten Streitrituale konnten überwiegend vermieden werden. Das „Veranstaltungsdesign“ und seine konsequente Umsetzung ließen kaum Raum jenseits der Informationen zum Welterbe, weder für Ablehnung noch für aktive Aneignung durch die informierten Bürger. Trotz der Beschwörung des „Wir-Gefühls“ blieb die grundsätzliche Konfliktkonstellation staatlicher Naturschutz versus Bevölkerung erhalten. Die Vertreter der staatlichen bzw. UNESCO-Administration redeten vor dem Mikrofon, die Zuhörer warfen während dessen den einen oder anderen Blick auf die zuvor verteilten Flugblätter der Bürgerinitiative, und an der Wand hingen stumm und beredt die Protestplakate. Ein Blick auf die jeweiligen Reden und Texte, die offiziellen wie die inoffiziellen, zeigt die tief liegende ideologische Dimension der jeweiligen Diskurse.

2.2 Globalismus: Der globale *heritage*-Diskurs

Der UNESCO-Repräsentant gab einen umfassenden Einblick in die Geschichte der UNESCO und die Idee des Welterbes. Direkt nach dem 2. Weltkrieg als Sonderorganisation der UNO gegründet, war die UNESCO der Einsicht verpflichtet, „dass Kriege im Geiste der Menschen entstehen und deshalb der Frieden im Geist der Menschen verankert werden muss“, wie es in ihrer Verfassung heißt.⁴ Aus dieser Einsicht heraus wurde 1972 das „Internationale Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt“ verabschiedet. Mit diesem politischen Akt wurde ein globaler Geltungsanspruch formuliert, ein hegemonialer Diskurs wurde begründet. In Husum wurde dieser in seiner Reinform präsentiert:

„Die Welterbeliste reflektiert den Anspruch, Kulturen als grundsätzlich gleichberechtigt anzusehen. Ihr programmatischer Kern geht noch weiter: die herausragenden Kulturstätten und die großartigen Naturlandschaften dieser Erde gehören nicht eigentlich den Staaten, auf deren Territorium sie sich befinden, sondern sie sind ideeller Besitz der gesamten Menschheit, und zwar nicht nur der gegenwärtigen, sondern auch der künftigen Generationen, denen wir diese Zeugnisse einer gemeinsamen Geschichte möglichst authentisch übermitteln sollen.“

Der völkerverbindende und überstaatliche Rahmen dieser Konzeption resultiert aus den bitteren Lehren des zweiten Weltkriegs. Allerdings ohne die Entwicklungen sowohl in Theorie als auch der tatsächlichen Praxis der Menschen nach dem zweiten Weltkrieg mit zu reflektieren: In der obigen Definitionen werden Kulturen als essentielle Wesenheiten und nicht als dynamische, veränderliche Prozesse dargestellt; Kulturstätten und Naturlandschaften werden im Sinne von Bender (1998: 26) „eingefroren“ und ihrer Geschichtlichkeit beraubt. Erst dadurch wird auch der Begriff der „Authentizität“ möglich: Wenn Kulturen nicht im Zusammenhang mit z. B. dem Phänomen der *invented traditions* (Hobsbawn/Ranger 1992) gedacht oder als Produkte, die sich fortwährend ausweiten (Bahbah 1990: 297-302), verstanden werden, erst dann ist Authentizität möglich. Dass es sich bei unserer Kritik um mehr als akademische Haarspalterei handelt, wird an folgendem Zitat deutlich:

„Die Welterbe-Konvention der UNESCO – Eine Verbindung von Natur und Kultur. [...] Die Konvention verbindet den Schutz von Natur und Kultur. Natur und Kultur gehören unmittelbar zusammen. Die kulturelle Identität von Völkern wird durch die Umwelt geprägt, in der sie leben.“

⁴ Alle folgenden Zitate in diesem Kapitel aus der Dokumentation der Veranstaltung (Stretzky 2002).

Man braucht sich erst gar nicht allzu weit auf das Glatteis der Debatte um das Natur/Kultur-Verhältnis zu begeben, um festzustellen, dass eine solche Definition problematisch ist. Stehr/von Storch (1999: 48 ff.) bezeichnen eine solche Haltung mit Fug und Recht als geo- oder klimadeterministisch, und von hier aus ist der Kurzschluss zu rassistischen Utopien nicht mehr weit – das Gegenteil also dessen, was mit dem Welterbe intendiert wird. Südländer z. B. haben eben keine Kultur des Müßiggangs entwickelt, weil es dort immer so heiß ist, und der Gedanke, dass Kulturen entsprechend ihrer durch die Umwelt geprägten Traditionen leben sollen, war Grundlage der Kultur der Apartheid wie der germanischen Blut- und Boden-Ideologie der Nazis. In einer solchen Konzeption erscheint die Natur als eine Idee, „die zum Zwecke der gesellschaftlichen Kontrolle erzeugt und aufrechterhalten wird“ (Butler 1991: 185).

Dem offensichtlich mit den regionalen Diskussionen nicht sonderlich vertrauten UNESCO-Repräsentanten schien dieser Gedanke in seiner Rede auch zu kommen. Zumindest musste ihn jemand im Vorfeld gebrieft und ihm gesagt haben, dass die Begriffe Kultur und Natur in Nordfriesland aufgrund der früheren Nationalparkdebatten nicht ganz unproblematisch sind, und er beeilte sich zu versichern, dass das Welterbe nicht eine „Rückkehr zu einer vermeintlichen Idylle der Tranlichter, des Petroleumrußes und des Treibholzsammelns“ bedeute. Das Wattenmeer werde vielmehr durch das Prädikat „Welterbe“ in die Gemeinschaft so einzigartiger Stätten wie dem Grand Canyon, dem Yellowstone-Nationalpark, dem Great Barrier Reef, dem Tadsch Mahal oder Troja aufgenommen.

Der Repräsentant der UNESCO kalibriert und hierarchisiert so erneut die Dichotomie von Natur und Kultur, von global und regional sowie von Tradition und Kontinuität für die aktuelle Situation. Der moralische Diskurs zum Schutz einer Landschaft, die auch „künftigen Generationen“ erhalten werden soll, birgt zudem eine argumentative Strategie, die sich unterschiedlichster Zeitkonzepte bedient: Natürliche und individuelle Zeit (Harré et al. 1999: 136), prototypische Natur- und Kulturstätten werden in moralischen Überlegungen zu Imperativen einer Schutzidee zusammengeführt.

Dieser schwierige, moralische Argumentationsstrang wird mit einem zweiten verbunden, der an den gesunden Menschenverstand bzw. den Geldbeutel appelliert: In einem utilitaristischen Sinn bedeute Welterbe eine „Marke“ und ein „Alleinstellungsmerkmal“, die der Region auf dem Gebiet der Tourismuswerbung einen unschätzbaren Vorteil einbringe. Angesichts dieser schlagenden Argumente verstummt jeglicher verbaler Widerstand. Wer gegen das Welterbe argumentiert, so die implizite Botschaft dieser argumentativen Doppelstrategie, ist gegen das friedliche Zusammenleben der Völker und den Erhalt ihrer Natur- und Kulturstätten, er ist damit zukünftigen Generationen gegenüber verantwortungslos und schlägt zudem bare Münze aus.

2.3 Populismus: Region als Bastion

Routinisierte Redestrategien von UNESCO-Vertretern und das „Veranstaltungsdesign“ bildeten einen geschlossenen diskursiven Raum, in dem kaum Platz für Widerspruch war. Doch an den Wänden hingen die Protestplakate, auf den Stühlen lag ein grünes Flugblatt der „Initiative Eiderstedter Kulturlandschaft“ (2001) aus.

Die „Initiative Eiderstedter Kulturlandschaft“ gründete sich während der Auseinandersetzungen um den Nationalpark, und sie stieß vielerorts auf Zustimmung. Im Handumdrehen, so ihre Vertreter, könnten sie einen Veranstaltungssaal mit Demonstranten füllen: „Die Plakate haben wir noch auf dem Dachboden liegen, und wir können sie jederzeit wieder rausholen, wenn wir müssen.“ Schon der Name I.E.K. verweist auf eine diskursive Strategie gegen den Naturschutz: Nach ihrer Auffassung handelt es sich beim Wattenmeer um eine Kulturlandschaft. An diese Opposition lassen sich Argumentationen anschließen, wie sie auf den Plakaten in Husum zu lesen waren: Der Spruch „Wo bleibt der Mensch an der Küste? Ganz oben auf der roten Liste!“ parodiert ein Hauptargument des Naturschutzes. Die Bedrohung der Spezies Mensch besteht nach Meinung der I.E.K. an dem unterstellten Primat des Naturschutzes vor dem Küstenschutz: „Verwilderetes Vorland, Erosion im Watt. Nationalpark macht die Küste platt!“ oder „Kommt der Küstenschutz zu kurz, bleibt uns ‚Welterbe‘ völlig schnurz.“

Diesen mehr oder weniger inhaltlichen Argumenten werden solche beigelegt, die eine andere rhetorische Strategie einschlagen: „Vertrauen weg für immer, mit Müller wird’s noch schlimmer“ oder „Scherer will Vertrauen schaffen, dabei ist er nur am Raffen“. Der Umweltminister bzw. der Nationalparkdirektor repräsentieren hier die „Obrigkeit“, die sich einen immer weiter staatlich legitimierten aber als illegitim empfundenen Zugriff auf die Küstenregion verschaffen wollen. In der Nationalparkdebatte waren Täuschung, Lüge und Vertrauensverlust zentrale Topoi – der Protest mancher Bürger gegen den Naturschutz wird häufig mit dem Verweis auf bewusste Täuschungsmanöver der Staatsvertreter begründet. Durch die zusätzliche Namensnennung wird auf diesen Plakaten eindeutig die Grenze zu Hetze und Denunziation überschritten – zumindest rhetorisch werden die Staatsvertreter zum Abschuss freigegeben. Während der Debatten um die Novellierung des Nationalparkgesetzes gab es mehrfach Attacken nicht nur auf die Autoreifen von Fahrzeugen im Naturschutzeinsatz, sondern auch auf die Privatsphäre der Betroffenen.

Auch das Flugblatt der Kulturinitiative schlägt einen ähnlichen Ton an: Die dem Welterbe-Antrag zugrunde liegende Machbarkeitsstudie (Burbridge 2000) wird in fetten Lettern als „dreiste und freche Propagandaaktion des britischen Wissenschaftlers Burbridge“ bezeichnet. Der Welterbe-Rhetorik sieht sich einem Populismus gegenübergestellt, der seine Wurzeln in der konkreten Vergangenheit der Region hat: Wort- und Metaphernwahl führen direkt zur Rhetorik der Nationalsozialisten, die an der Küste seinerzeit überaus erfolgreich waren. Anti-britische

Ressentiments erscheinen wie ein direktes Relikt aus dieser Vergangenheit, dem globalen ökologischen Diskurs wird ein national(sozial)istischer entgegengesetzt.

Der globale ökologische Diskurs der UNESCO bezieht sich explizit auf die zerstörerische Wirkung des Krieges auf natürliche und kulturelle Werte und fordert moralisch argumentierend deren Schutz, während sich der regionale Widerstand auf die Dimension der Notwendigkeit des (Küsten-)Schutzes vor Naturgewalten bezieht. Diese unterschiedlichen Begründungsstrategien und die daraus resultierenden Missverständnisse überlagern das eigentlich relevante Thema, nämlich die nachhaltige Gestaltung einer Region im 21. Jahrhundert. Den globalen Kategorien „Menschheit“, „Administration“, „Natur“ und „Kultur“ stehen die lokalen Kategorien „Küste“, „Bevölkerung“ und „regionale Kultur“ schlecht gelaunt gegenüber – dem administrativen Diskurs in Form eines ideologischen Globalismus weht die steife Brise eines populistischen und selbst ernannten regionalen Diskurses entgegen.

2.4 Global trifft auf lokal oder: „Die spinnen, die Kieler“

Im Anschluss an die auf Kreisebene stattfindende Veranstaltung in Husum informierten auf lokaler Ebene in einer Gaststätte in Oldenswort am 11.03.2002 Vertreter des schleswig-holsteinischen Umweltministeriums und des Nationalparks Gemeindevertreter des Amtes Eiderstedt über das Welterbe. Nach der offiziellen Begrüßung und dem Hinweis des Bürgermeisters, dass dieses Treffen vom Landrat Nordfrieslands angeregt worden sei, der noch lokalen Diskussionsbedarf zur Klärung offener Fragen in Bezug auf das Welterbe sehe, ging es sogleich zur Sache. In den ersten Redebeiträgen ergab sich eine thematische Zentrierung um den neuralgischen Begriff der „Pufferzone“ – die UNESCO fordert eine solche, und die Frage war, ob sie identisch mit derjenigen des Nationalparks sein werde oder aber ausgeweitet werden müsse. Die Gemeindevertreter äußerten die tiefe Besorgnis, dass mit einer eventuellen Ausweitung Nutzungseinschränkung für Landwirtschaft und Küstenschutz verbunden sein könnten, dass „der Nationalpark über den Deich schwappen könnte“. Die Vertreter des Umweltministeriums versicherten, dass durch die bereits bestehende Gesetzgebung des Nationalparks keine weitere Pufferzone notwendig sei, es also zu keiner weiteren Einschränkung der Nutzungsrechte komme. Sie betonten hingegen besonders die positiven ökonomischen Auswirkungen auf den Tourismus, der durch die globale Auszeichnung „Welterbe“ einen Aufschwung nehmen, der strukturschwachen Region Neueinnahmen bringen und sie international bekannt machen werde:

„Das ist wie ein Gütesiegel für die Milch, das dann auf die Milchtüten gedruckt wird.“⁵

Die Gemeindevertreter griffen diesen und ähnliche Begriffe wie „Werbewirksamkeit“ und „Alleinstellungsmerkmal“ auf, um langsam eine Gegenposition zu formulieren. Ein Vertreter versuchte, die Gegenseite, zu der die Vertreter des Umweltministeriums nun aufgebaut wurden, mit ihren eigenen rhetorischen Waffen zu schlagen:

„Das einzige Argument für Welterbe ist doch Tourismus, globaler Tourismus. Aber wenn ich hier im Sommer den Blick zum Himmel richte: Alles grau von silbernen Vögeln. Und das will man noch fördern? So ein Tourismus soll ökologisch sein? Runterholen sollte man die alle!“

Die Werbesprache der Umweltadministration lockte Sprachspiele hervor, der zumindest ansatzweise geführte Dialog geriet früh ins Schlingern. Die Metapher „silberne Vögel“ für die tatsächlich in großer Zahl die Küste überfliegenden Flugzeuge persifliert ein zentrales „Alleinstellungsmerkmal“ des Nationalparks, die Zugvögel. Beide referenziellen Ebenen werden in der Metapher verknüpft und geschickt mit der rhetorischen Frage nach dem Sinn der Förderung dieser nicht gerade ökologischen Form des Tourismus verbunden:

„Ist es wirklich wünschenswert, dass die Japaner als Tagestouristen hierher nach Nordfriesland kommen und hier durchgeschleust werden?“

Die Antwort auf diesen rhetorischen Kniff kommt von offizieller Seite eher kurzatmig daher, statt sachlicher Argumente ist plötzlich Schlagfertigkeit verlangt:

„Zur Frage des globalen Tourismus: Die kommen ja nicht alle mit dem Flugzeug. Zum Beispiel die Engländer, die können auch durch den Tunnel kommen, mit dem Auto.“

Die Vertreter der staatlichen Administration aktivieren weitere semantische Ressourcen, um die Diskussion wieder in geordnete Bahnen zu lenken, indem sie auf den zentralen Topos des Welterbe-Diskurses zurückgreifen: Fast gebetsmühlenartig wird betont, dass das Wattenmeer als Welterbe dann in einer Reihe stehe mit hoch symbolischen Natur- und Kulturgütern wie dem Grand Canyon, dem Great Barrier Reef, den ägyptischen Pyramiden oder den durch die Taliban zerstörten Buddhasstatuen. Diesem formalen und aus den Welterbe-Informations-

⁵ Alle Zitate in diesem Kapitel resultieren aus einer handschriftlichen Mitschrift der Sitzung. Sie geben daher nicht immer den exakten Wortlaut, aber immer den Sinngehalt wieder.

broschüren wohl bekannten Argumentationsstrang wird jedoch eine rhetorische Strategie hinzugefügt, die dem globalen Diskurs und den Sprechern Lokalkolorit, ein persönliches Gesicht verleihen soll. Gemäß der auf Fortbildungsseminaren und Rhetorikkursen erlernten Devise, „den Sprecher dort abzuholen, wo er sich befindet“, führen die Repräsentanten der Umweltadministration den Begriff „Heimat“ in die Diskussion ein:

„Ich möchte noch einen weiteren Aspekt hinzufügen: Ich bin ja auch ein Bewohner der Region. Welterbe hat doch auch was mit Heimatstolz zu tun. Man kann als Bewohner dieser Region dann stolz darauf sein, dass diese Landschaft, seine Heimat weltweit anerkannt und bewundert wird. [...] Letzter Satz erst einmal: Die Auszeichnung ist nicht nur für den Nationalpark, sondern für die Landschaft, für die Heimat [...].“

Landschaft und Heimat werden hier als identitätsstiftende Begriffe verwendet, das administrative Anliegen wird zu einem persönlichen. Die biographische Relevanz der Welterbeauszeichnung wird etwas später durch den gleichen Sprecher verdeutlicht:

„Ich empfinde das Welterbe also für mich, für meine Familie, für mich als Zugezogener, als Eiderstedter, also für meine neue Heimat, für die letzten zwanzig Jahre als eine Auszeichnung. Das würde mich mit Zufriedenheit und Stolz erfüllen.“

Dieses persönliche und in aller Offenheit vorgetragene Argument bietet ein narratives Muster an, das auch mit der Biographie der Anwesenden kompatibel ist. Es ist ein klares Angebot für einen diskursiven Anschluss auf einer Ebene, wo sich nicht mehr Administration und Bevölkerung als gesichtslose Gruppen gegenüberstehen, sondern Bewohner einer Region ein gemeinsames Anliegen formulieren. Doch die Gemeindevertreter scheinen das biographische Element zu überhören und nur die unweigerlich auch damit verbundene politisch-rhetorische Strategie oder Absicht zu wittern:

„Das ist doch alles viel Luft um nix. Wenn wir jetzt auf den Deich gehen und ins Wasser sehen, dann sehen wir alle dasselbe wie vor 20, 50 oder 100 Jahren. Ob das nun ein Nationalpark ist, oder womöglich Welterbe, das spielt doch bei denen, die hierherkommen, überhaupt keine Rolle, das wird nur nebenher auch noch wahrgenommen. Sehen tut man das Meer, deshalb kommen die Leute. [...] Heimat, das ist doch alles heiße Luft [...].“

Rhetorisch wird hier die emotionale Bewertung durch den Begriff „Heimat“ dekonstruiert und auf so genannte sachliche Aspekte zurückgeführt, nämlich Deiche und Wasser, wie sie schon immer existiert haben. Damit wird der Sinn von abstrakten Wertzuschreibungen wie „Nationalpark“, „Weltnaturerbe“ und

nun auch „Heimat“ als spezifische Konstruktion offengelegt, und die rhetorische Taktik der Verwaltungsvertreter läuft ins Leere.

Doch es standen sich auf dieser Veranstaltung nicht nur Hardliner gegenüber. Der aufgelockerte Rahmen, das hin- und herwogende Gespräch erlaubte auch Differenzierungen. Die Gemeindevertreter sind keine einheitliche, geschlossene Gruppe, und die Diskussion fand nicht nur zwischen „Bevölkerung“ und „Administration“, sondern zumindest im ersteren Fall auch innerhalb der Gruppe statt. Eher an die eigenen Leute gewandt meinte ein Gemeindevertreter:

„Zum Beispiel die in Reußenköge, Arlau: Letztlich wissen die doch gar nicht, warum sie das Welterbe abgelehnt haben. Das ist doch wie Asterix und Obelix, aber das kann auch leicht peinlich sein, immer dagegen sein.“

Der Vergleich mit Asterix und Obelix verdeutlicht eindringlich, in welchem Szenario sich die anwesenden Vertreter angesichts der Bewerbung um das Weltenerbe zu befinden glauben. Alle Diskussionen scheinen darauf hinauszulaufen, dass die Gemeindevertreter sich mit Asterix und Obelix identifizieren, den Bewohnern des kleinen gallischen Dorfes, das den Römern Widerstand leistet.

Nicht zuletzt dank solcher Interventionen fanden sich bei dieser Veranstaltung noch gemeinsame Themen: Es ging um die Sicherheit der Schifffahrtswege vor der Küste, um die Notwendigkeit, in Eiderstedt die halboffene Weidemast und damit die landschaftlichen Charakteristika zu erhalten usw. – mithin alles interessante Themen, die jedoch mit dem Welterbe selbst nichts zu tun hatten. Bei dem eigentlichen Thema blieb es beim Tenor: „Die spinnen, die Kieler.“

3 Schluss

Der Vergleich mit Asterix und Obelix birgt ein Potential, der den Zeitsprung von rund 2000 Jahren bzw. vom Comic zur Realität übersteht: Die Eiderstedter fühlen sich durch den globalen ökologischen Diskurs (der ja immer neue Machtverhältnisse und Institutionen hervorbringt) ebenso belagert wie einst die Gallier durch die globale Macht der Römer. Dank des Zauberspruchs vom Druiden Miraculix konnten sich die Gallier gegen eine Besetzung zur Wehr setzen und die Besatzer durch ihren anhaltenden Widerstand zur Verzweiflung treiben. Dies geschieht heute zweifelsohne in demokratischeren und damit rhetorischen Bahnen, in unendlich vielen Gesprächen und Sitzungen wie den hier dargestellten. Doch auch Wörter können zu Waffen werden, diskursive Taktiken gleichen militärischen Manövern, auch rhetorische Kämpfe stiften Identität, symbolisches Kapital wird zur Deutung und Gestaltung einer instabilen politischen Kultur herangezogen. Dabei bleiben die Inhalte, um die es eigentlich geht, oft genug auf der Strecke.

Wie wir am Beispiel „Welterbe“ gezeigt haben, ist der damit verbundene Diskurs in vielen Teilen ein Relikt aus Zeiten des kalten Krieges – seine überzeugendsten Argumente sind diejenigen, die das Wattenmeer zu einer „Marke“ im internationalen Tourismusgeschäft machen, versehen mit dem eher rhetorischen Argument der „Nachhaltigkeit“. Die argumentativen Mängel und Missgriffe hingegen machen den Welterbe-Diskurs zu einem eher bedenklichen Beispiel der Gestaltung der Globalisierung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung. Das ideologische Gewicht, das dem Welterbe beigemessen wird, kann mit der tatsächlichen Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung kaum standhalten. Diese Aufblähung macht aus dem globalen Welterbe-Diskurs einen „Globalismus“, eine Ideologie, die in den jeweiligen Staaten etabliert wird und lediglich zur Festigung der Umweltadministration dient.

Diese Aufladung aber weckt, wie wir ebenfalls gezeigt haben, kein ökologisches Bewusstsein, sondern allenfalls schlafende Hunde. Regionaler Populismus ist europa- und weltweit in Zeiten der Globalisierung ein ernst zu nehmendes Problem. Um dieses anzupacken, müssen sowohl auf der globalen Ebene als auch auf der regionalen Ebene die Formen der Kommunikation und die jeweiligen Diskursstrategien immer wieder überprüft und kritisch hinterfragt werden. Wenn Informationsveranstaltungen und politische Anhörungen zu sprachlosen Angelegenheiten von Kommunikationsdesignern oder Populisten werden, wenn von allen Beteiligten ernst gemeinte Diskussionen zu absurdem Theater werden, dann ist die demokratische Kultur gefährdet und nachhaltige Entwicklung nicht mehr als bloße Rhetorik.

Literatur

Quellen

Burbridge, P. (2000): Die Anmeldung des Wattenmeer-Schutzgebietes als Welt-erbestätte. Eine Machbarkeitsstudie im Auftrag der Trilateralen Wattenmeerkooperation und des Gemeinsamen Wattenmeersekretariats (<http://cwss.www.de>).

Initiative Eiderstedter Kulturlandschaft (2001): Flugblatt.

Stretzky, Chr. von / Stretzky, U. von (2001): Soll das Wattenmeer bei der UNESCO als Welterbestätte angemeldet werden? Tönning (Ms.).

Sekundärliteratur

- Austin, J. L. (1962): *How to Do Things With Words*, Oxford.
- Bahbah, H. K. (1990): *DissemiNation: Time, Narratives, and the Margins of the Modern Nation*, in: Bahbah, H. K. (Hg.): *Nation and Narration*. London: Routledge, 291-322.
- Bender, B. (1998): *Stonehenge. Making Space*, Oxford/New York.
- Butler, J. (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*. Gender Studies, Frankfurt a. M.
- Fairclough, N. (1989): *Language and Power*, London.
- Harré, R. / Brockmeier, J. / Mühlhäusler, P. (1999): *Greenspeak. A Study of Environmental Discourse*, London/Thousand Oaks/New Delhi.
- Hobsbawn, E. / Ranger, T. (Hgg.) (1992): *The Invention of Tradition*, Cambridge.
- Krauß, W. (2001): „Hängt die Grünen!“ *Umweltkonflikte, nachhaltige Entwicklung und ökologischer Diskurs*, Berlin.
- Krauß, W. (2002): *Towards Sustainable Development: The Cultural Dynamics of the Wadden Sea*, in: *Wadden Sea Newsletter No.1/26*, 9-12
- Macnaghten, P. / Urry, J. (1998): *Contested Natures*, London.
- Mühlhäusler, P. / Harré, R. (1991): *Pronouns for People: The Linguistic Construction of Social and Personal Identity*, Oxford.
- Searle, J. R. (1969): *Speech Acts: An Essay in the Philosophy of Language*, Cambridge (Mass.).
- Wanke, M. (1992): *Politische Landschaft. Zur Kunstgeschichte der Natur*, München.

Stadt, Land und Medien – Ansichten von Natur und Nordsee im Wandel kultureller Praxis

Wolfgang Settekorn, Hamburg

Vorbemerkung

Donnerstags bringt das „Hamburger Abendblatt“ eine Rubrik mit dem Titel „Mal raus aus der Stadt“. Eine norddeutsche Ausschnittskarte markiert Orte, von denen aus Ausflugslokale, Restaurants, Hotels und Pensionen für sich werben. Eine über die Karten verteilte Nummerierung ermöglicht es, die werbenden Unternehmen ihrer geographischen Lage und Verkehrsanbindung zuzuordnen. Hamburg ist bei all dem als Metropole und Ausgangspunkt für Ausflüge aus der Stadt konzipiert. Die hier einschlägige Metapher vom „Ausflug“ nimmt die Bewegung der Vögel vom Nest weg in die Umgebung und ins Nest zurück auf, um die Bewegung der Städter aus der Stadt heraus zu konzipieren.

Woher kommt diese Lust am Ausflug, woher das Bedürfnis, die Wochenenden außerhalb der Stadt zu verbringen, wo doch zugleich von einer als Einbahnstraße konzipierten Landflucht die Rede ist, wie wir sie seit dem Mittelalter kennen? Gerade weil es in meinem Beitrag um das „Raus aus der Stadt“, um das „Rein ins Grüne, in Natur und Landschaft“ geht, will ich auf die mit Disparität der Räume Stadt und Land kurz eingehen.

1 Rein in die Stadt, raus aus der Stadt. Notizen zu einer Entwicklung

Historisch zeigt sich, dass das Verhältnis von Stadt und Land und die Bewegung der Menschen von einem der beiden Räume in den anderen eine Umkehrung erfahren hat. War zunächst die Stadt beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus ein Ziel derer, die aus den Feudalverhältnissen ausbrechen wollten, so bildete sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine Gegenbewegung heraus, die im deutschen Bürgertum des 19. Jahrhunderts mit der Gartenkultur ein eigenes Verständnis von Stadt und Land, von Natur und Landschaft sowie eine eigene Sicht auf deren Beziehung hervorbrachte. Diese Entwicklung will ich zunächst in groben Zügen skizzieren, weil sich in ihrem Verlauf eine Reihe noch heute gängiger Vorstellungen über das Verhältnis von Stadt und Land, von Metropole und Region entstanden.

1.1 Rein in die Stadt, denn Stadtluft macht frei

Im europäischen Mittelalter erlebte die Stadt mit dem Aufstieg des Bürgertums als Wohn- und Lebensraum einen enormen Aufschwung. Adel, Geistlichkeit und Bürgertum gaben den Städten und Stadtteilen ihr jeweils eigenes Aussehen.¹ Städte konnten in Deutschland den Status der Reichsunmittelbarkeit erhalten: So entwickelte der Verbund der Hansestädte ein städtisches Selbstbewusstsein und wurde damit zu einer nicht zu unterschätzenden Macht. Die Stadt versprach die Möglichkeit, sich von den Grenzen der feudalen Ordnung zu befreien. In den Städten des Hoch- und Spätmittelalters wurde der Kapitalismus entwickelt und damit auch die bürgerlichen Freiheiten. Dies gilt, wie Sennet (1995: 196) unterstreicht, gerade auch für die Hansestädte:

„Noch heute kann der Besucher in Städten, die dem mittelalterlichen Handelsbund der Hanse angehörten, über den Stadttoren das Motto ‚Stadtluft macht frei‘ lesen. In Paris wie in den Handelsstädten verhiess die Wirtschaft Freiheit von der ererbten Abhängigkeit, die durch den feudalen Lebensvertrag verkörpert wurde.“

„Rein in die Stadt“, war das Motto für die zentripetalen Anziehungskraft der Städte. Doch die Städte konnten und wollten nicht all diejenigen aufnehmen, die die städtische Freiheit suchten. Wem die Mauern der Stadt den Schutz verwehrte, der konnte in den Vorstädten unterkommen, die um die Städte herum in breiten Bändern wuchsen (Mumford 1979, 562 ff.). Stadt und Vorstadt breiteten sich zusehends aus, der wachsende Stadtkörper verleibte sich ein, was zuvor noch bewirtschaftetes Land war; auf Äcker oder Brachland stellte man Haus und Hof, baute Straßen und Plätze. Viele Städte wuchsen und wucherten, und immer neue Mauern wurden zu ihrem Schutz und zu ihrer Verteidigung errichtet – noch heute lassen manche Straßenführungen die Schichten dieses Wachstums erkennen. Der Innenraum der Stadt wurde zusehends verdichtet, die meisten Städter konnten sich keine großzügigen Grundstücke, Häuser und Wohnungen leisten, die Mehrheit lebte in immer größerer Zahl auf immer knapperem Raum. Das Leben in der Stadt war für die meisten ihrer Bewohner beengt. Im 17. und 18. Jahrhundert wurde mit der barocken Stadt ein neuer Stadttyp entwickelt: Nach vorgezeichneten Plänen entstanden neu gegründete Städte, die rational durchgeplant, dem Stand der Wissenschaften, dem Bedürfnis ihrer Fürsten nach Repräsentation, dem Handel und dem Gewerbe, aber auch dem kulturellen Leben ent-

¹ So lässt etwa Naumburg noch heute deutlich die Abgrenzung der Bischofsstadt von der Bürgerstadt erkennen, und in Passau hatten sich die Bischöfe über der Stadt auf dem Berg eine eigene Festung als Rückzugsort gebaut, von der aus sie auf die Stadt herablickten und sie bei Bedarf auch beschießen konnten.

sprachen.² Städte wie Hamburg, deren Struktur keiner einheitlichen und rationalen Planung unterlag, entwickelten sich zunächst wie urwüchsig innerhalb der Befestigungswerke und breiteten sich dann zusehends unter Anpassung an die Geomorphologie aus. All dies brachte Probleme mit sich, die van Dülmen (1999: 7 f.) eindringlich vor Augen führt:

„Wegen des starken Bevölkerungswachstums in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts drängten sich immer mehr Menschen in den noch weitgehend geschlossenen Städten: die Lebensbedingungen verschlechterten sich drastisch. In Hamburg beispielsweise wuchs die Einwohnerzahl zwischen 1750 und 1800 von ca. 90.000 auf 130.000 an, allein in dem Jahrzehnt von 1785-1795 vermehrte sie sich um 30.000. Immer mehr Mietparteien rückten in den Häusern zusammen; nach Möglichkeit stockte man die Gebäude auf und nutzte allen noch unbebauten Raum. Hinterhöfe und Gartenflächen wurden mehr und mehr mit neuen Seiten- und Quergebäuden verbaut und Zwischenetagen in die höheren Stockwerke eingezogen. Auch die bescheidenste Unterkunft ließ sich noch gewinnbringend vermieten.“

Eine derartige Bebauung war anfällig für Feuer, wie man in Hamburg schmerzlich erfahren musste, auch wenn die Neuaufbauten und Sanierungsmaßnahmen, wie sie in Hamburg nach dem großen Brand von 1842 erforderlich wurden, einiges verbessern konnten. Doch die Städte brauchten ungemindert Raum zur Ausbreitung, ihr stetiges Wachstum drängte sie immer weiter nach außen, über die ehemaligen Grenzen der zumeist schon geschliffenen Befestigungswerke hinaus.

1.2 Raus aus der Stadt, rein in Natur, Landschaft und Garten

Ende des 18. Jahrhunderts förderte die Stadtentwicklung eine Abwendung von der Stadt und einer Hinwendung zur Natur, der man im eigenen Garten am besten nachgehen zu können glaubte.

„Vor allem das entstehende, neue Bürgertum ersehnte und schuf sich Gärten, die ein Leben in der freien Natur, unbehelligt von den Unannehmlichkeiten des Stadtlebens und in einem ganz privaten Rahmen erlaubten. Aber auch die einfachen Leute begannen nach einem Garten, nach Ruhe und Erholung, draußen vor der Stadt zu streben.“ (Van Dülmen 1999: 7)

² Die beiden Kapitel „Die Struktur barocker Macht“ und „Residenzen und Hauptstädte“ von Mumford (1979: 401 ff.) geben einen guten einfühlenden Überblick zu Entwicklungen. Was heute als Reklameslogan für eine Schokoladenmarke wirkt, gilt für meine Heimatstadt Mannheim seit ihrer Gründung: praktisch, quadratisch und gut, vor allem bei Feuer und Belagerung, wenn es darum ging, das Wasser oder die Geschütze möglichst schnell an die erforderlichen Stellen zu bewegen.

Dem „Getimmel der peinvollen Stadt“ und ihrer bedrängenden Enge, die durch „das rastlose Treiben der Berufs-Arbeiten, Leidenschaften und Verhältnisse die Menschen überspannen und zusammenpressen“, wird „die tausendförmige schöne Natur mit allen ihren Hochgenüssen in einer weiten romantischen Gegend“ entgegengesetzt, die „auf Herz und Sinn“ wirken und „Erholung im Garten- und Landleben“ versprechen. Das Raus-in-die-Natur gerät dabei zur Flucht aus der Stadt. Für den Stadtbürger des 19. Jahrhunderts macht nicht mehr die Stadtluft frei, er sucht Freiheit und intime Selbstverwirklichung im Garten und auf den Lande. Damit sind einige neue Koordinaten angegeben, innerhalb derer sich die Bewegung „raus aus der Stadt“ vollzog.

1.3 Mal raus aus der Stadt: Formen und Mittel kleiner Stadtfluchten

Die unter „Mal raus aus der Stadt“ inserierenden Ausflugslokale sind als Ziele der „Hinaus-Bewegung“ meist „im Grünen“, „in der Natur“ oder doch zumindest in einem Park gelegen, und wo dies fehlt, vermag auch ein Bier- oder Kaffeegarten den entsprechenden Etablissements eine gewisse Attraktivität zu verleihen. Zumindes „draußen“ soll man sitzen können, und dann noch nach Möglichkeit unter Bäumen und „mit Blick“ (Hodinger 1992: 23 ff.), vielleicht so, wie Max Liebermann dies für die Terrasse des Hotel Jacob in Nienstedten festgehalten hat. Und je mehr solcher Eigenschaften vorliegen, umso lieber begeben sich die Städter für Stunden an derlei Orte, deren geographische Streuung mit der Zeit immer weitere Kreise zog. Noch vor hundert Jahren hätte eine Landkarte der Metropole Hamburg und ihrer Ausflugsziele anders ausgesehen als die Karte aus dem „Abendblatt“. Statt der Autobahnen, die seit der Mitte des 20. Jahrhunderts ein immer dichteres Netz über Deutschland und ganz Europa spannen, hätte sie das Netz der Eisenbahn und damit den Verlauf des derzeit schnellsten Massen- und Ferntransportmittels verzeichnet. Zudem wäre der geographische Ausschnitt wesentlich kleiner ausgefallen, denn der Radius für massenhafte Ausflüge und Kurzreisen war nicht nur wegen der Knappheit an geeigneten Verkehrsmitteln und Verkehrswegen wesentlich geringer. Vor allem das knappe Zeit- und Geldbudget der meisten Bewohner von Großstädten ließ lange und weite Reisen nicht zu, denn ihre knapp bemessene Freizeit setzte enge Grenzen und ihr Bewegungsradius entsprach weitgehend dem der günstigen Nahverkehrsmittel.

Das Beispiel der abwärts der Elbe gelegenen Dörfer in Hamburgs damals noch dänischem, danach preußischem Westen zeigt diese Entwicklung deutlich. Wer einen Ausflug machen wollte, der benutzte die Eisenbahn (Schivelbusch 1979), später die S-Bahn und dann auch die Straßenbahn. Der erweiterte Radius des Städters, den es „mal raus aus der Stadt“ trieb, und die Entwicklung öffentlicher Verkehrsmittel veränderten die Landschaft: Vormalig landwirtschaftliche Nutzflächen wurden zu großen Teilen zum öffentlichen Raum der Erholung. So zum Beispiel in Alt-Bahrenfeld, wo Mitte der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts am

Bahnhof Reimers' Gastwirtschaft und das spätere Gasthaus „Carlsthal“ eröffnet wurden. Fritz Lachmund, der die Geschichte Altonas und der Elbvororte in alten Bildern und Postkarten dokumentiert hat, schreibt dazu (1979: 17): „Carl Reimers war es, der in einer derzeit noch unberührten Landschaft besagtes Gasthaus errichtete.“

Von dieser Zeit trennen uns nicht nur gute 135 Jahre, sondern vor allem auch die Vereinnahmung einer zuvor landwirtschaftlich genutzten Landschaft durch fortgesetzte Urbanisierung und Industrialisierung.³

1.4 Weiter raus aus der Stadt: Großbürgerlicher Badeaufenthalt auf Sylt

Für Begüterte und Gebildete allerdings standen schon seit der für das 18. Jahrhundert typischen „Grand Tour“ (Brilli 1997: 10) entferntere Regionen für Rei-

³ Und dennoch war ein gutes halbes Jahrhundert später, in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts, wie Giordano in den „Bertinis“ schildert, eine Fahrt von Barmbek nach Hochkamp und Blankenese für Kleinbürgertum und Unterschicht etwas Besonderes: Sie führte in eine fremde, parkartige Welt und an den Elbstrand.

„So war für Roman und Cesar früh aus dem Leben der Kindheit die Unterelbe hervorgewachsen, eine lebendige, riesige Fläche, und die erste begriffslose Zeit war der hellen Vorfreude gewichen, wenn Lea und Alf sich anschickten, mit ihnen zum Barmbeker Bahnhof zu gehen. Dort bestiegen sie die Vorortbahn und machten eine lange, lange Reise bis zu einer Station, die *Hochkamp* hieß. Dann streckte sich eine endlose Straße vor ihnen, die gegen das Ende hin wenig anstieg. Staunend setzten die Kinder Fuß vor Fuß. Rechts und links, weit auseinander gelegen, stolze und versteckte Häuser, ganz anders als die hohen grauen Fassaden in Barmbek. Überall Grünes, schmale blattumwucherte Wege, dann endlich die gefährlich steile Treppe, und von ihrer höchsten Stufe der erste Blick auf das gewaltige Panorama des Stromes.

Unten am Strand schützte Alf die Seinen vor der Flut durch hohe Wälle aus Sand, die in einem Halbkreis an die rote alte Ufermauer stießen. [...]

Alles, was Cesar und Roman Bertini in jenen frühen Jahren dort so eindrucksvoll erleben, errochen, empfanden, sammelten sie unter *einem* Namen, *einem* Symbol – *Blankenese!* Es war ein Teil ihres Lebens geworden, eine unsagbar süße, kindliche Sehnsucht nach der Zukunft des nächsten Sommers, die sie winters oft beschworen. In den düsteren, kalten Monaten malten sie sich aus, wie sie in der warmen Jahreszeit den Sand umgraben, die winzige Tierwelt in den Strandbüschen und die großen Schiffe auf dem Strom, der so gut duftete, beobachten würden. Heimlich besprachen sie sich bis in die späte Nacht, sehr darauf bedacht, von Lea nicht schlaflos entdeckt zu werden. Sie waren erfüllt und hitzig begeistert von der Aussicht, die lange Straße in Hochkamp hinunterzugehen, vorbei an den stolzen, versteckten Häusern, durch die blattumwucherten Wege, bis sich ihnen oben an der gefährlich steilen Treppe der lebendige Strom zeigen würde. Wasser, Himmel, Sonne, Luft, Sand, Schiffe – *Blankenese!* Der Wunsch, einmal dort zu leben, muß schon damals unausrottbar in sie gelegt worden sein“ (Ralph Giordano, Die Bertinis: 51 f.).

sen offen.⁴ Dank der Eisenbahn rückte für sie, wie das Beispiel von Westerland zeigt, das Meer schon Mitte des 19. Jahrhunderts näher. Die von Corbin (1990) geschilderte Entdeckung der Küste verwandelte mit der Entwicklung des Tourismus die Struktur ganzer Regionen. Dieser gezielt herbeigeführte grundlegende Wandel kommt in der folgenden Passage ein aus dem Bildband „Sylt im Licht“ geradezu modellhaft zum Ausdruck:

„Die natürlichen Voraussetzungen waren es, die Mitte des 19. Jahrhunderts das Nordseeheilbad Westerland, heute der Hauptort der Insel, zu einem weltberühmten Badeort werden ließen. Als ‚Cannes des Nordens‘ bezeichnet, wurde Westerland in ersten touristischen Prospekten hervorgehoben mit: ‚Ein großartiges Meer, ein Strand, meilenweit ausgebreitet wie der köstlichste Samtteppich, die phantastische Dünenwelt, die hehre Schönheit der ganzen Insel.‘ So kam es, daß die Sylter Friesen, die sich bisher nur durch besondere Fähigkeiten beim Walfang und als Navigatoren der Seeschifffahrt einen Namen gemacht hatten, ein neues wirtschaftliches Standbein schufen – heute ist der Tourismus die einzige Existenzgrundlage. [...] Den Grundstein für das heutige Touristik-Flaggschiff Schleswig-Holsteins legten weise Männer des Ortes und der Hamburger Arzt Dr. med. Gustav Roß, der sich auf die Heilkräfte des Meeres und die Schönheiten der Insel berief, um Westerland 1855 zum Seebad zu machen. Die Anreise war damals noch recht umständlich: Zuerst fuhr man mit dem Dampfschiff über das Wattenmeer und dann mit dem Pferdetaxi ins Westerländer Badevergnügen“ (Sylt im Licht: 7).

Auch die interne touristische Erschließung der ganzen Insel unterlag der durch die Bahn dominierten verkehrstechnischen Logik des 19. Jahrhunderts: „Für die anderen Inselorte kam die Berührung mit dem Fremdenverkehr erst mit der Inselbahn – später auch ‚rasende Emma‘ genannt –, die zunächst von Westerland nach Hörnum führte“ (ebd.). Der Aufbau des Westerländer Bade- und Kurbetriebs lag im Trend einer Zeit, in der aufstrebende Bürger sich unter Nachahmung des Adels einen Kuraufenthalt etwas kosten ließen, während sich Adel und Hochadel im Sommer an mondänen Badeorten abzusondern suchten. Die lokalen und regionalen Infrastrukturen wurden im Lauf dieser Entwicklung einer gründlichen Umgestaltung unterzogen. Unübersehbares Beispiel für die damit einhergehenden tief greifenden Veränderungen von Natur und Landschaft ist der Bau von Wegen, Unterkünten, Kuranlagen, Molen, Schiffsbrücken usw. Die Ent-

⁴ Italien war schon seit Ende des 15. Jahrhunderts bevorzugtes Reiseziel, so u. a. von Dürer (Rebel 1999: 70 ff.). Allerdings hatten auch zu dieser Zeit, wie schon im Mittelalter (Ohler 1991), die Reisen nicht Bildung und Erholung zum primären Zweck. Vielmehr standen Ausbildung – so bei den Vaganten und fahrenden Schülern –, Verwaltung – so bei den ambulanten Höfen –, Handel, religiöse Zwecke (Foster 1990; von Saucken 1999) im Vordergrund.

wicklung der Insel Sylt und der Küsten von Schleswig-Holstein zeigt aber auch, dass die Erschließung von immer mehr Naturräumen und Landschaften durch den ständig wachsenden Küsten-Tourismus auch ihre Kehrseiten hat. Dies gilt z. B. dann, wenn die Nutzung von Natur und Landschaft zu deren Abnutzung, Verschleiß oder gar Zerstörung führt und wenn die Verbesserung und Vergrößerung von Infrastrukturen immer mehr Teile der Natur und Landschaft verschlingt, deren ästhetische und diätetische Aneignung durch die zahlenden Touristen gerade die wesentliche Antriebskraft der ganzen Entwicklung war und ist. Dies gilt auch, wenn etwa das Gebrauchswertversprechen eines einsamen Aufenthaltes in freier Natur viele zu dessen praktischer Umsetzung in Form eines Aufenthaltes an der Küste treibt und sich dort zu Tausenden trifft – ein gigantisches Paradoxon!

2 Natur, Meer und Medien

Anders als der Ausbau des Bäderwesens an der deutschen Nordseeküste ist die Sehnsucht nach der See und der Küste kein Produkt des 19. und 20. Jahrhunderts. Wie Corbin (1990) zeigt, gehen unsere Form der „Meereslust“ und unsere Sehnsucht nach der See auf das 17. Jahrhundert zurück. Sie sind ganz entscheidend durch gedruckte Beschreibungen und Berichte, vor allem aber auch durch bildliche Darstellungen von Küste, Meer und Strand geprägt. Dies wird noch etwas näher anzusprechen sein (2.2; 2.3.). Bleiben wir vorerst noch bei den Widersprüchen, die die Entwicklung des Massentourismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit sich gebracht hat.

2.1 Raus aus der Stadt, rein in die Einsamkeit der Natur: Brücke-Künstler am Meer

Während die einen sich unter vielen ihresgleichen wohl fühlen mögen, treibt es die anderen dazu, immer neue Plätze zu suchen, in denen sich das genannte Gebrauchswertversprechen in die Praxis einer gelungenen Bewegung „raus aus der Stadt“ und „rein in Natur und Landschaft“ umsetzen lässt. Eben diese Einsamkeit der Natur suchten viele „Maler am Meer“, so der Titel eines Bildbandes (Renken/Spielmann 1997), der „Auf den Spuren der BRÜCKE-Künstler in Schleswig-Holstein“ wandelt. Die Vertreter dieser 1905 gegründeten Gruppe (Ernst Ludwig Kirchner, Erich Heckel, Karl Schmidt-Rottluff, Emil Nolde, Otto Mueller) zog es seit dem Sommer 1912 immer wieder an die schleswig-holsteinische Ost- und Nordseeküste, denn auch für sie waren Natur, Meer, Strand und Landschaft klarer Gegenpol zur Großstadt. Jedoch nicht nur für sie, denn zeitgleich mit ihnen entdeckten auch immer mehr Touristen die Natur und die Landschaft an den Küsten von Ost- und Nordsee. „Was Schmidt-Rottluff aus

Hohwacht vertrieb, verleidete Nolde auch Alsen: immer mehr Touristen, die die Ruhe der einsamen Maler am Meer störten“ (Renken/Spielmann 1997: 75). Die Künstler zogen sich deshalb in neue Natureinsamkeiten zurück. Doch die wurden später selbst, wie etwa Seebüll, zum touristischen Anziehungspunkt.⁵ Im Spannungsfeld zwischen dem kulturellen Reizklima der Großstadt und der Natureinsamkeit erreichte ihre Kunst den Höhepunkt“ (Renken/Spielmann 1997: 9). Wer heutzutage auf deren Spuren wandelt, könne nacherleben, was die Brücke-Künstler beeindruckte und antrieb:

„Zu erfahren ist darüber hinaus die norddeutsche Landschaft, die die Künstler zu einer Fülle von Bildern inspirierte: dieses meerumschlungene Land mit seinen Hügeln, Seen und Wäldern im Osten und sich in der Unendlichkeit der am Horizont verlierenden Küstenlinien im Westen. Der hohe Himmel, das nordische Licht, die gläserne Luft lassen den Reisenden auf den Spuren der Künstler noch heute ins Schwärmen geraten. Hier fanden die Maler die Einsamkeit in der Natur, die sie suchten. Die Ende des 19. Jahrhunderts aufkommende Wandervogelbewegung hatte das Empfinden für die Natur neu geschärft. Empfinden wollten die ‚Brücke‘-Künstler erklärmaßen ihre Bilder, nicht mehr akademisch malen“ (Renken/Spielmann 1997: 8).

Der Text bringt stereotype Beschreibungen dessen zusammen, was die Attraktivität der nordfriesischen Küstenlandschaft ausmacht: die *„sich in der Unendlichkeit am Horizont verlierenden Küstenlinien im Westen. Der hohe Himmel, das nordische Licht, die gläserne Luft“*. Die Fotos des Bandes tun ihrerseits alles, um diese verbalen Stereotype durch visuelle Stereotype zu veranschaulichen. Wir sehen imposante Sonnenuntergänge am Meer (Buchumschlag, 16/17, 20/22, 64/68, 76/78), Strände (13/14, 16/17, 20/22, 32/33, 44/46, 90/91, 92/93), weiße Wolken, vornehmlich Cumuli (14/15, 68/69, 80/82), oder dramatisch aufgerissene Himmel (76/78), Dünenlandschaften – vorzugsweise vor blauem Himmel (15/16, 56/58, 60/62) – sowie idyllische Gärten, Felder und Seen (34/35, 48/49, 52/53, 84/85, 86/87, 88/89). Bei all dem werden Natur und Landschaft sozusagen pur, also weitgehend menschenleer, gezeigt und damit die Möglichkeit zur Einsamkeit in der gezeigten Natur visuell suggeriert.

Dass heutzutage Windkraftanlagen das Landschaftsbild der schleswig-holsteinischen Nordseeküste unverkennbar prägen, spielt offensichtlich für diejenigen keine Rolle, die auf den Spuren der Brücke-Maler das sehen wollen, was jene erblickt und in Zeichnung, Grafik, Öl, Tempera oder Aquarell festgehalten haben. Offensichtlich suchen wir vorzugsweise „malerische“ Ansichten, die für uns im doppelten Sinn Vor-Bilder sind. Zum einen als vorgefertigte, von uns schon wahrgenommene Bilder und zum anderen als Muster oder Modelle, die unsere Sehnsucht wecken und artikulieren, nach der wir unsere Wünsche und Reiseaktivitäten ausrichten und die zugleich unsere Bewegung im Raum auf spezifische

Ziele hin bestimmen – raus aus der Stadt, rein in bestimmte Orte und Räume von Natur und Landschaft!

2.2 Moderne Massenmedien und Massentourismus

Was die Vor-Bilder der Künstler zeigen, zieht nicht zuletzt die Aufmerksamkeit derjenigen hinter den Objektiven der Video-, Film- und Fotokameras auf sich und bringt sie dazu, bestimmte Ausschnitte und Phasen von Abläufen zu wählen und diese fotografisch zu bannen.

Wir haben zudem gesehen, dass mit dem Ausbau der Nahverkehrsmittel und dem Eisenbahnnetz (Schivelbusch 1979) das Reisen raus aus der Stadt in das stadtnahe Umland oder an fernere Ziele beschleunigt und – bei allen sozialen Unterschieden der Mittel, Ziele und der Art des Reisens – für breitere Kreise möglich wurde.

„Die Steigerung der Reisetätigkeit bringt eine Neubewertung des Reisens an sich, eine Verschiebung in Motivation und Erleben der Reisenden mit sich. Ein Vorgang, der eng verknüpft ist mit (massen-)medialen Angeboten, ohne die moderner Tourismus nicht denkbar wäre“ (Jost 1989: 490).

Mit der Beschleunigung und Verbreitung des touristischen Reisens geht die fortschreitende Normierung der Ziele, Wege und Arten des Reisens, aber auch die der Objekte der Wahrnehmung, der Wahrnehmungsweisen und der medialen Fixierung wahrgenommener Eindrücke einher. Dabei kommt es, wie Jost (1989: 492 f.) darstellt, zu einem Medienwandel, der die Praxis des Reisetagebuchs durch das Schreiben von Postkarten ersetzt:

„Mit der Schematisierung des Reisens beginnt also die Ent-Individualisierung des Erlebens. [...] In ihrem Gefolge ergibt sich eine Veränderung von literarischer Bedeutung: der Niedergang der Reisetagebücher. Hatten die Reisenden früherer Zeiten, bedingt durch die lange Dauer der Fahrten – oft notgedrungen –, genug Muße, ihre Erlebnisse zu Papier zu bringen, so macht die zunehmend raschere Bewältigung vorgegebener Routen dies immer schwieriger; Zeit ist Geld, und zu verschenken hat man nichts. Zudem steuert man nicht mehr ein wirklich individuelles Ziel an, sondern absolviert ein mehr oder minder straff geplantes Programm. Es reicht daher, wenn man von den einzelnen Stationen Erfolgsmeldungen verschickt, die nichts anderes besagen als ‚ich war hier‘: Postkarten, eine neues Medium, zum ersten Male 1869 in Österreich verwandt, ab 1870 in Preußen im postalischen Einsatz. Zwanzig Jahre später wird mit Zulassung der Ansichtskarten im Postverkehr die Beliebtheit des Mediums noch gesteigert“ (Jost 1989: 492 f.).

Den Empfängern dokumentiert die Ansichtskarte den Erfolg der Reise, sie vermittelt zwei Botschaften der Absender: „Wir denken an Euch“ und „schaut her, so schön ist es, wo wir sind“. Aus dieser Praxis ist der Ausdruck „Postkarten-“ oder „Bilderbuchlandschaft“ erwachsen, an der die entsprechenden Bildbände und Poster ausgerichtet sind, denn sie zeigen zumeist, was wir auch als „male-
risch“ bezeichnen. Und genau dies halten wir auf unseren Urlaubs- und Reisebil-
dern fest und nehmen es mit nach Hause, um uns und den anderen zu dokumen-
tieren, dass wir waren, wo wir waren. Man

„kann mit Hilfe moderner Medien wie Foto, Film, Video den Erfolgsbe-
weis mit nach Hause nehmen, um dort noch einmal Bestätigung zu fin-
den. Wenn zu Beginn gesagt wurde, dass der moderne (Massen-)Tou-
rismus ohne (Massen-)Medien nicht denkbar wäre, dann ist dies damit
gemeint: Man braucht sie vor, während und nach der Reise, wenn man
den erstrebten Effekt erzielen will. Wobei die vorbereitenden Medien die
Aufbereitung des Erlebnisse durchaus berücksichtigen und konfektionie-
ren. Es wird nicht allein vorgegeben, welche Plätze man aufzusuchen hat,
es werden auch schon Vorschläge mitgeliefert, von welcher Position aus
man den fotografischen Beweis für die persönlichen Anwesenheit am bes-
ten erbringt (für ungetübte Fotografen gibt es fast überall fertige Dia-
Serien zu kaufen, von Postkarten ganz zu schweigen)“ (Jost 1989: 502 f.).

Die Muster dessen, was derlei Vor-Bilder enthalten, haben sich historisch her-
ausgebildet und sind fester Bestandteil eines Inventars von stereotypisierten
verbalen und pikturalen Darstellungen geworden, denen wir einen hohen emoti-
onalen und ästhetischen Wert zusprechen.

2.3 Immer das gleiche Stück: It's always the sun!

Ein über alle Medien verbreitetes und in fast allen privaten Fotoalben und Fil-
men wiederkehrendes Motiv ist das der auf- oder untergehenden Sonne, vor-
zugsweise im Gebirge oder am Meer. Auch der Schlager macht da keine Aus-
nahme. „Und immer, immer wieder geht die Sonne auf“, hat Udo Jürgens gesungen,
„Here comes the sun“ die Beatles und „It's always the sun“ die Stranglers.

All diese Schlager und Lieder hatten einen sprachlich unvergleichlich versierten
Heinrich Heine zum Vorgänger, der in einem seiner Gedichte mit romanti-
scher Ironie eine unvergessliche Situation schildert:

„Das Fräulein stand am Meere
Und seufzte lang und bang,
Es rührte sie so sehre
Der Sonnenuntergang.
Mein Fräulein! sein Sie munter,
Das ist ein altes Stück;

Hier vorne geht sie unter
Und kehrt von hinten zurück.“⁶

Heines Verse beschreiben eine schöne, anrührende und bewegende Situation,⁷ und obgleich sie sich als „altes Stück“ immer wieder wiederholt, verliert sie nichts von ihrem Reiz. Ganz in Gegenteil: Die unübersehbare Menge von Bildern der auf- oder untergehenden Sonne an Meer und Strand vervielfacht diesen Moment ebenso in eine unermessliche wie unüberschaubare Menge gezeichneter, gemalter, fotografiertes oder gefilmter Bilder. Wer von uns hat noch nicht versucht, eine rot glühend untergehende Sonne im Bild festzuhalten? In St. Peter-Ording, wo es außer Meer und weitem Strand und den Pfahlbauten sonst

⁶ Heinrich Heine: Werke. Erster Band mit einer Einleitung von Hans Mayer. Gedichte. Ausgewählt und herausgegeben von Christoph Siegrist. Frankfurt am Main: Insel 1968.

⁷ Dabei hatten es ihm die Sonnenuntergänge offensichtlich selbst angetan: Von den 23 Liedern der beiden 1825-1826 verfassten Nordseezyklen künden drei allein schon im Titel von Abenddämmerung (1×) und Sonnenuntergang (2×), und in auch einigen anderen spielt der Lauf der Sonne eine wichtige Rolle. In „Abenddämmerung“, dem zweiten Lied des ersten Zyklus, heißt es:

„Die Sonne neigte sich tiefer und warf
glührote Streifen auf das Wasser,
Und die weißen, weiten Wellen
Von der Flut gedrängt,
Schäumten und rauschten näher und näher.“

Das nächste Lied trägt den Titel „Sonnenuntergang“ und beginnt mit folgenden Zeilen:

„Die glühend rote Sonne steigt
Hinab ins weitaufschauende,
Silbergraue Weltenmeer;
Luftgebilde, rosig angehaucht,
Wollen ihr nach.“

Das vierte Lied des zweiten Zyklus schließlich trägt den Titel „Untergang der Sonne“ und beginnt wie folgt:

„Die schöne Sonne
Ist ruhig hinabgestiegen ins Meer;
Die wogenden Wasser sind schon gefärbt
Von der dunklen Nacht,
Nur noch die Abendröte
Überstreut sie mit goldnen Lichtern;
Und die rauschend Flutgewalt
Drängt ans Ufer die weißen Wellen,
Die lustig und hastig hüpfen
Wie wollige Lämmerherden,
Die abends der singende Hirtenjunge
Nach Hause treibt.“

wenig zu zeigen gibt, wirbt man im Internet mit drei Sonnenuntergängen: eine Sonne tief über dem Watt,⁸ zweimal gleich mit Sonnenuntergang, und Pfahlbau.⁹

Aber nicht nur die Wahrnehmung des Naturereignisses, sondern auch das menschliche Verhalten in dieser Situation ist weitgehend stereotypisiert. Da macht auch Heine keine Ausnahme, wenn er in „Untergang der Sonne“ fortfährt:

„Wie schön ist die Sonne!
So sprach nach langem Schweigen der Freund,
Der mit mir am Strande wandelte,
Und scherzend halb und halb wehmütig,
Versichert’ er mir: die Sonne sei
Eine schöne Frau, die den alten Meergott
Aus Konvenienz geheiratet.“

Der erhebende Anblick lässt die Betrachter des Naturereignisses für eine Weile verstummen, bevor das Ereignis und seine Umstände selbst zum Gesprächsthema werden. Dies aber setzt voraus, dass man nicht allein, sondern in angenehmer Begleitung am Strand „wandelt“. Es ist ein festes, in unzähligen Beschreibungen und Bildern immer wieder verwendetes Teilkonzept von Meer und Küste, dass man am Strand gemeinsam als Paar oder Gruppe spazieren geht.

Vor allem medial vermittelte Bilder der Natur prägten mit ihren spezifischen technischen Modalitäten der Wahrnehmung und der bildnerischen Präsentation derlei Meeres- und Küsten-Konzepte. So z. B. die Impressionisten, für die die Eisenbahn nicht nur das „Raus aus der Metropole Paris“ in die umliegende Gegend ermöglichte: Die schnelleren Verkehrsmittel und die neuen Bildtechniken wie die Photographie wirkten sich in entscheidendem Maße auf die Veränderung der Maltechniken und Bildinhalte aus. Das Grundrepertoire, die Grundmenge prototypischer Versatzstücke von Naturbildern, wie sie mit der Erfindung der Plein-Air-Malerei seit dem frühen 17. Jahrhundert in Italien entwickelt worden waren, blieb dabei jedoch erhalten.

Claude Gellée, ob seiner Herkunft Lorrain, d. h. der Lothringer, genannt, hat in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts wesentlich zur Entwicklung und Verbreitung dieses Repertoires beigetragen. Von seinem römischen Atelier brach er zu ausgedehnten Wanderungen in die Campagna auf. „Er stand früh auf, was den angehenden Künstlern in den zeitgenössischen Anleitungen zur Malkunst immer wieder empfohlen wurde, und arbeitete bis zum Sonnenuntergang, um die Lichtstimmungen genau festhalten zu können“ (Bergmann 2000: 38).

⁸ Einzusehen unter: <http://st.peter-ording.de/galerie/sonnenuntergang-watt.jpg>.

⁹ Einzusehen unter: <http://st.peter-ording.de/galerie/pfahlbau1.jpg> und <http://st.peter-ording.de/galerie/pfahlbau2.jpg>.

„Nach der Natur selbst und nicht aus Imagination und Einbildung“ malen hieß die Stadt verlassen und vor Ort kleinformatige Ölskizzen anfertigen, auf denen man die unmittelbar in der Natur gesammelten Eindrücke festhielt. Diese dienten als Vorlagen, als Vor-Bilder für die Ausarbeitung der Bilder im Stadtatelier.

Lorrains Gemälde hatten auf die Wahrnehmung und Darstellung von Natur und Landschaft vor allem im 18. Jahrhundert einen prägenden Einfluss. Sie wurden zu Vor- und zu Leit-Bildern, welche den damaligen Italieneisenden auf seinem Weg begleiteten, die sein Ziel vorzeichneten und seinen Blick prägten. Was er erblickte, wurde mit dem Vor-Bild abgeglichen. So schreibt Goethe bei seiner zweiten Italienreise über die Wahrnehmung von einem „Duft des Tags über, den ich nur aus den Gemälden und Zeichnungen des Claude kannte, das Phenomen in der Natur aber nie gesehn hatte“ (Brief aus Rom an Charlotte von Stein vom 19.02.1787. WA IV, 8, S. 203; zitiert nach: Bergmann 2000, 77 f.).

Später wurde das von Lorrain gelieferte Ideal in einer eigenen normativen Technologie der Wahrnehmung materialisiert, im so genannten

„Claude-Spiegel, der im 18. Jahrhundert sowohl Künstlern als auch Touristen zur Betrachtung ‚pittoresker‘ Szenerien empfohlen wurde. Das war ein kleiner, tragbarer, mit einer Folie hinterlegter Spiegel, benannt nach dem französischen Maler, der klassische Architektur, laubreiche Haine und fernes Wasser am vollkommensten miteinander in Einklang brachte. Wenn der Blick in den Spiegel diesem Claude’schen Ideal nahekam, betrachtete man ihn als genügend ‚pittoresk‘, um ihn zu genießen oder sogar zu zeichnen. Spätere Variationen färbten das Glas mit dem Licht strahlender Morgenröte oder eines rosenfarbenen Sonnenuntergangs“ (Schama 1996: 20).

Und die im Gegenlicht dargestellten Auf- und Untergänge der Sonne sind schließlich nicht nur fester Bestandteil der Ansichtskarten, nicht nur „romantische Filmszenen“ kommen ohne Paare am Meer im Gegenlicht der Sonne nicht aus, auch die Warenwerbung präsentiert ihre Objekte nur allzu gern im günstigen Licht der Abendsonnen. So lebt die Autowerbung zu großen Teilen von der Fahrt ans Meer oder am Meer, und das am besten noch im Gegenlicht der auf- oder untergehenden Sonne. Bei Chrysler ging diese Vorliebe so weit, dass es ein Cabriolet nicht nur in derartigem Licht auf einer Mole präsentierte, sondern ihm auch noch den passenden Namen gab: Chrysler Stratus Cabrio Sunset 2.0. Für das schnittige Cabrio passt nicht nur „Sunset“, sondern auch „Stratus“, denn „Cumulus“ ließe wohl eher an rundere und pummelige Formen eines Van denken. Aber auch die werden vorzugsweise vor Meeres- und Küstenhintergrund gezeigt.

Deutlich wird dabei, dass die Reisenden ihre Körper im Auto in die Natur und an die Küste bringen, wo sie das Outfit tragen, das eine auf *outdoor* orientierte Bekleidungsindustrie uns fast täglich in ihren Prospekten zeigt. Die weiblichen,

männlichen und kindlichen Models sind vorzugsweise vor Küstenhintergründen postiert, wo sie man sie gerne beim Strandspaziergang und in Unterhaltung vertieft zeigt. „Abenteuer Natur“ und „Fit in die Natur“ titelte Karstadt zwei Faltprospekte im Frühjahr 2001, und wenige Wochen später, im Mai 2001, „Summertime!“ einen Prospekt mit Frau, Mann und Kind vor Felsenküste.

2.4 Alternative Formen der Stadtflucht: Globetrotter und Wandervogel

Etwas anders präsentiert dagegen der Ausrüster für Abenteuerreisen „Globetrotter“ seinen Kunden in einem dicken Katalog Ausrüstungsgegenstände. Dieses Ende der 70er Jahre in Hamburg gegründete Unternehmen setzt auf individuelles¹⁰ und umweltverträgliches Reisen. Um diese Ideen zu fördern, lässt Globetrotter jährlich den „Globetrotter des Jahres“ (Globetrotter 2001: 3) nach Kriterien wählen, die dem Firmenkonzept entsprechen: „Wir wollen nicht die sportliche Höchstleistung prämiieren, sondern das sanfte Reisen fördern, das Rücksicht auf Natur und Kultur des Gastlandes“ nimmt (ebd.). Weiter heißt es:

„Wir wollen die Leistung von Individualisten honorieren, die, die sich für ein Schwerpunktthema engagieren. Reisende, die sich mit Land und Leuten auseinandersetzen, sich mit Kultur und Geschichte beschäftigen, sich vielleicht die Sprache der Einheimischen aneignen“ (ebd.).

Globetrotter des Jahre 2000 wurde

„Prof. Hauke Trinks, der im Frühjahr '99 mit einer kühnen These ins ewige Eis aufgebrochen war. Der Physiker – ehemaliger Präsident der TU Harburg – ist auf der Suche nach den Ursprüngen des Lebens. Der Wissenschaftler nahm Abschied vom sicheren Unibetrieb und segelte Einhand mit seiner Stahlyacht ‚Mesuf‘ nach Spitzbergen. Am 80. Breitengrad ging er vor Anker, um die Urformen des Lebens im Eis aufzuspüren. Abenteuer und Forschung – die Jury war fasziniert von dieser archaischen Form der ‚Entdeckungsreise‘. Hauke Trinks kennt sich aus in arktischen Gewässern. Bereits früher war er nach Grönland und Island gesegelt oder hat Spitzbergen mit dem Paddelboot und Hilleberg-Zelt erkundet“ (ebd.).

Diese einsame Bewegung „raus aus der Stadt“ und dem „sicheren Unibetrieb“ macht Eindruck und sie erfolgt in selbstreferentieller Präsentation mit einer Aus-

¹⁰ Vgl. den Artikel im „Hamburger Abendblatt“ (19.02.2001: 18), der über dieses Unternehmen, seinen Gründer und dessen Firmenkonzept unter dem Titel „Lust auf Abenteuer“ berichtet.

rüstung, die im Katalog selbst zum Kauf angeboten wird.¹¹ Zwar muss es, wie die „Teilnahmebedingungen“ zur Wahl des „Globetrotters des Jahres“ erläutern, „keine Fernreise sein, aber sie sollte abseits ausgetretener Pfade stattgefunden haben“ (ebd.).

Hier schließt sich der Kreis: Wo die Menschen in der Stadt immer näher zusammenrücken und sich in einen zusehends beschleunigten und verdichteten Arbeitsalltag eingespannt sehen, da wächst die Sehnsucht nach dem „Raus aus der Stadt“, und sie nimmt dort besondere Formen an, wo ökologische und distinktive Überlegungen eine Rolle spielen. Wo man sich durch die Art des Reisens von der Masse abzusetzen trachtet, ist man bestrebt, sich „abseits ausgetretener Pfade“ zu bewegen. Dieses romantische und bürgerliche Motiv des „Raus aus der Stadt“ und des „Rein in die Natur und in die Landschaft“, vor allem aber auch des „Hin ans Meer und an die Küste“, die Praxis des Abseits-der-Zivilisation-auf-unbekannten-Wegen-Wanderns und sich allein oder mit Freunden in die Natur zu begeben, um diese dort als Schauspiel zu erleben, hat nicht nur Heine in Worte und Verse gebracht. Caspar David Friedrich hat dieser Praxis einen emblematischen Ausdruck¹² verliehen und andere Malerkollegen und -freunde sind ihm darin gefolgt. So gibt es von Georg Friedrich Kersting eine Zeichnung aus dem Jahr 1811, die „Friedrich und Kersting auf der Harzwanderung“ zeigt. Die Outdoorkataloge durchzieht es als durchgängiges Bildmotiv.

An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert hatte diese Sehnsucht jugendlicher Städter nach der Natur und nach einem ursprünglichen Naturerleben die Bewegung des Wandervogels hervorgebracht,¹³ die laut Brenken/Spielmann (1997: 8) „Ende des 19. Jahrhunderts [...] das Empfinden für die Natur geschärft“ und damit auch die Maler der Brücke beeinflusst hat.

¹¹ Hilleberg-Zelte bietet der Katalog auf den Seiten 304-306 an.

¹² Etwa mit Bildern wie „Zwei Männer in Betrachtung des Mondes“ (1819/20, Dresden; vgl. Roters 1995: 30), „Der Wanderer über dem Nebelmeer“ (1818, Hamburg; vgl. Roters 1995: 121), „Der Mönch am Meer“ (1808-1810, Berlin; vgl. Roters 1995: 26) oder „Kreidefelsen auf Rügen“ (um 1818, Winterthur; Geismeyer 1998: Tafel 44).

¹³ „Der W. ist von dem Primaner Karl Fischer 1898 an dem Gymnasium zu Steglitz bei Berlin gegründet worden, an dem auch der bekannte Reformpädagoge L. Gurlitt wirkte. Fischer machte mit seinen Mitschülern Ausflüge, die nicht bloß als Protest gegen die zur Verzärtelung, zu oberflächlicher Hohlheit führende Genußsucht gedacht waren, sondern auch gegen den erzieherischen Einfluß von Elternhaus u. Schule, ja gegen jegliche Autorität. ‚Der Haß gegen die Schule hat den W. geboren‘ (Sämann 1913, S. 310). Fischer strebte nicht so sehr Genuß der Natur u. ihre Poesie an; vielmehr schwebte ihm als Ideal ein freies Umherschweifen vor“ (Roloff 1917, Bd. 5: „Wandervogel“).

Das 1917 von Ernst Roloff bei Herder herausgegebene „Lexikon der Pädagogik“ widmet dieser in der Zeit erheblicher Industrialisierung schnell wachsenden¹⁴ und beliebten Bewegung mit einer durchaus kritischen katholischen Sicht einen ausführlichen Artikel. Einleitend heißt es dort:

„Der Name W. bezeichnet eine eigenartige Bewegung, die als ihren Zweck angibt: ‚durch Veranstaltung größerer u. kleiner Wanderungen bei der deutschen Jugend das Wandern zu heben, den Sinn für Naturschönheit zu wecken, die Kenntnis von Land u. Leuten durch eigene Anschauung zu vermitteln u. so die Liebe zur Heimat u. die Achtung vor der Mitwelt zu fördern, die Kameradschaftlichkeit zu pflegen u. die Jugend zu Einfachheit, Mäßigkeit, Selbständigkeit u. zu einer Vertiefung der Lebensauffassung zu erziehen.“

Ausführlich geht der Artikel auf die Grundideen des Wandervogels und auf seine antizivilisatorischen Grundsätze sowie auf sein Bestreben ein, die Jugend gegen den verderblichen Einfluss der Großstadt durch das Erleben der Natur und durch das einfache Leben in ihr zu stärken. Als Grundlage dazu gilt der „urdeutsche Drang der Wanderlust“, Ziel des Unterfangens ist es, „die Liebe zur Natur, zur heimischen Scholle u. Kultur mit ihren kleinen u. großen Reizen wieder in die Herzen der Jugend pflanzen“, und mit dem „wieder“ kommt wohl einmal mehr das Rousseau'sche „Retour à la nature“ zum Zuge.¹⁵

¹⁴ „Welch gewaltige Entwicklung der W. genommen, zeigt eine Statistik, nach der 1910 nicht weniger als 5150 Fahrten von ½ bis 1½ Tagen gemacht worden sind, an denen sich 61.000 Wanderer beteiligten. Es wurde die Zahl von 100.000 Wandertagen erreicht. Um diese Zahl zu ermessen, bedenke man, daß ein Mann 274 Jahre lang oder eine Schar von 274 Mann ein Jahr wandern müßte, um diese Leistung fertig zu bringen“ (Roloff 1917: Wandervogel).

¹⁵ „Die Grundanschauungen, die im W. liegen, könnten der Jugend reichen Nutzen bringen. Sie könnten dem urdeutschen *Drang der Wanderlust* mit allen ihren *Vorteilen für Geist u. Körper* [...] Bahn brechen u. die *Liebe zur Natur, zur heimischen Scholle u. Kultur mit ihren kleinen u. großen Reizen* wieder in die Herzen der Jugend pflanzen. Mit der Liebe zur Natur würde auch zugleich die *Liebe zum Natürlichen, Gesunden, zur Einfachheit der Lebensführung* in ein dem Genußleben der Großstadt vielfach verfallenes Geschlecht zurückkehren. Im *bewußten Gegensatz zum Touristentum* sucht der W. auch die *stillen Winkel Deutschlands* auf; er setzt seinen Stolz darein, *ohne Alkohol u. Nikotin mit wenig Geld möglichst weit zu kommen*. Ein einfaches, selbstbereitetes Mahl auf der Waldwiese am Bach, ein Strohlager im Dorfkrug od. bei freundlichen Bauern ermöglichen weite Fahrten mit erstaunlich wenig Kosten. Je kleiner der äußere Aufwand, desto größer könnte der innere Gewinn sein. *Schärfung des Blickes für die geheimen Reize der Landschaft* („Stimmung“), *praktische Volkskunde durch Erleben* (s. Volkstum), Annäherung der einzelnen sozialen Stände, Wiedererweckung des deutschen Volksliedes mit Lautenbegleitung, das sich vor dem Gassenhauer mehr und mehr versteckte, das wären neben den unverkennbaren Vorteilen des Wanderns an u. für sich

Den Vorteilen des Wandervogels werden eine ganze Reihe von Nachteilen entgegengestellt¹⁶ und dabei auch jenes schon erwähnte Paradoxon zwischen dem Wollen der Städter, ihrem „Raus aus der Stadt, rein in die Natur“ und den Folgen, welche die Umsetzung von derlei Wollen vor allem dann zeitigt, wenn es Massencharakter annimmt. Dieses auch dem massenhaften sanften Tourismus durchaus bekannte Paradoxon führte offenbar schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu erheblichen Problemen:

„Der Hang zum Urwüchsigen, auch in der Sprache, artete stellenweise in allzu derbes Wesen od. in zigeunerhaftes Naturburschentum aus, das weniger Freude an den Schönheiten der Natur als an deren Beschädigung zeigte. Daher die fortgesetzten Kämpfe zwischen W. u. Landbevölkerung od. Forstverwaltung.¹⁷ Die zu große Inanspruchnahme der Landwirte zum Nächtigen, das Erbetteln von Lebensmitteln, das aufdringliche Treiben mancher aus beiden Geschlechtern gemischten Horden hat oft zu abfälligen Urteilen Anlaß gegeben“ (Roloff 1917: Wandervogel).

Halten wir abschließend aus unseren Beobachtungen Folgendes fest:

- „Natur“ ist ein zutiefst städtisches Konzept, an dessen historischem Aufbau neben den jeweiligen sozialen, kulturellen und ökonomischen Bedingungen die je zur Verfügung stehenden Medien und Techniken einen entscheidenden Anteil hatten. Dies gilt für die Wahrnehmung, kognitive Verarbeitung und die mediale Repräsentation von Natur.
- Diese „Natur“ sieht die Stadt und die „Natur“ als getrennte Räume und sie wird aus der Sicht derer konzipiert, die sich körperlich aus dem einen Raum – der Stadt – in den anderen – die Natur – und wieder zurück bewegen.
- Dabei werden „Natur“ und „Land“ dem städtischen Nutzungswillen unterworfen und zu Gebrauchsräumen, in denen sich die Erwartungen an den außerstädtischen Raum erfüllen sollen.

die Ziele, die der W. auch erreichen könnte“ (Roloff 1917: Wandervogel. Hervorhebungen: W. S.).

¹⁶ „Neben den bereits genannten seien noch erwähnt: Eine gewisse Neigung zum Germanisch-Heidnischen, verbunden mit pantheistisch angehauchter Naturschwärmerei (Feier des Sonnenwendfestes), hat bei manchen Wandervögeln bisweilen eine dem Christentum feindliche Stimmung gezeitigt, obwohl der W. satzungsgemäß weder religiöse noch religionsfeindliche Zielsetzungen verfolgt; auch mußten die langen Sonntagswanderungen besonders in Großstädten öfter zur Vernachlässigung kirchlicher Pflichten führen.“

¹⁷ Im Nationalpark Sächsische Schweiz ist dieses Problem virulent und entzündet sich immer wieder in des Wortes eigentlicher Bedeutung am Feuermachen beim Nächtigen in freier Natur.

- Mit fortschreitender Entwicklung und Verfügbarkeit der Verkehrs- und Transportmittel weitet sich der Radius dieser Bewegung und damit auch die Gebrauchsräume und deren Nutzung bzw. Verbrauch aus.
- Was man in der Natur sieht, in welchen Formen man sich dort verhält, ist historisch und kulturell herausgebildet und durch Grundmuster der ästhetischen Wahrnehmung und der emotionalen, psychologischen Reaktionen geleitet.

3 Ausblick: Natur und Menschenbild

Dass dieses stadtgeprägte Verständnis von Natur jedoch weit grundlegendere Folgen hatte und ihm letztlich ein Gesellschaftsverständnis zugrunde lag, das unterschiedliche Bezüge zur Natur als Merkmale sozialer Differenzierung postuliert, zeigt ein Blick in den Artikel „Volkstum“ aus dem schon zitierten Lexikon der Pädagogik. Wo es die „Schärfung des Blickes für die geheimen Reize der Landschaft (,Stimmung‘), praktische Volkskunde durch Erleben (s. Volkstum), Annäherung der einzelnen sozialen Stände“ als Vorteile des Wandervogels beschreibt, verweist es ausdrücklich auf den Artikel „Volkstum“; da ihn der Herausgeber des Lexikons selbst verfasst hat, ist er von besonderem Interesse. Aufschlussreich ist hier, wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts, und d. h. nicht nur während des Ersten Weltkrieges, sondern auch zu einer Zeit, in der die Volkskunde à la Wilhelm Riehl einen neuen Aufschwung nahm und in der man sich in Deutschland verstärkt auf das eigene Volkstum besann, der Unterschied von Stadt und Land als ein Gegensatz konzipiert wurde, an dem entlang das „Volk“ dem „Gebildeten“ entgegengestellt wird.¹⁸ Und dieses Volk

¹⁸ Der Artikel hebt folgendermaßen an: „Volkstum. I. Wesen 1. Das Wort ‚Volk‘ bedeutet im weiteren *ethnologischen* Sinne die Gesamtheit der durch gleiche Rassemernkmale verbundenen Individuen; es begreift also in sich die Besonderheiten, die ein Volk von einem anderen unterscheiden. Im engeren Sinne stellt das Wort dagegen einen kulturwissenschaftlichen, genauer einen *soziologischen* Begriff dar u. bezeichnet die Eigentümlichkeiten derjenigen Schichten der menschlichen Kulturgemeinschaft, die in verhältnismäßig einfachen wirtschaftlichen u. geistigen Verhältnissen leben. Um aber den Begriff Volk in seinem bestimmten Inhalte zu fassen, soll er mit dem des ‚Gebildeten‘ verglichen werden“ (Roloff 1917: Volkstum). Man muss gerechterweise sagen, dass Roloff versucht, diesen klaren Gegensatz abzumildern: „Doch sei gleich bemerkt, daß letzterer in keinem Gegensatz zum V. steht, sondern nur eine bestimmte Entwicklungsstufe des einzelnen über die Verfassung des Volkes hinaus darstellt. Weiter sei betont, daß beide Begriffe, wie alle dieser Art, in Wirklichkeit nie rein verkörpert sind. Zwischen den Typen ‚Volk‘ und ‚Gebildeter‘ liegen unzählige Übergangsformen. Besonders schwierig u. in einem kurzen Lexikonartikel nicht weiter zu berücksichtigen ist das Problem des V. in der Stadt“ (Roloff 1917: Volkstum). Doch bleibt dieser Versuch,

„lebt in einem mehr od. weniger engen *Zusammenhange mit der Natur*, von der es bei seiner Tätigkeit vielfach abhängig ist (Wetter, Jahreszeiten, Bodenbeschaffenheit). Es ist aber nicht bloß zur Welt der Pflanzen u. namentlich der Tiere in engen Beziehungen, sondern hat auch in seinem eignen Triebleben etwas Elementares, das schwächerem Empfinden oft roh erscheint. Seine Gefühle sind ursprünglich, sein Gemüt stark und tief. – Der ‚Gebildete‘ dagegen hat sich von der Natur entfernt. Seine äußere Umgebung ist nicht etwas Gewachsenes, sondern Geschaffenes: Kultur (im weitem Sinne). So ist auch sein Trieb- u. Empfindungsleben gedämpfter, vielfach mit Motiven, Vorstellungen, Wertmaßstäben u. Hemmungen durchsetzt, die der bewußt geschaffenen Kultur entstammen. Sein Gemüt ist beweglicher, aber dafür auch reizbarer u. flacher. [...]

4. Damit hängt auch die *Unabhängigkeit des Gebildeten von der Natur* zusammen. Er ist ihrer Herrschaft entzogen, sieht sie daher mit neuer, aus der persönlichen Sicherheit vor ihr geborner Anteilnahme: er genießt sie, während das Volk mit ihr lebt. Auch dem Leben gegenüber ist der Gebildete unabhängiger, da er sich darüber zu erheben und Beziehungen zum Ganzen zu finden vermag. Durch die Kultur sieht er sich sein Leben überall gedeutet, kann daher ihm gegenüber die Haltung freien Interesses, der Lust am Bewußtsein des Erlebens einnehmen. – Das ‚Volk‘ dagegen fühlt den Druck der Natur u. des Lebens in voller Wucht. Wie es von jener abhängig ist, so steht es auch unter seinem eignen Erleben, das es nicht leicht deuten und ins Ganze einfügen kann; es ringt vielmehr mit ihm. Daher die Schwermut, die allem ‚Volke‘ eigen ist. Für die leichtfreie, manchmal fast frivole Art, wie dem Gebildeten Natur u. Leben zum Gegenstande des Interesses werden, hat das Volk kein Verständnis.

Die Stadt, die Kultur und die Zivilisation entwurzeln in dieser Sicht den Menschen und können ‚den Gebildeten zum Überbildeten machen‘ und ihn noch weiter von der Natur und dem Volk entfernen, als er es schon in seiner gemilderten Form ist.“¹⁹

wie das „Bemühen um eine klarere Begriffsbildung“ zeigt, eher Floskel: „Wir halten uns hier, um eine klarere Begriffsbildung zu ermöglichen, besonders an jene Form des V., die den Charakter am reinsten ausprägt, nämlich ans Landvolk.“

¹⁹ „Dieser ist unnatürlich überfeinert, schwächlich, im Denken ganz abstrakt, im Empfinden zersplittert u. widerspruchsvoll, losgelöst vom V., von Natur u. Gemeinschaft (Urbild das Ästheten, des Kosmopoliten, des bloßen Büchermenschen).“ Gelangt das Volk in die Stadt, was mit der Industrialisierung im Verlauf des 19. Jahrhunderts bekanntlich in immer stärkerem Ausmaß der Fall war, dann unterliegt es in der Sicht des Pädagogen von 1917 leicht dem negativen und ungesunden Einfluss der Stadt, es „denaturiert“ zu „Menge“, „Masse“ und „Pöbel“: „Gerät das ‚Volk‘ unter diesen entwurzelnden Einfluß, ohne sich jedoch durch kraftvolle Kulturbestätigung zur Stufe des Gebildeten erheben zu können (wie das z. B. bei der Mehrzahl der handarbeitenden städtischen Bevölkerung, aber auch bei vielen aus den ‚bessern‘, ja selbst aus den höchsten Ständen der Fall ist), so wird aus dem ‚Volk‘ die ‚Menge‘, die ‚Masse‘, der ‚Pöbel‘, d. h.

Der städtische Blick auf das Land, die Landbevölkerung, das „Volk“ und die Natur ist ein Blick hinaus, der raus aus der Stadt gerichtet ist und draußen auf dem Land ein Ideal der Natur und der Landbevölkerung sieht, das er sich selbst konstruiert hat, um der Stadt entfliehen und auf dem Land eben die Erfüllung der selbst erzeugten Prophezeiung zu erleben. Der Städter braucht den außerstädtischen Raum für sich und seine Zwecke und er sieht sich dabei immer auch in überlegener Position. Die Perspektive auf das Land und auf die Natur ist dabei nicht nur eine von drinnen nach draußen, sondern auch eine von oben nach unten gerichtete.

Dies gilt reflexiv auch für diejenigen, die sich selbstkritisch fragen sollten, inwiefern sie der Gefahr der „Objektivierung“ unterliegen, auf die Bourdieu immer wieder für die ethnographische und soziologische Forschung (Bourdieu 1980) ebenso hinweist wie auf die problematische Verwendung des Wortes „populaire“ (Bourdieu 1983). Mein Blick auf Stadt und Land und auf ihr Verhältnis, mein Verhalten in Landschaft und Natur und vieles andere mehr, kurz, meine Praxis ist vorwiegend städtisch geprägt²⁰ und stellt damit eine spezifische, aber auch nur eine Sicht auf das Verhältnis von Stadt und Land, von Kultur und Natur und Landschaft dar. Und dies ist nicht die Sicht derer, die auf dem Land leben und arbeiten und die in meinem Beitrag überhaupt nicht zu Wort gekommen sind.

Literatur

Bourdieu, Pierre (1979): *La distinction. Critique du jugement social*, Paris.

Bourdieu, Pierre (1983): *Vous avez dit „populaire“?* In: *Actes de la Recherche en Sciences Sociales* 46, 98-105.

Brenken, A. / Spielmann, A. (1997): *Maler am Meer. Auf den Spuren der BRÜCKE-Künstler in Schleswig-Holstein*, Hamburg.

Brilli, A. (1997): *Als Reisen eine Kunst war. Vom Beginn des modernen Tourismus: Die „Grand Tour“*, Berlin.

eine in sich zusammenhanglose, durch keine tiefere Überlieferung getragene Vielheit von Individuen. Diese hat die gesunde Bodenständigkeit des Volks verloren, ohne jedoch die Geisteshaltung der Gebildeten innerlich gewinnen zu können. Dabei bleibt die Frage offen, inwiefern sich in unsern, infolge der nicht mehr vorhandenen Bodenständigkeit weiter Volksschichten immer mehr vergrößerten Städten ein neues V. ohne unmittelbaren Zusammenhang mit der Natur bildet.“

²⁰ Auch wenn ich meine Kindheit auf einem Dorf – mit allem Drum und Dran – verbracht habe, es war schon „Stadtteil“ von Mannheim.

- Corbin, A. (1990): *Meereslust. Das Abendland und die Entdeckung der Küste*, Frankfurt a. M.
- Erlay, D. (1981): *Vogeler. Ein Maler und seine Zeit*, Fischerhude.
- Foster, N. (1990): *Auf den Spuren der Pilger. Die großen Wallfahrten im Mittelalter*, Augsburg.
- Geismeyer, W. (1998): *Caspar David Friedrich*, Leipzig.
- Globetrotter (2001): *Handbuch Frühjahr/Sommer 2001*, Hamburg u. a.
- Hedinger, B. (1992): *Die Elbe malerisch gesehen*, Hamburg.
- Jost, H. (1989): *Selbst-Verwirklichung und Seelensuche. Zur Bedeutung des Reiseberichts im Zeitalter des Massentourismus*, in: Brenner, P. J. (Hg.): *Der Reisebericht. Die Entwicklung einer Gattung in der deutschen Literatur*. Frankfurt a. M., 490-507.
- Kat. Ausst. (1993): *Das Licht des Nordens. Skandinavische und norddeutsche Malerei zwischen 1870 und 1920*, Hamburg.
- Lachmund, F. 1979: *Von Mottenburg nach Blankenese. Die Elbvororte in alten Fotos und Bildpostkarten*, Hamburg.
- Mumford, L. (1979): *Die Stadt. Geschichte und Ausblick*, Bd. 1, München.
- Ohler, N. (1991): *Reisen im Mittelalter*, München.
- Rebel, E. (1999): *Albrecht Dürer. Maler und Humanist*, München.
- Roloff, E. M. (Hg.) (1917): *Lexikon der Pädagogik. Im Verein mit Fachmännern und unter besonderer Wirkung von Hofrat Professor Dr. Otto Willmann herausgegeben von Ernst M. Roloff, Lateinschuldirektor a. D., Bd. 5: Sulzer bis Zynismus. Nachträge. Namen- und Sachverzeichnis*, Freiburg im Breisgau.
- Roters, E. (1995): *Jenseits von Arkadien. Die romantische Landschaft*, Köln.
- Schama, S. (1996): *Traum von der Wildnis. Natur als Imagination*, München.
- Schivelbusch, W. (1979): *Geschichte der Eisenbahnreise: Zur Industrialisierung von Raum und Zeit im 19. Jahrhundert*, Frankfurt a. M.
- Sennet, R. (1995): *Fleisch und Stein. Der Körper und die Stadt in der westlichen Zivilisation*, Berlin.

Settekorn, W. (2002): Visions of Nature, in: de Groot, W. (2002) (Hg.): Visions of Nature, Kluivert.

Sylt im Licht (1993): Fotos von Susanne Bartsch-Nagi, Hamm.

Van Dülmen, A. (1999): Das irdische Paradies. Bürgerliche Gartenkultur der Goethezeit, Köln u. a.

Von Saucken, P. C. (Hg.) (1999): Pilgerziele der Christenheit. Jerusalem. Rom. Santiago de Compostela, Darmstadt.

Stadt als erlebter und gelebter Raum – kein Sein ohne Handeln?

Jürgen Hasse, Frankfurt am Main

Städte sind komplexe räumliche Gebilde. Charakteristisch ist die Dichte und Vielfalt der die Stadtphysiognomie bildenden Ordnung der von Menschen gemachten Dinge. Die Stadt weist neben ihrer Raum-Ordnung aber auch eine symbolische Struktur auf. Die Vermittlung zwischen der materiellen Ebene der körperhaften Dinge und dem, was Menschen im Labyrinth des Gemachten tun, vollzieht sich auf diesem Niveau der symbolischen Ordnung. Die Dinge finden dann einen Platz im Denken, werden in einer Ordnung des Denkbaren verortet. Städte können so auch als Verhältnis aufgefasst werden, das sich zwischen den körperhaften Dingen und der sie ordnenden geistigen Welt subjektiv (individuell wie kollektiv) und situationsbezogen herstellt. Die Raum-Ordnung der materiellen Dinge ist dann nur (konstruktivistisches) Erkenntnisprodukt dieser zwischen den Dingen und dem Subjekt vermittelnden Perspektive.

Die Stadt ist in ihrer Materialität unbestreitbar. Das im Mittelalter mächtigste Gewicht im Reich des Gebauten hatte die Stadtmauer, die die ganze Stadt umschloss. Mit der Sicherung des menschlichen Lebens hinter den Toren der Stadt verband sich eine Vorstellung vom besseren Leben, das – wenn auch nur relativ – in dieser Einschränkung über alle Maßen einem Leben außerhalb der Stadtmauern zu bevorzugen war. Wegen ihres Beheimatungspotentials war die Stadt nicht nur ein Raum besser erdachten Lebens. Das dichotomische Denken in Kategorien von Dingen und Bedeutungen unterschlägt den Gefühlskern, der allen Bedeutungen vorausliegt. So verbanden sich auch die Lebensvorzüge des Städtischen zunächst mit einem positiv erlebten *Gefühl* guten Befindens in den Städten. Mit anderen Worten: Bedeutungen haben eine leibliche Vor-Bedeutung im außersprachlichen Bereich spezifischen Befindens. Im „gelebten Raum“ der Subjekte laufen die Fäden des Empfindens und Denkens zusammen. Bevor etwas evaluativ mit einer sprachlichen Bedeutung verknüpft wird, hat es als ein Herd von Betroffenheit bereits Aufmerksamkeit gefunden. Hartmut Böhme zeigt diesen Zusammenhang von Bedeutung und leiblichem Befinden am Beispiel des Hauses und der umfriedeten Stadt. Beide stehen für einen Erlebniskontext der Einleibung, in dem sich die Differenz zwischen Eigenem und Fremdem, Haus und Stadt vermindert (vgl. H. Böhme 2000: 235).

Die Stadt lässt sich in ihrer *Materialität* als Parallele zu menschlichen Haut denken. Beide haben den Charakter der Grenze, ermöglichen damit neben Ein- und

Ausschließung auch Durch- und Übergänge. Nicht alles, was die menschliche Haut betrifft, lässt sich in der Kategorie des Körpers auflösen, und nicht alles, was den Raum der Stadt betrifft, lässt sich als eine Ordnung des Gebauten und als semiotische Ordnung des Bedeutenden erschöpfend behandeln.

Im wissenschaftlichen Diskurs über die Stadt dominiert die Perspektive ihrer materiellen und mentalen Konstruiertheit. In der Humangeographie ist diese Sichtweise mit der konsensuellen Diffusion des auf Giddens zurückgehenden handlungstheoretischen Ansatzes zum Leitparadigma avanciert. Ich werde auf diesem Hintergrund und im expliziten Bezug auf das konstruktivistisch-handlungstheoretische Paradigma zeigen, dass die lebendige Wirklichkeit der Stadt auf der Grundlage dieser Erkenntnisvoraussetzungen in einem abstraktionistischen, rationalistischen und kognitivistischen Konstrukt jenseits der Lebenserfahrung untergeht. Ich werde deshalb für eine phänomenologische Erweiterung des Handlungsbegriffs um die Dimension des menschlichen Leibes plädieren und Ansatzpunkte einer daraus folgernden Diskussion über den wissenschaftlichen Gebrauch von Menschen- und Weltbildern formulieren.

1 Die Perspektive der konstruktivistischen Handlungstheorie

Der in der Einleitung stark reduzierte konstruktivistische Ansatz entspricht – trotz aller Vereinfachung – in etwa dem erkenntnistheoretischen Konsens der modernen Sozialwissenschaften. Danach konstituiert sich der (städtische) Raum in der erkennend-konstruktivistischen Synthese der Sphäre der Dinge und der auf sie bezogenen kulturell erzeugten Bedeutungen wie im kognitiven Gebrauch gesellschaftlich vereinbarter Regeln des Sprechens über diese Dinge und Bedeutungen. Dieses höchst kontingente menschliche Vermögen nennt Werlen in Anlehnung an Giddens „Handeln“. Von zentraler Bedeutung sind die körperhaften Dinge der Welt, in deren Ordnung sich der Mensch kraft seiner eigenen Körperlichkeit erfährt. Raum wird als Kategorie der Erfahrung verstanden, die auf der „eigenen Körperlichkeit im handlungsvermittelnden Umgang mit anderen körperlichen Dingen beruht“ (Werlen 1999: 26).¹ Die Handlung vermittelt so zwischen Person und Umgebung. Giddens sagt:

„Ein menschliches Wesen zu sein, heißt, ein zweckgerichtet Handelnder zu sein, der sowohl Gründe für seine Handlungen hat, als auch fähig ist,

¹ Die erkenntnistheoretische Zentralposition der Körper in der physischen Welt nach Werlen ist schon allein aufgrund der Tatsache, dass es unzweifelhaft nicht-körperliche „Dinge“ von existenzieller Bedeutung gibt (Wind, Kälte, Dunkelheit etc.), völlig ungegerechtfertigt, zumal diese Nicht-Dinge auch im Reich der Bedeutungen nicht aufgehen.

diese Gründe auf Befragung hin diskursiv darzulegen (oder auch: sie zu verbergen)“ (Giddens 1988: 53).

Das so entworfene Individuum agiert als reines Verstandeswesen, dessen Tun der individuell konkreten (nicht nur anthropologisch potentiellen) Möglichkeit nach in dem mit Sprache Aussagbaren restlos aufgeht. Was Hard für das Natur- und Landschaftserleben immer wieder pointiert, gilt in Werlens Raum-Konzept für alle andere Ordnungen von Dingen (zu denen Geographen nur unter größten Choraphobien „Raum“ sagen) in gleicher Weise: Was wir als Landschaft, als Stadt oder als schönes Wetter erleben, ist in semiotischer Sicht immer schon begrifflich vorkonstruiert. Wir sehen unsere Welt durch sprachliche also begriffliche Schablonen; wir nehmen die Dinge in Prozessen rein *geistiger* Verarbeitung wahr (vgl. Giddens 1988: 96).

Die These von der kognitivistischen Wahrnehmung menschlicher Umgebungen hat in den modernen Sozialwissenschaften Tradition. Am Beispiel von Landschaften betont Georg Simmel 1913 deren *geistigen* Charakter; Landschaft lebe nur in der Vereinheitlichungskraft der Seele (vgl. Simmel 1913: 150). Wenzel spricht – beispielhaft für einen *Mainstream* in den aktuellen Sozialwissenschaften – in Bezug auf die Wahrnehmung von Landschaft (visualistisch reduziert) von „Sehfiguren“ (vgl. Wenzel 1991), nach Hard ist die Landschaft das „typische Kopfprodukt der Moderne“ (vgl. Hard 1983: 166) und in der kürzlich von Uta Eser erschienenen Studie über die Denkvoraussetzungen des Naturschutzes wird Landschaft abermals als ein theoretisches Produkt rekonstruiert, das ganz und gar Ergebnis der Ideologien des 19. Jahrhunderts zu sein scheint (vgl. Eser 1999). Variierende, in der Sache aber einige Positionen werden immer wieder vertreten.

Nach Werlen (mit Giddens) handelt der Mensch rational. Deshalb könne es auch keine Eigenschaft eines Raumes oder Ortes geben, die auf Menschen einwirke (vgl. Werlen 1999: 130). Was man als solche Wirkungen fehldeute, sei in Wahrheit die Bedeutungszuweisung eines handelnden Individuums. In dieser konstruktivistischen Perspektive kann Räumliches nur im Handeln der Subjekte ‚entstehen‘. Das vorausgesetzte Menschenbild ist hermetisch. Es taugt allein als Projektionsfläche für kulturell Gemachtes. Für affektive Dispositionen, die in praktisches Tun durchschlagen und *nicht* diskursiv rechenschaftsfähig sind, bleibt kein Platz. Das geometrisierte Menschenbild Werlens unterstellt die generelle Fähigkeit von Subjekten, sich jederzeit selbst zu thematisieren. Die Existenz des Subjekts wird als gesellschaftlich offen und demokratisch vermittelbar angesehen; die subkutane Manipulation von Bewusstseinszuständen wird aber (gegen alle kritische Gesellschaftstheorie) *nicht* zugestanden.

Die Welt der Giddens’schen und Werlen’schen Subjekte breitet sich stets vor den Augen von Handelnden aus, die die zivilisatorische Regression vom Leib zum Körper schon irreversibel hinter sich haben. „Hinter dem Rücken“ scheint

in dieser Vorstellungswelt ebenso wenig zu geschehen, wie diesen Individuen offenbar auch nichts „unter die Haut“ gehen kann (vgl. auch Gerstenberger 1988). Das im Metier der Vernunft agierende Subjekt erfährt sich in seiner eigenen Körperlichkeit zugleich auch in seinem „Verhältnis zu den übrigen ausgedehnten Gegebenheiten (inklusive der Körperlichkeit der anderen Subjekte) und deren Bedeutung für die eigenen Handlungsmöglichkeiten und -unmöglichkeiten“ (Werlen 1999: 222). Dieses theoretisch – gegen jede Alltagserfahrung – konstruierte Subjekt wird in einem scientistischen und darin zugleich naiven Raum verortet, der schlicht aufs Dreidimensionale reduziert ist. Dieses objektivistische Raumverständnis hat sich in Kultur, Wissenschaft und Technik als höchst erfolgreich erwiesen, schränkt Wirklichkeit aber unangemessen ein, „wenn [es] als einzige oder doch zumindest als einzig reale Auffassung des Raumes betrachtet wird“ (Werhahn 2001: 6 f.).

Gegenpositionen zu diesem handlungstheoretisch-konstruktivistischen Menschenbild ließen sich aus verschiedenen theoretischen Perspektiven formulieren: aus der Perspektive der Kritischen Theorie (insbesondere der der „Kulturindustrie“ von Adorno und Horkheimer sowie der des Verhältnisses zwischen Triebstruktur und Gesellschaft von Herbert Marcuse), aus der Perspektive der Technologien und Dispositive der Macht von Michel Foucault oder der Perspektive der Ethnopschoanalyse von Mario Erdheim. Hier wird ein anderer Weg beschritten. Wenn mit der Phänomenologie ein Blick auf das menschliche Tun geworfen wird und damit die vitale Verankerung menschlichen Erlebens in räumlichen Umgebungen ein Zentrum der Aufmerksamkeit bildet, stellt sich die Frage nach dem Grad der souveränen Teilhabe am städtischen Geschehen auf einer methodologisch erweiterten Grundlage.

2 Räumliches Befinden

Graf Dürckheim schreibt im Rückgriff auf Philosophen wie Theodor Lipps seinen bekanntem phänomenologischen Aufsatz über den „gelebten Raum“. Darin hebt er auf eine räumliche Dimension ab, die weder auf die Seite der körperhaften Objekte im Raum fällt, noch auf die diese Objekte wahrnehmenden Individuen. Räumliche Wirklichkeit stellt sich für Dürckheim als „sinnhafte Mannigfaltigkeit in Ganzheiten“ dar (Dürckheim 1932: 389). Das auf die Erklärung von Raumerleben konzipierte Raum-Verständnis geht von der Leiblichkeit des Menschen aus und schließt den Begriff eines *leiblichen Raumes* ein. Folglich sind die Richtungen des leiblichen Raumes auch nicht objektivierbar; implizit geht

Dürckheim vom Begriff des „absoluten Ortes“² aus, von dem aus das erlebende Subjekt elementare Richtungen bildet. Raum ist für Dürckheim „leibhafte Herumwirklichkeit“ (Dürckheim 1932: 395). Deshalb grenzt er das Raumerleben auch von „Bewusstseins“-Kategorien ab. Der erlebte Raum werde als Angelegenheit des Kopfes, der Sinne, der kognitiven Funktionen sowie des fixierenden Bemerkens und Erfassens zu „abständig“ (ebd. 398). Dürckheim richtet seine Aufmerksamkeit auf den Menschen als situativ eingewurzelt Lebewesen, das sich trotz und neben seiner intelligiblen Lebenspraxis in einem gefühlsbezogenen (gelebten) Leben findet. Zu einer Situation gehört das Subjekt ebenso wie alles in seiner Herumwirklichkeit Befindliche und Ausgedehnte. Die gefühlsbezogene Dimension bestimmt er als spezifische Raumqualität. Wenn er sagt, ein Raum könne im Erlebenden lebendig werden (ebd. 407), dann geht er von einer Wirkung von Dingen, Ensembles und Situationen auf den Menschen aus, die *nicht* (jedenfalls nicht *allein*) Produkt mentaler Konstruktionen ist. Die Rede ist nicht von gedanklichen Kategorien, vielmehr von einem „Zumutesein“ (ebd. 407), einem „Bewegungsraum“ (ebd. 413), einem „Verschmolzensein“ mit einem Raum (ebd. 420), von räumlichen „Zumutungen“ durch einen sich im Raum „ausbreitenden Gehalt“ (ebd. 424), von einer im erlebenden Subjekt „zentrierten Wirklichkeit“ (ebd. 426), von „Stimmungsqualität“ (ebd. 439), von „Atmosphäre“ (ebd. 440) und nicht zuletzt von „Raumgefühl“ (ebd. 441). Die Empfindungsqualitäten beschreibt Dürckheim als „berührend“, „anmutend“, „ansprechend“ oder – noch nachdrücklicher – als „Hineingezogenwerden“ und „unwillkürliches Ergriffenwerden“ (ebd. 445). Be- und getroffen ist hier nicht das denkend-handelnde Körper-Subjekt. Die Abstraktionsbasis Dürckheims liegt unterhalb kognitivistischer Vorstellungen; sie setzt am Befinden der unwillkürlichen Lebenserfahrung an. All diese begrifflichen Annäherungen umkreisen eine mediale „Zwischen“-Qualität, die Subjekt und Objekt als ein Drittes verbinden. Dieses Dritte ist – als etwas Flüchtiges – selbst zurückgebunden. Es hat seinen Ort aber weder im oder am Subjekt noch am Objekt. Es ist die Situation, die die „Stimmungsqualität“, „Atmosphäre“ oder das „Raumgefühl“ hervorbringt, ohne deshalb als fester, koordinierter Ort relationalräumlicher Quellpunkt zu sein.

Auch Otto Friedrich Bollnow betrachtet den Raum „im Hinblick auf seinen Stimmungscharakter“, der sich als Phänomen weder auf der Seite eines Objekts noch auf der des Subjekts, sondern „vor der Ausbildung einer Scheidung von Objekt und Subjekt“ konstituiert (Bollnow 1963: 231). Damit stellt auch Bollnow den medialen Charakter einer Stimmung heraus, die den Menschen in einer

² Diesen Begriff verwendet Dürckheim nicht explizit. Systematisch wird ein theoretisch fundierter Begriff des leiblichen Raumes erst bei Hermann Schmitz entfaltet, in die menschliche Wahrnehmung integriert und in einen begrifflichen Kontext seines Systems der Philosophie gestellt (vgl. Schmitz 1964).

noch ungeteilten Einheit mit seiner Umwelt gleichsam ‚trifft‘ (ebd.).³ Jeder Raum habe eine bestimmte Stimmung als gerichtetes Gefühl, die sich auf den darin weilenden Menschen übertrage. Mit der Thematisierung von Stimmungen greift Bollnow eine Aufgabe der Philosophie auf, die vor ihm Heidegger gestellt hatte. Auch er strich den medialen Charakter der Stimmungen heraus, die weder von „Außen“ noch von „Innen“ kommen, sondern als Weise des „In-der-Welt-seins“ aus diesem selbst aufsteigen (Heidegger 1927: 136). In der Stimmung drücke sich das Da-sein als Befindlichkeit, als eine existenzielle „Grundart der gleichursprünglichen Erschlossenheit von Welt, mit Dasein und Existenz [...]“ aus (ebd. 37). Er verortet die Stimmung dreifach. *Zum ersten* ist die Stimmung in ihrem räumlich spürbaren Vorhandensein in der „Welt“, in der fühlenden Teilhabe ist sie *zum zweiten* im „Mitdasein“, und in der „Existenz“ ist sie *zum dritten* im Prozess der sozialen Herstellung. Die Stimmung findet damit ihre Gestalt im praktischen Leben und muss nicht mithilfe projektionistischer Psychologismen in ‚innenweltliche‘ Sonderräume entsorgt werden, um der modernen systemtheoretisch geprägten Sozialtheorie einen Boden zu sichern, der von affektgeladenen Irritationen frei ist.

Heidegger und Bollnow waren zwei große Philosophen des 20. Jahrhunderts, die die subjektbezogene Bestimmung des Räumlichen als *eine* ihrer Aufgaben ansahen. Deren Leitmotiv hatte Nietzsche schon mit einem geisteswissenschaftlichen Arbeitsprogramm hinterlassen, wonach das Tun nicht vom Tuenden zu trennen sei (vgl. Nietzsche, Bd. III: 490), der Tuende (der sich vom Handelnden bezeichnenderweise durch ein *Mehr* an Tätigkeit unterscheidet!) sei also nicht zuerst und schon gar nicht allein vom Kopf her zu betrachten.

2.1 Gefühle im städtischen Leben

Die folgenden drei Beispiele werden jene im Raum erlebbare Qualität annotieren, die auf das subjektive Befinden und Tun einwirken. Dabei werden die Stimmungen in ihrer Bedeutung für das Städtische konkretisiert. Sie werden schließlich in einen weiteren phänomenologischen und begrifflichen Kontext gestellt, einer Bewertung zugänglich gemacht, um so eine klärende Annäherung an das Verhältnis von menschlichem Handeln und menschlichen Gefühlen zu ermöglichen.

2.1.1 Stadt-leben – eine „irrationale Konstruktion“?

Der 1871 geborene Architekt und Künstler August Endell hat mit seinem Text „Die Schönheit der großen Stadt“ eine dichte Beschreibung städtischer Eindrü-

³ Vgl. zum affektiven Charakter der Stimmungen bei Bollnow besonders Bollnow 1956.

cke hinterlassen. Sie verleiht dem Stimmungsraum des Städtischen mit dem Mittel der Sprache Nachdruck und gibt dem affektiven Befinden im Raum der Stadt konkrete Namen.

„Besonders in der Dämmerung macht sich dies Zusammenschieben und Ballen der Formen bemerkbar, die Schattenwolken des Abends füllen die Formen aus. Pferd und Droschke wird eins, sie scheinen dem lebendigen Auge eine graue Masse mit dunklen Schatten und blitzenden Glanzlichtern hie und da: Die Perspektive scheint ganz zu verschwinden, es gibt kein Vorn und Hinten mehr, das Ganze gleicht einem wandelnden nächtigen Berge, über dem gespenstig die roten, trüben Lichter der Laternen aufleuchten. Und so werden aus all den Gefährten wundersame lebendige Wesen: die riesigen gelben Kasten der Postkutschen, die wankenden, donnernden Gebäude der Automobilomnibusse und die gläsernen Schiffe der Trambahnen, die mit ihrem glänzend grünen Leib daherzugleiten scheinen, überraschend in den Kurven sich drehend, und beim Biegen in den großen Scheiben blitzende Lichter aufwerfend.“

„Sie alle schaffen mit am Raum der Straße und tragen zu ihrem Stundenleben bei. Sie dehnen die Straßen hinauf und hinunter, füllen den Platz zwischen den Fußsteigen, bedrängen, bedrohen im dichten Schwarme der großen Verkehrsadern, verlieren sich, versinken in den stilleren Straßen“ (Endell 1908: 198 f.).

Die Beschreibung sagt viel über die Dinge und die Bewegung materieller Körper. Verstünde man Endells Aussagen aber als Sätze über eine Welt der im dreidimensionalen Raum verorteten Körper, müssten sie als irrationale Rede erscheinen; Pferd und Droschke können ja im physikalischen Sinne nie eines werden. Endells Rede lässt sich aber auch nicht als subjektivistisch abtun, denn sie bekundet nicht nur und ausschließlich sein *persönliches* Dasein; dann könnte er nicht verstanden werden. Endell sagt zwar Eindrücke aus, die nur er als *situativ konkret* Erlebender aussagen kann; aber dies sind doch zugleich Eindrücke, die im gehabtten Erleben anderer Individuen ihren erinnernden und assoziativen Anschluss finden.

Über die so eindringlich beschriebenen Dinge, Momente und Situationen seiner sprachliche Skizze sagt Endell bezeichnenderweise: „Sie alle schaffen mit am Raum der Straße [...]“. Die Straße, von der Endell nun spricht, ist nicht der relationale Raum der dreidimensionalen Körper-Dinge. Er spricht über den Gefühlsraum der Straße, der sein ‚Befinden‘ im Heidegger’schen Sinne ‚stimmt‘. Damit ist zugleich von einem Grundstrom der Affekte die Rede, der das Erleben im Fluss der Ereignisse auf nachhaltige Weise temperiert. Selbst rationalistisch geklärtes Handeln ist mit diesen gefühlsbezogenen Färbungen in Form spezifischen ‚Wissens‘ verbunden. Die Erlebnispotenzen eines Raumes sind auch und gerade dann als solches ‚Wissen‘ virulent, wenn über reine „Sach“-verhalte ge-

sprochen wird. Der Dürckheimsche Begriff des „gelebten Raumes“ findet in Endells Ausdrucksskizze eine konkretere sprachlich nachvollziehbare Gestalt. Endells Skizze zeigt auch, dass städtisches Erleben keine Sache purer „Innerlichkeit“ ist, sondern dank sprachlicher Aussagebarkeit zu einem potentiellen Thema verhandelbarer Lebensqualität avancieren kann.

Raum erschließt sich nicht allein im Bereich der visuellen Eindrücke. Das drückt sich auch in dem Hinweis auf das Sich-verlieren und Versinken der Eindrücke „in den stilleren Straßen“ aus. Die Geräuschsphäre klingt als wichtige Dimension städtischer Eindrücke an. Die Bereiche der anderen nicht-visuellen Sinne ließen sich ergänzen. Endell spricht über ein distinktes Eindrucks-Bild, das von seinem Erlebnis-„Gegenstand“ verschieden ist. Keine Aussprache vermag trotz schwingungsfähiger Genauigkeit dem Aussagegegenstand zu entsprechen. Die Welt der Dinge kann verfügbar gemacht werden, nicht dagegen die Welt affektiven Befindens.⁴

Das Rauschen von Endells Skizze korrespondiert mit einem in der Photographiegeschichte herausragenden Bild, das Alfred Stieglitz 1893 in New York machte („Die Endstation der Pferdebahn“). Roland Barthes sagt darüber, es besteche ihn. Diesen *bestechenden* Eindruck macht er sich aber als „Gefühlsregung einer willfähigen Subjektivität“ plausibel (vgl. Barthes 1980: 25 ff.). Der Photographie gesteht er keine Tiefe außer der profanen Bekundung eines „So ist es gewesen“ zu. Da er das Dargestellte deshalb nur aus einer subjektivistischen Perspektive erschließt, übersieht er einen Doppelcharakter der Stimmung, den die Fotografie von Stieglitz wie die sprachliche Skizze von Endell trotz aller Differenz zwischen Eindruck und Ausdruck vermittelt. Beide fungieren als Medien in zweifacher Hinsicht. Zum einen leisten sie den Anschluss einer Weltgegebenheit an eine persönliche affektive Disposition und Sensibilität für Eindrücke, schaffen also via Erinnerung, Assoziation und Konstruktion einen Resonanzboden nacherlebenden und darin teilhabenden Empfindens. Zum anderen schafft das fotografierte (wie das beschriebene) Bild einen räumlich ausgedehnten Gefühlsraum, in den man in dieser oder jener (mitgebrachten) Stimmung eintritt. Man tritt in einer Stimmung in den Bann einer Atmosphäre ein, wenn man sich dem Erscheinen aussetzt. Und schließlich verdoppelt sich der atmosphärische Charakter beider Bilder, denn *als Atmosphäre* weisen sie auf Atmosphären hin, indem sie sie repräsentieren. Das Hineingezogensein in die Atmosphäre *eines Bildes* dieser oder jener Art belegt im „Verschmolzensein“ mit einem Raum (Dürckheim 1932: 420) den atmosphärischen Charakter des gelebten Raumes der Stadt, von dem sie ‚erzählen‘.

Der Begriff der „Stimmung“ trifft das Befinden im gelebten Raum also nur so weit, als er auf die individuell gleichsam mitgebrachte affektive Disposition

⁴ Zum distinkten Charakter von Bildern vgl. auch Nancy 1999: 44 ff.

abhebt. In diesem engeren Sinne hatte aber weder Heidegger noch Bollnow den Begriff der Stimmung verwendet! Von der *persönlichen* stimmungsbezogenen Gefühlsdisposition (i. S. einer persönlichen Situation)⁵ sollte man zur Differenzierung deshalb die „Atmosphäre“ unterscheiden. Sie ist kein nur *individuelles*, sondern ein räumlich, aber ortlos ergossenes Gefühl, das auch intersubjektiv erlebbar und erfahrbar ist (vgl. Schmitz 1981: 343). Eine Atmosphäre ist die Art und Weise, „in der sich Dinge und Umgebungen *präsentieren*“ (G. Böhme 1995: 96). Nach Schmitz schaffen Atmosphären einen Gefühlsraum, in den der von ihr „affektiv betroffene Mensch leiblich spürbar eingebettet ist“ (Schmitz 1981: 185). Es ist dies kein relationaler, sondern ein flächenloser, prädimensionaler Raum, der sich – vom absoluten Ort des erlebenden Subjekts ausgehend – seine leiblichen (unumkehrbaren) Richtungen erschließt. Die persönliche Situation, zu der das leibliche Befinden gehört, entscheidet darüber mit, in welcher Zudringlichkeit eine Atmosphäre jemanden ergreift.

Endells Skizze insistiert in der ausdrücklichen Erwähnung (nicht-visueller) atmosphärischer Eindrücke implizit darauf, dass menschliche Wahrnehmung im Vermögen des Auges nicht aufgeht. In seiner Aussage steckt aber auch der noch weitergehendere Hinweis, dass sich das Ganze seiner Beschreibung nicht auf *einzelne* Eindrücke *spezieller* Sinne zurückführen lässt. Die Möglichkeit, sich in eine Atmosphäre einzufühlen,⁶ deutet schon darauf hin, dass Eindrücke in der Weise ihrer Ansprache die Kanäle einzelner Sinne überschreiten und auch auf eine Art „Summe“ einzelner sinnlicher „Informationen“ nicht reduziert werden können. Nach der Erklärungsweise der modernen Sozialwissenschaften könnte Endells Skizze nur als mentale und lyrische (oder in der Sprache von Hard gar als „kitschige“ oder „peinliche“) Konstruktion des denkenden Kopfes gedeutet werden (vgl. Hard 2001),⁷ die reproduzierend an historischen Vorlagen der Literatur gleichsam kopierend Maß genommen hat.

⁵ Zum Situationsbegriff vgl. Schmitz 1994: 67 ff.

⁶ Was Theodor Lipps und Johannes Volkelt am Anfang des 20. Jahrhunderts noch „Einfühlung“ nannten, wird bei Hermann Schmitz mit dem Begriff der „Einleibung“ in einen weiteren Bedeutungshof eingeschrieben und damit vor allem als Moment leiblicher Kommunikation plausibel gemacht.

⁷ In der für Hard üblichen und sich wenig an Sinnzusammenhänge kritischer Texte scherenden Polemik diskreditiert er jede emotionale Aussage subjektiven Befindens, die von subjektiver Zudringlichkeit im Ausdruck gekennzeichnet ist, als solche, von der sich „ein Normalwissenschaftler schon aus Taktgefühl (und vielleicht mehr noch aus Gründen der Scham- und Peinlichkeitsvermeidung) im allgemeinen eher fernhält“ (2001: 190). Hard bekennt sich damit als Repräsentant moderner Sozialwissenschaft nicht nur zum Götzentum des Szientismus; zugleich erweist er sich als Wissenschaftshygieniker, für den jede Aussprache erlebter Subjektivität als Sakrileg gilt. Er bastelt damit – unzeitgemäß wie er in dieser Argumentation ist – immer noch mit an einem

Die lebensphilosophische Perspektive der Phänomenologie betrachtet Wahrnehmung nicht physiologistisch-reduktionistisch, sondern aus ihren „simultanen“ (vgl. Hiss 1990) und „synästhetischen“ Überbrückungen (vgl. Schmitz 1989: 47 ff.) einzelner Sinnesleistungen. Das Ganze der Wahrnehmung „des Raumes der Straße“ wird so aus der Perspektive der die einzelnen Sinne umgreifenden *leiblichen* Wahrnehmung verständlich.⁸ Was bei Bollnow das „gerichtete Gefühl“ der Stimmung war und bei Heidegger „Erschlossenheit von Welt, Mitdasein und Existenz“ hieß, lässt sich ohne diese ganzheitlich aufgefasste Resonanz des Leibes nicht verstehen. Unter „Leib“ ist nach Schmitz das zu verstehen, was man „in der Gegend seines Körpers von sich spüren kann, ohne sich auf das Zeugnis der fünf Sinne [...] zu stützen“ (Schmitz 1998: 12).

2.1.2 Hongkong – eine städtische Bild-Atmosphäre

Räume werden über die Brücke der Synästhesien und aus dem unauflöselichen Zusammenhang situativen Befindens erlebt. Wahrnehmung geht auch dann über das Visuelle hinaus, wenn der Wahrnehmungsgegenstand im engeren Sinne nur den visuellen Sinn anspricht. Als Beispiel dient eine Schwarz-Weiß-Fotografie von Hongkong, die Ed van der Elsken (1925-1990) vor rund 40 Jahren aufnahm (vgl. Abb. 1). Das Bild kann auf den ersten ‚Blick‘ nur einen visuellen Eindruck machen. Trotz dieser Beschränkung sind mit dem Bild Verweise auf Eindrucks-momente verbunden, die auf die Besonderheit der dargestellten städtischen Atmosphäre aufmerksam machen: Dichte, Heterogenität und Vitalität städtischen Lebens. Alle drei Merkmale erschöpfen sich nicht in visuellen „Informationen“, gehen vielmehr auf einen Erlebniskontext zurück, in dem Dichte, Heterogenität und Vitalität als befindliches Dasein in städtischer „Herumwirklichkeit“ (Dürckheim) im eigenen Mitsein auch gespürt worden sind.

Auf dem engen visuellen informationstechnischen Kanal des Bildes ist – gleichsam eingelagert in die lebendige Situation der Hafenszene – eine dunstige Atmosphäre sichtbar. Die über und in der Bebauung liegenden Dunstschwaden verleihen der Gegend eine zwischen Plastizität und Luzidität schwankende Form der Sichtbarkeit. Diese Atmosphäre verdankt sich der Beschaffenheit der Luft und des Lichtes. Generell gilt, dass die Ordnung der körperhaften dreidimensionalen Dinge nur eine Basis für das Zustandekommen spezifischer Atmosphären liefert. Seinen so zudringlichen Akzent erhält ein Eindruck nicht ausschließlich durch die körperhaften Dinge, sondern insbesondere durch die so genannten „Halbdinge“. Das sind zum Beispiel Geräusche, Gerüche, Temperaturen, der Wind, das Licht, der Schatten etc. Es sind Erscheinungsweisen, die am Charakter der Dinge

Triumph des geschriebenen Wortes gegen jede Lebenserfahrung, d. h. an einer Geschichte, die für Michel Serres in einer Wahrnehmungskatastrophe endete (Serres: 339).

⁸ Vgl. auch Gernot Böhmes Anmerkungen zu Endell (1998: 52 ff.).

nicht zu fassen sind, aber in ihrer Flüchtigkeit die Eigenart einer Atmosphäre entscheidend mitgestalten.⁹ Halbdinge unterscheiden sich nach Schmitz

„[...] von Dingen auf zwei Weisen: dadurch, dass sie verschwinden und wiederkommen, ohne dass es Sinn hat, zu fragen, wo sie in der Zwischenzeit gewesen sind, und dadurch, dass sie spürbar wirken und betroffen machen, ohne als Ursache hinter dem Einfluß zu stehen, den sie ausüben, viel mehr als die Wirkung selbst“ (Schmitz 1994: 80).

Die Zudringlichkeit der „Halbdinge“ lässt sich nicht mit einem Rückgriff auf kulturelle Bedeutungen (als Projektion von Empfindungs-Vorlagen in konkretes Erleben) erklären, wenn auch zu allen Zeiten gerade die Halbdinge als ‚Bauelemente‘ für die Herstellung von Atmosphären zum Zwecke der sozialen Konstruktion darauf aufbauender Bedeutungen benutzt worden sind. So ruht auch die Atmosphäre der „Lebendigkeit“ in der dargestellten Szenerie weniger in einem semiotischen Bedeutungskern *gedachter* Lebendigkeit, als vielmehr in einem irgendwann und -wo vital erlebten Eindruck *gelebter* Lebendigkeit. Ein atmosphärischer Eindruck geht nie in einer semiotischen Kategorie auf, die als Sub- oder Sonder-„Text gelesen“ werden kann. Atmosphären werden ganzheitlich als chaotische Mannigfaltigkeiten gespürt, auch wenn sich nur in kulturell geprägten und zirkulierenden Begriffen darüber sprechen lässt.

Nach Gernot Böhme ist eine Atmosphäre etwas, das man *spüren* muss, um zu verstehen, worum es in solchem Reden eigentlich geht. Die Atmosphäre einer Stadt ist eben „die Art und Weise, wie sich das Leben in ihr vollzieht“ (G. Böhme 1998: 55). Das Bild einer städtischen Szene kann deshalb auch nur Anspielung auf eine Atmosphäre bleiben, wenngleich auch das darauf verweisende Bild schon eine Atmosphäre hat, die trotz ihrer Begrenzung auf das Sichtbare und trotz aller Kargheit der Grauwerte als Atmosphäre vorscheint. Dieser rätselhafte Rest des im Bild zurückbleibenden Eindrucks gehört zum distinkten Charakter eines Bildes. Deshalb provoziert es auch das Erlebnisbedürfnis (eher als irgend eine intelligible und wissbegierige Frage), die mediale Distanz des Bildes zu einer leiblich erfahrbaren Realität hin zu durchbrechen.

2.1.3 Gemachte Atmosphären: Eine Empfangshalle in Rotterdam

Während die Atmosphäre der Hongkonger Hafenszene niemand „gemacht“ hat (sieht man vom gemachten Charakter des Bildes ab), werden in Architektur und Stadtplanung Atmosphären auch zielgerichtet hergestellt, um über spezifische

⁹ Die Bedeutung der Atmosphäre für die Wahrnehmung von Landschaften sah schon der Karstmorphologe Herbert Lehmann, verfolgte seine diesbezüglichen Beobachtungen aber am Ende seines akademischen Lebens nicht weiter; vgl. Krenzlín/Müller 1986.

Gestaltungsarrangements eine zudringliche Wirkung zu entfalten. Ob die gebauten Suggestionen im Sinne ihrer intentionalen Programmatik dann auch tatsächlich ins individuelle Erleben und Befinden durchschlagen, ist damit nicht gesagt. Das folgende Beispiel illustriert eine gemachte Atmosphäre und deren Wirkung auf eine Gruppe von Studierenden (vgl. Abb. 2).

Die Empfangshalle des Hauptverwaltungsgebäudes der niederländischen Lebensversicherung Nationale Nederlanden und der ING Bank ist kein öffentlicher Raum. Als gleichwohl zugängliche und durch große Fensterflächen einsehbare Zone ist das Foyer ein halböffentlicher Raum, den man ungehindert betreten kann. Eine Gruppe von Studierenden hat sich diesem hallenartigen Innenraum ausgesetzt, um den von ihm ausgehenden atmosphärischen Eindruck benennen zu können. Die Aussagen verweisen zu einem beträchtlichen Teil auf Gefühle der *Enge*. Die „enge und von oben drückende Kälte“ des (tatsächlich) keineswegs kleinen und ebensowenig niedrigen Innenraumes vermittelt ein Gefühl der Unsicherheit und Bedeutungslosigkeit, das sich in Bewegungsverläufen niederschlägt: Man hält sich eher an den Rändern des Innenraumes auf als im lichten Zentrum des nach oben offenen, hallenartigen und zugleich sakral wirkenden Raumes. Es werden Eindrücke beschrieben, in denen man sich als ‚geduldeter‘ Zuschauer erlebt. Die gebaute Situation flöße eine gewisse Ehrfurcht vor dem unbestimmt wirkenden Ganzen des inneren Bauwerkes ein. Allenfalls könne man noch ein Gefühl des distanzierten Betrachters zulassen, während der Kreis der „Inkorporierten“ (der Beschäftigten) durch den weiß leuchtenden Lichtkranz eines Entrees schreite und auf einer der würdig langsam fahrenden Rolltreppen in ein imaginäres Nirvana emporbefördert werde. Die sich im Innenraum in bestimmten Haltungen bewegenden Personen tragen entscheidend zum Zustandekommen dieser für den „Allochthonen“ so distanzierten und dadurch auch disziplinierenden Atmosphäre bei.

Die Situation vermittelt *allgemeine* Einsichten in eine gesellschaftliche Praxis der Herstellung präsentativer Symbole der Macht mit den Mitteln der Architektur. Deshalb setzen sich die symbolgenerierenden Eindrücke in ihrer klein machenden (in gewisser Weise „erniedrigenden“) Wirkung auch nicht im Metier des Denkens (also auf keinem kognitiven Wege) durch, sondern vermitteln sich über die Brücken der leiblichen Wahrnehmung. Hier treffen sie über die erzeugten Atmosphären zunächst das Gefühl. Die am Bau in Szene gesetzten Symbole der Macht führen so umstandslos zur unbewussten Manifestationen *konkreter* Herrschaftsverhältnisse, denn die Situation der leiblich in Gefühlen der Engung zudringlich werdende Atmosphäre wird in der Wahrnehmung des alltäglichen Betrachters ja gerade nicht *bedacht*. Den nach-denkenden Verstand erreichen (dissuasive) Atmosphären erst dann, wenn sie in ihrer Zudringlichkeit zum Anlass aporetischen Stutzens werden und der gefühlsmäßigen Gerichtetheit dem Empfinden für einen Moment die Orientierung rauben. Was in einem Moment einsetzender Re-Orientierung in Schritten ästhetischer Arbeit der Sinne ge-

schiebt, lässt sich als eine „Verletzung“ kultureller Selbstverständnisse und Selbstverständlichkeiten beschreiben. In Augenblicken einsetzenden Sich-selbst-gewahr-Werdens in einer Situation leiblichen Spürens liegt der Keim fallbezogener (nicht univeralistischer) Aufklärung, die nicht theoretisch beginnt, sondern ästhetisch. Es ist im Sinne von Welsch eine Form der Erfahrung, die im Metier „transversaler Vernunft“ arbeitet. Ästhetischer Wahrnehmung kommt dabei der Status einer Rationalität zu, weil sie ihrer eigenen Sprache folgt und eigene Regeln und Geltungsansprüche kennt. Transversale Vernunft verknüpft die Rationalitäten da, wo sie sich berühren und sich etwas sagen, ohne dieselbe Sprache zu sprechen. So kann ästhetische Wahrnehmung diskursfähig und damit für eine Intervention gegen das Immer-so-weiter kulturell vorgängigen Empfindens und (Nicht-)Denkens gestärkt werden (vgl. Welsch 1987: 295 ff.).

Das situative Eintauchen in den halböffentlichen Innenraum der Empfangshalle des Delftse Poort traf zunächst die dumpfe Sprache des Leibes. Über die synästhetischen Charaktere, die der Atmosphäre anhängen, spannten sich Brücken zu tradierten und kulturell zirkulierenden (Herrschafts-)Bedeutungen. In Situationen des Stutzens und Nach-Denkens konnten sie bewusst werden und sich in ihrer Symbolik öffnen. Über die Reflexion des Affiziertwerdens durch den Innenraum eines Bauwerkes kann die Erfahrung gemacht werden, dass sich mit Hilfe architektonisch erzeugter Atmosphären Gefühle herstellen lassen, um Menschen für bestimmte Zwecke geneigt zu stimmen – auf dass sie etwas tun, ohne dabei auch *zu handeln*.

Die Herrschaft der Zeichen erweist sich als schwankendes Boot – kein Bild ist hermetisch! Auch dies gehört zu den Erfahrungen des Ortes: Ein Zeichen kann sich gegen seinen Autor wenden, denn im Moment der Entzifferung gerät es für einen kurzen Moment in den Zustand semiotischer Verflüssigung. Eine Bedeutung zerläuft dann auf dem Empfindungsgrund seiner Abstraktionsbasis und lässt für einen Moment ihr konstituierendes Gefühl durchschimmern. Das Wachwerden des Denkens in der Rationalität des Ästhetischen konfrontiert sich mit der Leiblichkeit des Empfindens und verweist als Möglichkeit auf eine zwar kolonisierte aber letztlich doch unverfügbare Erfahrungsdimension des Menschen.

2.2 Stadt und Atmosphäre

In der soziologischen Diskussion um die Zukunft der Stadt kommt die für das Zustandekommen von Urbanität so wichtige Frage nach der Atmosphäre eher peripher zur Geltung. Wenn Häußermann und Siebel von der potentiellen „Vernichtung“ des Raumes durch die Telekommunikation sprechen (vgl. Häußermann/Siebel 1997: 295), dann ist damit nicht der euklidische Raum gemeint, sondern implizit auch jene atmosphärische Qualität des städtischen Raumes, von der vor 100 Jahren schon Simmel sprach (vgl. Simmel 1903). Damals beschrieb er ein großstädtisches kulturelles Klima, dessen tragende Säulen menschliche

Eigenschaften der Distanziertheit waren. Urbanität ist eine Lebensform, die sich an konkreten Orten auch ausdrückt. In eine Gegend schreiben sich die Spuren des in ihr gelebten Lebens auf flüchtige, eben atmosphärische Weise ein.

Die lückenlos ästhetisierte und aseptische Stadt ohne Zonen des sichtbaren Wandels und der noch offenen Übergänge kann dieser Atmosphäre keine Orte bieten. Häußermann und Siebel votieren im Sinne der Erlebbarkeit lebendiger Städte deshalb auch für die Schaffung von „Räumen des Dazwischen und des Übergangs“ (Häußermann/Siebel 1997: 307). Solche Orte können brachfallende Bauwerke sein, in die oft auf chaotisch ungeordnete Weise neue Nutzungen einwandern. In ehemals hafenwirtschaftlich genutzten Gebäuden am tiefen Wasser leiten solche Umnutzungsprozesse einen spürbaren atmosphärischen Wandel ein, der die Lebendigkeit von Stadt auf der Ebene des gelebten Raums erfahrbar macht. Ilse Hellbrecht beschreibt solche transversalen Zonen als Räume der Wiederkehr der Innenstädte (vgl. Hellbrecht 1996). Es sind nicht selten Orte der Gentrifizierung, die durch die Herstellung spezifischer Atmosphären affizieren. Belege finden sich an innenstadtnahen Wasserfronten in den westlichen Metropolen zahlreich. Mit den aufgedelten Wohnquartieren der jüngeren wohlhabenden Mittelschicht kommen aber auch oft *cleane* und aseptische Zonen in die Stadt. Die hier entstehenden Atmosphären wirken distanziert, nüchtern, „zugeknöpft“. Im Gegensatz dazu stehen die Räume der Überlagerung heterogener Funktionen, die noch im Moment des Zerfalls alter Nutzungen aus dem Boden schießen. Es sind transitorische Zonen, an deren Ränder neue Wohn- oder Büro Nutzungen in alte Lagerhäuser oder dahinwitternde Brachen anziehen, bevor klar ist, was hier eines Tages stehen wird. Solchen gebrochenen Prozessen begegnet man überall da, wo die Bau- und Planungsdezernenten ihre Aufgabe im Geiste einer kreativen Improvisation und nicht als bürokratische Fundamentalisten angehen.

Der städtische Raum ist in besonderem Maße durch seinen atmosphärischen Charakter gekennzeichnet. Der Begriff der „Urbanität“ hat wie der des „Städtischen“ einen atmosphärischen Kern. Es hat sich gezeigt, dass Atmosphären nicht einfach auf mentale Konstruktionen oder Projektionen zurückgeführt werden können; dann wären sie rein geistiger Art und bedürften zu ihrer Entstehung nicht besonderer Elemente jenseits dinghafter Körper. Hier kann das Licht, das an bestimmten Orten besondere Beleuchtungsverhältnisse entstehen lässt, stellvertretend für alle Halbdinge stehen. Einer großen regionalen und kulturellen Variation ihres Erscheinens verdanken sich aber besonders Gerüche (vgl. G. Böhme 1998: 49 ff. sowie Bischoff 2001) und Geräusche. Weit weniger als die visuellen Eindrücke können Geräusche und Gerüche in einzelne Eindrücke getrennt werden. Geräusche verlaufen nach Georg Picht im „Klangraum“ zu einer Gestalt (vgl. Picht 1986: 389 f.). Geräusche und Gerüche machen aufgrund ihrer besonderen unausweichlichen Zudringlichkeit besonders deutlich, was im Prinzip grundsätzlich für Halbdinge gilt. Sie erscheinen unörtlich im Raum und „berüh-

ren“, „muten an“, „sprechen an“, sind in einem Gefühl des „Hineingezogen-seins“ oder „unwillkürlichen Ergriffenseins“ (mit Worten Dürckheims) präsent.

Gernot Böhme trägt dem medialen Charakter von Atmosphären und ihrer Bedeutung als Dimension subjektiver Erfahrung der Stadtwirklichkeit Rechnung. Den Herd einer positiv erlebten Atmosphäre bilden in seiner Perspektive nicht Dinge, Dienstleistungen, Ausblicke, Sichtbeziehungen o. ä., sondern die Art und Weise, wie sich das Leben in der Stadt vollzieht, wie also zu all diesen Dingen und Gegebenheiten Beziehungen hergestellt und gelebt werden. „Was einen anspricht in einer Stadt, lässt sich nicht als Sprache deuten, vielmehr geht es als Anmutungscharakter in das Befinden ein.“ (G. Böhme 1998: 56) Dieses Ansprechende entzieht sich einem rein verstandesmäßig gedachten, sich selbst und anderen gegenüber kommunikativ rechenschaftsfähigen Subjektbegriff. Dem Ansprechenden korrespondiert die „leibhafte Herumwirklichkeit“ Dürckheims, die unterhalb der sprachlichen Abstraktionsbasis geronnener Bedeutungen als leibliche Resonanz empfunden werden kann. Die Eindrücke des Städtischen sind dort im gelebten und belebten Raum besonders vital, wo die Bewegungen, Haltungen, Gesten, Stimmungen und die zu Figuren zerfließenden Gestaltverläufe der Daseienden einen öffentlichen Raum schaffen.¹⁰

Mit den Atmosphären sind somit auch Weisen menschlichen Daseins angesprochen, die mit Handeln nur unter bestimmten Bedingungen etwas gemeinsam haben. Auch wenn atmosphärisches Befinden ansatzweise in Fragmenten mit Sprache aussagbar ist, so bedarf es doch zunächst stets der Übersetzung, denn das Zündende am Befinden ist dessen Gefühlsqualität. Die westliche Intellektualkultur hat eine Kompetenz des Sprechens über *objektive* nicht aber über *subjektive* Sachverhalte auf- und ausgebaut. Sprechen und Verstehen ist auf Texte oder Textähnliches fokussiert (vgl. Schmitz 1980: 48), weshalb Gernot Böhme im Blick auf die westliche Kulturtradition anmerkt, man habe „alles, was man nicht in Strukturen fassen konnte [...], in die Bedeutungen verlagert“ (G. Böhme 1998: 56). Im Bereich der Gefühle, zu denen die Atmosphären als räumlich ausgedehnte Gefühle gehören, läuft die Sprache der westlich-christlichen Kultur deshalb allzu schnell leer und verliert sich in strukturellem Stammeln.

Dieses Nicht-sprechen-Können ist gegen die Entdeckung seines zivilisatorischen Defizits kulturell gesichert. Gefühlsfragen gelten als Privatsache. So stauen sich die Eindrücke und Erfahrungen aus der unwillkürlichen Lebenserfahrung in

¹⁰ Claudia Lorenz stellt diesen Aspekt der „Anwesenheit von Menschen“ in der Entstehung einer Atmosphäre besonders heraus (vgl. Lorenz 2001). Am Beispiel der menschlichen Belebung eines halböffentlichen Innenraumes in Rotterdam (Hotel New York) habe ich an anderer Stelle die unbedingte Abhängigkeit bestimmter Atmosphären vom bewegten Belebter durch Menschen beispielhaft beschrieben (vgl. Hasse 2000: 141 ff.).

einem Bereich des Nichtaussagbaren auf. Die „Spanne zwischen Begreifen und Betroffensein“ (Schmitz 1998: 8) klappt auf und öffnet ein Tor zur Kolonisierung individueller Wünsche und Hoffnungen. Als Projektionsbühnen nicht bewusst gewordener Gefühle sind sie eine zentrale Arena der „Kulturindustrie“.¹¹ In der gesellschaftstheoretischen Perspektive Foucaults lassen sie sich auch als Medien der Disziplinierung interpretieren, als ‚Rohstoffe‘ der Technologien der Macht.

Die atmosphärisch im Raum ausgedehnten Gefühle weisen eine epistemologische Doppelstruktur auf. Atmosphären führen eine zweifache Existenz. Zum einen sind sie Dimension des Handelns, zum anderen als Medium der ‚Verführung‘ aber auch das Andere des Handelns. Man kann – als Normalnutzer städtischer Räume – in den Bann einer städtischen Atmosphäre hineingeraten und sich im Gefühl einer bestimmten Form von Anwesenheit finden (vgl. Hauskeller 1995). Man verfügt in einer solchen typischen Alltagssituation dann nicht über ein diskursives Instrument, die Gefühle als einen „Code“ ernst zu nehmen (vgl. Landweer 1995: 86), so dass das eigene Spüren schwer aussagbar, in gewisser Weise fremd und der Sprache gegenüber inkommensurabel bleibt. Davon unterscheidet sich die Situation der Arrangeure solcher Atmosphären kategorial, wie das Beispiel zur Architektur des Delftse Poort in Rotterdam zeigte. In den USA hatten wissenschaftliche Experten für unbewusste ästhetische Prozesse an der Umgestaltung von Ausstellungsflächen eines großen amerikanischen Kfz-Herstellers mitgearbeitet. Nach der erfolgten Umgestaltung sollen die Verkäufe um mehr als 30 % gestiegen sein (vgl. Rötzer 2000: 74).

Dass die Manipulation menschlichen Verhaltens durch die ästhetische Gestaltung von Umgebungen zur subkutanen Ausübung von Herrschaft ein hoch effizientes Mittel sein kann, ist altbekannt. Die Architektur (man denke an die Epoche des Barock oder den Sakralbau insgesamt) ist eine der traditionsreichsten Handlungsfelder. Auf der Seite der ästhetischen Macher muss also nachdrücklich *Handeln* als rationales und strategisches Tun gelten. Professionalisiertes instrumentelles Wissen kommt in der praktischen Anwendung auf diesem Niveau auch diskursiv gestützt zur Geltung. Wer *bewusst* Atmosphären macht, muss wissen, welche Suggestion das Gefühl *unbewusst* antönt. In der Perspektive der konstruktivistischen Handlungstheorie dürfte es dieses Handeln prinzipiell nicht geben, denn damit würde eine Rationalität als Handlungsquelle anerkannt, deren Wirkungsweise geleugnet wird.

Wer von einer gemachten Atmosphäre getroffen wird, folgt aber nur so lange mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit dem angestrebten Verhaltensprogramm, als dessen Grammatik und Wirkungslogik unerkannt bleibt. Das kulturell im Metier

¹¹ Adorno, Horkheimer, Marcuse, Fromm oder später Foucault in Frankreich sind immer wieder diesen Spuren der systemischen Flexibilisierung der Individuen für die Interessen von Ökonomie und Politik gefolgt.

der Gefühle begrenzte und tabuisierte Sprechvermögen kommt der Nachhaltigkeit dieses Verdeckungseffekts entgegen. Als Technik des Sprechenlernens versteht sich Gernot Böhmes Aktualisierung der Physiognomik im Anschluss an Alexander von Humboldt. Böhme greift heute die Tradition der Physiognomik wieder auf und löst sie programmatisch aus ihrem semiotischen Rahmen.

„Die Züge einer Physiognomie werden nicht als Zeichen für einen inneren verborgenen Charakter verstanden. Sie werden vielmehr als Erzeugenden aufgefasst, die einen *Charakter* in der *Erscheinung* spürbar werden lassen“ (G. Böhme 1999: 51).

Der Akzent wird vom Ausdruck einer Stadtlandschaft, einer Straße oder eines Bauwerkes zu dessen Eindruckspotential verschoben. Mit der Konzentration auf die Eindrücke wird die Physiognomik im Kontext einer ästhetischen Ästhetik verortet, deren Programm der geisteswissenschaftlichen Reflexion subjektiver Wahrnehmungen gilt. Im Sinne einer ästhetischen Physiognomik ist jeder subjektiv erlebte Eindruck empirisch relevant und deshalb auch kein Gegenstand letztgültiger (besserwissender) szientistischer Interpretation ‚von oben‘.

Man kann ohne jeden rationalen Handlungsanspruch in den Raum einer (gemachten) Atmosphäre hineingeraten. Jenseits architektonisch verdeckter Strategien gerät man schon infolge der Wechselhaftigkeit des Wetters ohne jedes intentionale Zutun in Atmosphären erscheinender Natur. Das gilt auch für die Stadt, deren gebauter Raum plötzlich im Licht, Dunst oder in der Wärme eine unveränderbare charakteristische Gestalt erhält.¹² Dieses Erscheinen städtischer Räume, das in seiner Wechselhaftigkeit in jeder Metropole am Erscheinungsbild der Hochhäuser beobachtet werden kann, ist für die soziale Herstellung von *Bedeutungen* des Städtischen ein nicht wegzudenkendes Moment.

3 ‚Handeln‘ in phänomenologischer Sicht

Einige Grundelemente der konstruktivistischen Handlungstheorie von Giddens sollen im Folgenden rekapituliert und im Hinblick auf die herauszustellenden Differenzen zum phänomenologischen Handlungsbegriff kontrastiert werden.

¹² Bis in die 60er Jahre verfolgte Herbert Lehmann die Wirkungsweise der Eindrücke, die von Landschaften ausgehen und auf Situationen persönlichen Befindens als landschaftliche Atmosphäre einwirken (vgl. Krenzlin/Müller 1986). Seine theoretische Aufmerksamkeit galt der landschaftlichen Physiognomik. Auf die Erscheinungsweise von Landschaften wandte Alexander von Humboldt sie bereits an. Schon ihm ging es hierbei um nichts „hinter“ der Erscheinung einer Landschaft, sondern um das, was *an* ihr erlebt werden kann (vgl. G. Böhme 1999: 50).

Eine Handlung ist nach Giddens und Werlen zielgerichtet und rational. Sie setzt die Inanspruchnahme von Verstand, Wille und Körper voraus. Mit diesem Verständnis korrespondiert eine dichotomische Ontologie von Sinn und Materie, die sich in vielen anderen erkenntnistheoretisch tradierten Dichotomien spiegelt – in der Zweiteilung von Geist und Körper, von Subjekt und Objekt oder von Schein und Sein. Dem Bewusstsein kann danach nichts gegeben sein, das nicht durch den Kanal des Willens gegangen und damit Ausdruck eines über sich selbst verfügenden Subjekts ist.

Schon die Beispiele konnten zeigen, dass diese Annahme fehlschlägt. Für Werlen wären die dort und unter 2.2 beschriebenen Arten und Weisen menschlichen Befindens auf dem Niveau „unbeabsichtigter Folgen von Handlungen“ (Werlen 1999: 205 f.) anzusiedeln. In diese Kategorie müsste auch das Gefühl der Enge in einem Hohlweg oder des schwindligen Blickes in abgründige Tiefe fallen. Das mag theoretisch aufgehen, passt aber nicht zur Wirklichkeit gelebten Lebens! Die Kategorie „unbeabsichtigter Handlungsfolgen“ erweist sich auf den zweiten Blick als „Reinigungspraxis“ (Zierhofer 1999) und „Desinfektionsmittel“ gegen die Vitalität des praktischen Lebens. Diese Reinigung ist Moment *wissenschaftlichen* Handelns und dient der (termino-)logisch geregelten Abstraktion von nicht-rationalistischen Tätigkeiten. In einem wissenschaftshygienischen Akt der Idealisierung wird so das menschliche Tun konstruktivistisch verfügbar gemacht und diese Verfügungsmacht den Individuen selbst zugeschrieben.

Zu dieser Prozedur gehört auch die rationalistische Vorstellung, „Raum“ sei eine Gegebenheit, „die der mentalen Welt angehört und dementsprechend kognitiver Art ist“. (Werlen 1999: 207). Als mentale Konstruktion wird „Raum“ ausschließlich „auf den Wirklichkeitsbereich der Welt der ausgedehnten Körper (bezogen), nicht aber auf die immateriellen Gegebenheiten oder die intersubjektiv konstituierten sozial-kulturellen Gegebenheiten“ (Werlen 1999: 222). Jede andere Verwendung des Raum-Begriffs wird im voraus schon als „inadaquater Reduktionismus“ diskreditiert. Die „Warnung“ insistiert auf der konsequenten Ausklammerung all jener menschlichen Lebensäußerungen, die das Filter des zugrunde gelegten verstandesmäßigen und abstraktionistisch-idealistischen Menschenbildes nicht passieren.¹³

Atmosphärische Eindrücke stehen in einem höchst lockeren Verhältnis zu konstruktivistischem *Handeln*, soweit sie nicht Gegenstand strategischer Arrange-

¹³ Die Brüchigkeit dieser „reinigenden“ Konstruktion wird schnell klar, wenn man sie auf menschlich elementare Befindlichkeiten anwendet. Sowenig der Schwindel oder das bedrückende Gefühl der Enge als Resonanz des *Körpers* angesehen werden kann, so wenig handelt es sich bei Eindrücken dieser Art um „mentale“ Angelegenheiten oder „kognitive“ Gegebenheiten. Beides hat auch nichts mit Intentionalität oder Rationalität zu tun.

ments sind. Dem Passanten etwa, der einen Laden betritt, eine Straße quert oder durch eine Passage schlendert, stößt eine atmosphärische Situation eher zu, als dass er sie planvoll und ihrer selbst wegen aufsuchen wird. Werlen muss affizierenden Eindruckssituationen gegenüber blind bleiben – oder sie als kognitive „Interpretationen“ und damit als soziale Konstruktionen theoretisch passend machen. Sein reduktionistischer Zuschnitt des Raumbegriffs für die Welt der materiellen Körper versperrt ihm den Blick für die leibliche Rückseite des *menschlichen* Körpers. Werlen spricht zwar gelegentlich (sogar im Rückgriff auf Heidegger) vom Leib; er erläutert den Begriff aber nie in seiner kategorialen Differenz zum Körper. Das führt zu einer in der Sache höchst schwammigen und im Wesentlichen tautologischen Leib-Körper-Methaphologie. Der theoretische Kurzschluss, den Menschen gleichsam am Kopf auf die Füße zu stellen, resultiert aus einer Gleichsetzung der Welt der Dinge (unter Abzug der Halbdinge) mit der Welt der menschlichen Körper (unter Abzug des Leibes) sowie der Konstruktion eines zwischen beiden Bereichen handlungsvermittelnden Bindegliedes in Gestalt geistiger, mentaler, kognitiver und bedeutungserzeugender Kompetenzen.

Aus der oben knapp ausgeführten Differenzierung zwischen menschlichem Leib und Körper ergibt sich eine Reihe von Konsequenzen, die in der Überwindung eines reduktionistischen Menschenbildes zur Aufspaltung des Handlungsbegriffes führt.

Nach Helmuth Plessner ist die Crux der Leiblichkeit „ihre Verschränkung in den Körper“ (Plessner 1980: 368). Der Mensch wird das Chisma nicht los, einen Körper zu *haben* und ein Leib zu *sein* – und als solcher sich zu fühlen. Plessner sieht im körperlich-leiblichen Doppelaspekt den Zwang zum Ausgleich und in diesem Ausgleich die Wiege des Handelns (ebd.); der eigene Körper werde als *Leib* manipuliert oder instrumentalisiert (vgl. ebd. 369). In der Dimension des Erlebens stellt sich die Subjekt-Objekt-Spaltung in ihrer Unaufhebbarkeit als Konflikt dar. Sie „zwingt den Menschen zu *handeln* [...]“ (ebd.). Deutlich tritt die Spaltung in solchen Situationen vitalen Erlebens auf, in denen das Individuum in einen Geschehensfluss verwickelt ist, der ihm keine Zeit zum Nachdenken lässt, so dass das Tun seinen Ausgang nicht im Zentrum des intelligiblen Denkens nehmen kann. Dieses Handeln ist kein rationales und rechenschaftsfähiges wie jenes, das an der intentionalen Quelle eines kognitiven Entwurfs entspringt. Die Phänomenologie¹⁴ verwendet also ihrerseits einen Handlungsbegriff, der aber im Unterschied zu dem der soziologischen Handlungstheorie auf der Ebene des leiblichen Befindens ansetzt, also auf der Abstraktionsbasis der unwillkürlichen Lebenserfahrung, das heißt unterhalb intelligiblem Handeln. Auf dieser Ebene der noch nicht vollzogenen Ausschlüsse und terminologisch-isolierenden Trennungen von Einzelnem aus dem Mannigfaltigen der Lebenser-

¹⁴ Hier bezogen auf die Neue Phänomenologie, die auf dem System der Philosophie von Hermann Schmitz fußt.

fahrung stimmt die Phänomenologie auch dem Konstruktivismus zu. Diese Zustimmung verweigert sie aber im Moment der gnostischen Auflösung von Mannigfaltigkeiten in Einzelheiten. An die Stelle des phänomenologischen auf Ganzheiten gestimmten erkenntnistheoretischen Grundbegriffs¹⁵ der „Situation“ tritt im Konstruktivismus die „Konstellation“, in der das in Einzelnes Getrennte dann als „Quasi-Ganzheit“ betrachtet werden soll. Isolierung und Synthese, die hier aber erforderlich werden, haben die phänomenologisch konstitutive Abstraktionsbasis hinter sich gelassen. Die Atmosphäre ist ein beispielhaftes Phänomen, das die Unmöglichkeit der Auflösung in Einzelnes zeigt – es sei denn eben um den Preis der Abschaffung der Atmosphäre selbst.¹⁶

Schmitz¹⁷ versteht unter „Handeln“ die aktive Zuwendung des vitalen Antriebs an ein Thema „in Übereinstimmung mit dem eigenen Streben des personalen Subjekts“ (Schmitz 1994: 213). Handeln setzt personale Emanzipation voraus, das heißt ein Mindestmaß an Orientierung. In den Dimensionen der Orientierung spielt die Emanzipation des *Dieses* als bewusste Differenz zwischen Identität und Verschiedenheit eine wichtige Rolle. Die Emanzipation des *Dieses* bereitet den Boden, auf dem eine zur Unterscheidung fähige Orientierung überhaupt erst möglich wird, denn mit ihr spaltet sich der ganzheitlich erlebte Gerinnungszustand des Chaotisch-Mannigfaltigen zugunsten *einzel*n sich abzeichnender Situationen auf (vgl. ebd. 110 ff.). „Themen“ der Zuwendung durch Handeln sind insbesondere „Programme“ als etwas, das sein soll.¹⁸ In ihnen steckt auch ein Moment von Intentionalität! Handeln setzt also eine Übereinstimmung mit dem eigenen Streben voraus (vgl. Schmitz 1994: 213), eine Absicht, hinter der nun aber kein kognitiv entworfenen Sinn steckt, vielmehr Zuwendung als *vitaler Antrieb* (durch Konzentration der Aufmerksamkeit, Aktivieren der leiblichen Spannung beim absichtlichen Beobachten etc.) (vgl. ebd.). Auf die *Körper*-Bewegung kommt es dabei nicht an! Der vitale Antrieb liefert die situativ gelebte Energie gerichteten Tuns. Er gestaltet sich in einem Verschränkungsverhältnis von Engung und Weitung (im Pulsieren der Atmung z. B.), ist also selbst *kein*

¹⁵ Zum Situationsbegriff vgl. Schmitz 1994: 67 ff.

¹⁶ Zur Kritik am Konstruktivismus sowie zu den Beziehungen zwischen Konstruktivismus und Neuer Phänomenologie vgl. Schmitz 1999.

¹⁷ Weitaus präzisere Differenzierungen zu einem phänomenologischen Handlungsverständnis findet sich bei Hermann Schmitz, dessen Neue Phänomenologie sich durch eine begrifflich-systematische Klarheit auszeichnet, wie sie den phänomenologischen Hauptwerken des 19. und 20. Jahrhunderts weitgehend fehlt.

¹⁸ Zu denken ist etwa an Programme der Anziehung, der Abstoßung, der Verführung, des Prestiges usw. (vgl. Schmitz 1994: 17), die feste Körper mit Bedeutsamkeit aufladen, ohne dass deren Wirkung schon im Bereich des (semiotisch) Bezeichnenden aufginge, denn ihrer sozialen Funktionalität halber setzen sie ja leibliche Affizierung und affektive Betroffenheit voraus.

zielgerichteter Trieb (vgl. Schmitz 1999.1: 32). In der Einwurzelung des Handelns im vitalen Antrieb ist nicht der Körper des Menschen handlungstheoretisch konstitutives Element, sondern sein Leib.

Für das Verständnis von Sein und Wirklichkeit und die Frage des Handelns ist für Schmitz deshalb nicht die sinnliche Anschauung entscheidend, sondern der vitale Antrieb (vgl. ebd. 37). In phänomenologischer Sicht hängt folglich die Frage der Wirklichkeit auch nicht an der Erklärbarkeit eines Gegenstandes, sondern an seiner Erlebarkeit. Das *Erleben* unterscheidet sich schon dadurch vom *Handeln*, dass ihm ein schonendes Moment zu Eigen ist, während zum Handeln das *Be-Handeln* und Konstruieren gehört. Aus der Tatsache des aktiven Charakters von Handeln lässt sich aber kein anthropologischer Vorzug des Handelns gegenüber Geschehnissen anderer Art herleiten (vgl. Schmitz 1999.2: 113).

Wenn nach Werlen Handlungen „immer mindestens eine sozial-kulturelle (insbesondere institutionelle), eine subjektive und eine physisch-biologische (körperliche Komponente) aufweisen“ (Werlen 1999: 51), dann abstrahiert er damit von jenen Formen vitaler Zuwendungen intentionalen Tuns an ein Thema, die einer (möglichen) Körperresonanz vorausliegen. Diese Ausklammerung betrifft in der logischen Folge jede sinnlich-*leibliche* Wahrnehmung (z. B. physisch-körperhafter Gegenstände). Darin mag eine ontologische Antwort auf die Frage nach dem theoretischen Ort lebensphilosophischer Rückfragen liegen. Sowenig in dieser hergestellten Blickrichtung dem erlebenden Leib eine handlungsrelevante Rolle zugestanden wird, sowenig müssen die so nachhaltig anrührenden Halbdinge in ihren eindruckserzeugenden Wechselwirkungsverhältnissen zu den körperhaften Dingen in Beziehung gesetzt werden. Zwar entzieht sich die Leiblichkeit der sinnlichen Anschauung. Dennoch ist sie in einem synästhetischen Verständnis sinnlich, da sie die *einzelnen* Sinnesleistungen und Wahrnehmungen in Formen situativen Befindens im Bereich des Empfindens übersteigt.

Die Welt der körperlichen Dinge ist auch als tote Welt denkbar. Die ontologische Erweiterung um die Lebewesen setzt schon deshalb die Integration des Leibes voraus. Handlungstheorie, die ohne den Leib-Begriff auskommen will, muss folgerichtig auch die vitale Veranlassung zielgerichteten Tuns aus ihren Theoremen heraushalten. Erkenntnistheoretisch folgenreich ist die implizit darin zum Ausdruck gebrachte „geheime Rangordnung der Wirklichkeit“ (vgl. Grillhaas 1971: 16). Indem atmosphärisches Befinden in Städten erst auf der „gereinigten“ Ebene der rationalistisch aussagbaren Argumente über Lebensqualität (als subjektive und sprachlich geklärte wie kommunikativ konventionalisierte Aussage persönlichen Befindens) in den Blick der konstruktivistischen Handlungstheorie rückt, bleibt der Erlebnisgrund solcher Argumente im Dunkeln. In der theoretischen Fokussierung einer letztlich semiotischen Bedeutung verliert sich die Frage nach dem bedeutungs-*machenden* und vor allem evaluativen gefühlsmäßigen Sein im gelebten Raum. Die handlungstheoretische Unterstellung der individuell *möglichen* Aussagbarkeit von Gründen bestimmten Tuns muss schon der Wis-

senschaftshygiene halber daran hindern, die Aufmerksamkeit im Bereich des Anderen der sprachlichen Explikation zu differenzieren.

Damit fällt die sozialwissenschaftliche Handlungstheorie weit hinter die philosophische Tradition zurück, war für das griechische Denken das Unsagbare doch ein zentraler Antrieb, das Sprechen immer wieder um diesen imaginären Punkte mit dem Ziel der sprachlichen Annäherung kreisen zu lassen (vgl. G. Böhme 1987). Die Ausklammerungen sprachlich nicht explizierter Beweggründe eines Tuns sind nicht zuletzt *kultureller* Ausdruck übergreifender Ansprüche eines kommunikativen Vernunftsverständnisses. Danach wird Vernunft mit einer Sprache identifiziert, „die alles Nicht-sprachliche als nicht vernunftmäßig ausschließt“ (Reijen 1987: 244). Von diesem Anschluss wären die Atmosphären betroffen, weil es an kulturell verfügbaren Konventionen der sprachlichen Aussage mangelt – nicht, weil sie sich der Aussagbarkeit prinzipiell entziehen. Die Bedeutung städtischer Atmosphären für das menschliche Befinden in Städten (und damit für die Führung rationaler Diskurse über mögliche Wege zur Rekonstitution von Urbanität!) bleibt so lange im öffentlichen und politischen Diskurs unterbewertet, als ein Sprechen über Atmosphären nicht kultiviert, geübt und kommunikativ respektiert wird. Im urbanistischen wie im politischen Diskurs über die Zukunft der Stadt belegt das Thema des menschlichen Befindens eine zentrale Position. Konstruktivistische Handlungstheorie vermag an diesem Diskurs nur von einem restringierten Posten aus teilzuhaben, da sie die Existenz einer leiblichen Resonanz in hier dargelegten Sinne nicht zuerkennen kann. Damit ist keineswegs nur eine Marginalie im Verhältnis der Subjekte zu ‚ihrer‘ Stadt berührt! Die ‚Entscheidung‘ in einer Stadt leben zu wollen oder aus ihr fortzuziehen, gründet in maßgeblicher Weise in Gefühlen positiv oder negativ erlebten Befindens, von denen aber eben nur solche Gründe ausgesagt werden können, die auch Anschluss an eine verfügbare Kultur des Darüber-Sprechens finden können. Atmosphären fügen sich nicht der herkömmlichen rationalistischen Erkenntnistheorie (vgl. Großheim 1999), die sich in westlicher Tradition als Moment eines kulturellen Verfügungswillens darauf verstand, die Dinge zu besitzen und zu verwandeln (vgl. Serres 1985: 362). Es waren lediglich rare ‚Sondertheorien‘, die nicht der Fremdverfügung der Individuen dienten, sondern sich der Idee der Stärkung individueller Selbstverfügung verschrieben (z. B. Psychoanalyse). Jenseits der Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie bilden sich dagegen in den verschiedenen Praxisfeldern subjektkolonisierende Kompetenzen heraus (als Ungleichzeitigkeit zu den Leerstellen der Erkenntnistheorie), die menschlichen Zonen unverfügbaren Befindens zu „behandeln“; gleichwohl eher im Sinne manipulativ „attackierender“ Methoden, als zur Emanzipation der Subjekte. Die Architektur, Innenarchitektur, Gartenbaukunst oder Werbung sind hier relevante Beispiele.

Damit ist noch einmal die Frage der Intentionalität menschlichen Handelns berührt. Wenngleich auch das phänomenologische Handlungsverständnis Intention-

nalität als Bedingung seines Handlungsbegriffs voraussetzt, so muss doch auf *vorintentionalem* Niveau menschlichen Tuns eine weitere Auslassung im Menschenbild der Giddenschen Theorie reklamiert werden. Gerade die das Tun im städtischen Raum in atmosphärischer Hinsicht so subtil bestimmenden Suggestionen zielen doch auf individuelles Verhalten ab, das Intentionalität als bewusste Aufmerksamkeit oder Hinwendung unterlaufen soll. Diese kolonisierenden Wege zum „erschlichenen“ Verhalten können letztlich nur um den Preis eines partiell idealisierten theoretischen Konstrukts vergessen werden. Adorno und Horkheimer haben diese Mechanismen als „Massenbetrug“ der „Kulturindustrie“ untersucht, und Foucault analysiert ähnliche Prozesse als „Technologien“ und „Dispositive der Macht“. Sozialtheorie, die von systemisch erzeugter Reaktivität menschlichen Verhaltens abstrahiert, idealisiert den Menschen in seiner Freiheit und muss sich dem Vorwurf der Gegenaufklärung stellen. Dass ausgerechnet von der Seite der Phänomenologie diese Erzeugung einer Leerstelle angemerkt wird, hat einen satirischen Beigeschmack, denn die Phänomenologie ist es ja, die sich aus der Perspektive der Gesellschaftstheorie immer wieder dem Vorwurf einer gewissen Harmlosigkeit angesichts von ihr oft ausgeblendeter Vergesellschaftungsmechanismen ausgesetzt sieht.

4 Konsequenzen für die Stadtforschung

Das Eindringen der Leiblichkeit vermag die theoretische Perspektive für eine Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse im materiellen, symbolischen und atmosphärischen Raum der Stadt zu öffnen. Diese Sensibilisierung setzt die Zuerkennung der menschlichen Leiblichkeit in ihren systemisch relevanten Eigenschaften als Resonanzmedium einer affizierenden Kultur und Ökonomie voraus.

Kultur, Politik und Ökonomie erschließen sich im Bereich des Ästhetischen eine Wirkungsfläche, die das bewusste Handeln der Individuen zu unterlaufen in der Lage sein kann. Die Thematisierung leiblicher Verwicklungen von Stadt-„Benutzern“ in das städtische Geschehen entkräftet nicht nur die „schwarze Pädagogik“ einer anästhesierenden Stadtpolitik. Vor allem ermöglicht sie die Bewusstwerdung der vielen alltagspraktischen Formen subjektiven Beteiligtseins an diesen Prozessen. Damit stellt sie sprachliche Mittel zur Aussage von Gefühlen städtischen Lebens bereit. Aus der Perspektive der Phänomenologie öffnet sich so eine Sprachebene der nicht zuletzt politischen Verhandlung von Fragen der Lebensqualität – nicht auf dem programmatisch abstrakten Niveau begrifflicher Paltzhalter, sondern in unmittelbarer Rückbindung an das Befinden im „gelebten Raum“ der Stadt.

Literatur

- Barthes, R. (1985): Die helle Kammer. Bemerkung zur Photographie, Frankfurt a. M.
- Bischoff, W. (2001): Ein Hauch von Großstadt. Überlegungen zum urbanen Geruchsraum (Manuskript).
- Böhme, G. (1987): Die Schwierigkeit, das Andere zu denken – oder das Problem des Irrationellen, in: Kimmerle, H. (Hg.) (1987), 17-21.
- Böhme, G. (1995): Atmosphäre, Frankfurt a. M.
- Böhme, G. (1998): Anmutungen. Über das Atmosphärische, Ostfildern.
- Böhme, G. (1999): Physiognomie als Begriff der Ästhetik., in: Großheim, M. (Hg.) (1999), 45-56.
- Böhme, H. (2000): Leibliche und kulturelle Codierungen der Angst, in: ZDF-Nachtstudio (Hg.): Große Gefühle. Bausteine menschlichen Verhaltens Frankfurt a. M., 214-239.
- Bollnow, O. F. (1956/1995): Das Wesen der Stimmungen, Frankfurt a. M.
- Bollnow, O. F. (1963): Mensch und Raum, Stuttgart.
- Dürckheim, K. Graf v. (1932): Untersuchungen zum gelebten Raum. Erlebniswirklichkeit und ihr Verständnis. Systematische Untersuchungen II., in: Neue Psychologische Studien. Hg. Felix Krüger, 6. Bd., München, 383-480.
- Endell, A. (1908): Die Schönheit der großen Stadt, in: August Endell. Vom Sehen. Texte 1896 bis 1925, hgg. von H. David. Basel, Berlin, Boston 1995.
- Eser, U. (1999): Der Naturschutz und das Fremde, Frankfurt a. M.
- Gerstenberger, H. (1988): Handeln und Wandeln. Anmerkungen zu Antony Giddens' theoretischer „Konstruktion der Gesellschaft“, in: PROKLA, H. 71, 144-164.
- Giddens, A. (1988): Die Konstitution der Gesellschaft, Frankfurt a. M.
- Grillhaas, W. (1971): „Selbst Leibhaftig Gegeben“. Reflexion einer phänomenologischen Formel nach Alexander Pfänder, in: Kuhn, H. / Avè-Lallemant, E. / Gladiator, R. (Hgg.) (1971), 8-18.

- Großheim, M. (1999): Atmosphären in der Natur: Phänomene oder Konstrukte? In: Sieferle, R.-P. / Breuninger, H. (Hgg.) (1999), 325-365.
- Großheim, M. (Hg.) (1995): Leib und Gefühl. Beiträge zur Anthropologie, Berlin.
- Großheim, M. (Hg.) (1999): Perspektiven der Lebensphilosophie. Zum 125. Geburtstag von Ludwig Klages, Bonn.
- Hard, G. (1983): Zu Begriff und Geschichte der „Natur“ in der Geographie des 19./20. Jahrhunderts, in: Großklaus, G. / Oldemeyer, E. (Hgg.): Natur als Gegenwart. Beiträge zur Kulturgeschichte der Natur, Karlsruhe, 139-167.
- Hard, G. (2001): „Hagia Chora“. Von einem neuerdings wieder erhobenen geomantischen Ton in der Geographie, in: Erdkunde, H. 2 (Bd. 55), 172-198.
- Hasse, J. (2000): Die Wunden der Stadt. Für eine neue Ästhetik unserer Städte, Wien.
- Hauskeller, M. (1995): Die Erfahrung von Anwesenheit, in: Großheim, M. (Hg.) (1995), 109-118.
- Häußermann, H. / Siebel, W. (1997): Stadt und Urbanität, in: Merkur, Nr. 577, 293-307.
- Heidegger, M. (1927/1993): Sein und Zeit, Tübingen.
- Helbrecht, I. (1996): Die Wiederkehr der Innenstädte. Zur Rolle von Kultur, Kapital und Konsum in der Gentrification, in: Geographische Zeitschrift 84, 1-15.
- Hiss, T. (1990): Ortsbesichtigung, Hamburg.
- Kimmerle, H. (Hg.) (1987): Das Andere und das Denken der Verschiedenheit, Amsterdam.
- Krenzlin, A. / Müller R. (1986): Herbert Lehmann. Essays zur Physiognomie der Landschaft. Erdkundliches Wissen, Heft 83, Wiesbaden.
- Kuhn, H. / Avè-Lallemant, E. / Gladiator, R. (Hg.) (1971): Die Münchener Phänomenologie. Vorträge des internationalen Kongresses in München, Den Haag.
- Landweer, H. (1995): Verständigung über Gefühle, in: Großheim, M. (Hg.) (1995), 71-86.
- Lorenz, C. (2001): Atmosphäre. Eine praktische Annäherung an den ästhetischen Begriff Gernot Böhmes am Beispiel des Museums für Moderne Kunst Frankfurt

- am Main (<http://www2.rz.hu-berlin.de/museumspaedagogik/forschung/lorenz/lorenz.html>; 15.05.01).
- Nancy, J.-L. (1999): Das Bild – Das Dinstinkte, in: Le Vitte Harten, D. (Hg.): Heaven. Ausstellungskatalog, Ostfildern, 44-49.
- Nietzsche, F. (1977): Gesammelte Schriften, Werke in drei Bänden. München/Wien.
- Picht, G. (1986): Kunst und Mythos, Stuttgart.
- Plessner, H. (1980): Gesammelte Schriften III. Anthropologie der Sinne. Frankfurt a. M.
- Reijen van, W. (1987): Der Andere in der Kommunikation, in: Kimmerle, H. (Hg.) (1987), 233-248.
- Rötzer, F. (2000): Inszenierung von Aufmerksamkeit. Ästhetik in der Informationsgesellschaft, in: Kunstforum International. Bd. 148, 53-77.
- Schmitz, H. (1964ff): System der Philosophie, 5 Bände in 10 Bänden, Bonn.
- Schmitz, H. (1980): Neue Phänomenologie, Bonn.
- Schmitz, H. (1981): System der Philosophie. Dritter Band: Der Raum. Zweiter Teil: Der Gefühlsraum, Bonn.
- Schmitz, H. (1989): System der Philosophie. Dritter Band: Der Raum. Fünfter Teil: Die Wahrnehmung, Bonn.
- Schmitz, H. (1994): Neue Grundlagen der Erkenntnistheorie, Bonn.
- Schmitz, H. (1998): Der Leib, der Raum und die Gefühle, Ostfildern.
- Schmitz, H. (1999.1): Der Spielraum und die Gegenwart, Bonn.
- Schmitz, H. (1999.2): Phänomenologie und Konstruktivismus, in: Janich, P. (Hg.) (1999): Wechselwirkungen: Zum Verhältnis von Kulturalismus, Phänomenologie und Methode, Würzburg, 103-114.
- Serres, M. (1985/1994): Die fünf Sinne. Eine Philosophie der Gemenge und Gemische, Frankfurt a. M.
- Sieferle, R.-P. / Breuninger, H. (Hgg.) (1999): Natur- Bilder. Wahrnehmungen von Natur und Umwelt in der Geschichte, Frankfurt a. M./New York.
- Simmel, G. (1903): Die Großstädte und das Geistesleben, in: Lichtblau, K. (Hg.) (1998), 119-133.

- Simmel, G. (1913): Philosophie der Landschaft, in: Simmel, G.: Brücke und Tür. Essays des Philosophen zur Geschichte, Religion, Kunst und Gesellschaft. Hg. von M. Landmann, Stuttgart 1957, 141-152.
- Welsch, W. (1987): Unsere Postmoderne Moderne, Weinheim.
- Wenzel, J. (1991): Über die geregelte Handhabung von Bildern, in: Garten + Landschaft, H. 3, 19-24.
- Werhahn, H. (2001): Räume, gelebt, gespürt, gedacht. Einleitung in das Tagungsthema. Vortrag auf der Jahrestagung der Gesellschaft für Neue Phänomenologie zum gleichlautenden Tagungsthema, Kiel (Manuskript), S. 6-7.
- Werlen, B. (1999): Zur Ontologie von Gesellschaft und Raum. Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen, Stuttgart.
- Zierhofer, W. (1999): Geographie der Hybriden, in: Erdkunde, H. 3, 1-13.

Abbildungen



Abb. 1. Ed van der Elsken: Chinese cargo boats in the harbour of Hong Kong, 1959-1960 (Nederlands fotoarchief, inv. nr 2734/29).



Abb. 2: Die Empfangshalle des Hauptverwaltungsgebäudes der niederländischen Lebensversicherung Nationale Nederlanden und der ING Bank (Bild: Jürgen Hasse).

Metropolregion Hamburg – Perspektiven der Kooperation über Ländergrenzen

Jörg Knieling und Hellmut Körner, Hamburg

1 Einleitung

„Staat und Stadt – Stadtstaat im Wandel“ – der Titel des Workshops, in dessen Dokumentation sich der vorliegende Beitrag einfügt, ist für Hamburg zugleich Beschreibung wie auch Programm. Zum einen befindet sich die Metropole Hamburg im internationalen „Wettbewerb der Regionen“ und ist damit zwangsläufig kontinuierlich der Anforderung nach Wandel und Innovation ausgesetzt, zum anderen gewinnt dabei die grenzüberschreitende Zusammenarbeit – und in diesem Rahmen insbesondere die Metropolregion Hamburg – an Bedeutung.

Der Untertitel des Workshops konkretisiert das Thema: „Stadt – Raum – Natur: Die Metropole als politisch konstruierter Raum“. Dies deutet an, welchen Anforderungen bzw. Rahmenbedingungen die Entwicklung der Metropole Hamburg ausgesetzt ist. Der Stadtstaat ist Ergebnis einer politischen Entwicklung und seine Ausgestaltung steht – da auch politische Zielsetzungen und Übereinkünfte ständigen Veränderungen unterliegen – folglich selbst immer wieder zur Diskussion. Zugleich haben sich aber die Metropole, das Umland und die norddeutschen Nachbarländer mit der besonderen Organisationsform des Stadtstaats arrangiert. In der Konsequenz haben sich im Laufe der Jahre vielfältige Formen der Kooperation heraus gebildet, so dass die Ländergrenzen in weiten Bereichen ihre Barrierewirkung verloren haben: die Konferenz Norddeutschland auf der Ebene der fünf norddeutschen Bundesländer, tri- und bilaterale Kabinettsitzungen mit Niedersachsen und Schleswig-Holstein, im Stadt-Umland die gemeinsame Landesplanung in Form der Metropolregion Hamburg und zahlreiche Kooperationen zu einzelnen Fachaufgaben, teilweise formalisiert mit Hilfe von Abkommen, Staatsverträgen oder grenzübergreifenden Organisationsstrukturen wie Arbeitsgemeinschaften, Vereine oder Gesellschaften, teilweise auch informell auf Arbeitsebene.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich lohnenswerte Bezugspunkte zwischen den Beiträgen des Themenfeldes „Urbane Räume – Politikwissenschaftliche und geographische Perspektiven“ des Workshops und der regionalen Realität der Metropole bzw. Metropolregion Hamburg. Diese Bezüge werden im Folgenden an Hand der einzelnen Beiträge skizziert.

2 „Stadtregionen müssen Regionen werden!“ – Metropolregion Hamburg zwischen globalen Anforderungen und lokalen Perspektiven

In ihrem Beitrag „Globale Bedingungen und lokale Perspektiven für Wettbewerbs- und Kooperationsformen in Metropolregionen“ weisen Rainer Danielzyk und Jürgen Oßenbrügge darauf hin, dass die zunehmende Internationalisierung insbesondere der wirtschaftlichen Verflechtungen dazu führt, dass sich innerhalb des weltweiten Städtesystems Verschiebungen ergeben. Die bundesdeutsche Raumordnung hat dieser Entwicklung insofern Rechnung getragen, dass sie die Raumkategorie der Metropolregionen 1995 im Raumordnungspolitischen Orientierungsrahmen verankert und diese als Impulsgeber der räumlichen Entwicklung benannt hat (vgl. BMBau 1993).

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für Hamburg? – Die Metropole reagiert auf unterschiedlichen Ebenen auf die Herausforderungen der Globalisierung, bspw. sind zu nennen:

- stadt-regionale Kooperation in Form der Metropolregion Hamburg,
- Metropolregionenkooperation Berlin-Hamburg,
- Initiativkreis Metropolregionen in Deutschland,
- Ostseekooperation STRING,
- internationales Standortmarketing Hamburgs.

Metropolregion Hamburg

Internationale Städte-Rankings vergleichen fast selbstverständlich nicht die Kernstadt, sondern konzentrieren ihr Interesse auf Stadtregionen. Dies erscheint konsequent, da vielfältige und z. T. intensive Verflechtungen und Arbeitsteilungen zwischen Kernstadt und Umland bestehen, die funktional und nicht administrativ begründet sind und Verwaltungsgrenzen beliebig überspringen.

Hamburg arbeitet deshalb seit vielen Jahren in der Metropolregion Hamburg mit seinen Umland-Nachbarn aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein zusammen. Während die Kernstadt rund 1,7 Mio. Einwohner auf 755 qkm Fläche zählt, umfasst die Metropolregion rund 4 Mio. Einwohner auf 18.116 qkm.¹ Das Regionale Entwicklungskonzept der Metropolregion beinhaltet verschiedene Themenfelder, die für die Zusammenarbeit von Stadt und Umland von Bedeutung sind und zugleich Vorteile für beide Seiten bringen sollen: Raumstruktur und Siedlung, Natur und Landschaft, Wohnen und Freizeit, Wirtschaft und Arbeit,

¹ Vgl. Abb. 1 im Beitrag Danielzyk/Oßenbrügge.

Kultur, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Aus- und Weiterbildung, Landwirtschaft, Verkehr sowie Stoff- und Energiekreisläufe (Gemeinsame Landesplanung 2000).

Bestätigung erhält die Zusammenarbeit im Rahmen der Metropolregion durch Beurteilungen von außen: Im Jahr 2000 zeichnete der Bund die Metropolregion im Rahmen des Wettbewerbs „Regionen der Zukunft“ mit einem 1. Platz aus (BBR 2001). Auch ein Länderranking der Bertelsmann Stiftung 2001 sieht Hamburg vorn. Als Ausschlag gebend wird dabei insbesondere die erfolgreiche Kooperation in der Metropolregion eingeschätzt (Bertelsmann Stiftung 2001).

Aber auch der Metropolregion Hamburg stellt sich immer wieder die Frage, wie sie ihre Arbeits- und Organisationsformen an gewandelte Umfeldanforderungen anpassen kann. Zur Diskussion steht bspw., dass neben die formal geregelte Zusammenarbeit informelle Kooperationsformen mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern treten könnten und dass die festgefügte Aufbau- und Ablauforganisation durch ein flexibleres Regionalmanagement ergänzt werden könnte.

Metropolregion Kooperation Berlin-Hamburg

Die Metropolregion Kooperation Berlin-Hamburg rückt den Aspekt der Maßstabsvergrößerung auf europäischer Ebene in den Vordergrund. Durch die Osterweiterung der EU werden Städte wie Hamburg und Berlin – relativ betrachtet aus europäischer Perspektive – kleiner bzw. verlieren vergleichsweise an Bedeutung. Es wird ihnen in Zukunft schwerer fallen, sich auf europäischer Ebene Gehör zu verschaffen, da die Zahl der konkurrierenden Städte und Regionen zunehmen und sich zudem die politische Aufmerksamkeit auf die Erweiterungsgebiete verschieben wird². Die Metropolregion Kooperation zwischen Berlin und Hamburg hat vor diesem Hintergrund vier Ziele:

- **Voneinander profitieren/Standort-Marketing:** Berlin und Hamburg wollen voneinander profitieren, indem sie den Austausch von Waren und Dienstleistungen, z. B. in den Bereichen Logistik, Medien- und Kommunikations- sowie Tourismuswirtschaft, untereinander fördern. Um ihre Konkurrenzfähigkeit zu sichern und als Kerne für die Entwicklung und Aufwertung des nord- bzw. nordostdeutschen Raumes zu wirken, sollen sich Berlin und Hamburg durch Abstimmungsprozesse in ihren jeweils speziellen Funktionen gezielt ergänzen, gemeinsam nach außen auftreten und auf diesem Wege neue Märkte, beispielsweise in Osteuropa, erschließen.
- **Gemeinsame Interessenvertretung:** Als Stadtstaaten vertreten Berlin und Hamburg gegenüber Dritten in verschiedenen Politikfeldern, etwa beim Länderfinanzausgleich, dieselben oder ähnliche Forderungen. Die Metropol-

² Zur Begründung der Metropolregion Kooperation vgl. auch Heeg/Klagge/Oßenbrügge (2000), Blotvogel (1998) sowie Kujath et al. (2002).

lenkooperation soll dazu beitragen, diese Positionen noch besser aufeinander abzustimmen und dadurch die Wirksamkeit der Forderungen, z. B. gegenüber dem Bund oder der Europäischen Union, zu erhöhen.

- **Gemeinsame Problemlösung/Wissens- und Erfahrungsaustausch:** Als Stadtstaaten stehen Berlin und Hamburg in zahlreichen Handlungsfeldern vor ähnlichen Problemen: Stadt-Umland-Wanderung der Bevölkerung, ungleiche Lastenverteilung zwischen Stadt und Umland, Zuwanderung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern etc. Ein Austausch und Transfer von *best practices* – erfolgreichen Maßnahmen, gelungenen Vorgehensweisen und innovativen Lösungswegen – soll dazu beitragen, gemeinsam bessere Lösungen zu entwickeln und zugleich Kosten einzusparen.
- **Fairer Wettbewerb:** Da es auch weiterhin Bereiche geben wird, in denen das Verhältnis der Städte durch Konkurrenz geprägt ist, verpflichten sich beide Partner, die Spielregeln eines fairen Wettbewerbs einzuhalten. Insbesondere werden die Landesregierungen und ihre Wirtschaftsförderungsgesellschaften davon absehen, Unternehmen am jeweils anderen Standort gezielt auf einen Wechsel anzusprechen und abzuwerben.

Berlin und Hamburg haben diese Ziele sowie konkrete Handlungsfelder der Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Senatssitzung im Mai 2001 vereinbart. Gleichzeitig wurde eine Arbeitsorganisation eingesetzt, mit deren Hilfe die Umsetzung erfolgt (vgl. FHH 2002; Knieling 2002).

Initiativkreis Metropolregionen in Deutschland

Über die bilaterale Zusammenarbeit mit Berlin hinaus beteiligt sich Hamburg an einem Modellvorhaben des Bundes, das die deutschen Metropolregionen zusammenführt. Mit Bezug auf den Raumordnungspolitischen Orientierungsrahmen und aus dem Arbeitszusammenhang des Modellvorhabens „Regionen der Zukunft“ heraus haben sich Berlin-Brandenburg, Frankfurt/Rhein-Main, Hamburg, Hannover, München, Rhein-Ruhr, das Sachsen-Dreieck sowie Stuttgart zu einem „Initiativkreis Metropolregion in Deutschland“ zusammengeschlossen. Das Modellvorhaben hat sich aus dem Wettbewerb „Regionen der Zukunft“ entwickelt, den das für Raumordnung zuständige Bundesministerium und das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung von 1997 bis 2000 durchgeführt hatten (vgl. BBR 2001).

Die vorrangige Zielsetzung des Initiativkreises besteht darin, gemeinsame Interessen – insbesondere gegenüber Bund und EU – zu benennen und Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit der Metropolregion zu identifizieren.

Ostseekooperation STRING

Die Ostseekooperation STRING – Inventing New Geography verbindet Hamburg mit Partnern aus Dänemark, Schweden und Schleswig-Holstein. Sie ver-

stärkt die Kontakte Hamburgs mit den westlichen Ostseeanrainern. Die Ostseepolitik ist einer der Schwerpunkte der „Hamburger Außenpolitik“. Auslöser ist u. a. die große Bedeutung, die der Ostsee für den Hamburger Hafen zukommt. Inzwischen zeigt sich darüber hinaus, dass die STRING-Kooperation in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Weiterbildung, Kultur etc. Impulse gibt, die für weitere Bereiche der Standortpolitik Hamburgs von Bedeutung sind.

STRING startete 1999 im Rahmen der europäischen Gemeinschaftsinitiative INTERREG II C. Die beteiligten Partner bauten eine gemeinsame Handlungsplattform auf und erarbeiteten ein Entwicklungskonzept (STRING 2001). STRING II – Implementing New Geography ist als Fortsetzung geplant und soll von 2002 bis 2004 dazu beitragen, ausgewählte Kooperationsprojekte umzusetzen. Beispielhafte Projektthemen mit Beteiligung Hamburgs sind:

- **STRING Design:**
STRING Design will größere überregionale Mobilität von jungen Designern und den grenzüberschreitenden Austausch im Bereich Design anregen. STRING Design soll international ein Markenzeichen für herausragendes Nachwuchsdesign werden. Geplant sind eine Design-Datenbank, ein Internet-Job-Pool, Stipendien, Symposien und regionale Ausstellungen. Es soll Messen, Sommercamps für junge Nachwuchstalente und Prämierungen geben.
- **Internetbasierte Aus- und Weiterbildung:**
Die „Lerngesellschaft“ ist eines der sieben STRING-Kooperationsfelder. Das Projekt „Internetbasierte Aus- und Weiterbildung in Fremdsprachen und anderen Wissenschaftszweigen“ will den Zugang zur Lerngesellschaft und ihren Ausbildungsangeboten erleichtern und zur lebenslangen Weiterbildung beitragen. Ziel sind pädagogische Konzepte für Ausbilder und einheitliche Qualitätsstandards für Internet-Aus- und Weiterbildung. Das Projekt richtet sich vor allem an kleine und mittlere Betriebe, junge Menschen und Frauen.
- **Metropolforum:**
Eine engere Zusammenarbeit von Hamburg mit Kopenhagen und Malmö soll – ähnlich wie zwischen Hamburg und Berlin – gemeinsame Interessen und Herausforderungen identifizieren.

Neben den unmittelbaren STRING-Projekten verbreitern assoziierte Projekte die Grundlage der Zusammenarbeit. Diese finanzieren sich über eigenständige Wege, so dass sie nicht direkt in die INTERREG-Förderung für STRING eingebunden sind. Von besonderem Interesse ist dabei die Projektinitiative für einen virtuellen Campus, den verschiedene Universitäten in Dänemark, Deutschland und Schweden planen. Die länder- und sprachübergreifende Ausbildung soll die internationale Kompetenz der Absolventen steigern und knüpft damit an das

Anforderungsprofil an, das sich aus dem Trend zur Globalisierung der Wirtschafts- und Kommunikationsströme ableitet.

Internationales Standortmarketing Hamburgs

Neben diesen Kooperationsanstrengungen verstärkt Hamburg seine internationale Standortpolitik, um weltweit als attraktive Metropole wahrgenommen zu werden. Mit dem Hafen verfügt die Stadt über eine hervorragende Ausgangsposition, da er eine internationale Drehscheibenfunktion erfüllt. Ein Schwerpunkt der Standortpolitik liegt – neben dem näheren Ostseeraum – im asiatischen Raum und dort insbesondere auf Shanghai.

3 Metropolregion Hamburg als erlebter und gelebter Raum

Jürgen Hasse stellt in seinem Beitrag „Stadt als erlebter und gelebter Raum – kein Sein ohne Handeln?“ dar, dass sich „Stadt“ ähnlich einer Haut darstellen ließe. Das materielle und zugleich geistige Gebilde Stadt bewirke „Einschlüßungen“, aber ebenso „Ausgrenzungen“. Dasselbe gilt sicherlich für die Metropolregion. Auch diese „politische Konstruktion“ entfaltet Wirkungen, die bestimmte Entwicklungen einschließen und befördern, andere aber auch ausgrenzen. Dies lässt sich beispielsweise anhand der Handlungsfelder der Metropolregion nachvollziehen. Im Vordergrund stehen raumordnerische Themen wie Raumstruktur und Siedlungsentwicklung, Naherholung und Freizeit sowie Natur und Landschaft. Erst in den letzten Jahren sind die Themen Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Wissenschaft und Forschung hinzu gekommen. Kultur, Sport und Bildung sind dagegen bislang noch weitgehend ausgeklammert. Damit vollziehen die Arbeitsfelder teilweise nicht die funktionalen Verflechtungen nach, die in der Metropolregion real gegeben sind. Im Hinblick auf die zuletzt genannten Themen ist dies bemerkenswert, da ihnen eine besondere Bedeutung im Hinblick auf die „Atmosphäre“ zukommt, die Jürgen Hasse als wichtige Größe für räumliche Entwicklung unterstreicht. „Weiche“ Themen, wie Kultur und Bildung, können maßgeblich dazu beitragen, dass die Bevölkerung Beziehungen zu den eher nüchternsachlichen Aufgaben der Metropolregion aufbaut.

Einen Schritt in diese Richtung markiert das Regionalmarketing, das die Metropolregion in Zusammenarbeit mit der Handelskammer Hamburg 2001 begonnen hat. Zielrichtung ist eine einheitliche Binnen- und Außendarstellung, um die Metropolregion als Lebens- und Wirtschaftsstandort aufzuwerten. Dazu dient zum einen das Logo der Metropolregion (siehe Abbildung), das in Lizenz an Multiplikatoren in der Region vergeben wird. Zum anderen findet seit 2001 jährlich und an wechselnden Orten das „Fest der Region“ statt, das die Metropolregion für die Bevölkerung erlebbar werden lässt (Handelskammer Hamburg 2001).



Abb.: Logo der Metropolregion Hamburg

Ein weiterer Schritt sind die „metropolnews“, die seit Frühjahr 2002 vierteljährlich erscheinen. Sie wenden sich vor allem an Politik und Verwaltung, und insbesondere auch an die kommunale Ebene in der Metropolregion. Die „metropolnews“ sollen vermitteln, welche Themen und Projekte aus Sicht der Gemeinsamen Landesplanung sowie aus Sicht der Bevölkerung in der Region aktuell wichtig sind (vgl. Gemeinsame Landesplanung 2002).

4 Zur Rekonstruktion der Metropolregion durch Regionale-Agenda-Prozesse

Angela Oels weist am Beispiel lokaler Agenda-Prozesse auf das Wechselspiel zwischen globalen und lokalen Diskursen hin. Sie verwendet diesbezüglich den in der Fachdiskussion eingeführten Begriff der Glokalisierung. Was sie auf die lokale Ebene bezieht, gilt umso mehr für die Region und damit für die Metropolregion Hamburg. Hamburg steht, wie es Rainer Danielzyk und Jürgen Oßenbrügge beschrieben haben, vor der Herausforderung, sich in einer globalisierten Wirtschaftsstruktur neu zu positionieren. Bezugsraum ist dabei allerdings weniger die Stadt, sondern vielmehr die Metropolregion mit ihren vielfältigen funktionalen Verflechtungen. Folglich wird eine wesentliche Aufgabe der nächsten Jahre darin bestehen, die Metropolregion mit der nötigen institutionellen Innen- und Außenwirkung zu versehen, so dass sie eine gewichtige Position im internationalen Maßstab einnehmen kann. In diese Richtung weist das Regionalmarketing der Metropolregion. Es leiten sich aber auch weiterführende Anforderungen ab, bspw. den Dialog mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie mit der Bevölkerung zu intensivieren. Angela Oels zeigt aber auch, dass in Bezug auf den globalen Diskurs erst auf der lokalen Ebene Interessenkonflikte sichtbar werden. In der Metropolregion Hamburg wird sich dies bezüglich der Globalisierung erst zeigen, wenn dieser Diskurs auf der regionalen Ebene mehr Gewicht

erhält. Beispiele deuten sich bei großen Gewerbeansiedlungen wie der Fertigung des A 380 im Bereich der Luftfahrtindustrie oder bei Projekten der Verkehrsinfrastruktur wie Transrapid oder Autobahnerschließungen an.

5 Regionale Identität – die Metropolregion Hamburg in der Wahrnehmung der Akteure

Das Regionale Entwicklungskonzept der Metropolregion ist das verbindende Element zwischen den beteiligten Akteuren aus Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Durch langjährige Zusammenarbeit und, damit verbunden, auch zahlreiche Kontroversen und Konflikte in konkreten Sachthemen hat das REK maßgeblich zur Integration der Akteure in Richtung einer gemeinsamen Entwicklung und so zu einer regionalen Identität beigetragen. Diese bezieht sich zwar bisher überwiegend auf Verwaltung und Politik. Das Regionalmarketing soll aber dazu beitragen, dies auf die Wirtschafts- und Sozialpartner sowie die Bevölkerung auszudehnen.

Peter H. Feindt hat in seinem Beitrag hervor gehoben, dass das REK ein wichtiges Instrument für den regionalen Nachhaltigkeitsdiskurs ist. Er arbeitet heraus, dass Globalität und Regionalität im Wechselspiel mit dem Qualitätsmaßstab der Nachhaltigkeit zu sehen sind, sich daraus aber auch spezifische Konflikte ableiten. Die Metropolregion Hamburg hat diesbezüglich bereits einige Anstrengungen unternommen. Dies unterstreicht vor allem das gute Abschneiden beim Bundeswettbewerb „Regionen der Zukunft“. Aber dieser Erfolg sollte nicht den Blick dafür verstellen, dass der Weg zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Belange in einer Zieltrias verträglich koordiniert und gleichzeitig die Entwicklungsoptionen zukünftiger Generationen offen hält, auch in der Metropolregion Hamburg noch weit ist. Die administrativen Grenzen des Stadtstaats wirken in diesem Bereich durchaus erschwerend, sei es bei der Siedlungs- und Gewerbeflächenentwicklung oder beim großflächigen Einzelhandel. Und auch eine qualitätsvolle, nachhaltig ausgerichtete Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung bietet noch vielfältige Betätigungsfelder, nicht zuletzt bei der Zusammenarbeit im Rahmen des REK.

Ingrid Breckner hat in ihrem Koreferat darauf hingewiesen, dass sich mit der Metropolregion insbesondere auch das Stadt-Land-Verhältnis zwischen Hamburg und seinem Umland verbindet. Seien es Verkehrs- und Pendlerbeziehungen oder Austauschprozesse in Form von Nahrungsmittelproduktion und -absatz, die regionale Ebene eröffnet verschiedene Ansatzpunkte für eine nachhaltige Regionalentwicklung.

Bezogen auf das REK unterstreicht sie außerdem die Bedeutung von Lernprozessen, die im Rahmen der Zusammenarbeit stattfinden. Dies deutet ein Aufga-

benfeld an, das vor allem für die Wissenschaft von Interesse sein sollte. Prozess begleitende Analysen könnten hilfreich sein, um Konflikte und die dazugehörige Lösungsfindung zu thematisieren. Sie könnten Interessenlagen und Motivationen transparent machen und dadurch die REK-Umsetzung befördern.

6 Ausblick

Die verschiedenen Beiträge des Themenfeldes „Urbane Räume – Politikwissenschaftliche und geographische Perspektiven“ bieten unmittelbare und zugleich anregende Bezüge zum konkreten Kooperationsraum der Metropolregion Hamburg. Sei es analytisch-deskriptiv oder konzeptionell, bei der Diskussion über die Zusammenarbeit in der Region sollten die genannten Aspekte in ihrer Vielfalt Berücksichtigung finden.

Für die Metropolregion Hamburg stellt sich dabei in den nächsten Jahren vor allem die Frage, wie sie diese Anregungen bei der konkreten Umsetzung des REK sowie bei der institutionellen Weiterentwicklung berücksichtigen kann. Auf der Ebene der Umsetzung des REK wird es vor allem darum gehen, dass die Metropolregion ihre Funktion als Diskussions- und Entscheidungsplattform für regional bedeutsame Themen ausbauen kann. Dies betrifft beispielsweise Fragen der Verkehrsentwicklung oder der regionalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung. Glaubwürdigkeit erhält die regionale Zusammenarbeit zudem dann, wenn sie Themen bewegen kann, die bisher durch Verwaltungsgrenzen beeinträchtigt werden, etwa die konkurrierende Ausweisung von Siedlungs- und Gewerbeflächen.

Auf dem Prüfstand stehen auch die Organisation und die Arbeitsweise der Metropolregion. Wenn sie die hohen Anforderungen erfüllen soll, die sich aus dem internationalen Standortwettbewerb ergeben, erscheint es fraglich, ob die derzeitige, vergleichsweise schwache Institutionalisierung auf Dauer ausreichen wird bzw. ob modernere Formen der Organisation denkbar sind, die zugleich Flexibilität und Dynamik wie auch die Eigenschaften eines Regionalmanagements ermöglichen. Bei der Metropolkooperation wird es insbesondere darauf ankommen, konkrete Nutzen für die jeweils beteiligten Partner zu benennen und diese zur Geltung zu bringen. Die Metropolkooperation darf nicht der Illusion unterliegen, dass sie die Konkurrenz zwischen den Metropolen ausschalten kann. Aber sie sollte strategische Handlungsfelder identifizieren, in denen die Partner von der Zusammenarbeit profitieren. Auf internationaler Ebene wird es in den kommenden Jahren darauf ankommen, dass es Hamburg gelingt, seine Position im globalen Netzwerk von Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, kulturellen und gesellschaftlichen Beziehungen auszubauen. Noch befindet sich die Globalisierung in einer Anfangsphase, Internationalität wird deshalb für die Wettbewerbsfähigkeit

Hamburgs in Zukunft noch wichtiger werden. Um dies zu erreichen, werden besondere Anstrengungen, bspw. eine gezielte Globalisierungsstrategie für die Metropole bzw. für die Metropolregion, nötig sein.

In allen diesen Aufgabenfeldern kann der Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Verwaltung wichtige Impulse geben. Deshalb wäre es wünschenswert, wenn der Workshop als Auftakt für eine konstruktive Zusammenarbeit über die Zukunft der Metropole sowie der Metropolregion Hamburg verstanden werden könnte.

Literatur

- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2001): Die Bundesländer im Standortwettbewerb (Bearb.: N. Berthold / S. Drews), Gütersloh.
- Blotevogel, H. H. (1998): Europäische Metropolregion Rhein-Ruhr. ILS-Schriften Nr. 135. Dortmund. Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen.
- BMBau (Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau) (1993): Raumordnungspolitischer Orientierungsrahmen: Leitbilder für die räumliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, Bonn.
- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (2001): Regionen der Zukunft – Aufgaben der Zukunft. Wettbewerbszeitung Nr. 3. Werkstatt: Praxis, Berichte. Nr. 3/2001, Bonn.
- FHH – Senatskanzlei/Planungsstab (Freie und Hansestadt Hamburg) (2002): Metropolenkooperation Berlin – Hamburg, Arbeitsbericht 04/2002. Unveröffentlichter Bericht, Hamburg.
- Gemeinsame Landesplanung Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein (2000): Regionales Entwicklungskonzept 2000, Hamburg.
- Gemeinsame Landesplanung Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein (2002): metropolnews, Newsletter, Hamburg.
- Handelskammer Hamburg (2001): Fest der Region. Auftakt für die Regionalmarketing-Kampagne am 13./14. Juli 2001 in der Handelskammer Hamburg, Hamburg.
- Heeg, S. / Klagge, B. / Oßenbrügge, J. (2000): Kooperationen zwischen Metropolregionen – Ansatzpunkte für die verstärkte Zusammenarbeit von Hamburg und Berlin auf der Basis der Erfahrungen internationaler und nationaler Städte-

kooperationen. Unveröffentlichtes Gutachten der Universität Hamburg – Wirtschaftsgeographie, Hamburg.

Knieling, J. (2002): Spielräume für Kooperation zwischen benachbarten Metropolregionen – am Beispiel der Metropolregion Berlin – Hamburg, in: IRS (Hg.), Europäische Verflechtungen deutscher Metropolregionen als Herausforderung für Politik und Wirtschaft. Tagungsbericht. 43-49, Erkner.

Kujath, H. J. / Dybe, G. / Fichter, H. (IRS) (2002): Europäische Verflechtungen deutscher Metropolregionen und ihre Auswirkungen auf die Raumstruktur des Bundesgebietes, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Forschung. H. 108, Bonn.

STRING (Amtskommune Storstrøm, Amtskommune West Seeland, Freie und Hansestadt Hamburg, Land Schleswig-Holstein, Öresund Komitee) (2001): Auf dem Weg zu einer neuen Geographie, Kiel.

Schluss-Statement und Einschätzung wichtiger Ergebnisse des Workshops „Stadt – Raum – Natur: Die Metropole als politisch konstruierter Raum“

Klaus Müller, Müncheberg

„Die Wirklichkeit gehört keiner Disziplin an“ – dieser Aussage von Max Weber sind die Organisatoren des Workshops „Staat und Stadt – Stadtstaat im Wandel; Stadt – Raum – Natur: Die Metropole als politisch konstruierter Raum“ gefolgt, indem sie Referenten aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen zu einem interdisziplinären Diskurs eingeladen haben. Dieser Ansatz ist mutig, weil die disziplinäre Breite zwangsläufig zu Sprach- und Verständigungsproblemen zwischen den beteiligten Wissenschaftlern führen und zu Lasten einer umfassenden Analyse aus der Sicht einer einzelnen Disziplin gehen muss. Dieser Mut hat sich gelohnt. Man muss die Organisatoren nicht nur dazu beglückwünschen, sondern auch ermuntern, den eingeschlagenen Weg einer interdisziplinären Betrachtung auch zukünftig weiter zu gehen.

Der erste Vortragsblock beschäftigte sich mit der Entwicklung urbaner Räume, wobei zum einen die Makroperspektive der Regionalplanung und zum anderen die Mikroperspektive einer Betrachtung auf individueller Ebene gewählt wurde. Diesen eher theoretisch ausgerichteten Referaten folgten Vorträge, die sich mit der Umsetzung von Agenda-21-Prozessen auf lokaler und von Regionalplanungskonzepten auf regionaler Ebene auseinandersetzen. Dabei wurde deutlich, dass spätestens auf dieser Ebene Konflikte entstehen und auf deren Lösung hingewirkt werden muss.

Die Referate des zweiten Vortragsblockes bezogen sich primär auf die Konfliktpotentiale zwischen Regionalpolitik und Naturschutz. Zunächst wurde die Bedeutung „kulturhistorischer“ Einflüsse und moderner Massenmedien hinsichtlich der Entwicklung von Leitbildern herausgearbeitet. Danach folgten wiederum zwei Referate, die sich anhand konkreter Beispiele mit aktuellen und potentiellen Zielkonflikten zwischen Regionalentwicklung und Naturschutz beschäftigten.

Beeindruckend waren die Diskussionen, für welche die Organisatoren ausreichend Zeit eingeplant hatten und die infolge einer ausgezeichneten Moderation äußerst fruchtbar waren. Während die Vorträge noch stark disziplinär geprägt waren, gelang es in den Diskussionen einen interdisziplinären Zugang zur Thematik zu finden und damit wirkliches Neuland zu betreten.

Dieser Workshop kann nur ein Anfang sein: Der Beginn eines interdisziplinären Diskussionsprozesses, in dem interdisziplinäre Zusammenarbeit nicht nur eine Alibifunktion inne hat oder ein Instrument zur Sicherung des Drittmittel-Zuflusses ist, sondern als unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung umsetzbarer Konzepte einer nachhaltigen Regionalentwicklung und die Beantwortung der Vielzahl der diesbezüglich auf dem Workshop offen gebliebenen Fragen angesehen wird. Auf einige dieser Fragen möchte ich im Folgenden eingehen, ohne dass damit ein Anspruch auf Vollständigkeit oder Prioritätensetzung erhoben werden soll.

Der Begriff *Region* ist auf dem Workshop in mehreren verschiedenen Bedeutungen verwendet worden. Region wurde als administrativ abgegrenzter Raum oder als naturräumliche Einheit, aber auch als Raum verstanden, in dem bestimmte sozioökonomische oder soziokulturelle Wechselwirkungen von Bedeutung sind. Ähnlich ist bei der Diskussion des Begriffs der *regionalen Identität* offen geblieben, ob sich bei einer Person nicht mehrere regionale Identitäten überlagern können und wie sich die regionale Identität kontextabhängig verändern kann¹. In beiden Fällen wäre eine klarere Begriffsverwendung sowie eine wissenschaftliche Klärung der dahinterstehenden Sachverhalte wünschenswert. Zu klären wäre auch, welche Bedeutung einer gegenüber früher dramatisch gestiegenen Mobilität für die Abgrenzung von Regionen und die Entwicklung regionaler Identitäten zukommt.

In einigen Referaten und Diskussionsbeiträgen war *entweder* eine stadt- oder eine umlandzentrierte Betrachtung explizit oder implizit Basis der durchgeführten Analysen. Diese Betrachtungsweisen greifen aber zu kurz und führen zu Konflikten bzw. verhindern Konfliktlösungen. Die wechselseitige Abhängigkeit und die zugehörigen Wechselwirkungen zwischen einem Stadtstaat und dem zugehörigen Umland können nur verstanden werden, wenn man die Gesamtregion als *Stadt-Land-Verbund* betrachtet. Erst auf dieser analytischen Ebene können die Entwicklung der Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land verstanden und Konfliktpotentiale vermindert bzw. reale Konflikte ausgeräumt werden. Dabei darf nicht übersehen werden, dass sich z. B. die Ansprüche der Bevölkerung an das Umland ständig verändern. Während früher die land- und forstwirtschaftliche Produktion prägend war, sind heute in einer Zeit der landwirtschaftlichen Überproduktion andere Landschaftsfunktionen (Freizeit- und Erholungsraum, Raum für Natur- und Ressourcenschutz etc.) in den Vordergrund getreten. Dar-

¹ Man kann dies ganz einfach an einem Beispiel aus dem Bereich der Identifizierung mit Fußballvereinen verdeutlichen: Während ein Fußball-Fan auf internationaler Ebene möglicherweise Sympathien für den FC Bayern München entwickelt, begegnet die gleiche Person u. U. dem gleichen Verein auf nationaler Ebene äußerst distanziert, ohne dass daraus für das betrachtete Individuum ein Konsistenzproblem erwächst.

aus resultieren erhebliche Konfliktpotentiale, die aber nur auf der analytischen Ebene eines Stadt-Land-Verbundes zu verstehen und zu lösen sind.

Die Bedeutung von Konflikten wurde bereits angesprochen. Noch offen ist die wissenschaftliche Aufarbeitung der Erfahrungen mit *partizipativen Ansätzen* zur Vermeidung von Konflikten bzw. zur Reduzierung von Konfliktpotentialen bei der Entwicklung regionaler Entwicklungsstrategien. Hierzu laufen derzeit einige Forschungsprojekte, auf deren Ergebnisse man gespannt sein darf.² In diesem Zusammenhang muss auch erwähnt werden, dass die häufig präferierte Vorgehensweise der Einigung auf *unbestimmte Modebegriffe* (z. B. Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit etc.) bei der Entwicklung von regionalen Entwicklungskonzepten zwar kurzfristig konfliktminimierend wirken kann, spätestens aber bei der Umsetzung an ihre Grenzen stößt, da dann eine Konkretisierung und damit auch eine Abwägung und Prioritätensetzung bezüglich der verschiedenen Ziele und Interessen unabdingbar ist.

Bei der Diskussion und Entwicklung von *Leitbildern* wird es ferner erforderlich sein, noch stärker deren kulturhistorische Basis heraus zu arbeiten sowie auf eine konfliktreduzierende Zusammenführung romantisierender Naturleitbilder und – aufgrund anderer Naturraumverfügbarkeit und anderen Naturerfahrungen – eher vorsichtig distanzierenden und auf die aus der Natur kommenden Gefahren verweisenden Leitbildern hin zu wirken.

Insgesamt betrachtet hat der Workshop nicht nur viele interessante Fachreferate aus der Sicht verschiedenster Disziplinen geboten. Vielmehr ist es durch die Auswahl der Themen und Referenten sowie durch die Moderation der Diskussionen gelungen, einen interdisziplinären Zugang zur Thematik zu entwickeln. Da die Komplexität der Wirklichkeit nur interdisziplinär erfasst werden kann, sollten die Organisatoren des Workshops den eingeschlagenen Weg unbedingt fortsetzen.

² Hierzu gehört z. B. das BMBF-Forschungsprojekt GRANO, das sich mit Ansätzen einer dauerhaft umweltgerechten Nutzung von Agrarlandschaften im Großraum Berlin-Brandenburg beschäftigt; ausführliche Informationen finden sich in <http://www.zalf.de/grano>.

Adressen der Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Ingrid Breckner, Technische Universität Hamburg-Harburg, Arbeitsbereich 1-06: Stadt- und Regionalsoziologie, Woellmerstraße 1, D-21071 Hamburg.
E-Mail: breckner@tu-harburg.de

Priv.-Doz. Dr. Rainer Danielzyk, Dipl.-Geogr., FB 3, Geographie, Humangeographie/Raumplanung, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Postfach 101764, D-44017 Dortmund.
E-Mail: ils@ils.nrw.de

Dr. phil. E. Martin Döring M. A., Universität Hamburg, Institut für Romanistik, VW-Forschungsprojekt Natur im Konflikt, Von-Melle-Park 6, D-20146 Hamburg.
E-Mail: doering@metaphorik.de

Prof. Dr. Gunther H. Engelhardt, Institut für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg, Von-Melle-Park 5, D-20146 Hamburg.
E-Mail: engelh@econ.uni-hamburg.de

PD. Dr. Horst Hegmann, Private Universität Witten/Herdecke, Fakultät für Wirtschaftswissenschaft, Zustiftungslehrstuhl für Volkswirtschaft und Philosophie, Alfred-Herrhausen-Straße 50, D-58452 Witten.
E-Mail: hegmann@bluewin.ch

Dr. rer. pol. Peter H. Feindt, Universität Hamburg, Forschungsschwerpunkt Biotechnik, Gesellschaft und Umwelt, Fachgruppe Landwirtschaft und Pflanzenzüchtung, Ohnhorststraße 18, D-22609 Hamburg.
E-Mail: phfeindt@botanik.uni-hamburg.de

Prof. Dr. Jürgen Hasse, Johann Wolfgang Goethe-Universität, FB Geographie, Schumannstraße 58, D-60054 Frankfurt am Main.
E-Mail: j.hasse@em.uni-frankfurt.de

Prof. Dr. Heiner Hautau, Universität Hamburg, Institut für Verkehrswissenschaft, Von-Melle-Park 5, D-20146 Hamburg.
E-Mail: hhautau@t-online.de

Jörg Knieling (Dr.-Ing., M.A.), KoRiS - Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung GbR im Technologie Centrum Hannover, Vahrenwalder Str. 7, 30165 Hannover.
E-Mail: knieling@koris-hannover.de

Dr. Hellmut Körner (Staatssekretär), Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, Brunswiker Straße 16-22, 24105 Kiel

E-Mail: landesregierung@schleswig-holstein.de

Dr. Werner Krauß, Universität Hamburg, Institut für Ethnologie, VW-Forschungsprojekt Natur im Konflikt, Rothenbaumchaussee 64a, D-20148 Hamburg.

E-Mail: krauss@uni-hamburg.de

Prof. Dr. Klaus Müller, Zentrum für Agrarlandschafts- und Landnutzungsforschung e. V., Eberwalderstraße 84, D-15374 Müncheberg.

E-Mail: kmueller@zalf.de

Dr. Angela Oels, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin, Geschäftsstelle WBGU, Reichpietschufer 60-62, D-10785 Berlin, ab September 2002: Institut für Politische Wissenschaft, Universität Hamburg, Allendeplatz 1, D-20146 Hamburg

E-Mail: aoels@gmx.de

Prof. Dr. Jürgen Oßenbrügge, Universität Hamburg, Institut für Geographie, Bundesstraße 55, D-20146 Hamburg

E-Mail: ossenbrügge@geowiss.uni-hamburg.de

Prof. Dr. Wolfgang Settekorn, Universität Hamburg, Institut für Romanistik, VW-Forschungsprojekt Natur im Konflikt, Von-Melle-Park 6, D-20146 Hamburg.

E-Mail: settekorn@uni-hamburg.de

Dr. Ingrid Wilkens, Institut für Agrarökonomie, Georg-August-Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 5, D-37073 Göttingen.

E-Mail: iwilkens@gwdg.de